

8. Juni 1931

WALTHER MAAS · ENGLAND, DEUTSCHLAND, EUROPA · ZUR ZUSAMMENKUNFT IN CHEQUERS

MAN hat von den Deutschen gesagt, sie stünden anderen Völkern unvoreingenommen gegenüber. Lassen wir beiseite, wie weit dies sonst stimmt, gegenüber dem Phänomen Großbritannien ist von Unvoreingenommenheit nichts zu bemerken. So ziemlich das ganze 19. Jahrhundert haben wir da eine Periode von Anglophilie, besonders unter den Intellektuellen, die erstaunlich wäre, wenn nicht der Deutsche seine innenpolitischen Wunschbilder immer in anderen Ländern suchte, heute die Nationalisten in Italien, die "Kommunisten" in Rußland, und stets die Demokraten in England. Friedrich List gehörte zu den wenigen, die England gegenüber klaren Blick behielten. Als sich seine Voraussagen und Hoffnungen erfüllten, als Deutschland sich zu einem mächtig aufstrebenden Industrieland entwickelte und damit überall auf der Welt auf englische Schranken stieß, da begann, gegen Ende des Jahrhunderts, eine gewisse Ernüchterung, die sich während des Burenkriegs zum Englandkoller auswuchs. In den ersten Jahren des Weltkriegs machte sich die furchtbare Enttäuschung über den "englischen Vetter", den man sich als Kriegsgegner gar nicht hatte vorstellen können, in einer Erbitterung ohnegleichen gegen ihn Luft. Es war die kurze Zeit des "Gott strafe England!". Und doch vermied Deutschland es sogar während des Kriegs instinktiv England besonders zu treffen, und alle Friedensfühler wurden über den Kanal ausgestreckt. Am Kriegsende gar verstand es eine proenglische Propaganda, obwohl doch England noch monatelang die Blockade aufrechterhielt, den Deutschen einzureden, Frankreich sei der Hauptfeind. England würde Deutschland vor Frankreich schützen, hieß es damals. Das hat man nun 12 Jahre geglaubt. Und heute glaubt man es erst recht.

In der Tat, es besteht ein englisch-französischer Gegensatz. Aber wenn Deutschland, sich auf englischen Beistand verlassend, gegen Frankreich auftrumpft, einigt sich die britische Regierung seelenruhig mit der französischen, und die deutsche trägt die Kosten. Der Gegensatz Frankreich-England ist heute vor allem einer der Wirtschaftsimperien: England hat erst Spanien, Holland, Frankreich, dann Deutschland mit Hilfe kontinentaler Mächte

niedergerungen und müßte, wenn man die Bekämpfung der zweitstärksten Macht mechanisch auffaßt, sich nun auf Frankreich stürzen. Gewiß, dieses Schema ist prinzipiell auch jetzt noch richtig. Nur ist seine Ausführung heute nicht so einfach, und daher steckt in der deutschen Rechnung immer wieder ein Fehler. Denn die Engländer verstehen ihre Sache besser als unsere Anglomanen: Nicht Frankreich ist für sie heute der Feind, sondern Europa. Und das im wesentlichen daher, weil England nicht mehr der alleinige Herr der Meere ist, weil die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan auf den Plan getreten sind. Mit Amerika wird sich Großbritannien im Ernstfall stets einigen, im Notfall die Seeherrschaft mit ihm teilen, wie es das angelsächsische Gemeinschaftsinteresse gebietet. Ganz anders liegt der Fall mit Japan als der Vormacht des werdenden ostasiatischen Imperiums, das nach Europa tendieren wird. Dadurch verschiebt sich das Problem der balance of power. Woodrow Wilson sagt zwar in seiner Senatsbotschaft vom 22. Januar 1917: »Only a tranquil Europe can be a stable Europe. There must be not a balance of power but a community of power.« Grade das aber sucht England zu verhindern.

Sehen wir uns die Balance-of-power-Doktrin etwas näher an. Der alte englische Mutiny Act nennt als Zweck des englischen Heers »the preservation of the balance of power in Europe«. In jedem andern Land ist als Zweck des Heers die Verteidigung der Grenzen und der Schutz der Interessen des Staats oder seiner Bürger angegeben. Der Amerikaner Homer Lea führte 1912 in seinem Buch *The Day of the Saxon* aus: »Die Dauer des Britischen Weltreichs ruht im Grunde auf der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa selbst. Dafür muß Großbritannien mit größerer Anstrengung kämpfen als für seine wertvollste Besetzung, denn darauf beruht die Integrität aller seiner Besitzungen.« Folgerichtig berief sich der Zar auf Englands Interesse am Gleichgewicht der Kräfte in seinem Telegramm an den König Georg vom 2. August 1914. (Hierbei mag eingeschaltet werden, daß das Telegramm Sir Edward Greys vom 25. Juli 1914 nach Sankt Petersburg eine Aufforderung zur allgemeinen Mobilmachung enthielt, von der aus man in Deutschland den Kriegsbruch herleitet.) Der Schwede Rudolf Kjellén hat in seiner bekannten Schrift über die Großmächte und den Weltkrieg darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts für England stets nur ein Vorhang war, hinter dem es sein planetarisches Übergewicht sicherstellte. Er hat damit keine neue Entdeckung verkündet. Bereits im 18. Jahrhundert sagte Louis Duc de Saint-Simon: »Während England die Welt mit der tönenden Phrase des Gleichgewichts der Mächte in Europa betäubt, hat es sich die volle Herrschaft über alle Meere und allen Handel angeeignet.« Man betrachte das Ergebnis der Napoléonischen Kriege, um die Wahrheit dieser Worte einzusehen. Schließlich eine moralische Beurteilung der Balance-of-power-Doktrin aus angelsächsischem Mund, wie man sie schärfer wohl nicht fassen kann. Sidney Fay sagt in der *Encyclopaedia of the Social Sciences*: »The principle of the balance of power is based not upon justice but upon expediency and force. It creates universal fears and jealousies and there is no satisfactory way of determining; when a real equilibrium has been reached, each group is likely to fear that the opposing group weighs heavier in the balance and therefore to look for the first opportunity to redress the balance in its own favour.«

Heute steht vor England das Problem des Vereinigten Europäischen Kontinents. Wie findet es sich damit ab? Der genannte Amerikaner Homer Lea sagte über die Einigung Deutschlands (und Italiens): »Infolge der Verschmelzung kleinerer europäischer Staaten mit einander fand die politische Herrschaft Großbritanniens über Europa ein Ende.« Es sind nämlich dann weniger Teilnehmer für das Balancesystem vorhanden. Sir Austen Chamberlain sagte am 24. März 1925: »Wenn das Britische Reich will, daß es in Europa keinen Krieg mehr gibt, dann wird es keinen mehr geben.« Wenn es aber doch einen Krieg gibt, dann hat ihn also das Britische Reich gewollt?

Wer ist das British Empire? Es sind 3 Imperien zu unterscheiden: das alte, das victorianische und das heutige. Sie sind zwar aus einander entstanden, aber doch nicht einander gleichzusetzen. Das alte Empire, das Cromwells, das der Navigationsakte und des Merkantilismus, war das Reich folgender These: Jeder Engländer bleibt Engländer, wo immer er sich aufhält, aber politische Rechte hat er nur in England selbst. Es brach mit der Amerikanischen Revolution zusammen. Es folgte die Epoche der Großen Französischen Revolution. Der wieder entstammte Napoléon, der den ersten Versuch der Einigung des europäischen Kontinents machte, sich dadurch die tödliche Feindschaft Englands zuzog, dem es gelang die europäischen Völker gegen ihn ins Feld zu führen. Mit ihrer Hilfe wurde Napoléon schließlich überwältigt, der Europagedanke schien tot (um 100 Jahre später wieder aufzuerstehen). Die Bahn war frei für ein neues Empire. Für ein Halbjahrhundert heißt Seefahrt englische Seefahrt, heißt Handelsexpansion Expansion Englands. Kolonien werden überall gegründet, aber man verfällt nicht wieder in die Fehler des Old Empire. London bleibt in allen politischen und den wichtigsten Wirtschaftsfragen entscheidend, aber in den Lokalfragen herrscht Selbstverwaltung. 1867 entsteht das Dominion of Canada, wenig später erhalten Australien, Neuseeland, Südafrika die Rechte einer sich selbst verwaltenden Kolonie. In den achtziger Jahren treten wieder die anderen Völker auf den Plan, Kolonialdrang entsteht in Europa. Aber es ist nicht so, daß England sich jetzt schon nur verteidigt. Gegen 1 000 000 Quadratmeilen werden im vorletzten und letzten Regierungsjahrzehnt der Queen Victoria dem Britischen Reich zugefügt. Erst jetzt ist die Sicherung des Seewegs nach Ostindien vollzogen, erst jetzt ist das Projekt der Kap-Kairo-Kalkutta-Bahn möglich. Begann man, zu Anfang des 18. Jahrhunderts, zur Zeit der größten Schwäche des alten Imperium Germano-Romanum, vom Empire schlechtweg zu sprechen, statt vom British Empire, so kommt jetzt die Tendenz des United Empire auf. Es regt sich in Canada, Australien usw., aber noch ist es zu früh, und vielleicht lagen die Föderationsideen, die die Imperial League und andere Organisationen um 1890 herum vertraten, englischem Wesen nicht: nicht federation sondern cooperation. Vor allem nach außen: Schon ist die Zeit, da man den Unterschied zwischen englischem und kontinentalem Imperialismus in die Formel fassen kann: England will bewahren, sein Empire ist im wesentlichen saturiert (und doch das Verlangen nach Deutsch Ostafrika); die anderen Völker: Franzosen, Deutsche, Russen, Italiener, treffen in der ganzen Welt auf britische Barrieren, daher ist ihr Imperialismus naturgezwungen aggressiv. England versteht es durch die sogenannte Einkreisungspolitik die kontinentalen Völker gegen Deutschland (nicht ohne dessen schwerste Mitschuld) zu eisen: Der Weltkrieg bricht

herein. Die Situation ist für das Britische Weltreich entscheidend. An Stelle loser Kolonialkonferenzen wie 1887, 1897, 1907, 1911 tritt neben das War Committee ein Imperial War Committee: Die Dominions werden offiziell an der Weltpolitik Englands beteiligt, sie sind Selbstvertreter auf der Friedenskonferenz, sie erhalten Mandate aus der deutschen Kolonialbeute, und die Reichskonferenz von 1926 laßt das alles noch einmal neu, nicht in Paragraphen, was englischer Staatsauffassung widerspricht, sondern in Gesinnungen: Es entsteht die British Commonwealth of Nations.

Und die Wirtschaft? Joseph Chamberlain wollte Empirewirtschaftspolitik treiben, er unterlag der alten liberalen Freihandelsdoktrin, die durch die Entwicklung der Weltwirtschaft schon überholt war, und deren künstliche Aufrechterhaltung in den Weltkrieg führte. Nach dem Krieg sah die Sache anders aus. Das alte Empire hatte sich gegen Zollgesetzgebung oder überhaupt selbständige Wirtschaftspolitik der Kolonien gewehrt, das hatte im 18. Jahrhundert zum Verlust der 13 amerikanischen Kolonien geführt. Das neue Empire war klüger, man wehrte sich nicht mehr, man verlangte zwar Präferenz für englische Ware in den Kolonien, bekam sie auch zugestanden, aber auch wenn die Maßnahmen der Kolonien dem Mutterland nicht angenehm waren, nahm man es hin. Die Times schrieben am 28. Mai 1927 in ihrem Trade Supplement: »Der Entschluß der selbstregierenden britischen Dominions . . . ist nicht als vorübergehende Phase sondern als tiefgewurzelte Entschlossenheit aus dem ganz naturgemäßen Streben zu verstehen einen höhern Rang unter den Nationen einzunehmen als dies einem ausschließlich auf Agrar- und Urproduktion angewiesenen Land beschieden sein kann . . . Die Dominions eines bessern belehren zu wollen heißt eine Saat künftiger Konflikte ausstreuen. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Dominions den Eindruck erhielten, die Bevölkerung Großbritanniens stände ihren Auffassungen verständnislos gegenüber.« Auch im Mutterland werden die Freihandelstheorien allmählich aufgegeben¹. Die Empire-Free-Trade-Bewegung Lord Beaverbrooks ist falsch bezeichnet, sie ist in Wahrheit eine empireprotektionistische Bewegung, eine Bevorzugung britischer Waren. Wie rasch sie zu Erfolg führen wird, bleibe vorerst ununtersucht, in diesem Zusammenhang genügt es auf ihr Vorhandensein hinzuweisen. Der Abgeordnete der Labour Party Sir Oswald Mosley verfolgt die nämliche Tendenz². Über den entgegengesetzten Standpunkt britischer und europäischer Handelspolitik nur 3 Beispiele aus jüngster Zeit. Auf einer der Londoner Reichswirtschaftskonferenzen wurde beschlossen unter allen Umständen Empirewaren zu bevorzugen, zum Beispiel lieber australische Rosinen zu kaufen als griechische. Auf der Brüsseler Zuckerkonferenz fiel England den europäischen Zuckerproduzenten, die ausschließlich Rübenzucker herstellen, in den Rücken und erklärte, es müsse die Einfuhr asiatischen Rohrzuckers begünstigen, aus Britisch Asien natürlich. Bei den letzten Genfer Verhandlungen über den Zollwaffenstillstand erklärte England frank und frei, es sei für Freihandel der anderen, Präferenzen wären nichts. Was aber würde wohl geschehen, wollten die Dominions die Vorzugsbehandlung englischer Waren aufheben? Schon viel böses Blut machte die Absicht Südafrikas deutsche Maschinen wie englische zu behandeln.

1) Über die Wirtschaftspolitik siehe zum Beispiel *Schippel* Handelspolitische Gruppenbildung, Kontinentaleuropa und Freihandel, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 682 und folgende.

2) Siehe darüber *Weingartz* Das Britische Imperium und die Arbeiterpartei, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 325 und folgende.

Der *Messenger d'Athènes* schrieb vor 2 Monaten: »La Grande Bretagne insulaire présente une constitution particulière, qui est la cause, dit l'histoire, qui fait qu'elle s'est toujours trouvée en opposition contre l'Europe continentale. La puissance de l'Angleterre consiste spécialement dans le fait qu'elle occupe toutes les voies et les passages maritimes ainsi que dans ses immenses colonies. L'Angleterre vise donc plutôt à une confédération avec ses colonies qu'avec les pays de l'Europe continentale.« Hierhin gehört auch eine Äußerung, die James Garvin 1927 im *Observer* tat: »Wir glauben, daß Britannien in Eintracht mit dem Vereinigten Europa zu arbeiten willens ist und wünscht. Aber niemals kann es mit diesem großen Gebilde gemeinsame Sache machen sondern muß vor allem ein Glied des ozeanischen Systems der englischsprechenden Völker bleiben.« Aber wenn wir in den Sozialistischen Monatsheften auf diese Tatsachen aufmerksam machen, fällt die deutsche Presse darüber her und spricht in ganz unsinniger Weise von einem »fanatischen Englandhaß«, wie es grade jetzt der Genosse Gustav Warburg in einem Artikel getan hat. Es ist ja das Interessante, daß unsere Anglophilen in vielen Punkten englischer sind als die Engländer. Ein kleines Beispiel: Der französische Soziologe André Siegfried (dessen Buch über die Vereinigten Staaten wohl das aufschlußreichste und tiefstschürfende Werk der gesamten Amerikaliteratur ist) hat neulich über die Engländer ein Buch veröffentlicht, in dem er neben den unzweifelhaften Vorzügen dieses Volks auch einige weniger glänzende Seiten ihres Nationalcharakters berührt. Mit der naiven Offenherzigkeit, die man auf dieser Insel häufig findet, hat die englische Presse Siegfrieds Ausstellungen anerkannt. Anstoß aber nahm daran der Londoner Berichterstatter der *Vossischen Zeitung*, der auch aus englischen Fehlern durchaus noch besondere Vorzüge herausdestillieren wollte.

In Chequers sprechen jetzt deutsche und englische Minister mit einander. Diese Zusammenkunft sollte ursprünglich vor der Genfer Konferenz stattfinden und nach dem Willen gewisser Stellen eine Demonstration gegen Paris werden. Das wurde noch rechtzeitig abgebogen, Chequers wurde hinter Genf verlegt. Auch dann bemühte sich die deutsche Presse die Bedeutung von Chequers für die deutsche Politik und Wirtschaft als riesenhaft hinzustellen, Genf dagegen zu bagatellisieren. So ging es Wochen hindurch. Man machte sich und die Leser glauben, daß Chequers die Beseitigung der deutschen Not bringen werde. Durch die Erweckung solcher Illusionen hat man der deutschen Sache und ihren Vertretern keinen Dienst erwiesen.

Besprechungen zwischen deutschen und englischen Staatsmännern können sehr wertvoll sein. Die Deutschen können den Engländern sagen: Bildet ihr euer British Empire weiter aus, laßt uns aber in Europa Aufbauarbeit treiben, benutzt eure Verbindungen nach Frankreich nicht zur Atomisierung des Kontinents sondern laßt uns die Mißverständnisse zwischen uns und unseren Nachbarn beseitigen. Darin könnt ihr uns helfen. Deutsch-französische Zusammenarbeit bei wohlwollender Neutralität Englands an Stelle der Versuche des Gegeneinanderausspiels; und wir bekommen ein gesundes Deutschland in einem gesunden Europa. Hoffen wir, daß die (in ihrem Endergebnis noch nicht übersehbaren) Besprechungen von Chequers, welche Details sie auch behandelten, tendenziell diese Linie innehielten.



RICHARD KLEINEIBST · WIEDER ZWISCHEN GENÈVE UND GENÈVE



TROTZ allen bitteren Lehren und Erfahrungen hat das Nachkriegsdeutschland immer noch nicht den Weg nach Europa gefunden. Es sucht vielmehr, den Blick in die Jahre des äußerlichen Erfolgs nach dem Krieg 1870-1871 gerichtet, an jenes Bismarcksche Zweite Reich anzuknüpfen, um es in ein Drittes Reich überzuführen. Hier ist sicherlich eine Ursache für den großen Erfolg der an sich so inhaltsleeren und geistesarmen nationalsozialistischen Bewegung. Weil sie jenes Vergangenheitsfühlen und -trachten in leicht faßliche Schlagworte aufzufangen und umzumünzen verstanden, wagen es die anderen politischen Parteien nicht den Nationalsozialisten mit der Energie entgegenzutreten, die das Wohl des deutschen Volks gebieterisch erforderte; sie passen sich der antifranzösischen Politik an, sie machen sich blind für die wahren "Belange" Deutschlands, verleugnen in der Tat das Europäertum, das sie hier und da bei festlichen Anlässen als Schaustück tragen. Ein besonders deprimierendes Beispiel dafür bot jetzt der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig. Nichts ließ erkennen, daß dieser Kongreß im Herzen Europas tagte, daß er auch europäische Aufgaben hatte. Über Thema darf nicht gesprochen werden: das war der Eindruck, den der Beobachter haben mußte. Ausführungen des Verfassers dieses Aufsatzes, die die Gefahr von Konzessionen an den Nationalismus im Zusammenhang mit den Jugendproblemen aufzeigen sollten, wurden unmöglich gemacht. Womit die These von der Gefahr des Abgleitens in nationalistische Gedankengänge vor der europäischen Öffentlichkeit grade von denen demonstriert wurde, die am heftigsten gegen solche Annahme protestiert hatten.

Daß die deutsche Politik sich in Gegensatz zu Europa (und zum wohlverstandenen Interesse Deutschlands selbst) brachte, hat den "großen alten Mann", den Vorkämpfer der europäischen Einigung, Aristide Briand, zu Fall gebracht oder, um es richtiger zu sagen, den Erfolg seiner Wahl zum Präsidenten der Französischen Republik hintertrieben. Die Art, wie das Projekt eines deutsch-österreichischen Zollvereins inszeniert wurde, schien dem Ausland die Bestätigung einer Politik, deren Ziel immer deutlicher und deutlicher zutage kam: als Hoffnung eine Einheitsfront gegen Frankreich unter Beihilfe Englands und tätiger Mithilfe Italiens zustande zu bringen, um sich dann von den "Fesseln von Versailles" zu befreien. So richtig es ist, was mit großem Freimut Gaston Doumergue ausgesprochen hat, daß man in Frankreich nicht gern überragende Persönlichkeiten auf dem Präsidentenstuhl sieht, so bedeutend und ernsthaft gemeint die Demonstrationen des offiziellen Frankreichs und des französischen Volks für den Frieden und die Fortführung der Friedenspolitik Briandscher Prägung sind, die Entscheidung des französischen Parlaments war schließlich doch als ein Warnungssignal gedacht, war gegen weitere Konzessionen an ein nationalistisch drohendes Deutschland gerichtet. Wohl hat Briand seine Demission als Außenminister wieder zurückgezogen, aber mit der, wenn auch vorübergehenden Schädigung der Autorität des Mannes, der stolz erklären durfte, zu seinen Lebzeiten werde es keinen Krieg mehr geben, ist der Verwirklichung der Europäischen Idee ein Schlag versetzt worden, dessen Schwere in der allgemeinen Bestürzung der zivilisierten Welt zum Ausdruck kam.

Einem Teil der deutschen Presse freilich blieb es vorbehalten die erhöhte Spannung der europäischen Atmosphäre als einen Erfolg deutscher außenpolitischer Aktivität zu preisen; ein größerer Teil schmeichelte sich immerhin bis zuletzt noch mit der trügerischen Hoffnung nun erst recht auf den Beistand Italiens und Englands in Genf rechnen zu können.

»Es wird schon ganz deutlich, daß England und Italien die Schwächung der Autorität und Schwungkraft Briands ausnutzen wollen, um diesmal stärker als sonst in Genf den Ton anzugeben. . . . Henderson und Grandi scheinen diesmal im engsten Kontakt zusammenarbeiten und handeln zu wollen. Es verlautet mit großer Bestimmtheit, daß Italien zu einem eigenen Europaplan die englische Zustimmung gefunden habe.« Wenn es auch die Kreuzzeitung war, die sich noch am 15. Mai dergestalt aus Genf berichten ließ, solche Phantastik entsprach doch einer vielseitig gehegten Hoffnung. Und im Bann solch unbegrenzter Illusionsfähigkeit handelte wohl auch der Außenminister Julius Curtius, als er in der Europakommission eine indirekte Verteidigungsrede des Zollunionsplans hielt, die eine scharfe Replik Briands zur Folge hatte. Freilich, als die Schläge von allen Seiten auf das Haupt des deutschen Außenministers niederhagelten, als auch der italienische Außenminister Dino Grandi "in die französische Front einschwenkte", als sein englischer Kollege Arthur Henderson, was man in Deutschland voller Bitterkeit feststellte, Johannes Schober gegenüber eine beinahe schulmeisterliche Haltung einnahm, konnte man nicht mehr die Erkenntnis abweisen, daß nicht Frankreich isoliert ist, womit man seit Jahr und Tag spekuliert hatte, sondern daß Deutschland in eine selbst vor dem Krieg kaum je erlebte heillose Isolierung hineingeraten war.

Aber auch da verstand man noch nicht die Situation. Man übersah geflissentlich, daß Frankreich nicht im mindesten auf eine Demütigung Deutschlands ausging sondern nach wie vor unter der Parole "Keine Sieger noch Besiegte!" den Weg suchte Deutschland für die Völkerfamilie des europäischen Kontinents zu gewinnen. »Keine neue Mauer zwischen Deutschland und Frankreich«, so überschrieb das Berliner Tageblatt am 21. Mai den Bericht seines Pariser Korrespondenten, um damit den Inhalt eines Matinartikels zusammenzufassen. Und der Temps sagt am 22. Mai das, was der Matin ausgesprochen hatte, noch deutlicher in folgenden Worten:

»Niemand denkt daran gegen Deutschland die Niederlage (échec) auszubeuten, die seine Diplomatie soeben in Genf erlitten hat; niemand denkt daran sie zum Vorwand zu nehmen, um gegen das Reich eine Politik zu entfesseln, die seine Isolierung zu unterstreichen sucht. Würde man so handeln, man begegnete dem deutschen Fehler nur mit einem andern, nicht minder schweren. Die Politik der Versöhnung und Annäherung im Rahmen einer aufrichtigen europäischen Zusammenarbeit, wo Deutschland seinen Platz hat wie die anderen Völker, muß fortgesetzt werden.«

Es ist nichts Neues: An Frankreich wird es auch in Zukunft nicht fehlen, wenn es gilt Europas Einheit auf der Basis der Gleichberechtigung zu verwirklichen und zu gestalten. Wie aber steht es um Deutschland? Der deutsche Außenminister verhinderte in Genf die Erledigung des polnischen Berichts über die Zwischenfälle in Oberschlesien. Gewiß, die Begründung ließ sich formell hören, und Curtius hatte das »englische Pflaster auf seinen Wunden«, wie der Brüsseler Peuple schreibt, seinen vermeintlichen Auftraggebern gegenüber sehr nötig. Nicht aber auf solche Siege kam es an. Und um aus der Isolierung herauszugelangen, hätte die (so leicht vorzunehmende) Geste der Versöhnlichkeit gegen Polen genügt. Englische Pflaster sind immer sehr unhygienisch, und so billige Triumphe sind Deutschland schon oft im Endeffekt teuer zu stehen gekommen. Wo blieben bei solcher

Haltung die wirtschaftlichen Überlegungen, deren man sich doch sonst, in betontem Gegensatz zu dem angeblich rein politisch orientierten Frankreich, so gern rühmt? Die Polen sind jedenfalls in Verstimmung gegen Deutschland von Genèv abgereist. Und über die Erschwerung der Beziehungen zu diesem Nachbarland kann auch die Genugtuung nicht hinweghelfen, die Peter Reinhold nach seinem Bericht an die Vossische Zeitung vom 24. Mai 1931 bei der Beobachtung der »Gesichter der Franzosen und der Kleinen Entente« empfunden hat, als Henderson »volles Verständnis für den deutschen Vorschlag« zeigte. Der ehemalige Minister Peter Reinhold ist da sicher Prototyp einer Gattung deutscher Politiker. Was er zu sehen vermeint und dann verkündet, das sind die Vorstellungen, aus denen heraus in Deutschland Politik gemacht wird. Daß der britische Außenminister bei jenem Akt formaler Gerechtigkeit keineswegs an eine grundsätzliche Schwenkung dachte, zeigte sich kurz darauf in der Danziger Frage, wo er scharf gegen die nationalsozialistischen Unfug- und Unruhestifter Stellung nahm. Man tut gut den Bericht darüber in der Kreuzzeitung vom 23. Mai 1931 nachzulesen, weil der größte Teil der deutschen Presse ängstlich über diesen Zwischenfall hinweggehuscht ist. (Er paßt zu schlecht in das Bild eines heimlich auf deutscher Seite stehenden Englands.) Nur so kann man die Beschwerde Zaleskis über das Resumee des Ratspräsidenten Curtius verstehen, ohne daß man dabei übersehen müßte, daß der polnische Außenminister in gereizter Stimmung auf eine Intransigenz eine andere setzte.

Nein, Genèv war kein erfreuliches Ereignis. Und doch ist es auch jetzt noch möglich "das Beste daraus zu machen". Léon Blum bezeichnet es als etwas Großes, Neues, dessen Wert man nicht verkleinern dürfe, daß ein Tribunal existiert, dem internationale Streitfragen gefährlicher Art überwiesen werden können. Der Haag ist der Anfang einer übernationalen Rechtsnorm, der in Genèv gut funktioniert hat und Deutschland ohne Demütigung den Rückweg zu einer ersprießlichen Politik offen läßt. Das ist der andere große Vorteil, den nur die Genèver Institution des Völkerbunds bietet. Und endlich das Positive: die erhöhte Aktivität des Europaausschusses, der unverkennbare Wille schneller als bisher zu praktischen Resultaten im Aufbau Europas zu kommen. Das soll gern als ein Verdienst der deutsch-österreichischen Planung festgehalten werden: mit der Feststellung, daß für einen gedeihlichen Fortgang fast alles von Deutschland und Österreich abhängt (wobei das Hauptgewicht der Verantwortlichkeit auf Deutschland fällt).

GIBT es Anzeichen, daß die verantwortlichen Kreise in Deutschland die goldene Brücke betreten werden, die man in Genèv zu bauen suchte? Vorläufig scheint es kaum so. Es ist nicht nur die Rechtspresse, die starke Gesten fordert. Mag man auch im Tempo nicht ganz einig sein, im Ziel und im Weg, den man zu gehen für richtig hält, zeichnet sich wieder eine Einheitsfront ab.

Auch die Regierung ist noch mehr oder minder befangen und gefangen in der trüben Atmosphäre des Nationalismus. Heute wird am Rhein "getrommelt", morgen in Schlesien und bei höchst bedenklichen "Siegesfeiern". Halbamtliche Äußerungen geben zu verstehen, daß man mit einem für die Zollunion günstigen Spruch des Haager Gerichtshofs rechnen könne, und daß man dann ungesäumt das begonnene Werk unter Ablehnung einer politischen Prüfung durch den Völkerbund zu Ende führen werde. Man

macht sich selbst vor, daß durch die Maientscheidung ein weiteres Eingreifen des Völkerbunds auf Grund der Artikel 11 und 15 der Satzungen ausgeschaltet wäre. Aber damit macht man auf das Ausland so wenig Eindruck wie mit der Drohung des Austritts aus dem Völkerbund, die ernst zu nehmen der Temps vom 24. Mai sich weigert, die klipp und klar als kindisch (puérile) zu bezeichnen er sich nicht scheut. Noch immer scheint man in maßgebenden Kreisen auf das Rezept der Rechten zu vertrauen, daß der "Erbfeind" Frankreich isoliert werden müsse und isoliert werden könne.

»Die Isolierung, in welcher sich im Augenblick Deutschland in Genf befindet, ist vorübergehender Art und wird aufhören, sobald die juristischen Fragen im Haag geklärt sind, und damit die Engländer die Freiheit des Handelns wiedergewonnen haben ... Wir haben nach wie vor Grund optimistisch zu sein und ... an eine baldige Verwirklichung unserer Pläne zu glauben.«

So die Germania am 24. Mai. Und in der Kreuzzeitung heißt es am 24. Mai etwas robuster und ungeschickter, man hätte schon jetzt ernstliche Zeichen unserer Entschlossenheit geben sollen, »daß es mit dem bequemen Deutschland vorbei ist, und daß wir, wo immer Gelegenheit sich bietet, unbequem werden wollen«. Eine geistvolle Art Politik zu machen, die wir schon in den kaiserlichen Zeiten oft genug erprobt haben; mit dem Erfolg, daß, was dabei herauskam, für uns am unbequemsten war. Ja, die erste Enttäuschung über das Abspringen vermeintlicher Bundesgenossen hat nicht einmal die Genfer Tagung überdauert. Kaum hatten die Auslandskorrespondenten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen Presseäußerungen aus England und Italien gemeldet, als man schon hoffnungsfreudig den neu begründeten Pilgerstab zur Suche nach den alt-neuen Bundesgenossen in die Hand nahm. Zwischen den zitierten Äußerungen der Germania und dem weiter unten behandelten Artikel Garvins vom 17. Mai könnten sehr wohl ursächliche Zusammenhänge bestehen. Dieser Neigung zu Irrfahrten kam allerdings die von je geübte Teilung der britischen Politik in einen offiziell-praktischen Teil des Foreign Office und einen unverbindlich-fiktiven der Presse und Öffentlichen Meinung bestens entgegen. Ganz falsch wäre es dies auf ein finsternes Komplott mit allen Requisiten einer Dreigroschenoper zurückzuführen, oder denen, die diese Feststellungen machen, eine derartige Vorstellung unterzuschieben. Nein, hier trifft man auf eine alte langgepflegte Tradition, die automatisch auf das Kennwort funktioniert wie die Tür an Ali Babas Höhle. Wie so oft findet man in der Rechtspresse, die ja auch eine außenpolitische Tradition hat, eine richtige Teilerkenntnis von den Zusammenhängen. Bitterböse schrieb zum Beispiel die Kreuzzeitung am 20. Mai, daß die britische Regierung den Anmaßlichkeiten Frankreichs gegenüber rückgratlos sei, »sie überläßt den Kampf den Organen der Öffentlichen Meinung und anderen unverantwortlichen Stimmen«. Damit sind wir bei dem Besuch in Chequers angelangt. Dessen Vorgeschichte scheint schon halb vergessen. Sonst wäre es nicht nötig vor falschen Hoffnungen und trügerischen Vorstellungen von seinen Folgen zu warnen.

Allerdings sind solche Hoffnungen von der englischen Presse, nicht zuletzt vom Daily Herald, nicht schlecht genährt worden. Ein besonders charakteristisches Beispiel für die Methode bietet der Observer. Am 17. Mai schrieb dort James Garvin einen Artikel, der mit starken Worten, beinahe mit Invektiven gegen Frankreich gespickt und eine einzige Aufforderung an Deutschland ist nicht nachzugeben. Schade, daß man diesen Aufsatz nicht unverkürzt den deutschen Lesern vorlegen kann, damit sie ihn dann mit

den Auslassungen des gleichen Organs 8 Tage später (der Observer ist bekanntlich eine Sonntagszeitung) vergleichen und daraus einige Schlüsse ziehen können. Es kommt einem bei diesem Artikel vor, als wären der Sprachschatz und die Auffassung der deutschen nationalistischen Presse über den Kanal verfrachtet worden. Wer könne es den Deutschen übelnehmen aus dem Völkerbund auszutreten, wenn sie dort kein Recht mehr fänden?, fragt der selbe Garvin, der vor Jahr und Tag schon der Genfer Institution verächtlich das Todesurteil gesprochen hat. Niemand dürfe Deutschland und Österreich hindern auf ihre eigne Weise »mutual prosperity« zu suchen oder sich so nahe zu kommen, wie sie nur wollten. Sie daran zu hindern »would be an act of odious and intolerable tyranny in the spirit of the Holy Alliance a hundred years ago«. Mit dem frommen Augenaufschlag des Puritaners empört sich Garvin, daß das gottlose Frankreich Politik gegen den Willen Gottes treibe, denn es ist »the act of God«, daß die Deutschen ein so kräftiges Volk sind, und Frankreich, das durch seine Feindschaft gegen Deutschland den Krieg von 1870 verschuldet hat, sei jetzt im Begriff einen neuen zu verschulden. Da aber mache Großbritannien nicht mehr mit. Deutschland habe das Recht auf volle Gleichheit, auch in der Bewaffnung (ob auch in der Flottenrüstung, sagt Garvin nicht), das edelmütige England verkenne das nicht und werde die Konsequenzen ziehen:

»Frankreich und seine Gefolgsleute (her clients) verfolgen in der Frage der Bewaffnung, der Bündnisse und Vertragsrevision einen Kurs, der sie ebenso endgültig der britischen wie der amerikanischen Unterstützung beraubt. Auf das Mittelmeer angewandt widerstreitet (antagonises) diese Politik der bewaffneten Herrschaft Italiens.« Auch dieser letzte Hinweis ist deutlich. Da nun aber inzwischen der Genfer Tonfilm ein Stück weiter gelaufen war, und eine andere Musik als diese Sirenenklänge für deutsche Ohren und eine ganz andere Montage gezeigt hatte, da nun die Zeit herankommt, wo die dummen Deutschen vielleicht etwas von der Fülle der Versprechungen einkassieren wollen, tönt aus den Spalten des Observer eine andere Weise, wird am 24. Mai ohne viel Pathos festgestellt, man wünsche zwar den Deutschen alles Gute, aber die deutschen Publizisten täten gut als Kardinalpunkt der britischen Haltung dem Kontinent gegenüber festzuhalten, daß England nicht daran denke seine Beziehungen zu Deutschland auf Kosten der Beziehungen zu Frankreich zu verbessern (to better our relations with Germany by worsening our relations with France). Nur keine Überstürzung, meint väterlich James Garvin, internationale Angelegenheiten müßten international behandelt werden, aber selbstverständlich leihe England den Klagen Deutschlands ein wohlgeneigtes Ohr. Nun denken wir gar nicht daran, wie das die Kreuzzeitung tut, den Besuch in Chequers für überflüssig zu halten, in der Furcht, daß die Engländer vielleicht nur im Sinn haben »das zu tun, was in ihrer Sprache so treffend heißt to square one by attentions (jemanden mit Aufmerksamkeiten einwickeln)«. Die Engländer werden mit (keineswegs gespielter) Entrüstung solche Unterstellung abweisen. Sie sind überzeugt, daß sie niemand einwickeln wollen, und es ist nicht ihre Schuld, wenn der zu einem höflich-diplomatischen Treffen Eingeladene einen Verbrüderungsakt erwartet. Niemand von denen, die die Lösung der Hauptschwierigkeiten für Deutschland in der Einigung des europäischen Kontinents sehen, würde eine unangebrachte Brüskierung Englands empfehlen. Ganz im Gegenteil. Wir Kontinental-europäer sind doch bessere Menschen, wir erwarten nichts von England, wir fordern nichts von ihm, wir verlangen nur von den deutschen Diplomaten

und Regierenden die Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse, in die Bedingungen der britischen Politik, damit sie sich nicht selbst in Illusionen einwickeln, die für Europa so gefährlich, für das Inselreich zumindest nicht unwillkommen sind. Von keinem Staat kann man heute verlangen und noch weniger erwarten, daß er gegen seine Interessen handle. Wir halten es allerdings auch für unangebracht, daß Deutschland durch eine verkehrte Orientierung seiner Politik da eine merkwürdige, seine Zukunft gefährdende Ausnahme macht, und deshalb müssen wir es immer wieder auf seine Interessenzone hinweisen: den europäischen Kontinent.

Daß die deutsche republikanische Presse die Regierung nicht auf diesen Weg hindrängte, daß sie ihr den Mißerfolg von Genf durch rechtzeitige Warnung nicht ersparte, sollte es vielleicht damit zusammenhängen, daß sie der englischen Presse nachzueifern suchte? Dann hat sie sich freilich in den Voraussetzungen geirrt und die Politik der *spendid isolation*, deren sich England einmal rühmen konnte, vergeblich auf Deutschland zu übertragen gesucht, die sehr unglänzende Isolierung so mit verschuldet. Leider trifft dieser Vorwurf auch den größten Teil der sozialdemokratischen Presse, und wenn die Sozialdemokratie sich, wie Rudolf Breitscheid schrieb, »große Reserve« auferlegt hat, »um nicht den Gegnern im Ausland Material gegen die deutsche Regierung zu liefern, und um den Antimarxisten in Deutschland nicht die Möglichkeit zu geben ihr die Schuld an dem ungünstigen Genfer Resultat in die Schuhe zu schieben«, so ist diese Methode der Ängstlichkeit kaum geeignet prophylaktisch zu wirken. Zwar machte, wie der Genosse Breitscheid, auch der Vorwärts nachträglich, am 27. Mai, einen energischen Vorstoß gegen die Bureaucratie des Auswärtigen Amtes, gegen die offizielle (Kriegs-) Berichterstattung, die ganz der glorreichen Tradition der Generalquartiermeister folgte, aber die dauernd falsche Information sitzt längst in den Köpfen drin und schafft die falschen Voraussetzungen für unglückselige politische Meinungs- und Willensbildung. Wenn, um einen Sonderfall zu erwähnen, das sogenannte Witzblatt unserer Partei seinen Geist anscheinend aus der nationalistischen Presse bezieht und in Zeichnungen von Willibald Krain Briand als den Heuchler demaskiert, der Friedenspalme und Engelsflügel fallen läßt, weil Deutschland und Österreich seine »Parole ernst genommen« haben, so darf man sich schließlich nicht wundern, wenn die nationalistische Propaganda am Ende auch in unseren Reihen Fuß fassen kann. Es ist in Deutschland glücklich so weit gekommen, daß kaum ein Kegelklub sein Stiftungsfest vorübergehen läßt, ohne eine "Entschließung" auf "Revision" zu fassen; wenn man sich auch nicht klar ist, was eigentlich revidiert werden soll, und wer für solche Revision zuständig ist. Man weiß zwar nicht, was man will, aber man will es mit Energie und bekräftigt es höchst feierlich. Diese Resolutionsschmiederei ist zu einer Seuche geworden. Daß die Vereinigten Staaten von Amerika jeder Forderung auf Schuldennachlaß die kalte Schulter entgegenhalten, wird übersehen. »Die Revision marschiert«, schrieb selbst ein so ernstzunehmendes Blatt wie das Berliner Tageblatt, das grade in der Zollunionsfrage eine ehrenvolle Außenseiterhaltung eingenommen hat, am 11. Mai über seinen von Max Jordan gezeichneten Leitartikel, der das Fazit der Vollversammlung der Internationalen Handelskammer in Washington zieht. Aber die Revision denkt gar nicht daran von dieser Seite her zu marschieren. Bei solcher Irreführung kommt schließlich immer wieder heraus, daß für den

enttäuschten "einfachen Mann aus dem Volk" an der Unbeweglichkeit der Verhältnisse das böse Frankreich schuld ist, weil es Achtung vor den Verträgen fordert. Amerika zu kritisieren wagt man nicht, man verweist entschuldigend auf sein "Milliardendefizit". Aber für selbstverständlich hält man es, daß Frankreich nicht nur auf den ungeschützten sondern auch auf den geschützten Teil der Reparationszahlungen verzichten soll. In einem sozialdemokratischen Organ zum Beispiel, der Magdeburger Volksstimme, las man am 19. Mai diesen mit dem Ernst des Fachmanns vorgetragenen Satz:

»Da Frankreich aus politischen Gründen gegen jede ernsthafte Revision ist, Amerika und England es nicht mit Frankreich verderben wollen oder können, so sind also die 3 ausschlaggebenden Mächte gegen jede augenblickliche Aufrollung der Revisionsfrage, um jede Unruhe in der Weltpolitik zu verhindern.«

Kommt dann noch hinzu, daß England, großmütig wie es ist, Pläne entwirft, die, wie der Normanplan, nur mit französischem Geld durchgeführt werden können, so geraten wir wieder in den *circulus vitiosus*, der vom Weg des Erfolgs wegführt und in London am toten Punkt endet.

»London ist bereit über die Revision zu verhandeln«, lauten die Schlagzeilen. Aber die Frage ist, ob London bereit ist praktische Schritte zu tun. Über die Revision und die Möglichkeit eines Reparationsnachlasses herrscht in den Köpfen ein kaum entwirrbares Durcheinander. In diesem Zusammenhang wird dann das Gerede um die Unverletzlichkeit und Unabänderlichkeit der Verträge lächerlich, sinnlos. Es wird da *intra* und *extra muros* gesündigt. Versteifung hüben, Versteifung drüben. Sagt die eine Seite: sie müssen geändert, revidiert werden, so antwortet die andere: sie habe genug von einem Mal "Fetzen Papier"; das Echo: also sollen wir ewig geknechtet sein. In diesem Stil kann *ad infinitum* diskutiert werden. "Ewige" Verträge, das sollte man aus der Geschichte wissen, hat es nie gegeben, wird es nie geben. Sie sind, wie alle Kontrakte, nur Überbau, der sich bald schneller bald langsamer umwälzt, wenn einmal der Unterbau seine Struktur geändert hat. Selbst in den Versailler Vertrag (wie oft muß das doch wiederholt werden?) ist schon manche Bresche geschlagen worden, weil die materiellen und zum Teil auch die ideologischen Voraussetzungen sich geändert hatten. Aber da jeder Verzicht Frankreichs auf das stipulierte Recht mit Revisionstiraden und Revanchegeheiß beantwortet wurde, darf es in Deutschland niemand verwundern, wenn man den "Fetzen Papier" nicht aus der Hand gibt, sich auf den Boden des fixierten Rechts zurückzieht.

Revision, auch das muß zum Überdruß wiederholt werden, ist nur möglich in einer gereinigten Atmosphäre, deren eine Voraussetzung wirtschaftliche Umordnung und Einordnung in Europa ist. Wir sind froh uns hier mit Léon Blum zu begegnen, der als Kronzeuge gegen die französische Außenpolitik sich einer großen Beliebtheit in Deutschland erfreut. Er schrieb im *Populaire* vom 19. Mai 1931, daß Verträge sich den Rechtsforderungen, den Wünschen und Bedürfnissen der Völker anpassen. »Aber diese Anpassung«, fährt er fort, »diese "Revision", die für den endgültigen Friedenszustand unentbehrlich ist, darf nicht selbst zu einem "Kriegsrisiko" werden.« Sie müßte freiwillig und freundschaftlich beschlossen werden, könnte es aber nur in einer von Kriegsgeist, Ressentiment, Angst und nationaler Rivalität gereinigten Luft. Nichts anderes hat der französische Kriegsminister André Maginot ausgesprochen, zu dessen Rede (es ist bedauerlich) grade das Berliner Tageblatt am 26. Mai keine andere Antwort wußte als diese:

»Die "Vernunftpolitik" Maginots ist zwar noch von trüben Morgennebeln verhüllt, aber man soll sich doch freuen, daß es auch in diesem Kopfe Tag zu werden beginnt. Der Fortschritt vom starren Nein zu diesen erwägenden Betrachtungen vor belgischen Kriegsbeschädigten ist erheblich. Bleibt zu hoffen, daß der Fortschritt nicht stagniert, während des Wartens auf die 100prozentige "sécurité", von der eigentlich niemand recht weiß, was darunter zu verstehen ist.«

Wie schädlich ist doch solche Entgleisung für die Verständigung.

Es müssen noch viele Hindernisse aus den Köpfen weggeräumt werden, bevor es möglich ist Deutschland zu einer objektiven Würdigung der französischen Politik zu bringen. Das hängt zu einem großen Teil zusammen mit dem noch nicht ausgetriebenen Geist der wilhelminischen Ära, der wiederum schuld daran ist, wenn das französische Volk in seinem ganzen Wesen mißverstanden wird. Immer wieder stößt man auf die von nicht geringem Selbstbewußtsein zeugende naive Auffassung, daß Frankreich »um 100 Jahre in der Entwicklung zurück« ist, wie der Weltreisende Colin Roß (auch Weltreisen schützen vor Torheit nicht) am 21. Mai den befriedigten Leser der Vossischen Zeitung versicherte. Wie unsinnig eine solche Zensur ist, braucht hier nicht mehr dargelegt zu werden. Richtig ist freilich, daß Frankreichs wirtschaftliche, soziale und soziologische Struktur eine andere ist als die Deutschlands, und man kann Felix Pinner im Berliner Tageblatt vom 24. Mai 1931 so weit wohl zustimmen, daß »seine [Frankreichs] Überfülle an mobilen Hilfsquellen vielleicht nichts anderes ist als die Kehrseite seines Mangels an Expansionsgeist«. Jawohl, Frankreich braucht jetzt keine Expansion in die Wirtschaftsbezirke anderer Völker, und wenn die Politik, was doch zur Lehre des Marxismus gehört, funktionell von einer gegebenen wirtschaftlichen Situation abhängt, so müßte man doch schließlich auch in Deutschland begreifen, daß diesem »Mangel an Expansionsgeist« unmöglich ein gewaltsamer politischer Expansionsdrang, ein ungezügelter Wille zur Hegemonie über den Kontinent entsprechen kann. (Übrigens ist auch mit dem Wort Hegemonie ein sonderbarer Gestaltwandel vor sich gegangen, den man einmal noch für sich betrachten muß.) Auch in der Politik, mindestens in der politischen Erkenntnis, sollte man Logik nicht ganz ausschalten. Aber hier gilt mehr »Credo quia absurdum« als »Vernunft und Wissenschaft«. Und ist es wirklich angebracht Frankreich vorzuwerfen, daß es sich nicht so kritiklos "amerikanisiert" hat wie Deutschland? Soll nun gar der Umstand, daß Frankreich relativ gesund geblieben ist, als Ursache für die Krankheit des europäischen Kontinents herhalten? Würde Europa wirklich gesünder sein, wenn auch Frankreich krank geworden wäre? So viel Achtung vor der Folgerichtigkeit sollte man haben, um derartige Schlüsse zu beachten. Aber man argumentiert in ähnlicher Weise, nur weil man sich der zwingenden Folgerung nicht anbequemen möchte.

DIES aber führt auf den Ausgangspunkt zurück; nach Genf. Frankreichs Finanzkraft kann für den Aufbau Europas nicht entbehrt, kann nicht ersetzt werden. Den französischen Schatz in befruchtenden Fluß zu bringen, dazu bedarf es eines gesicherten, durch freiwillige Anerkennung der Interessengemeinschaft fundierten Friedens. In einem Kampf gegen Frankreich wird Deutschland den kürzern ziehen. Frankreich will den Kampf nicht, denn es sieht an seinem Ende die Vernichtung für alle. Briands Europaentwurf ist nur für den unverwirklichbar, der mit der ausgesprochenen Absicht an ihn hergeht nur seine Schwächen aufzufinden. Daß er in seinen Grundzügen richtig

ist, wagt man kaum mehr zu bezweifeln. Man hält sich an Einzelheiten, bezweifelt, daß das Durchführungstempo der Notlage genügen könne, und will nicht sehen, daß durch solch muffige Unwilligkeit die praktische Lösung allerdings verzögert wird. Es lassen sich gegen die einzelnen Thesen, ob es sich um die Präferenzzölle, die industriellen Kartelle oder was immer handelt, von diesem oder jenem Standpunkt aus Bedenken vorbringen; es gibt nichts in der Welt, wogegen sie sich nicht erheben ließen. Aber ist da ein Weg, so braucht es nur des guten Willens ihn gangbar zu machen.

»Den Luxus einer einseitigen Ost- und Südostorientierung wird sich Deutschland nicht leisten können, selbst wenn es dabei Aussicht hätte im Osten moralische und bis zu einem gewissen Grade auch wirtschaftliche Eroberungen zu machen. Mitteleuropa darf höchstens ein Weg zu Großeuropa sein. Mitteleuropa ist ein Weg, Paneuropa [auch Pinner braucht diesen jetzt oft angewandten ungenauen Ausdruck statt des präziseren Kontinentaleuropa] ist das Ziel, und die Politik des Weges darf niemals dazu führen, daß das Ziel verloren wird.«

So schließt Felix Pinner eine (Frankreich gegenüber durchaus kritische) Wirtschaftsbetrachtung im Berliner Tageblatt vom 16. Mai 1931. Ähnlich denkt auch Frankreich, und so hat es bei der Maitagung in Genève Deutschland und Österreich die Möglichkeit geboten ihren Sonderplan in einem größern Ganzen aufgehen zu lassen. In wenigen Monaten werden die Staatsvertreter in Genève wieder zusammentreten. Es fragt sich dann, ob der erste Schritt einer europäischen Kooperation getan werden kann oder nicht. Es ist anscheinend dieser erste Schritt, der am schwersten ist. Wäre es nicht eines Versuchs wert ihn zu erleichtern, die wirtschaftliche Ausweitung, die Briand anstrebt, so zu fördern, daß sie auch für Deutschland und Österreich die Erfüllung ihrer Wünsche bringt? Die Bahn dazu ist, wenn wir wollen, gegeben, es käme auf solchen Versuch an. Es geht dabei um den Bestand Europas, und da ist ein mögliches Mißvergnügen der an der Erhaltung dieses Kulturraums weniger interessierten Mächte und Kräfte kein ausreichender Grund die lebensrettende Operation, auch wenn sie das Abwerfen einiger liebgewordener Vorurteile und Vorstellungen erfordert, zu unterlassen.

Die Einigung Europas hat von sich aus keine Spitze gegen irgendeine andere Macht, aber dieses Werk der Befreiung kann nur das Werk der europäischen Völker selbst sein. Der Weg zur Gesundung Deutschlands, und das ist der Weg zum Vereinigten Europäischen Kontinent, kann diesen Herbst in Genève besritten werden.

PAUL KAMPFFMEYER · SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE ALS GRUNDLAGE EUROPÄISCHER POLITIK



VOR 20 Jahren erlebten wir in heftigster Fiebererregung das 2. Stadium des Marokkokonflikts. Es ist nach 2 Richtungen hin heute besonders bemerkenswert. Vor 20 Jahren waren die alten Methoden der Kriegsdrohung bei den Auseinandersetzungen über nationale Machtansprüche in vollem Schwang. Die Grundlinien einer internationalen Rechtsordnung schwammen trotz den Haager Friedenskonferenzen noch völlig im Nebel. Schon vor der 2. Haager Konferenz, im Februar 1907, hatte Deutschland die Aufnahme der Rüstungs-

beschränkungen und der Frage eines obligatorischen Schiedsgerichts in das Konferenzprogramm offiziell abgelehnt. Damit war das eigentliche Ziel der Konferenz beseitigt. Ein europäisches Bewußtsein, das Gefühl von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Solidarität der europäischen Völker regte sich kaum in den Kreisen der leitenden Staatsmänner. Aber der Marokkokonflikt des Jahres 1911 ist noch durch ein anderes Moment charakterisiert. Zum erstenmal schauen sich die hadernden Regierungen nach der Hilfe der Arbeiterdemokratie, der Sozialistischen Internationale, zur Beilegung eines drohenden Kriegs um. Über dieses Moment sind wir erst in jüngster Zeit aufgeklärt worden.

Der Marokkokonflikt verläuft äußerlich so. Mit dem Frühling 1911 durchlaufen fortgesetzt Nachrichten von der »pénétration pacifique« Marokkos durch Frankreich die europäische Presse. Am 21. Mai 1911 besetzten die Franzosen Fez ohne Schwertstreich. Am 10. Juni teilte der französische Außenminister Jean Cruppi dem deutschen Botschafter Wilhelm von Schoen mit, daß Fez wieder geräumt werden sollte, da dort die Ordnung hergestellt sei. Zur Ausbildung der Armee des Sultans würden aber in Fez französische Instruktooren zurückbleiben, und eine Etappenkette bis zum Meer sollte die Verbindung mit der Hauptstadt Marokkos dauernd sichern. Die friedliche Durchdringung Marokkos setzte sich fort, und die deutsche Diplomatie war eigentlich mit dieser Durchdringung und mit dem französischen Protektorat über Marokko einverstanden, wenn Frankreich die Hand zu einer ergiebigen Kompensation Deutschlands am Kongo gab. In einer Unterredung mit dem französischen Botschafter Jules Cambon hatte der Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Waechter geäußert: »Es muß aber ein tüchtiger Happen sein.« Die deutsch-französischen Unterhandlungen kamen nicht recht in Fluß. Schon am 3. Mai 1911 hatte Kiderlen den Gedanken festgelegt, daß Deutschland zur Durchsetzung seiner Kompensationsansprüche ein Kriegsschiff nach Agadir senden sollte, um diesen südmarokkanischen Hafen als Faustpfand einzubehalten. Die Faustpfandidee nahm dann der Unterstaatssekretär Alfred Zimmermann sehr energisch auf. Man sollte sofort 4 Kriegsschiffe nach Agadir und Mogador senden. Die Algecirasakte seien erledigt, und Deutschland habe als Signatarmacht dieser Akte volle Handlungsfreiheit zurückerlangt. »Nur auf diese Art werde Frankreich«, so gibt Erich Brandenburg in seinem Geschichtswerk Von Bismarck zum Weltkrieg die Argumentation Zimmermanns wieder, »zu ernsthaften und ausreichenden Kompensationsvorschlägen zu bringen sein. Unsere Entschlossenheit, meinte er, werde beruhigend wirken, und auch die französischen Chauvinisten würden ruhig bleiben, wenn unsere Presse Verständnis für die französischen Maßregeln zeige.« Eine solche Verkennung der Sachlage und der französischen Volksstimmung war nur bei einem Diplomaten möglich, der ganz in der militaristischen Gedankenwelt lebte und von "schneidigen", draufgängerischen militärischen Aktionen wahre Wunderwirkungen erwartete. Am 26. Juni fuhr Kiderlen nach Kiel und erhielt vom Kaiser die Genehmigung zur Flottendemonstration. Er telegraphierte an Zimmermann: »Schiffe bewilligt.« Und am 1. Juli erschien der Panther vor Agadir. Der "Panthersprung" wurde allgemein als 1. Akt einer deutschen Besitzergreifung marokkanischen Gebiets gedeutet. Und doch war er nur als ein bluffartiges Druckmittel gedacht, um den Franzosen den Kongo abzupressen.

Der Panther drohte mit dem Krieg, um möglichst große Kompensationen für Deutschland einzuheimsen. Die blödeste Kriegshatz schrie aus den Blättern der deutschen Schwerindustrie. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb: »Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung steht ihnen [den Franzosen] noch frei. Wollen sie nicht, dann mag der Panther die Wirkung der Emser Depesche haben.« Um Wilhelm II zu kriegerischen Taten aufzuputschen, nannte ihn die Post in den ersten Augusttagen »Guillaume le timide, le valeureux poltron«; sie bezeichnete ihn als die stärkste Stütze der französischen und englischen Politik, »eine Stütze, viel stärker als 50 französische Divisionen«. Die deutsche Politik hatte sich in eine Sackgasse verrannt. Und da erinnerte man sich in diplomatischen Kreisen an die friedensstiftende Rolle der Demokratie der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Internationale.

Am 26. Oktober 1911 hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Pieter Jelles Troelstra in der holländischen Zweiten Kammer eine Rede, die durch den folgenden Passus eine ganz besondere politische Bedeutung gewann: »Das moderne Proletariat ist die Kraft, die jetzt den Weltfrieden aufrechterhält. Als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus weiß ich, daß Regierungsmitglieder, um einen drohenden Krieg abzuwenden, sehr wohl die Adresse des Internationalen Sozialistischen Bureaus zu finden wissen. Das ist eine Neuerung. Eine neue wirkende Kraft ist aufgestanden.« Diese allgemeine Wendung in der Rede Troelstras wurde damals nicht recht verstanden, da eine exakte Darstellung der offiziellen Verhandlungen der Regierungen mit der Internationale nicht bekanntgegeben werden sollte. Heute, 20 Jahre nach Agadir, kann volles Tageslicht über diese geheimnisvollen Unterhandlungen verbreitet werden. Am 17. September 1911 schrieb nämlich Camille Huysmans einen Brief an August Bebel, in dem folgendes stand: »Am Montag, 11., erhielt Vandervelde den Besuch des belgischen Ministers des Privatkabinetts. Dieser hatte eine längere Unterredung gehabt mit dem belgischen Gesandten in Berlin, welche genau von der deutschen Regierung dokumentiert worden war, und es scheint uns, daß die deutsche Regierung auch weiß von diesem Schritt der belgischen Diplomaten. Dem Genossen Vandervelde wurde gesagt: a) die deutsche Regierung wünscht eine friedliche Lösung des Konflikts, b) es sei unwahr, wie französische Blätter behaupten, daß Deutschland eine privilegierte Stellung frage (fordere). Der Minister gab weiter zum Ausdruck, daß er diesen Schritt gewagt hatte, weil er wisse, wie ernsthaft die Sozialdemokratie ihre Friedensaktion aufnehme, und noch, weil niemals die Lage seit 1870 so schlimm gewesen war. Eine zweite briefliche Mitteilung desselben sagt, daß die Lage noch gefährlicher sein würde im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen, also nächste Woche. So weit von deutscher Seite. Unser Eindruck war, daß man diese Mitteilungen auf 2 Weisen auffassen konnte. Entweder wollte Deutschland die Sozialdemokratie zu ihren Zwecken gebrauchen, oder waren die Mitteilungen richtig. Die Informationen seitens Frankreichs haben uns die Wahrheit der letzten Auffassung bewiesen . . . Ich bin darum nach Paris gegangen und habe da konfidentiell gesagt, was ich Ihnen privatim schreibe. Die Folge war, daß die Partei beschloß 20 bis 30 Meetings in den Großstädten zu organisieren, eine Proklamation ankleben zu lassen, und der Nationalrat stellte formell die Frage (Forderung) der unmittelbaren Einberufung des Bureaus, die wir nach der in Kopenhagen

angenommenen Resolution nicht weigern dürfen.« Die Friedensdemonstrationen verliefen in Frankreich und Deutschland wirkungsvoll. Das Schwert blieb in der Scheide stecken. Das französisch-deutsche Kongoabkommen beschloß den Marokkokonflikt, aber es schloß nicht die Wunden, die der Panther in die Weichen des französischen Volks geschlagen hatte.

Der Versuch die Völkerverständigungspolitik der internationalen sozialistischen Arbeiterdemokratie für die Beilegung äußerer Konflikte einzustellen wurde nicht fortgesetzt und vor allem nicht fortgebildet. Diese Fortbildung hätte in Deutschland die politische Anerkennung der demokratischen Forderungen der Sozialdemokratie, die Einführung des parlamentarischen Regimes bedeutet. Die Regierung Wilhelms II hatte aber die Bismarcksche Tradition übernommen das persönliche Regiment des Monarchen gegenüber dem Parlamentarismus völlig unangetastet zu lassen. Bismarck dachte nicht im entferntesten daran die Minister und Berater der Krone für die Willensentschließung des Monarchen verfassungsrechtlich verantwortlich zu machen. Wie hätte er sich da zur Einführung des parlamentarischen Systems, zu einer verfassungsmäßigen Bindung der Regierung an die jeweilige Zusammensetzung des vom Volk gewählten Parlaments verstehen können? Am 24. Januar 1882 hatte er sich mit größtem Freimut darüber ausgesprochen, daß er in dem Minister nur einen Willensvollstrecker des Monarchen und nicht ein Instrument des Parlaments sehe. »Der Minister«, so betonte er damals, »ist ein in der Verfassung kaum genannter Lückenbüßer. Ob nun das in die konstitutionelle Theorie paßt oder nicht, ist mir vollständig gleichgültig . . . In den festen, tiefen Geleisen, die die Politik Preußens im Deutschen Reich mit eingehen kann, bestimmt Seine Majestät der König im Prinzip. Er bestimmt, was geschehen soll, wie die preußischen Vertreter im Bundesrat instruiert werden sollen, nach der eigenen Überzeugung, und die Ausarbeitung, das Formelle in der Sache, ist die Aufgabe der Minister. Der königliche Wille ist und bleibt der alleinentscheidende. Der wirkliche, faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Seine Majestät der König. Daß es in Preußen so ist, ist doch ein großes Glück.« Was hat Wilhelm II mit allen seinen absolutistischen Gottesgnadenaussprüchen weiter getan als die monarchistische Theorie Bismarcks illustriert? Die machtvolle preußische Monarchie mit ihrem die Zivilgewalt übergipfelnden Heer, ihrem feudalen Herrenhaus und ihrem Dreiklassenparlament stellte alle Bundesstaaten des Reichs ganz in den Schatten. Der sogenannte föderalistische Gedanke verkümmerte im Reich erbärmlich. Wilhelm II fühlte sich als Preußenkönig als der eigentliche Beherrscher Deutschlands. Und er gab diesem Gefühl auch in seinen Reden offen Ausdruck: »Einer nur ist Herr im Reich, keinen anderen dulde ich.« *Suprema lex regis voluntas.*

Die krankhafte Außenpolitik Wilhelms II konnte sich im Reich nur dadurch behaupten, daß in der Reichsverfassung der Ministerverantwortlichkeitsparagraph, der Artikel 17, nur ein ganz papiernes Dasein führte: »Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.« Da nun der Reichstag kein Mittel besaß den Reichskanzler zur Verantwortung zu ziehen, hing dieser Artikel völlig in der Luft. Seit 1900 hatte sich die Sozialdemokratie vergeblich bemüht einen Initiativantrag auf Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes durchzusetzen. Selbst die Tollheit des Daily-Tele-

graph-Interviews Wilhelms, das die auswärtige Politik Deutschlands als den Launen eines hemmungslosen Monomanen ausgeliefert dokumentierte, vermochte den Reichstag nicht diesen maßvollen sozialdemokratischen Antrag anzunehmen: »Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.« Alle Anregungen der Sozialdemokratie die Reichsverfassung demokratisch auszugestalten blieben wirkungslos. Kein Staatsgerichtshof wurde eingesetzt, vor dem der Reichskanzler zur Verantwortung gezogen werden konnte. Die sozialdemokratische Forderung der Mitbestimmung des Reichstags bei der Entscheidung über Krieg und Frieden stieß bei der Regierung und den herrschenden Parteien auf taube Ohren. Nach einem sozialdemokratischen Antrag sollte nämlich der Artikel 11 Absatz 2 der Reichsverfassung so lauten: »Zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.« Ohne einen wurzeltiefen Eingriff in den Halbabsolutismus im Reich und in Preußen mußten alle Kämpfe gegen das "persönliche Regiment" scheitern, denn dieses Regiment war, wie der sozialdemokratische Fraktionsredner Georg Ledebour in der Debatte über das Daily-Telegraph-Interview erklärte, »weiter nichts als die notwendige unvermeidliche Begleiterscheinung des gesamten scheinverfassungsmäßigen bürokratischen Regierungssystems«. In der Tat wiederholten sich die Bekenntnisse Wilhelms zu einem Halbabsolutismus, weil dieses System trotz jener Debatte noch ruhig fortbestand. Schließlich proklamierte sich Wilhelm in seiner Königsberger Rede im August 1910 selbst zum Gottesgnadenmonarchen, indem er auf seinen Großvater hinwies, der sich aus eigenem Recht die Krone aufs Haupt gesetzt hätte. Er betrachtete sich als Instrument des Herrn, und er wollte »ohne Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen« seinen Weg gehen.

Niemals konnte Deutschland den großen entscheidenden Schritt zu einer europäischen Völkerverständigungspolitik tun, bevor die halbkonstitutionelle Militärmonarchie Preußens zerbrochen war, und sich die Herrschaft der arbeitenden Klassen in einem neuen, ihre ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse anerkennenden Staat konsolidieren konnte. Noch kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs triumphierte in der Zaberner Affäre die militärische Gewalt über die zivile. Sie griff ungerufen in die Funktionen der Polizei ein und schaltete durch willkürliche Verhaftungen wie in einem "eroberten Land". Wilhelm II sprach aber das berüchtigte Wort von dem Zerschlagen der Verfassung Elsaß-Lothringens.

Wir Sozialdemokraten neigen dazu die staatlichen Herrschaftseinrichtungen der europäischen Kulturstaaten stark zu verallgemeinern, ihnen schlechtweg das Prädikat bürgerlich aufzuprägen. Wir unterschätzen oft die großen Verschiedenheiten, die sich in der Entwicklung der einzelnen europäischen Staaten scharf herausbildeten. Der preußische Staat ist zum Beispiel nach seiner ganzen Herkunft ein auf Kolonialboden aufgebauter Militär- und Beamtenstaat, der selbst bis zum Novemberzusammenbruch die materiellen Interessen der einflußreichen Industriegruppen an seine militärstaatliche Sonderexistenz zu binden verstand. Er hat die Bourgeoisie zum großen Teil feudalisiert und militarisiert. Vom Militärkabinet des Kaisers, das an der Spitze des Staats stand, ging eine so starke Kraft aus, daß sie in zahl-

reichen Fällen die Zivilgewalten völlig lahmlegte. Die Militärattachés der Botschaften trieben über die Köpfe der Geschäftsträger hinweg ihre eigne Politik. Die Militärs, die Flügeladjutanten, die ganze militärische Umgebung des Kaisers bilden die sogenannte Maison militaire, die sich schon unter Wilhelm I recht selbstbewußt geäußert hatte, aber von Bismarck im allgemeinen niedergehalten wurde. Unter Wilhelm II kamen für diese Maison militaire goldene Tage. Schon am 2. März 1894 schreibt Philipp Eulenburg in seinen Aufzeichnungen: »Tür und Tor ist der Maison militaire geöffnet, der Seine Majestät sogar zur Friedenszeit den schneidigen "deutschen" Titel Hauptquartier verlieh, mit Plessen an der Spitze, der nur von "Schießen" spricht. Mein Gott, wie hielt der alte Bismarck seinen dicken Daumen auch auf der Gesellschaft! Und nun spuken die Engelbrechts und solches Gelichter in aller Politik umher, das wie die kleinen Geisterchen der Araber auf jedem Misthaufen sitzt.« Eulenburg hat lebenswahre, gleichsam photographische Aufnahmen der Vertreter des "Hauptquartiers" seinen Erinnerungen eingefügt. Die Mitteilungen der Flügeladjutanten, der Militärattachés, die als "Elitemenschen" von Wilhelm II besonders gewertet wurden, schätzte dieser »unbedingt höher als die Berichte eines Gesandten«. Eulenburg bemühte sich vergeblich »den Kaiser von der Bedenklichkeit der politischen Berichterstattung militärischer Outsiders zu überzeugen«. Das Hauptquartier bildete nach Eulenburg eine »permanente Kamarilla«, deren Vertreter sich aber weidlich über jede Äußerung über "Adjutantenpolitik" entrüsteten. Nicht verborgen blieb einem Eulenburg die Erstarrung der deutschen Entwicklung unter dem übermächtigen Einfluß der Traditionen des preußischen Militär- und Beamtenstaats. Die Militär- und Beamtenkasten teilten die Bevölkerung in satisfaktionsfähige und nichtsatisfaktionsfähige Menschen ein. Eulenburg gestand offen ein, daß wir »nicht den Mut« haben »den Damm zu brechen, der unsere edelsten, besten Kräfte wie ein Harnisch umschließt. Denn wir würden nicht die Verachtung des Kreises, dem wir angehören, auf uns nehmen. Das höhnische Lächeln des blödesten, aber satisfaktionsfähigen Dummkopfs, wenn wir einen Schritt abseits von dem scharf begrenzten satisfaktionsfähigen Wege machten, würde den genialsten, freidenkendsten Preußen abhalten diesen Schritt zu tun. So unterbindet diese seltsame Klassifikation jede freie Verschmelzung der fruchtbarsten Kreise des Volkes, jede gemeinsame freie Arbeit für den modernen Staat.« Aber Eulenburg hörte bereits den Massenschritt der Nichtsatisfaktionsfähigen, die unter der Führung der Sozialdemokratie heranzugschritten. »Das alte Preußen«, meinte er, »bemerkt nicht einmal, daß die Kraft der preußischen Tradition, die glänzende Organisation auch die Stärke des Vierten Standes geworden ist, der aus Preußen besteht, wie wir alle, und der uns lehren würde die neue Zeit zu begreifen, auch wenn verändertes Wahlrecht und andere Palliativmittel als Versuche aufgewendet würden die Sozialdemokratie zu beseitigen, die nichts anderes ist als der zum Bewußtsein erwachte jüngste, kräftigste Sohn Europas. So sind wir, und wissen nicht, daß wir so sind! Wer soll es uns sagen? Wir glauben niemand, der das Heiligtum preußischer Tradition als verbraucht darstellen würde, weil wir das stärkste Heer der Erde haben und einen großen Ruhm. Wir sind das disziplinierteste, von den Hohenzollernstößen erzogene Volk, und es fehlt uns das Verständnis für die furchtbare Unselbständigkeit, zu der man uns erzogen hat.«

Angesichts der gründlichen Einblicke, die uns die Aufzeichnungen eines Eulenburg in das Wesen des alten Kaiserreichs gewähren, müssen wir aufs tiefste bedauern, daß die Wandlung des kaiserlichen Obrigkeitsstaats in eine Republik nicht wirklich von der Generation, die zur Gestaltung der Zukunft berufen ist, gesehen und gehört wurde. Das Verständnis dieser entmutigenden Tatsache erschließt uns vielleicht der geistvolle Ausspruch Friedrich Nietzsches: »Blitz und Donner brauchen Zeit, das Licht der Gestirne braucht Zeit, Taten brauchen Zeit, auch nachdem sie getan sind, um gesehen und gehört zu werden.« Taten wollen eben vor allem verstanden und begriffen werden, »um gesehen und gehört zu werden«. Die geistigen Augen und Ohren für die Erfassung der großen politischen Wandlung heranzubilden muß eine Haupterziehungsaufgabe der deutschen Sozialdemokratie sein.

Vor 20 Jahren wurde die Sozialistische Internationale als Druckmittel für die Verständigung der Nationen benutzt, die sich bereits kriegsgerüstet gegenüberstanden. Aber es sprach wirklich nicht sehr für die Macht der Sozialdemokratie, daß sich die Diplomatie ihrer nur als letzten Hilfsmittels in einer sehr kritischen Situation bedienen wollte. Sollte sie zu einem sich stetig auswirkenden Moment der Völkerverständigung werden, so mußte die Arbeiterklasse selbst ihre Vertreter in die Regierungen senden. Die Möglichkeit war vor dem Weltkrieg wohl in Frankreich gegeben, nicht aber in Deutschland. Und die Arbeiter Frankreichs hatten diese Möglichkeit auch benutzt: Sie entsandten um die Jahrhundertwende, als ein allgemeiner Ansturm der chauvinistischen Elemente die Französische Republik bedrohte, Alexandre Millerand in die Regierung, und die reaktionäre Gefahr wurde dadurch beseitigt. Den Sinn dieses Vorgangs hat Georg von Vollmar sehr lichtvoll im Dezember 1900 in den Sozialistischen Monatsheften klargelegt.

Erst der Novemberzusammenbruch 1918 schuf in Deutschland die Bedingungen für eine europäische Politik der Verständigung und Zusammenarbeit. Bis zu diesem Jahr blieb der Halbabsolutismus im Reich und in Preußen unerschüttert, und er schob der parlamentarischen Demokratie und damit der politischen Herrschaft der Massen unübersteigliche Schranken in den Weg. Ob und wie diese neuen Bedingungen zu fruchtbarer Gestaltung benutzt wurden: das freilich ist eine andere Sache. Aber 13 Jahre einer vielfach verfehlten Nachkriegspolitik dürfen uns nicht mutlos und auch nicht irre machen. Dieser kurze Rückblick auf die Vorkriegspolitik wurde gegeben, um dem jetzt lebenden Geschlecht zum Bewußtsein zu bringen: Die sozialistische Demokratie hat jetzt die Macht eine Politik nach ihrem Sinn zu treiben. Sie wende sie an: und der Vereinigte Europäische Kontinent, gestern eine Utopie, kann morgen eine Tatsache sein.

CHARLOTTE LÜTKENS · ÜBER DAS AMERIKANISCHE ZWEIKAMMERSYSTEM



ALS die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten die Legislaturperiode des Repräsentantenhauses auf 2 Jahre begrenzt hatten, stand im Federalist, der Zusammenstellung der wesentlichsten verfassungsrechtlichen und staatsphilosophischen Diskussionen der für das neue Staatsgrundgesetz maßgebenden Männer, eine Entschuldigung für die Tatsache, daß man in Philadelphia nicht alljährliche Kammerwahlen festgelegt habe.

In dieser knappen, heute fast ein wenig grotesk anmutenden Erinnerung werden Zeitpunkt und Geist der amerikanischen Verfassungsgründung blitzartig gegenwärtig. Wir sehen ein kleinräumiges, sozusagen noch kleinbürgerlich-privates Gemeinwesen um seine politische Ordnung ringen, dem die gewaltige Ausdehnung über den Kontinent, die langfristigen, an die eigne Logik der ökonomischen und technischen Forderung gebundenen Aufgaben einer modern kapitalistischen Politik noch unbekannt sind. Wir hören den Nachklang der philosophischen Bemühung um Sinn, Aufgabe und Grenzen einer Volksregierung, wie sie die Hamilton und Madison, die Jay und Jefferson mit einander und vor einer allerdings nur mäßig interessierten Öffentlichkeit führten: die Sorge um Gleichheit und Freiheit durch gerechte Vertretung aller Volksgenossen und gleichzeitig die Sicherung der Eigentumsrechte, noch mehr aber um die Erhaltung der konservativen Elemente, bei Vermeidung aller monarchistisch-absolutistischen Möglichkeiten. In einer solchen Atmosphäre der Konzessionen an die neuen Gedanken der Majorität als der Stimme der Vernunft, gewährt und zum großen Teil im Aufschwung der jungen Unabhängigkeit überzeugt gewährt durch eine Versammlung von wohlhabenden Grundbesitzern und Rentenkapitalisten, entstand die amerikanische Verfassung. Ihr liberaler Charakter ist ebensowenig zu verkennen wie man ihren konservativen Zug übersehen darf. Checks and balances ist ihr Grundprinzip. Aus 13 Kolonien sollte und mußte, schon mit Rücksicht auf die Sicherheit der Kriegsschulden und der Bodenwerte, ein einheitliches Staatswesen zusammengeschmiedet werden, und jede verlangte gleiches Recht für sich; gleiche Vertretung verlangten die dünnbesiedelten agrarischen Staaten des Südens wie die dichtbevölkerten, seit der Loslösung von England kommerziell und industriell aufblühenden Nordstaaten.

So kam die Verfassung von 1787 zum Zweikammersystem. Die gesetzgebende Körperschaft des Bundes ist in 2 Häuser geteilt: das Repräsentantenhaus vertritt das Gleichheitsprinzip der Bevölkerung, der Senat die Gleichheitsansprüche der einzelnen Bundesstaaten. In den Senat entsendet jeder Staat 2 Senatoren, ins Repräsentantenhaus kommt je 1 Abgeordneter auf eine bestimmte Anzahl von "Seelen" pro Wahlbezirk, die verfassungsgemäß jeweils alle 10 Jahre auf Grund der letzten Volkszählung neu zu ordnen sind. Zur Zeit der Verfassungsgebung kam ein Wahlkreis auf 30 000 Einwohner, das Haus hatte 65 Mitglieder; heute sind es 435 Abgeordnete bei einer Durchschnittsbevölkerung pro Wahlkreis von rund 212 000. Im Senat sitzen 96 Senatoren. Bemerkenswerterweise gibt es keine Frau im Senat und eine nur geringe Anzahl in der andern Kammer. Das Prinzip der Gleichheit ist vielfach durchlöchert: durch Wahlkreisgeometrie oft gewagtester Art (gerrymandering), durch verspätete Angleichung an die Zensusresultate, durch eine im Zweiparteiensystem und Beschneidung des Wahlrechts (Solid South, Neger, Einwanderer) begründete geringe Wahlbeteiligung (Durchschnitt unter 50%, bis hinunter zu etwa 8%) sowie durch das Fehlen jeglicher Aufrechnung von Reststimmen. So vertraten im Kongreß von 1924, dessen Berechnungsgrundlage, der Zensus von 1910, trotz verschiedenen Versuchen auch jetzt noch in Kraft ist, je 1 Abgeordneter die 2217 Wähler des 2. Wahlkreises von Georgia und die 79 782 Abstimmenden aus dem 7. Bezirk von Illinois. Auch der Senat ist naturgemäß kein Spiegel der zahlenmäßigen Zusammensetzung des amerikanischen Volks. Ebenso wenig gibt er einen Eindruck von der Verteilung des wirtschaftlichen Schwer-

gewichts, da mechanisch jeder einzelne der 48 Bundesstaaten 2 Senatoren nach Washington entsendet. Denn durch diese Sitzverteilung genießen auch heute, wie zur Zeit der Staatsgründung, die dünnbevölkerten Gebiete politisch gewaltige Vorteile vor den dichtbesiedelten States. Ökonomisch gesehen sind auf diese Weise die industriellen Staaten, also die Gebiete, die in zunehmendem Maß das Zentrum der amerikanischen kapitalistischen Wirtschaft bilden, in den zentralen politischen Körperschaften erheblich schwächer vertreten als die landwirtschaftlichen Teile.

Das formalliberale System der egalitären Demokratie bringt also in den Vereinigten Staaten eine politische Machtverteilung zustande, die gradezu an die ehemaligen preußischen Verhältnisse erinnern kann, die bewußt auf die Bevorrechtung des konservativen Elements zugeschnitten waren. Allerdings wirkt in der amerikanischen Innenpolitik eine Fülle ablenkender Faktoren gegen eine einseitige Machtausübung dieser politisch im Senat bevorzugten sozialen Gruppen; nicht zuletzt auch darum, weil die amerikanischen Farmer psychologisch, trotz aller Gegnerschaft gegen Großstadt und Industrie, schließlich selber Kapitalisten sind, und deshalb keine feudalistische Anmaßung und keine soziale Degradierung den ökonomischen Interessenkampf und die politische Rivalität noch weiter vergiften. Am sichtbarsten wird die Vorzugsstellung der binnenländischen Staaten in der Außenpolitik. Es genügt ein Blick auf die Landkarte, auf diesen ungeheuren Kontinent mit praktisch keinerlei feindlicher Grenze, um zu begreifen, wie gering das Interesse der meisten Senatoren an einer aktiven Außenpolitik, am Völkerbund oder dem Haager Weltgerichtshof sein kann. Die 18 fast durchweg binnenländischen States Nevada, Wyoming, Arizona, New Mexico, Idaho, Utah, Montana, North und South Dakota, Colorado, Florida, Nebraska, Delaware, Vermont, New Hampshire, Rhode Island, Maine und Oregon haben allein 36 Senatoren. Was macht es demgegenüber aus, wenn nur 2 Senatoren die gleiche Bevölkerungszahl vertreten, die, schon 1910, allein im Staat New York wohnte, und die durch Wirtschaftsinteresse, geographische Lage und zum Teil auch Herkunft ein Interesse an Europa, an Reparationsfrage und aktiven Handelsbeziehungen hat? Ja, man kann fast sagen, daß die Staaten der industriellen Großstadtbevölkerung die einzigen sind, denen "Europa" überhaupt eine vorstellbare Realität bedeutet, denen es mehr ist als ein lästiges und kostspieliges Weit-hinten-dort-in-der-Türkei.

Der Senat entscheidet über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten mit. Denn er hat das Recht der Ratifikation auswärtiger Verträge, die der Präsident als Haupt der Exekutive abschließt, und der Senat ist gewöhnlich stark genug von diesem Recht voll Gebrauch zu machen. So lehnte der Senat den Vertrag von Versailles um der darin enthaltenen Völkerbundsverpflichtung willen ab, so bringen die Senatoren der Binnenstaaten die fast prohibitive Vorbehalte gegen den Eintritt in den Weltschiedsgerichtshof. Diese Abneigung des Binnenstaaters sich mit den schwer übersehbaren Geschäften des Finanzkapitals im Ausland zu identifizieren, Politikern, Industriellen und Investoren freie Hand zu lassen, ist die eigentliche sozialökonomische Triebkraft des amerikanischen "Pazifismus".

Ein Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika ist nun freilich erheblich weniger an seine Außenpolitik gebunden als etwa heute allerseits sichtbar ein europäischer Staat. Die Machtstellung des Senats kann also nicht vor-

nehmlich in seinem Einfluß auf die Außenpolitik begründet sein. Auch seine Bildung als eine Art von Staatenhaus vermag ihm in einem demokratischen Land kaum den Vorrang zu sichern, den der Senat geistig und politisch tatsächlich vor der andern Kammer des Kongresses hat. Ein gewisser Vorteil ist es, daß im Gegensatz zum kurzlebigen Repräsentantenhaus, das eigentlich nur als eine Art von politischem Gutwettermacher für die nächsten Wahlen erscheint, der Senat eine ständige Körperschaft ist. Alle 2 Jahre scheidet jeweils $\frac{1}{3}$ der Mitglieder aus; der einzelne Senator ist auf 6 Jahre gewählt und hat so, abgesehen von der durch seine Herrschaft über die Parteimaschine relativ großen Chance der Wiederwahl, eine angemessene Zeit der geruhigen, von Wahlsorgen einigermaßen freien Arbeit in einer kleinen und damit den einzelnen stärker wertenden Körperschaft vor sich. Freilich ist auch diese Unabhängigkeit von der Wählerschaft nur sehr bedingt, sehr viel mehr als etwa im Deutschen Reichstag, dessen Massenparteien doch schon jeden Augenblick auf die Fühlung mit ihren Wählern und der Öffentlichen Meinung bedacht sein müssen. Die amerikanische Partei ist rein eine Organisation zur Erlangung der aktuellen, in ihren Absichten sehr begrenzten politischen Macht, an keinem größern gesamtpolitischen Programm orientiert, von keiner sozialen Schicht getragen. So werden die einzelnen Abstimmungen des Senators von interessierten Organisationen katalogisiert und statistisch für die kommende Wahl ausgewertet. Die American Federation of Labor führt bekanntlich für jeden einzelnen Volksvertreter solche Register über good and bad voting. Genau wie bei Schulzeugnissen und Wettbewerben wird dann der "Zuschlag" für die Stimmenabgabe nach Punkten gegeben. Doch würde es zu weit führen auf die eigenartige Struktur des amerikanischen Parteiensystems und seinen Einfluß auf die Legislative näher einzugehen.

Für die Beurteilung der Machtverteilung zwischen den beiden Häusern des Bundeskongresses ist aber vor allen Dingen wichtig, daß die Legislative (im Gegensatz zum Prinzip der Gewaltenteilung, das übrigens auch sonst in der amerikanischen Verfassung und noch mehr der politischen Praxis mehrfach durchbrochen werden mußte) an der Besetzung der nichtwählbaren Verwaltungsposten beteiligt ist. Auch nach der Einführung des sogenannten Civil Service, einer auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen angestellten, von der politischen Betätigung sehr weitgehend ausgeschlossenen und von den Parteien unabhängigen Beamtenschaft, blieb dem Präsidenten als Haupt der Exekutive eine beträchtliche Reihe von Bundesverwaltungsämtern zur Besetzung vorbehalten. Es handelt sich dabei um die höchsten wie auch um zahlreiche geringere Posten: unter anderm die Kabinettsmitglieder und die Botschafter, die Sekretäre der Departmentchefs wie die Postmeister der höheren Klassen, um gewisse richterliche, Zoll- und Steuerbeamte, Schlichtungs- und Immigrationsstellen und sonst eine ganze Reihe von Verwaltungsposten, den sogenannten Non-classified Service, das heißt alle nicht ausdrücklich dem Civil Service Unterstellten. Man darf auch heute noch für den Bund zirka 120 000 derartiger Patronagestellen von insgesamt etwa 550 000 Bundesangestellten schätzen. Einen wichtigen Teil dieser Posten besetzt der neugewählte Präsident nun mit Zustimmung des Senats. Die Praxis der senatorial courtesy geht dahin, daß jeweils der oder die Senatoren des betreffenden Staats über die Besetzung der in seinen

Bereich fallenden Patronagestellen gehört werden, falls einer oder beide der Partei des Präsidenten angehören; zählen sie zur gegnerischen Partei, so vergibt der Präsident die Stellen ohne Anhören der Senatoren des betreffenden Bundesstaats. Es ist Brauch, daß der Senat nur auf diese Weise zustande gebrachte Ernennungen ratifiziert. Durch dieses Mittel der Patronage werden verdiente Parteimitglieder belohnt, wird die Herrschaft der Parteimaschine befestigt. Besonders im traditionell noch demokratischen Süden vermag so ein republikanischer Präsident eine Parteimaschine zu erhalten und sich willfährige Parteifreunde zu verpflichten, was wiederum für die Beschickung des Parteikonvents von größter Bedeutung ist.

Dieser Einfluß des Senats auf die Patronage ist für die Machtverteilung zwischen den beiden Kammern praktisch wichtiger als das verfassungsmäßige Vorrecht des Repräsentantenhauses alle Finanzgesetze, also vor allem das Budget, zuerst zu beraten. Die im Senat fast unbeschränkte Redefreiheit, die längere Legislaturperiode, die Beteiligung an der treaty making power, vor allem aber eben der unvergleichlich größere Rückhalt an der Parteimaschine und dazu oft die höhere politische Erfahrung und Intelligenz der Senatoren rücken den Senat in den Mittelpunkt des politischen Interesses.

Um die Rolle des Kongresses richtig abzuschätzen, muß noch eine Reihe anderer Faktoren in Rechnung gesetzt werden. Es sind unter anderen das Oberste Bundesgericht (der Federal Supreme Court) und das Bureau of the Budget. Nachdem bis in die neueste Zeit die amerikanische Politik überhaupt kein in sich geschlossenes Budget, einen auf den Ausgleich der Staatsausgaben und -einnahmen abzielenden Gesamthaushaltsplan, gekannt hatte, brachte hier schließlich das Gesetz von 1921 die notwendige Wandlung, den Übergang zur modern kapitalistischen Rationalisierung der Staatswirtschaft gewissermaßen, so wie der Federal Reserve Act von 1913 die Grundlagen des allgemeinen Währungs- und Finanzwesens endlich vereinheitlicht und rationalisiert hatte. Der Budget and Accounting Act von 1921 überträgt den Entwurf eines Bundesetats dem Bureau of the Budget, das außerordentlich große Vollmachten hat, unter andern schon vor Entwurf des Etats an den Forderungen der einzelnen Departments und Ministerien Abstriche vornehmen darf. Damit verliert der Kongreß indirekt an seinem Grundrecht der Ausgabenbewilligung. Das Budgetbureau, das faktisch keiner Kontrolle durch die Legislative unterworfen ist, hat zunächst überhaupt die in der amerikanischen Politik außerordentlich beliebte Gesetzmacherei eingeschränkt und konnte sich so bedrohlich in die Kompetenzen der Legislative hineinschieben, daß ein Mitglied des Repräsentantenhauses sorgenvoll erklärte: »Jedes Jahr beobachte ich die wachsende Macht des Bureaus of the Budget, so daß ich heute geneigt bin zu glauben, daß es auf dem Weg ist sich zu einem 3. Haus des Kongresses zu entwickeln, mit mehr Machtfülle in gewissen Richtungen als Senat und Repräsentantenhaus.« Mag auch diese Ansicht übertrieben sein, mögen zum Beispiel die besonderen finanziellen Probleme der Jahre seit der Errichtung des Bureaus seine Aktivität in ungewöhnlichem Maß erfordert und gesteigert haben, so zeigt sich doch zum mindesten, wie kompliziert eine Verbindung des nichtparlamentarischen amerikanischen Systems ohne Ministerverantwortlichkeit und ohne Auflösbarkeit der Kammern mit den bürokratischen Methoden der Rationalisierung des Staatsapparats ist, ohne die ein moderner Staat nicht auskommt.

Droht das Budgetbureau das Zweikammer- in ein Dreikammersystem auszuweiten, so verengt auf der andern Seite die Judikatur die Macht des Kongresses seit langem und noch viel bedeutender. Das Recht der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze durch den Obersten Gerichtshof kommt de facto einer Bevormundung der Legislative durch die Judikatur gleich. Und da die Frage nach der Konstitutionalität erlassener und in einem praktischen Rechtsfall angezweifelter Gesetze niemals allein nach juristischen Grundsätzen beantwortet werden kann (die zunehmende Anzahl der Urteile mit 5 gegen 4 Stimmen bezeichnet nur die Schwierigkeit die veränderten sozialen und ökonomischen Bedingungen an den Maßstäben einer zu Beginn der kapitalistischen Epoche gültigen Verfassung zu messen), so ist auch das Urteil dieses unabsetzbaren "Rats der Alten" ein politischer Faktor, der zum Teil prohibitiv gegen alle Neuerungen wirksam geworden ist. Vor allem ist dies der Fall in der sozialen Gesetzgebung. Das hängt wiederum mit der Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Staaten zusammen.

Wie schon eingangs angedeutet, entstand die amerikanische Union als ein weitgehend föderalistisches Staatswesen mit bewußt starker Betonung der individuellen Eigentumsinteressen. Diesen Grundzug bewahren die Verfassung und ihre später beschlossenen Zusätze, besonders das scheinbar allein der Abschaffung der Sklaverei dienende 14. Amendment, indem sie von den großen Bezirken der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung der Legislative des Bundes allein die Beziehungen nach außen und zwischen den einzelnen Staaten überlassen, also Zoll- und Handelspolitik, indirekte Steuern, dazu seit 1913 durch das 16. Amendment nach langen Kämpfen und verschiedenen sich widersprechenden Urteilen des Obersten Bundesgerichts das Recht der Erhebung von Einkommensteuern, Währungseinheit, zwischenstaatlichen Handel. Auf diese Weise gelangen grade die dringendsten innenwirtschaftlichen Aufgaben eines modernen hochindustriellen Massentaats, sowohl was die Regelung der sozialen Beziehungen wie die Nutzbarmachung der wirtschaftlichen Hilfsquellen angeht, gar nicht bis in den Machtbereich der Bundespolitik; oder aber, wo sich die Legislative mit dem einen oder andern Gesetz in die verfassungsmäßigen Kompetenzen der States vorzuschieben versucht, besteht jeden Augenblick die Aussicht, daß ein Urteil des Supreme Court dieses Gesetz für null und nichtig erklärt. Das war zum Beispiel mit dem Versuch einer allgemeinen Regelung der Kinderarbeit der Fall; es mußte für sie daraufhin seit längerem eine Abänderung zur Verfassung propagiert werden, die aber bei der komplizierten Methode der Verfassungsänderung in absehbarer Zeit kaum eine Mehrheit zu erwarten hat. So ergab Ende 1926 die Gesetzgebung über Maximalarbeit von Kindern das folgende bunte Bild: Die tägliche Maximalarbeitszeit betrug 8 Stunden in 37 Staaten und dem Bundesdistrikt, 9 in 3, 10 in 4, 10½ und 11 in je 1 Staat; die wöchentliche Maximalarbeitszeit 44 Stunden in 4 Staaten, 48 in 32 und dem Bundesdistrikt, 51 in 1, 54 in 7, 55 in 1, 60 in 2 Staaten, völliges Verbot hatte 1 Staat. Das Mindestalter beträgt meist 15 Jahre, doch endet der Schulzwang vielfach schon mit 14 Jahren, und man sieht auch sehr viel jüngere Kinder erwerbsmäßig beschäftigt.

Nun ist es aber auf die Dauer schwer vorstellbar, wie ein moderner Großstaat ohne eine in der einen oder andern Form vereinheitlichte Wirtschafts- und Sozialpolitik bestehen kann. Die völlige Anarchie oder mindestens

Zersplitterung erträgt allenfalls ein sich im wesentlichen noch im Zustand der wirtschaftlichen Erschließung befindender, von den sozialen Problemen, ja weiterhin sogar von den Verwicklungen in der Weltwirtschaft unberührter Wirtschaftskörper. Und so ist es charakteristisch, daß die Fragen der Verwertung der natürlichen Kraftquellen des Landes und der Kontrolle der Public Utilities neben denen der Sozialpolitik heute die dringendsten inneren Probleme der Vereinigten Staaten geworden sind. Die Eisenbahnen und ihre Tarifpolitik bildeten vor einem halben Jahrhundert das entsprechende Zentralproblem; nur lagen damals dank dem Einspruchsrecht des Bunds über den zwischenstaatlichen Handel und durch das gleichzeitige Interesse von Farmern und Industrie an geordneten Transportverhältnissen die Dinge für eine zentrale Kontrolle einfacher (Interstate Commerce Act von 1887) als heute gegenüber der Frage des öffentlichen oder privaten Betriebs etwa der Muscle-Shoals-Wasserkräfte.

In welcher Weise die Vereinigten Staaten diese Probleme lösen werden, die aus ihrem Übertritt in einen völlig andersgearteten soziologischen Zustand erwachsen, ist nicht abzusehen. Auch dort hören wir neuerdings nicht selten das Wort Planwirtschaft, und es ist nicht ohne weiteres zu erwarten, daß dieser Ruf aus der Depression spurlos verhallen wird, sobald einmal die Konjunktur wiederanzieht. Doch soll und kann hier nicht prophezeit werden. Für uns stellt sich vielmehr die Frage: Kann das amerikanische Zweikammersystem als ein Vorbild für etwaige Reformbestrebungen im deutschen politischen Aufbau dienen? Hierüber wird besonders zu sprechen sein.

HERMAN KRANOLD · DER FALL LIBERIA



IM Land, wo der Pfeffer wächst, an dem Teil der Küste von Guinea, der in deutschen Atlanten den Namen Pfefferküste, in englischen Kornküste (Grain Coast) führt, zwischen der britischen Kolonie Sierra Leone im Westen und der französischen Elfenbeinküste im Osten eingeklemmt, liegt einer der wenigen, heute noch wenigstens formell von europäischer Oberherrschaft freien Staaten Afrikas, die Republik Liberia. 1822 wurde sie von freigelassenen Sklaven aus den Vereinigten Staaten von Amerika begründet, 1847 wurde ihre Unabhängigkeit anerkannt, und dem Völkerbund gehört Liberia ebenfalls als Mitgliedsstaat an. Was es mit der Unabhängigkeit auf sich hat, werden wir noch sehen; jedenfalls reicht sie dazu aus dem Land eine Verfassung zu geben, die einen Präsidenten als Staatsoberhaupt, einen Vizepräsidenten, einen Ministerrat von 6 Mitgliedern, einen Senat von 10 Mitgliedern und ein Repräsentantenhaus von 22 Mitgliedern vorsieht. Präsident ist seit dem 1. Januar 1920 Charles Dunbar Burgess King, der jetzt das Amt zum drittenmal nach einander bekleidet. Das Land ist rund 95 000 Quadratkilometer groß, das heißt, es ist etwa von der selben Größe wie Bayern. Die Schätzung der Einwohnerzahl schwankt zwischen 2 und 2½ Millionen Seelen, das heißt zwischen 20 und 26 Menschen pro Quadratkilometer. Die Bevölkerungsdichte ist also etwa 1/6 derjenigen Deutschlands im ganzen und etwa 3/8 derjenigen von Mecklenburg-Strelitz. Für Afrika ist sie aber recht erheblich, da die Durchschnittseinwohnerzahl dieses Erdteils pro Quadratkilometer nur 5 beträgt; selbst das für afrikanische Verhältnisse besonders dicht bevölkerte Britisch Westafrika hat nur eine Durchschnittsbevölkerung von

etwas geringerer Dichtigkeit. Das Land hat keine Eisenbahnen; es hat eine Küstenlänge von 560 Kilometer und eine größte Breite senkrecht zur Küste von etwa 250 Kilometer. Die Grenze gegen Sierra Leone bildet der Mano-
fluß, die gegen die Elfenbeinküste der Cavallifluß. Diese beiden und einige andere in den Atlantischen Ozean strömende Flüsse scheinen strecken- und zeitweise für bescheidene Eingeborenenfahrzeuge schiffbar zu sein. Sonstige Verkehrswege, die das Innere des Landes erschließen, sind außer den in Afrika üblichen Karawanenpfaden bisher kaum vorhanden.

Diesem unerschlossenen Zustand entspricht es, daß für ein westafrikanisches Gebiet die Verflechtung in die Weltwirtschaft bei diesem Land sehr wenig weit geht. Der Wert der Ausfuhr betrug im Jahr 1928 nur 6,1 Millionen Mark. Die Einfuhr ist etwas beträchtlicher, sie ist in den letzten Jahren ziemlich schnell gestiegen und belief sich 1928 auf 16,9 Millionen Mark. Die Bevölkerung besteht so gut wie ausschließlich aus Negern, von denen ein kleiner Teil Rückwanderer aus den Vereinigten Staaten von Amerika oder Nachkommen von solchen sind; diese Elite beherrscht den Staatsapparat, regiert aber die Bevölkerungsmasse nicht durch ein eignes Beamtentum sondern durch Vermittlung von Ober- und Unterhäuptiongen, die ihrerseits stark despotisch und unter weitgehender Erhaltung urtümlicher Stammesorganisation ihr Amt erwerben, führen und verlieren. Klimatisch gehört der Temperatur nach Liberia in die selbe Provinz wie die übrige Guineaküste, der Regenmenge nach ist es im Winter trocken, im Sommer dagegen ziemlich feucht. Da aber das Land nur wenig nördlich des Äquators liegt, so ist der Unterschied der Jahreszeiten nicht sehr stark, und der astronomische Sommer entspricht klimatisch eher einem tropischen Winter, der astronomische Winter einem tropischen Sommer. Abgesehen von den landesüblichen, sehr primitiven Kulturen zur Deckung des bescheidenen Bedarfs an Nahrung und Kleidung und Genußmitteln und zur Befriedigung der ebenso bescheidenen Ansprüche an die Wohngelegenheit werden in geringen Mengen gewisse Ausfuhrprodukte gewonnen, zum Teil (wie Elfenbein und die Früchte der Ölpalme sowie Piassavareiser und Kolanüsse) vorwiegend in Sammlung, zum Teil aber (wie Kaffee und Kakao) in einer bescheidenen Kultur. Liberia ist das Ursprungsland einer in anderen Produktionsgebieten vielfach kultivierten Kaffeesorte, die sich durch großen Wuchs und Festigkeit gegen manche Krankheiten auszeichnet; aber nur ein winziger Teil aller Liberiakaffeebäume steht in der Republik Liberia.

Ein Ausfuhrprodukt, das nach Menge und Wert eine größere Rolle spielt, ist der Kautschuk. Aber mit dem hat es seine besondere Bewandnis, und um seine Bedeutung zu verstehen, muß man etwas weiter ausholen¹⁾. Im Jahr 1912 hat eine englische Finanzgruppe dem dauernd in Finanzschwierigkeiten befindlichen Land eine Anleihe gewährt, die zu 5% verzinslich war,

1) Siehe hauptsächlich *Labouret L'esclavage au Libéria et la Société des Nations und Esclavage et travail forcé au Libéria*, in der *Afrique Française* 1931, Seite 72, 151 und folgende; der letztgenannte Aufsatz stützt sich vor allem auf eine ausführliche Besprechung des Problems durch den Amerikaner Buell im *Bostoner Christian Science Monitor* vom 13. Januar 1931; siehe des weitern zahlreiche Notizen und Aufsätze aus dem *Brüsseler Essor Colonial et Maritime*, von denen besonders diejenigen vom 25. Januar, 19. Februar und 8. März 1931 hervorgehoben seien, ferner Notizen in den *Londoner Times* vom 27. Februar 1931 und im *Londoner Statist* vom 24. Januar 1931. Wertvolles Material enthält der für die 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf herausgegebene Band *Zwangsarbeit: Bericht und Fragebogen /Genf 1929/* in den Abschnitten über Liberia; diese Darstellung stützt sich vorwiegend auf ein Buch Buells vom Jahr 1928 und auf ein Spezialwerk Reeves über Liberia vom Jahr 1923.

und die übrigens nicht die einzige Staatsschuld darstellte. Diese Anleihe hatte auch politische Bedeutung, so daß es in Albert Scobels Handbuch hieß: »Dieses Staategebilde mit seiner zerrütteten Finanzwirtschaft . . . wird sich auf die Dauer nicht halten können und demjenigen Staate zufallen, an den es am meisten verschuldet ist. Es wird sich dabei um England oder Deutschland handeln.«²

Dieses Vorwiegen englischen Einflusses, der sich in der Kreditgewährung äußerte, und deutschen Einflusses, der darin zum Ausdruck kommt, daß selbst im Jahr 1928 noch 33 % der liberischen Einfuhr aus Deutschland stammte und 66% der Ausfuhr nach Deutschland ging, schuf einen Konflikt mit dem Interesse, das (sehr im Gegensatz zur Monroedoktrin, nach deren Autor humoristischerweise die Hauptstadt der Republik den Namen Monrovia führt) die Vereinigten Staaten von Amerika von jeher an diesem afrikanischen Gebiet nahmen, und das dazu geführt hatte, daß eigentlich von 1822 bis 1847 dieses Gebiet halb und halb eine Kolonie der Vereinigten Staaten gewesen war. Sehr erheblich verstärkt wurde dieses Interesse in den letzten Jahren durch die Bestrebungen der Vereinigten Staaten sich in den verschiedensten Teilen der Welt wirtschaftlich und auch machtpolitisch so viel Kautschukversorgungsgebiete zu sichern, daß sie in der Rohstoffversorgung ihrer Pneumatikindustrie möglichst unabhängig von monopolistischer Preisbildung namentlich im englischen und niederländischen Kolonialgebiet werden³. So wie in Brasilien und auf den Philippinen das amerikanische Großkapital in diesem Sinn wirkte, ist auch Liberia dank seiner klimatischen Eignung für Kautschukpflanzungen zum Ziel solcher Bestrebungen geworden, und zwar in der Form, daß die eigens zu diesem Zweck begründete Finance Corporation of America dem Land mit mehr oder weniger sanfter Gewalt im Jahr 1927 ein Darlehen von 5 Millionen Dollars gewährte, dessen bisher ausgezahlte 1. Hälfte hauptsächlich dazu dienen mußte die erst 1942 fällige englische Anleihe von 1912 zurückzuzahlen, obwohl diese nur 5%, das neue amerikanische Geld aber 7% Zinsen kostete. Merkwürdige Einflüsse müssen mitgewirkt haben, um die Regierung von Liberia zu bestimmen dem Abschluß dieser Anleihe zuzustimmen. Denn außer dem höhern Zins und dem Umstand, daß die Anleihe bisher neues Geld der Regierung so gut wie gar nicht verfügbar gemacht hat, mußten als Sicherung für die Zinsen die Erträge der Zölle und der Kopfsteuer verpfändet werden; das letztgenannte Pfand dürfte selbst in der Geschichte exotischer Staaten ein Unikum darstellen. Damit war aber die Reihe der Bedingungen noch nicht erschöpft. Eine Hauptbedingung, die ebenfalls angenommen wurde, war nämlich ein gleichzeitig abzuschließender Vertrag mit der selben Kapitalistengruppe der Vereinigten Staaten, diesmal allerdings unter der Firma Firestone Plantations Company, der dahin ging, daß diese Gesellschaft ohne weitere Entschädigung zum Zweck der Anlage von Kautschukplantagen Flächen bis zu 500 000 Hektar Gesamtgröße zugewiesen bekommt, die sie sich selber nach Belieben auswählen kann; außerdem verpflichtete die Regierung Liberias sich den Arbeiterbedarf für diese Plantagen zu decken. Bis zu 300 000 Arbeitskräften konnte die Firestonegesellschaft auf diese Weise in Anspruch nehmen, wovon sie bisher 10 000 eingestellt hat.

2) Siehe Scobel Geographisches Handbuch II /Bielefeld 1910/ Seite 238. Der aus dem Jahr 1910 stammende Satz konnte auch nach der englischen Anleihe von 1912 zunächst noch Geltung beanspruchen.

3) Siehe hierüber Kranold Nach dem Youngplan sowie die Rundschau *Außenkolonisation*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 15, 1927 I Seite 86, 1930 II Seite 841 und folgende.



U M die Wende des Jahres 1930 auf 1931 brach über Liberia ein großer Skandal herein. 1930 war vom Völkerbund eine Kommission eingesetzt worden, die aus 1 Weißen und 2 Negeren bestand, nämlich aus dem Engländer Christy und den beiden Negeren Charles Johnson, einem Professor an der Fiskuniversität in den Vereinigten Staaten von Amerika, und Arthur Barclay, dem Vorgänger Kings als Präsident Liberias. Der Bericht wurde in den Sitzungen des Völkerbundsrats vom 22. und 24. Januar 1931 beraten, und auf Vorschlag des Berichterstatters August Zaleski beschloß der Rat eine kleine Kommission »zu beauftragen die Mittel zu suchen, mit denen sie der Regierung Liberias helfen könne ihren Beschluß praktisch durchzuführen, daß sie den Empfehlungen und Vorschlägen der Internationalen Untersuchungskommission Folge geben wolle«. Was hatte nun der Bericht enthalten, der durch eine zielbewußte englisch-amerikanische Propaganda mit ungeheurem Lärm in der ganzen Welt verbreitet wurde?

Als angeblich altgewohnte Sitte besteht in Liberia die Menschenvermietung, ein Abkommen, nach dem gegen Geld ein menschliches Wesen, gewöhnlich ein Kind, für unbestimmte Zeit in Dienstbarkeit gegeben werden kann, ohne daß es dafür eine Entschädigung erhält oder sonst irgendeinen Vorteil davon hat. Praktisch können in dieser Form Sklaven gehalten werden, und zwar mit Hilfe einer einfachen geheimen Abmachung, der gemäß niemals Rückkauf stattfindet. Mit Hilfe dieser schönen Sitte sind Arbeiter gewaltsam für die spanische Insel Fernando Po angeworben und dorthin verfrachtet worden. Schlüssiges Beweismaterial dafür, daß solche Fälle vorliegen, scheint der Kommission zu Gebot gestanden zu haben; das ist um so bemerkenswerter, als es naturgemäß in afrikanischen Verhältnissen nicht leicht ist solche Beweise zu führen. Wahrscheinlich konnte das hier auch nur deshalb geschehen, weil der frühere Präsident Liberias Mitglied der Kommission war. Übrigens fällt es auf, daß über die Motive Barclays in den mir vorliegenden, recht reichlichen und in vieler Hinsicht sehr aufschlußreichen Materialien nicht eine Silbe zu finden ist. Dieser Punkt ist ebenso wenig klar wie die Antwort auf die Frage, warum anscheinend offizielle nordamerikanische Stellen die Untersuchung veranlaßt oder doch wenigstens begünstigt haben, obwohl sie wissen mußten, daß über amerikanische amtliche Beteiligung an all diesen Mißständen schließlich bei einer solchen Untersuchung allerlei zutage kommen würde.

In Fernando Po scheinen keine oder doch nur ganz miserable Löhne den so zusammengetriebenen Arbeitskräften bezahlt worden zu sein; wenigstens steht in einem Fall fest, daß der in 14 Monaten aufgelaufene Lohn nur 32,50 Mark ausmachte. Übrigens sucht man in dem Material, dem es sonst an leidenschaftlichen Ausdrücken des Abscheus für das von der Kommission Festgestellte nicht fehlt, vergebens nach Feststellungen und Bewertungen der Mitschuld spanischer Behörden; dabei ist es aber ganz unwahrscheinlich, daß sie von der Sache nichts gewußt haben sollten. Gegen den Negerstaat setzt der Völkerbund eine Untersuchungskommission und anschließend eine "Hilfskommission" ein; wer aber könnte auf den Gedanken kommen, daß ein solches Verfahren gegen eine kolonisierende Macht eingeleitet werden könnte? Umfangreiches Material liegt auch über die Verwendung von Zwangsarbeit im Innern Liberias vor. Ich übersetze aus der *Afrique Française*:

»Der Bericht erwähnt, wie alle Baracken in Barobo /Grafschaft Maryland/ ... durch erzwungene männliche und weibliche Zwangsarbeit errichtet wurden. Die Frauen des Dorfs legten folgendes Zeugnis über das ab, was ihnen geschah, als 200 von ihnen schichtenweise 9 Monate hindurch am Bau der Baracken arbeiteten: »Die Soldaten gebrauchten uns wie ihre eignen Frauen, obwohl wir in unseren Heimen Männer und Kinder hatten. Unsere Männer konnten uns nicht schützen; denn die Soldaten hatten alle Gewehre ... Wir waren [durch eine örtliche Sitte] gezwungen unsere Kinder [weil sie illegitim waren] zu töten.«

Nun ist dies wahrscheinlich nicht so sehr ein Einzelfall, sondern ähnliches mag unter primitiven Verhältnissen auch in europäischen Kolonialgebieten noch öfter vorkommen. Bezeichnend wird die Sache erst durch die Aufdeckung der Rolle, die die Firestone Plantations Company in der Frage der Zwangsarbeit spielt. Diese Gesellschaft hat nämlich, um Arbeiter zu bekommen, mit der liberischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie »jedemal, wenn die Regierung ihr auf ihre eigne Anforderung hin Arbeiter sichert, 1 Cent der Regierung, $\frac{1}{2}$ Cent dem Oberhäuptling und $\frac{1}{2}$ Cent dem Häuptling für jeden Arbeitstag zahlt, den jeder der so gelieferten Arbeiter leistet«. Und als der Reiz des Geldes nicht ausreichte, um alle Häuptlinge zu bewegen bei diesem Geschäft mitzumachen, wurde auf sie selbst wieder entsprechend gedrückt. Es heißt da in dem Kommissionsbericht:

»Eine Politik der großen Einschüchterung und der Unterdrückung ist systematisch seit Jahren befolgt und ermutigt worden. Einschüchterung war und ist offenbar der Schlüssel der Eingeborenenpolitik der Regierung ... Auch die Häuptlinge selbst wurden systematisch gedemütigt, erniedrigt und ihrer Macht in solchem Maß beraubt, daß sie jetzt einfache, von der Regierung bezahlte Zwischenunternehmer für die Aufgabe sind das Volk zu zwingen und zu plündern.«

Natürlich wird die unschuldige Firestonegesellschaft nie geahnt haben, welche Methoden Regierung und Häuptlinge Liberias anwendeten, um ihr die ausbedungenen und den Zutreibern gut bezahlten Arbeiter zu beschaffen. Man ahnt gar nicht, wie unschuldig und ahnungslos so ein weißer Pflanzler im afrikanischen Busch sein kann. Die Kommission jedenfalls tut der Firestonegesellschaft in dieser Hinsicht nicht weh, schreibt sie doch:

»Jetzt jedenfalls gibt es keine Beweise dafür, daß die Firma Firestone wissentlich andere als freiwillige Arbeiter auf ihren Pflanzungen beschäftigt.«

Und anschließend legt sie sogar ganz genau dar, daß die Arbeiter, um dem Arbeitszwang im Dienst der liberischen Behörden zu entgehen, bei der Gesellschaft gern freiwillig Arbeit nehmen, weil sie es bei ihr so viel besser haben. Man fragt sich nur, warum bei so viel Glück auf den Plantagen der Gesellschaft noch 8 Pfennig pro Kopf und Tag (ein für westafrikanische Verhältnisse fühlbarer Betrag) an liberische Menschenjäger bezahlt werden müssen, um das Herbeiströmen der schwarzen Völkerscharen zu sichern.



ACH R. L. Buell ist die Regierung des Präsidenten King eine Diktatur, die 2malige Wiederwahl soll durch Wahlbetrug zustande gekommen sein. Übrigens amtierten Präsident und Vizepräsident eine Zeitlang nicht, die Regierungsgeschäfte wurden von dem Staatssekretär E. Barclay geleitet (der nach neuester Meldung jetzt zum Präsidenten "gewählt" worden ist). Daß Wahlbetrug großen Stils vorgelegen haben muß, folgert Buell daraus, daß King das letztmal mit einer Stimmenzahl von angeblich 125 000 gewählt gewesen sein soll, während sich nach Buell die Zahl derjenigen, die die (übrigens aufs äußerste plutokratischen) Bedingungen des Stimmrechts erfüllen, in der ganzen Republik überhaupt bloß auf 6000 beläuft.

Nachdem man nun "enthüllt" hatte, was im wesentlichen schon der frühern Literatur über Liberia entnommen werden konnte, fragte man sich, was nun geschehen solle. Gegen den Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten »entsprechend ihren historischen Interessen ein Protektorat oder ein Mandat über Liberia errichten«, wendet sich Buell mit folgender Darlegung:

»Ein solcher Vorschlag würde darauf hinauslaufen die Unabhängigkeit der schwarzen Republik zu vernichten . . . Seit 1847 hat dieses Land trotz enormen Schwierigkeiten seine Unabhängigkeit bewahrt. Wenn sie jetzt verschwindet, werden die Imperialisten mit noch größerer Energie als je zuvor die Unfähigkeit der Negerrasse auszusprechen sich selbst zu regieren. Die Schwarzen Liberias haben aber gar keine Gelegenheit gehabt ihre Fähigkeiten zu beweisen. Fremde Regierungen, Bankiers, Geschäftsleute haben das Land mißbraucht.«

Über die Rolle der Vereinigten Staaten erfährt man bei dieser Gelegenheit Näheres. Seit 1912 tun amerikanische Offiziere in der liberischen Grenztruppe Dienst, die grade an dem Einfangen und Verhöckern von Zwangsarbeitern gründlich beteiligt gewesen ist; 1926 hat das amerikanische Staatsdepartement auf die liberische Regierung einen Druck ausgeübt, damit sie die Firestonekonzession bewilligte. Weiter:

»Nach den Bestimmungen der Abmachung von 1927 bezeichnet der Präsident der Vereinigten Staaten den finanziellen Berater der liberischen Regierung und empfiehlt die Ernennung der Offiziere, die in der Grenztruppe dienen sollen. Das Staatsdepartement seinerseits hilft bei der Wahl einer gewissen Anzahl von Beamten, 7 im ganzen, und übernimmt es Streitigkeiten zwischen Herrn Firestone und der örtlichen Regierung schiedsrichterlich zu entscheiden. Aber die vorgeschlagenen Beamten haben keinerlei Erfahrung im Kolonialdienst . . . und gar keine Verantwortung gegenüber den Vereinigten Staaten. Technisch betrachtet sind sie dem liberischen Staat verantwortlich, aber . . . mehrere dieser Agenten können nicht ohne Zustimmung des amerikanischen Staatsdepartements abgedankt werden . . . Unfähig das Geld [für die Anleihe] vom Kongreß bewilligt zu bekommen, und ohne das erforderliche technische Personal hat das Staatsdepartement sich auf die Banken der Wall Street und auf Herrn Firestone verlassen; diese spielen nun eine Rolle, die nur einer Regierung zukommt.«

Alles das geschieht ohne jede staatsrechtliche Verantwortung der Regierung der Vereinigten Staaten, nur auf Grund eines privatrechtlichen Vertrags zwischen Firestone und Liberia. Dieses System hat auch nach Buells Meinung völlig versagt, »viele der schreiendsten Mißbräuche«, sagt er ausdrücklich, »sind von der eingeborenen Grenztruppe geübt worden, die unter der vorgetäuschten Kontrolle Amerikas steht«. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, daß bei der ganzen Sache andere Staaten den Vereinigten Staaten von Amerika selbstsüchtige Zwecke zutrauten. Buell verlangt unter diesen Umständen, daß die Vereinigten Staaten die gepfändeten Einnahmen freigeben, Firestone auf sein Vetorecht gegen alle künftigen Anleiheabschlüsse Liberias verzichtet. Auch müsse er sich darauf beschränken seine Kautschukplantagen nicht über den jetzt erreichten Umfang (22 000 Hektar) hinaus zu vergrößern; denn wenn er an seinem Plan festhalte die ursprünglich bewilligten 500 000 Hektar mit Kautschukbäumen zu bestellen, müsse er auch, wie ebenfalls ursprünglich vorgesehen, nach und nach 300 000 Arbeiter auf den Plantagen festlegen, und das sei eine Zahl, die sich mit der geringen Bevölkerungszahl des Landes absolut nicht vertragen und unbedingt zu einer populationistischen Katastrophe führen müsse.

Man wird dem, was Buell sagt, im allgemeinen zustimmen können, und auch die Hilfskommission, die neuerdings auf Anordnung des Völkerbunds unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil's in London zusammentrat, und die "neger-

rein" gemacht worden ist, wird nicht viel anderes tun können als auf dieser Grundlage anzufangen. So unbefangen Buell aber auch seine amerikanischen Landsleute in der Sache zu kritisieren scheint, so ist er doch taktvoll genug die netteste Einzelheit des Ganzen diskret zu verschweigen. Dafür ist allerdings Henri Labouret, dieser besondere Kenner in Eingeborenenfragen, böseartig genug aus der Schule des Angelsachsentums etwas auszuplaudern:

»Buell sagt in seinem Artikel nicht, wer der Politiker war, dem man die Idee verdankt den Kautschuk in Afrika auszubeuten, aber alle Welt weiß, daß sie von dem Präsidenten Hoover selbst stammt, und zwar aus der Zeit, in der er Handelsminister war.«



AS folgt nun aus diesem liberischen Skandal und dem Arbeitsbeginn der negerreinen Hilfskommission für die Betrachtung der Kolonialfragen überhaupt? Das ist eine Frage, deren Beantwortung uns besonders angeht, die wir die Inangriffnahme und Förderung produktiver Kolonisationsarbeit als eine sozialistische Pflicht erachten. Was haben wir also aus diesem Fall zu schließen?

Sicherlich zunächst nicht, daß allein die Unfähigkeit der liberischen Neger die Schuld an diesen Zuständen trägt. Gewiß ist es richtig, wenn man die Ansicht vertritt, daß im allgemeinen die Bevölkerungen der tropischen Gebiete heute noch völlig außerstande sind ihren Weg durch die Welt des Spätkapitalismus und der weltwirtschaftlichen Verstrickungen aller Länder und aller Wirtschaftszweige zu finden. Entschieden aber muß darauf hingewiesen werden, daß die liberischen Zustände grade unter den segnenden Händen desjenigen weißfarbigen Volks zustande gekommen sind, das so besonders gern seine Überlegenheit über alles betont, was eine, sei es auch nur leicht, schattierte Haut hat. Ich habe vor einiger Zeit am Beispiel von Kenya und Südafrika hier einiges über ähnliche Verhältnisse im stolzen und ach so edlen Britischen Reich dargelegt⁴⁾, ich verweise auf die Schilderungen der Dinge in Britisch Indien, wie sie dort sich unter britischer Oberlehnsherrschaft entwickelt haben, über die hier öfters berichtet wurde. Heute nur eine Probe aus dem Paradies der Rotary Clubs und des Ku Klux Klans.

Im selben Bericht des Völkerbunds über die Zwangsarbeit, in dem alles Wesentliche über die Zustände in Liberia schon vor dem Auftreten der Untersuchungskommission gesagt war, findet sich in dem Abschnitt Zwangsarbeit für Privatunternehmer auch ein § 305 über die Vereinigten Staaten, der das Urteil des Internationalen Arbeitsamts selbst in den zwar sanft stilisierten, doch absolut eindeutigen Satz zusammenfaßt:

»Es gibt genügende Beweise dafür, daß in manchen Südstaaten der Union strafgefangene Neger als Arbeiter Privatunternehmern zugewiesen werden.«

Und aus dem 1927 veröffentlichten Buch Edward Byron Reuters *The American Race Problem* exzerpiert das Amt unter anderm folgende Einzelheiten:

»Die Delinquenten sind meistens nicht in der Lage die Geldstrafe zu entrichten ... Es kommt auch vor, daß diese Strafe von einem Unternehmer oder Plantagenbesitzer unter der Bedingung bezahlt wird, daß der Verurteilte den für ihn erlegten Betrag zu einem geringeren Lohn (sagen wir 50 Cents pro Tag) abarbeiten wird. Die die Arbeitsverträge regelnden Gesetze erlauben dem betreffenden Unternehmer den Verurteilten so lange in seiner Unternehmung oder auf seiner Plantage zurückzuhalten, bis die Schuld zurückbezahlt ist. Verpflegung, Bekleidung ... gehen zu Lasten des Sträflings. Flüchtet ein solcher Arbeiter, oder weigert er sich zu arbeiten, oder befolgt er nicht die Befehle seines Herrn, dann kann er ins Gefängnis wieder eingeliefert oder neuerlich verurteilt werden ... Plantagenbesitzer und Unternehmer

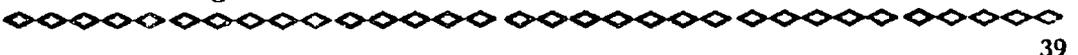
⁴⁾ Siehe *Kranold* Sidney Oliviers Vermächtnis, in den Sozialistischen Monatsheften, 1930 III Seite 1230 und folgende.

können mit den zuständigen Behörden wegen Lieferung billiger Arbeitskräfte handelseinig werden. Neger können für ganz geringe Vergehen in Haft genommen und Privatunternehmern zugewiesen werden. Die Mittellosigkeit ... des Sträflings bietet den Unternehmern manche Vorteile, so daß diese Arbeiter ... sich immer mehr und mehr verschulden. Der Weiße führt die Rechnung, und seine Angaben sind für das Gericht maßgebend. Der Unternehmer kann mit oder ohne Zustimmung des Schuldners seine Rechte ihm gegenüber an einen anderen Farmer, der Arbeiter braucht, verkaufen oder abtreten, was in Wirklichkeit nichts anderes als Negerhandel ist.«

So dort. Und ähnlich vielerorten. Allerdings soll auch hier nichts Einseitiges behauptet werden. In Wirklichkeit sind in den meisten Teilen der Welt Zustände, wie sie heute aus Liberia unter heftiger Empörung geschildert werden, vor noch nicht langer Zeit so ziemlich der Normalzustand gewesen; mehr oder minder bedeutende Reste von ihnen kommen noch an vielen Stellen, grade auch immer bei denen vor, die über die üblen Zustände bei anderen so tapfer zu schmälen wissen. Deshalb kann ich auch nur dem zustimmen, was im Kolonialfreund vom 5. Februar 1931 gesagt wird:

»Es wird sich wohl herausstellen, für welches imperialistische Sonderinteresse der Vereinigten Staaten von Amerika die liberianische Sklaverei den Vorwand abgeben muß. Die Herren Yankees täten wohl besser zunächst im eigenen Lande Remedur zu schaffen. Das Dasein der Neger in den Südstaaten der Vereinigten Staaten ist faktisch nichts als Sklaverei ... Es sei nur an die liebliche Sitte des noch immer im Schwange befindlichen Lynchens erinnert.«

Ferner folgt aber hieraus, daß in der Tat, wenn in absehbarer Zeit alle diese Reste, zu tragen peinlich, ausgetilgt werden sollen, die besten und tüchtigsten Kräfte der Menschheit zur Kolonisation eingesetzt werden müssen. Ebensowenig wie das eine oder andere europäische Volk allein stark genug ist das zu erreichen, ebenso wenig sind die Völker der Kolonialgebiete allein dazu imstande. Es ist Aufgabe der Kolonisation diese Arbeit zu leisten und zu ihr die Eingeborenen immer mehr zu befähigen. Ob man die Tatsache, daß die außereuropäische Welt von der Flut des von Europa und Nordamerika ausströmenden Kapitalismus überströmt wird, bedauern oder begrüßen will: sie selbst wird man weder durch das eine hindern noch durch das andere fördern, sie ist ein heute nicht mehr aufhaltbares Schicksal. Aber wie sie kommt, was sie von den kolonialen Menschen an Zahl und körperlicher und geistiger Lebenskraft übrig läßt, das hängt ganz und gar von den Methoden der Kolonialpolitik ab. Jene bösen Zustände, wie sie heute noch in mehr oder minder auffallenden Resten gefunden werden, mögen unter einfachen, vorkapitalistischen, vor dem Beginn der Europäisierung liegenden Verhältnissen leidlich geschienen haben (obwohl diese Vermutung nichts für sich hat). Sicher ist, daß unter den heutigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen diese Reste Massenmord der Seelen und Leiber bedeuten, und daß man ihnen mit aller Kraft und aller Kunst entgegenwirken muß. Deshalb soll der liberische »Sklavereiskandal« mit den »furchtbaren Enthüllungen der Völkerbundskommission«, die in dem Genfer Bericht der Vossischen Zeitung vom 11. Januar 1931 andeutungsweise mitgeteilt wurden, nicht ein Anlaß sein, daß sich die europäisch-amerikanischen Menschen so viel edler und reiner vorkommen als jene Zöllner und Sünder mit anders gefärbter Haut, sondern ein Beweis dafür, daß nur Zusammenarbeit und ehrliche gegenseitige Kritik der europäischen Völker zur Lösung dieser Aufgabe führen, und daß die wachsende Selbständigkeit der unterworfenen (heute noch, womit sich kein Sozialist abfinden kann, unterworfenen) Kolonialmenschheit zu gleicher Zeit Mittel und Ziel dieser Kolonialpolitik sein muß.



MAX KLESSE · FRANZÖSISCHE BEVÖLKERUNGSPOLITIK

MILLIONEN von Industriearbeitern nehmen schweren Schaden an ihrer seelischen und geistigen Lebensfähigkeit, an Nervensystem und Sinnesorganen durch die Arbeit am laufenden Band. Andere Millionen seufzen unter Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit und bäumen sich gegen die ganze herrschende Gesellschaftsordnung auf. Zu tief geht die Fehlbildung in dem Aufbau der Industrieländer und insbesondere Deutschlands, wie sie sich im letzten Halbjahrhundert unter der Herrschaft des Liberalismus entwickelt hat, als Europa die Industriewerkstatt der ganzen Welt wurde. Der Weltkrieg brachte die schon vor dem Krieg sich anbahnende Wendung zum Durchbruch: die Jahr für Jahr stärker anwachsende Beteiligung der Überseemächte an der Versorgung der Welt mit Industriewaren. Der Rückschlag mußte die führenden europäischen Industrievölker doppelt schwer treffen, da durch die gleichzeitige, immer schwerer auftretende Agrarkrise die Kaufkraft der Landbevölkerung in nationalem und internationalem Ausmaß vernichtet wurde. Da zeigte sich mit einem Schlag die Abhängigkeit der Industriearbeiterschaft von der Kaufkraft der Agrarbevölkerung, und die nach der Entthronung Europas notwendige und hier immer wieder geforderte planmäßige Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde zur Forderung schlechthin, zumal die Reparationsverpflichtungen unsere Lage und Abhängigkeit vom Weltmarkt nach dem Abbau des Systems der Sachlieferungen auf Befehl Großbritanniens immer drückender machen. Im vorigen Jahr wurde die Situation hier folgendermaßen charakterisiert:

»Der Zwang der Kriegslasten zu ihrer Bezahlung Industrieprodukte über den Einfuhrbedarf auszuführen wird durch die Extensivierung der Landwirtschaft ins Krankhafte gesteigert, und dadurch ein Kampf um die Absatzmärkte entfesselt, gegen den die Weltmarktkonkurrenz vor dem Krieg ein Kinderspiel gewesen sein dürfte; denn die Vereinigten Staaten von Amerika exportieren in steigendem Maß ihren Überfluß, und die asiatischen Massen, von der Industrialisierung ergriffen, die Produkte ihrer Armut.«¹

In viel günstigerer Lage scheint sich noch unser westlicher Nachbar Frankreich zu befinden, bei dem Industrie- und Agrarbevölkerung sich die Wage halten, und infolgedessen die Abhängigkeit vom Weltmarkt viel geringer ist. Der geringe Bevölkerungsauftrieb Frankreichs in den letzten 3 Generationen ließ eine übermäßige Industrieentwicklung wie in Deutschland gar nicht zu; sie blieb auf die nationalen Notwendigkeiten abgestellt. Die zurzeit noch ins Auge fallenden Vorteile der geringen Bevölkerungsvermehrung für den Arbeits- und Kapitalmarkt Frankreichs dürfen aber nicht die nicht minder schweren Nachteile bei einer sachlichen Betrachtung zurücktreten lassen. Zunächst sei hier nur die politische Seite kurz berührt: das Gefühl der Unsicherheit gegenüber den stärker anwachsenden Nachbarvölkern, gegen die sich die Franzosen mit einem riesigen Grenzfestungssystem im Stil des Limes Romanus schützen müssen: natürlich nur ein Notbehelf, der lediglich so lange Sinn hat, als die Staaten unseres Kontinents sich noch nicht zu einem Wirtschaftsganzen zusammengeschlossen haben. Der Vereinigte Europäische Kontinent (nur dieser) macht solchen Grenzschutz überflüssig. Wird der Zusammenschluß hintangehalten oder verzögert, so werden die meisten an-

1) Siehe *Klesse* Mehr Agrar- und Sparpolitik!, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 136.

deren Völker Europas über kurz oder lang in Frankreichs Lage sein; es wäre verhängnisvoll, wenn nun überall das wachsende Gefühl der Unsicherheit in gewaltigen Festungsbauten Zuflucht suchte. Deswegen ist es gerade die Aufgabe der sozialistischen, für Europas Zukunft verantwortlichen Bewegung Ausschau zu halten, um aus der europäischen Bevölkerungsbewegung im allgemeinen und der französischen im besondern die Folgerungen zu ziehen, die allein den Frieden Europas verbürgen.

Betrachten wir Frankreichs bevölkerungspolitische Lage. Vor dem Krieg hörte man genug Hinweise auf Frankreichs "stagnierende" Bevölkerung, auf sein wirtschaftliches Zurückbleiben hinter den modernen Industriestaaten. Heute scheint man dieses für Frankreichs Wirtschaftslage, insbesondere für seinen Arbeits- und Kapitalmarkt durchaus entscheidende und in der Tat einzigartige bevölkerungspolitische Phänomen völlig vergessen zu haben. Daß gerade Frankreich, das klassische Land des Geburtenrückgangs, auch trotz geringerer Industrialisierung eine starke Kapitalbildung haben muß, ergibt die einfache Überlegung, daß bei wachsender Kinderzahl die Sparkraft oder Lebenshaltung jeder Familie sinkt, bei geringer Kinderzahl, wie seit 80 Jahren in Frankreich, dagegen steigt. Es soll aber schon an dieser Stelle neben den erwähnten wirtschaftspolitischen Vorteilen der auch volkswirtschaftlich auf die Dauer viel schwerer wiegende Nachteil des Bevölkerungsrückgangs nicht vergessen werden, nämlich die durch Bevölkerungsrückgang und Abwanderung vom Land verursachte Entwertung des Bodens: »Ein Besitz im Kanton Damazan /Lot-et-Garonne/, welcher ganz im Garonnetal in der besten Gegend bei Aiguillon zwischen der Garonne und der Baise liegt . . . , wurde 1876 für 408 000 Franken erworben, während er 1905 nur noch 105 000 Franken kostete . . . , während ein gleiches Besitztum in der Bretagne [das heißt in einem Gebiet mit relativ hohen Geburtenziffern und Bevölkerungszunahme] zu der selben Zeit mindestens 500 000 Franken gebracht hätte.«²

Die Landflucht hat also in Frankreich früher als in anderen Ländern infolge des viel zu geringen Nachwuchses Milliardenverluste im Gefolge gehabt. In dem genannten Departement Lot-et-Garonne verminderte sich beispielsweise die Bevölkerung von 312 000 im Jahr 1872 auf 239 000 im Jahr 1921. Im ganzen haben die gesunden und fruchtbaren Departements der Gascogne über ½ Million, das ist ¼ ihrer Bevölkerung, auf diese Weise verloren. Ebenso hoch ist der Volksschwund in den Departements der Dauphiné; 22 % beträgt er in einer Reihe von Departements des Ostens (Jura, Haute Marne, Nièvre, Haute Saône, Yonne) sowie in der Normandie.

Wenn heute die Geburtlichkeit der mittel-, west- und nordeuropäischen Nationen auf einen für alle gleich trostlosen Tiefstand gesunken ist und weiter sinkt, und beispielsweise im Jahr 1929 die Anzahl der Lebendgeburten auf 1000 Einwohner in Schweden 15,2, in Österreich 16,7, in der Schweiz 17,0, in Großbritannien 17,1, in Frankreich 17,7, in Deutschland 17,8, in Belgien 18,2, in Dänemark 18,5, dagegen in Italien 25,2, in Polen 32,3 und in Rußland 42,4 (1927) beträgt, so war doch vor dem Krieg zwischen Frankreich und den anderen Ländern der Unterschied ganz erheblich, wie die Zahlen für Deutschland und Frankreich beweisen, beispielsweise im Jahrfünft 1891 bis 1895 36,2 zu 22,4, im Jahrfünft 1906 bis 1910 31,6 zu 19,9. Frankreichs starker Abfall der Geburtenrate begann um mehr als eine Generation früher als in den

²) Siehe *Harmsen* Bevölkerungsprobleme Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückgangs /Berlin 1926/ Seite 34.

übrigen Ländern Europas und führte bereits vor dem Krieg zu einer sehr starken Einwanderung von Ausländern, deren Anzahl nach der amtlichen Statistik bereits im Jahr 1912 über 1 200 000 betrug, in Wirklichkeit aber wohl 2 Millionen erreicht haben dürfte. Sehr wesentlich ist, daß die Einwanderer eine viel höhere Geburtenrate haben als die Geburtsfranzosen. Es ist daher kein Wunder, daß der französische Arbeitsmarkt nach dem Krieg auf dieser bevölkerungspolitischen Basis bei 1 400 000 Kriegsgefallenen einerseits und angesichts des Wiederaufbaus des Nordens und der tatkräftig geförderten Industrialisierung in keiner Weise den Ansprüchen der Wirtschaft genügen konnte: Das Nachkriegsfrankreich wurde eines der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt. Nach der amtlichen Statistik hatte Frankreich folgende Einwanderung:

Jahr	Anzahl der Einwanderer		
	Industrie und Verkehr	Landwirtschaft	zusammen
1922	122 395	72 996	195 391
1923	194 493	77 071	271 564
1924	174 267	87 927	262 194
1925	104 477	71 784	176 261
1926	98 949	63 951	162 900
1927	18 754	40 517	59 271
1928	36 055	61 687	97 742
1929	110 881	53 177	164 058

Die amtliche Statistik gibt für 1925 die Zahl der Ausländer auf 2 845 214 an, an deren Spitze Italiener (807 000), Spanier (467 000) und Belgier (460 000) stehen; in weitem Abstand folgen Polen (310 000), Schweizer (146 000), Russen (91 000), Tschechen (39 000), Portugiesen (35 000) und andere Völker mit kleineren Zahlen. Dabei ist bekannt, daß die amtliche Statistik kaum die Hälfte der wirklichen Einwanderung erfaßt. Es handelt sich nicht um Saisonarbeiter sondern zum größten Teil um endgültig in Frankreich Verbleibende. Ihr Anteil ist in einzelnen Departements bis auf 20 % gestiegen, in einzelnen Betrieben sogar bis auf 35 %. Aber selbst die hohe Kinderzahl dieser meist noch auf recht niedriger Zivilisationsstufe stehenden Massen vermag das Geburtendefizit der Geburtsfranzosen nur eben auszugleichen, wie der Sterbeüberschuß im Jahr 1929 bewies, einem Jahr, in dem zum erstenmal in Frankreich ein Sterbeüberschuß entstand. Der *Matin* vom 24. Juni 1930 beleuchtete in Fettdruck dieses Ereignis:

»En 1929, pour la première fois le chiffre des décès l'a emporté en France sur celui des naissances. Allons-nous continuer à décroître pendant que tous nos voisins grandissent? Voilà bien le problème essentiel qu'il faut résoudre à tout prix.«

Dabei ist Frankreich in der glücklichen Lage unter der Masse seiner Einwanderer vorzugsweise solche zu finden, die dem französischen Volk sprachlich-kulturell (wie die Italiener, Spanier, Portugiesen, zum Teil auch die Belgier und Schweizer) oder politisch (wie die Polen und Tschechen) nahe stehen. Sie gehören ferner in ihren Ländern vorwiegend zu den Analphabeten, deren Kinder daher in den französischen Schulen kulturell verhältnismäßig leicht assimiliert werden können.

Die Franzosen, einst die zahlenmäßig und machtpolitisch stärkste Nation Europas (vor der Großen Revolution war jeder 4. Europäer ein Franzose, heute erst jeder 12.), wurden von allen großen Nachbarvölkern zahlenmäßig mehr oder weniger überholt (nach dem Krieg sogar von Italien):

Land	Bevölkerung (in Millionen Einwohner)	
	1870-1871	1910-1911
Frankreich	36,1	39,6
Deutschland	41,1	64,9
Italien	26,8	34,6
Rußland	73,5	135,0
England	31,8	45,6

Bei solcher Wirkung der Geburtenbeschränkung begann man nun für den Bestand des französischen Volks zu fürchten. Mit der vor 1870 üblichen Begünstigung der Malthusschen Lehren (Beispiel: Mäßigkeitspreis von 1852 in Versailles) hörte man auf, man baute im Gegenteil in den letzten 20 Jahren eine Gesetzgebung zur Förderung der Geburtenzahlen auf.

Man ging dabei von dem (man ist versucht zu sagen: sozialistischen) Grundsatz aus: à travail égal salaire proportionné aux besoins de chacun. Staat und Städte gingen voran mit Kinderzulagen für die Beamtschaft, ähnlich wie jetzt in Deutschland, aber darüber hinaus gewähren sie den kinderreichen Familienvätern Bevorzugung bei der Anstellung, Vordatierung bei Festsetzung des Dienalters oder ganz erhebliche Pensionserhöhung. Diese letzte Bestimmung ist auch in der jüngst eingeführten Sozialversicherung enthalten, wonach jeder Versicherte, der mindestens 3 Kinder bis zum Alter von 16 Jahren großgezogen hat, eine um 10 % erhöhte Altersrente erhält. Ähnliche Vorzugsbehandlung gewährt die Sozialversicherung bei allen Krankheitsfällen für alle ehelichen und unehelichen Kinder (bis zu 16 Jahren) durch Erhöhung und vorzeitigen Bezug des Krankengelds und geringere Abzüge bei Krankenhausaufnahme. Die Lehrerinnen und Postbeamtinnen erhalten einen Mindesturlaub von 2 Monaten bei Entbindung. Die Industriellen haben sich in den letzten 12 Jahren in rasch wachsendem Umfang in Ausgleichskassen (caisses de compensation oder caisses d'allocations familiales) zusammengeschlossen: zum Beispiel 25 000 Arbeitgeber mit 1 820 000 Arbeitnehmern. In diesen Kassen führen alle Arbeitgeber ihres Bezirks Sonderbeiträge bis zu 2½ % der gesamten Lohnsumme für die Auszahlung von Familienzulagen ab. Der Staat unterstützte indirekt diese "freiwillige" Bewegung zugunsten der Familienväter, indem er durch Gesetz und Verordnungen in den Jahren 1922 und 1923 die Vergebung von öffentlichen Aufträgen von der Zugehörigkeit zu einer Ausgleichskasse oder entsprechend hohen Familienzulagen für das Personal abhängig machte. Es ist deswegen wohl kein Zufall, daß trotz der Leutenot in der Landwirtschaft die landwirtschaftlichen Ausgleichskassen bisher die geringste Ausdehnung und Leistungsfähigkeit aufweisen. Nach dem Stand von 1928 gewähren die verschiedenen Kassen folgende Unterstützung:

Art der Kassen	Monatliche Zuschüsse (in Francs) für Familien mit						Geburtenprämien (in Francs) bei der		Stillprämien pro Monat (in Francs)
	1	2	3	4	5	6	1. Geburt	2. und jeder folgenden Geburt	
Industriekassen	27	66	115	181	249	321	221	185	314
Kaufmännische Kassen	16	39	71	108	146	183	222	202	285
Landwirtschaft- liche Kassen	11	31	58	90	126	169	98	102	—

Mit diesem Prinzip, das von den großen öffentlichen Verwaltungen und den aus dem Rahmen der Ausgleichskassen herausfallenden Riesenunternehmungen nachgeahmt wurde, wurde nicht bloß der sozialen Gerechtigkeit und Bestanderhaltung der Nation gedient, sondern auch der Arbeitsmarkt von den kinderreichen Müttern entlastet, die bei 4 bis 5 Kindern an Kinderzulagen mehr erhalten als sie in der Fabrik verdienen können; deswegen wird aber auch infolge der Leutenot auf dem Land die Leistung geringer gehalten. Die Ausgleichskassen haben ihre Leistungen von der Benutzung der sozialhygienischen Einrichtungen, ähnlich wie in Deutschland für die Milchempfänger, abhängig gemacht (Säuglingsfürsorgen, Schwangerenfürsorgen). Sie finanzieren auch ganz oder teilweise die Erholungs- und Kurverschickung der Klein- und Schulkinder, die Haushaltungsschulen für schulentlassene Mädchen und die Erholungsheime für Lehrlinge. Die Höhe der reinen Familienzuschläge zur Lohnsumme für alle Betriebe wird für das Jahr 1929 auf 1476 Millionen Francs angegeben, die sich auf 3 862 000 Lohnempfänger verteilen. Eine gar nicht zu überschätzende Leistung der Ausgleichskassen ist die Erhöhung der Stillprämien über die Zahlung der Sozialversicherung hinaus. Zum Leidwesen aller Beteiligten, der Mütter wie der Fürsorgeärzte, wird in Deutschland bekanntlich das Stillgeld nur $\frac{1}{4}$ Jahr gezahlt. In Frankreich dagegen von der Sozialversicherung 9 Monate hindurch: 150 Francs monatlich in den ersten 4 Monaten, je 100 Francs im 5. und 6., je 50 Francs im 7., 8. und 9. Monat. Die Stilltätigkeit nahm erheblich zu, und die Ausgleichskassen berichten mit Stolz, daß die Säuglingssterblichkeit in den von ihnen betreuten Familien um 20 % günstiger sei als im Landesdurchschnitt (1927 6,55 gegen 8,3, 1928 7,14 gegen 9,1).

Es würde zu weit führen im einzelnen auf andere Maßnahmen einzugehen, beispielsweise die Nachlässe an Schulgeld respektive die Gewährung von Stipendien bis zur Universität für die kinderreichen Familien, auf die zahlreichen Stiftungen privater Art, auf die Steuernachlässe usw. Jedoch müssen noch 2 für die französische Gesetzgebung charakteristische Punkte kurz berührt werden: 1. Die Kinderreichen werden in der Wohnungsversorgung bevorzugt, sei es durch verbilligte Mietpreise oder Gewährung von besonders verbilligten Hypotheken respektive Amortisationshypotheken bei der Erwerbung von Eigenheimen; dieses Eigenheim kann vom Familienoberhaupt durch notarielle Erklärung zum unantastbaren Familiengut (*bien de famille*) erklärt werden, das auch für den Fall des Konkurses für die Gläubiger unerreichbar ist. 2. Kinderreiche Familien erhalten Fahrpreismäßigung, und zwar um 30 % bei 3 Kindern usw. bis zu 70 % bei 7 Kindern; sie wird jedem Familienmitglied (den Kindern bis zu 18 Jahren) gewährt.

Jedem Leser wird die Frage nach dem Erfolg dieser großzügigen Gesetzgebung gegen das Aussterben der Nation auf die Lippen kommen, und er wird enttäuscht sein zu erfahren, daß zuverlässige meßbare Ergebnisse bisher noch nicht vorliegen. Einmal, weil die breiten Massen des französischen Volks erst in den letzten 10 Jahren mehr und mehr in den Genuß dieser Vorteile gelangt sind, die Übersichtszeit also zu kurz ist, dann aber, weil die statistischen Ergebnisse nicht genug differenziert sind. Man kann nicht einmal die in den letzten Jahren ungefähr gleichbleibende Geburtenrate der französischen Bevölkerung als reinen Erfolg der geschilderten Gesetzgebung hinstellen, weil den kinderreichen Einwanderern ein zuneh-

mender Teil der Geburten zu verdanken ist. Immerhin dürfte dieses Gesetzgebungswerk der Französischen Republik, das alles bisher in der Geschichte Bekannte weit hinter sich läßt und in vorbildlicher Weise den sozialen mit dem nationalen Gedanken vereinigt, mit dazu beigetragen haben, daß Frankreich nicht mehr das Land der geringsten Geburtenüberschüß ist, allerdings immer noch das Land mit dem geringsten Geburtenüberschüß. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich sogleich auf, wenn man berücksichtigt, daß die anderen europäischen Nationen mit geringer Geburtenüberschüß einen abnormen Altersaufbau aufweisen, mit wenig Kindern und relativ wenig Greisen bei übermäßig starker Besetzung der mittleren Altersklassen. Durch das Überwiegen dieser Jahresklassen mit geringer Sterblichkeit und das Fehlen jener Altersklassen mit hoher Sterblichkeit (bei Säuglingen und Greisen insbesondere) ist die Sterblichkeit dort noch abnorm gering, in Frankreich dagegen relativ hoch, der Geburtenüberschüß ganz gering.

Die anderen europäischen Völker, im speziellen aber das deutsche Volk, werden aus dem Beispiel der französischen Bevölkerungspolitik zu lernen haben. Für die wirtschaftlichen Folgen einer stillstehenden Bevölkerung bei gleichzeitiger Landflucht genüge der Hinweis auf Frankreichs entvölkerte Departements oben und die damit Hand in Hand gehenden Wertverluste, die für Frankreich auf 30 bis 35 Milliarden Goldfrancs geschätzt werden. Das Gefühl der Unsicherheit, das Frankreich zwingt Milliardenwerte im Grenzfestungsbau anzuwenden, beginnt auch bei uns zu erwachen. Was uns daher dringend nottut, ist hier wiederholt gefordert worden: Verbindung von aktiver Siedlungs- und Bevölkerungspolitik mit dem Ziel die Bevölkerung in gesunder Verteilung zwischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Land im allgemeinen und im Osten Deutschlands in möglicher Dichte ansässig zu machen. Hier entscheidet sich das Schicksal der Republik. Zu wenig tat sie und tut sie noch immer. Das wurde hier schon wiederholt ausgeführt, und erst am 27. Oktober 1930 wurde hier gesagt:

»Wo blieb die für unsere Zukunft so lebenswichtige Agrar- und Industriesiedlung in Ostelbien, für die wir hier 500 Millionen pro Jahr auf 30 Jahre forderten? Das Gegenteil geschah: Hunderttausende von Landflüchtigen vermehrten die Arbeitslosigkeit und das Wohnungselend in den Großstädten, schwächten die Kaufkraft in Stadt und Land, brachten die Gemeindefinanzen der Städte an den Rand des Bankrotts und die Wirtschaft auf dem Land zum Erliegen. Das hohe Gut der Freizügigkeit, das einst den Produktivkräften der Nation zur Entfaltung verhalf, wurde für Abertausende zum Fluch und zur öffentlichen Gefahr, die man unschwer mit Hilfe des Arbeits- und Wohnungsnachweises (Verbot des Laubenelends) hätte verhüten können, im Zusammenhang mit einer Agrar- und Industriesiedlung im Osten.«³

Tatkraft und klare Führung nach weithin sichtbaren Zielen verlangt die Stunde. Grade wenn wir den Zusammenschluß unseres Kontinents zu einer Wirtschaftseinheit anstreben, müssen wir dafür sorgen, daß der Anteil jeder Nation an der europäischen Gesamtleistung entsprechend ihrer produktiven Kraft gesichert ist. Der deutschen Nation erwächst daraus die Pflicht eine Bevölkerungspolitik zu treiben, die solcher Sicherung ihres zukünftigen Schaffens dient. Die Methoden unseres französischen Nachbarn, mit dem uns immer engere Zusammenarbeit verbinden soll, verdienen daher auch auf diesem Gebiet unsere stärkste Beachtung.

3) Siehe *Klesse* Warum es so kommen mußte, und wie es nun gehen soll, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 971 und folgende.

ERNST UNTERMANN · AMERIKA FEIERT EINSTEIN



AMERIKANISCHE Behörden und Presseleiter reagieren auf die Ankündigung des Besuchs einer Berühmtheit etwa so wie die europäischen Generalstäbe auf eine Kriegserklärung. Es wird sofort schematisch mobil gemacht. Die Spitzen der Behörden verlangen von ihren Sekretären das Manuskript der üblichen Begrüßungsrede mit den für die Gelegenheit passenden Floskeln. Die Chefredakteure lassen in der "Leichenhalle" die Klischees der Berühmtheit ausgraben, alte Artikel über deren Leben und Taten aufwärmen und mit Fragebögen schwer bewaffnete Reporter an strategischen Ecken aufmarschieren. Die Zeitungs- und Filmphotographen wetzen ihre Linsen. Durch diese hohle Gasse muß der Gast kommen. Da gibt es kein Entrinnen. Denn hier hat man das Panem et circenses auf die höchste Potenz getrieben, und wird das Brot für Millionen Arbeitsloser knapp, so muß es erst recht Spiele geben, damit die Masse nicht grübelt. Kaum hatte also Elsa Einstein bescheiden angedeutet, daß ihr Gatte Albert es vorziehen würde still hier zu landen und ungestört seines Wegs zu ziehen, da brach unter unseren Honoratioren ein Sturm der Entrüstung los. Nanu? Was versteckt sich hinter seiner Ablehnung kostenloser Reklame? Jeder vernünftige Mensch ist doch froh öffentlich akklamiert zu werden. Die offiziellen Begrüßer fühlten sich persönlich zurückgesetzt. Demagogische Presseleiter taten so, als hätte der erwartete Gast, der weder ihre feierlichen Kunststücke noch ihren als Publizitätspflicht verkleideten Geldverstand ernst zu nehmen schien, damit die ganze Nation gekränkt. Der Hurrarab schnappte diese Suggestion sofort auf und schrie nach seiner verbrieften Augenweide und Lungengymnastik. Der Ton der amerikanischen Öffentlichkeit ist auf naive Mittelmäßigkeit abgestimmt. Die Scheu vor öffentlicher Berührung ist auch den meisten Gebildeten unverständlich. The Pathfinder, ein Tabloidorgan der denkfaulen Mittelklasse, meinte: »Einstein sagt, er verstehe uns nicht. Schon gut, wir verstehen ihn auch nicht.« Wenn schon Größen wie Eugene Tunney, Knute Rockne und Babe Ruth ihr Privatleben der argusäugigen Meute preisgeben müssen, wie kann sich ein simpler Gelehrter herausnehmen der amerikanischen Öffentlichkeit ihr Pfund Fleisch zu verweigern? Auch wo keine böse Absicht hinter solchen Äußerungen der Verdrießlichkeit lauert, sind sie ein Zeichen jener Naivetät, die sich kindisch auf allen Gassen breit macht.

Schon auf der Belgenland ging die Hetze los, ehe das Land erreicht war. Der Berichtstatter der New Yorker Evening Post beschrieb den Vorgang so: »Einstein wurde von einem Deck der Belgenland auf das andere gejagt, mit Fragen bombardiert, von einem halben Hundert Reportern verfolgt, von einer ähnlichen Zahl von Kameras geschnappt.« Er selbst sagte scherzend: »Diese Leute sind wie hungrige Wölfe. Jeder will ein Stück aus mir herausbeißen.« Humor war die richtige Abwehr, selbst als ein aufdringlicher Photograph mit pöbelhafter Familiarität schrie: »Heda, Heinie, rück' 'mal ein bißchen hier herüber!« Weil die meisten Fragesteller nichts von Einsteins Wissenschaft verstanden, zogen sie es vor ihn um Antworten auf Tagesfragen anzuzapfen. »Denken Sie, daß die Religion den Weltfrieden fördern wird?« »Sie hat es bisher nie getan, und ich bin kein Prophet«, war die unerwartete Antwort, die natürlich unseren Staatsstützen keine Freude machte, um so mehr aber bei Fortschrittlichen und Radikalen Bei-

fall fand. »Was halten Sie von Adolf Hitler?« »Hitler lebt von dem leeren Magen Deutschlands.« Das gefiel gewissen Propagandisten nicht, die gern den Hitlerschen Teufel an die Wand malen, um im Trüben zu fischen. »Wie würden Sie das Arbeitslosenproblem lösen?« »Vielleicht kann das Genie Amerikas das Gleichgewicht zwischen Produzenten und Konsumenten herstellen.« Das schob die Lösung der verantwortlichen Stelle zu, und mit Recht, war aber angesichts der Hilflosigkeit der Regierung und unserer Industrieleiter nutzlos. Wem sollte Einstein es aber bei solchen blöden Fragen recht machen? Time schrieb dazu: »Während Doktor Albert Einstein auf der Belgenland erklärte, daß ein besserer Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten das dringendste Problem der Welt im Jahr 1930 wäre, sagte der Mann, den er besuchen wollte, Doktor Robert Andrews Millikan, der Vorsitzende des California Institute of Technology, das selbe in einer Rede vor der 24. Jahresversammlung der Lebensversicherungspräsidenten.« Was die Relativitätstheorie anlangt, so meinte The Literary Digest: »Die meisten von uns geben zu, daß sie nichts von Relativität verstehen. Frau Einstein auch.« Beim amtlichen Empfang vor dem Rathaus versuchte der Bürgermeister Jimmie Walker aber doch einen Witz über die Relativität der Dinge zu machen. Der Tonfilm verewigte die Flachheit für spätere Geschlechter. The Outlook schrieb dazu: »Professor Albert Einstein, der Mann, der Dinge weiß, die anderen verschlossen sind, ist hier angekommen, hat einen für Zelebritäten typischen Tag in New York verbracht und ist nach Californien weiter gedampft. Er hat Zeitungsreporter, Kameras, Mikrophone, Empfangskomitees und jubelnde Massen über sich ergehen lassen. Er kam zum New Yorker Rathaus gleich nach Knute Rockne. Er hat Fragen abwehren müssen nach seiner Meinung über Amerika, Prohibition, Definitionen der 4. Dimension mit einem Wort, der Relativitätstheorie mit einem Satz. Er hat Botschaften taktvollen Tributs an die Vereinigten Staaten überbracht, die Juden in Palästina ermutigt, den Pazifisten bestimmte ziemlich unpraktische Ratschläge erteilt, wie sie in einer waffenstarrenden Welt am wirksamsten einen Angriffskrieg für den Frieden führen können. Er entpuppte sich als ein liebenswürdiger kleiner Mann mit schelmischen braunen Augen und einem Wust grauer Haare. Amerika war bereit über Einstein wild zu werden und glücklich es tun zu dürfen. Es möchte ihn am liebsten zum Präsidenten wählen oder doch wenigstens seinen Namen auf ein nicht berauschendes Getränk schreiben. Amerika liebt Einstein. Etwa weil es sein Genie versteht, oder was er repräsentiert? Durchaus nicht. Es besteht kein Grund, warum es sollte, keine Möglichkeit es fertig zu bringen. Es liebt Einstein aus dem selben Grund, aus dem Kinder im Theater den Zauberkünstler mit schwarzem Gewand und sternumkränzttem Stehhut lieben: weil er Unfaßbares hantiert. Nehmen wir hinzu, daß sich Einstein als ein Mann von persönlicher Liebenswürdigkeit und warmer Menschlichkeit erwiesen hat, wie können wir anders als uns ihm ergeben? Der ihm bereitete Empfang war lärmend, aber wohlgemeint. Einstein ist in keiner Weise herabgesetzt oder mißrepräsentiert worden. Jedenfalls war er selber über alles das höchst amüsiert.«

Einsteins Rat an die Pazifisten wurde in einer Versammlung der Bahai-gesellschaft gegeben. Die Pazifisten sollten sich mit Hilfe des Völkerbunds organisieren. Wenn sich nur 2% der felddienstfähigen Männer weigern würden in den Krieg zu ziehen, gäbe es nicht genug Gefängnisse, um sie

alle einzusperren, und Krieg würde unmöglich werden. Unsere Militaristen, die eben dabei waren mehr Geld vom Kongreß für militärische Rüstungen zu verlangen, wollten ihm verbieten über dieses Thema zu reden. Dazu brauchte er nicht nach Amerika zu kommen. Er sollte sich lieber an seine Relativität halten. Das wäre wenigstens amüsant, etwa so wie Billy Guard von der New York World die Relativität definierte: »So viel wir wissen, gibt es keinen Pfahl im Weltall, an dem wir Pferde anbinden können.« Zwar meinte der Literary Digest: »Einsteins Bemerkungen lieferten guten Stoff, wenn sie auch nicht von der Art waren, wie man sie gewöhnlich von Berühmtheiten auf Besuch zu hören bekommt.« Aber nicht alle Bemerkungen Einsteins wurden von den Presseleitern als guter Stoff geschätzt. Upton Sinclair, der sich gern ein Späßchen mit diesen Herren macht, schrieb an Einstein und bat ihn um einige Worte über Militarismus, Kriegsgefahr, Überproduktion und Arbeitslosigkeit. Einstein antwortete bereitwillig. Sinclair telephonierte an die Vertreter der Associated Press in Los Angeles, die ihn baten ihnen das Material zu drahten. Es wurde aber nicht benutzt. Er bot den Stoff der New York Times an, die ihn ablehnte. Die United Press akzeptierte das Material, verstümmelte es aber. Sinclairs erste Frage lautete: »Was ist nach Ihrer Meinung die Pflicht der amerikanischen Arbeiter angesichts der wachsenden Gefahren der Rüstungen und Kriege?« Antwort: »Die Vereinigten Staaten von Amerika sind heute die stärkste Macht auf Erden. Der Erfolg der Bestrebungen gegen Militarismus und Kriegsgefahr hängt daher ganz bedeutend von der Stellung der amerikanischen Bürger zu ihnen ab. Besonders hängt der Erfolg von den Sozialistischen Parteien ab, deren Interesse an einer wirksamen Bekämpfung der Kriegsgefahr keines weitem Beweises bedarf.« Der letzte Satz wurde von der United Press unterschlagen. Weitere Frage: »Wollen Sie so gut sein den amerikanischen Arbeitern zu sagen, was Sie über das Schauspiel der Armut und des Hungers in einem Lande mit solchen ungeheuren Produktivkräften wie die Vereinigten Staaten denken? Wie Sie wissen, sind wir imstande mehr zu produzieren als wir verkaufen können, und wir beschäftigen unsere Fabriken nur zu einem kleinen Prozentsatz ihrer Fähigkeiten. Dennoch leiden Millionen von Menschen Mangel an Nahrung und anderen Lebensnotwendigkeiten.« Antwort: »Die jetzige Marktkrise beweist nach meiner Ansicht deutlich, daß unsere wirtschaftliche Organisation, soweit davon die Rede sein kann, unseren Ansprüchen nicht genügt. Dieser Ausspruch soll kein Tadel sein sondern als Motiv dienen, um das Wirtschaftsleben in solcher Weise zu regulieren, daß die Existenz von Menschen nicht länger bedroht wird.« Waren schon die Presseleiter in solchen Dingen schlaue Eklektiker, so machten die Babbitts, Gantries und ihre patriotischen Organisationen, wie die Amerikanische Legion, ganz offen plumpe Versuche Einstein mit einem Maulkorb zu versehen oder ihn von der Öffentlichkeit abzuschließen. Die Legion von Californien schrie sogar nach seiner Ausweisung; ihre Leiter mußten erst durch Winke sub rosa gemahnt werden der Washingtoner Regierung keine internationalen Verlegenheiten zu bereiten.

Vielleicht die am hervorragendsten komische Seite der amerikanischen Zeitungsmethoden ist, daß sie fortwährend versuchten Einsteins Relativitätstheorie und ihre astronomischen Zusammenhänge zu popularisieren, und zwar in einer Weise, die es nur allzu deutlich macht, daß dabei Autoren, die nichts davon verstehen, Leute belehren, die nicht belehrt werden können.

Die eine Sorte dieser Schriftgelehrten macht es sich zur Aufgabe zu beweisen, daß Newtons Gravitationstheorie doch schließlich über Einsteins Relativitätstheorie triumphiert hätte, und verschiedene nicht mißzuverstehende Anzeichen verraten dabei, daß es sich weniger um die Klärung eines wissenschaftlichen Problems als um das Herausstreichen des Engländer gegen den Deutschen dreht. Die andere Sorte fühlt sich durch Einstein in ihrem philosophisch-metaphysischen Besserwissen gekränkt und bleibt dabei, selbst nachdem er verschiedentlich erklärt hat, daß seine Physik keine Metaphysik sei. Ein gewisser Geller behauptete, Einsteins Theorien gehören eigentlich Maimonides. Mit dieser Behauptung ist nun wieder eine andere amerikanische Größe durchaus nicht einverstanden, nach der nicht Maimonides oder Einstein, sondern Thomas Jefferson Jackson See der wirkliche Entdecker ist. Was diesen nicht hindert fortwährend an Einsteins Formeln herumzustochern und an ihnen Fehler nachzuweisen, auch meist in den Tageszeitungen, deren Leser nicht das Geringste von der Sache verstehen. See liebt es sich als den offiziellen Astronomen der amerikanischen Kriegsmarine zu annoncieren und auf seine ehemalige deutsche Universitätsbildung zu pochen. Als großer amerikanischer Demokrat, wie schon seine Vornamen andeuten, tritt er natürlich mit den Allüren eines Korpsstudenten auf. Beim Lesen seiner Ergüsse fühle ich immer den Drang einen bekannten Vers so zu variieren: In Jena und Weimar macht man Hexameter wie den, in Göttingen jedoch kriecht der Philister ins Loch. Jedenfalls scheint es gegen den demokratischen Strich des Professors See zu gehen, daß ausgerechnet ein simpler Bürger wie Einstein an Stelle eines aristokratischen Korpsbruders solche epochemachenden Entdeckungen gemacht hat und von der Welt akklamiert wird. Aber alle diese Angriffe schaden Einsteins Popularität hier nicht im geringsten, selbst wenn See durch den Colonel E. F. Johnson sekundiert wird, der aus der Präzession des Merkurperihels herausdividiert, daß Einstein und Sommerfeld sich verrechnet hätten. Der Durchschnittsamerikaner argumentiert etwa so: Wir verstehen nichts von Relativität, und wir haben kein besonderes Interesse an Einsteins sozialen Ansichten, aber er ist ein feiner Kerl. Als das American Museum of Natural History die Relativitätstheorie durch einen Film illustrierte, war der Andrang so groß, daß 4500 Menschen mit Gewalt die Museumswächter über den Haufen rennen wollten. Bei einer Abstimmung der Altersklasse der New Yorker Universität über den am meisten bewunderten Mann in der Welt stand Einstein an 2. Stelle, und manche Zeitungen waren so erstaunt darüber, daß sie zu melden vergaßen, wer an 1. Stelle stand. Der Name Einstein sprang ins Auge, alles andere war Nebensache, wurde gar nicht erwähnt. Wie Time schrieb: »Der Ruhm Einsteins macht einen solchen Eindruck auf das amerikanische Volk, daß nur wenige die Bedeutung seiner Äußerungen merkten.«

Ab und zu druckt eine Tageszeitung auch einmal eine ernstgemeinte Arbeit über Einstein ab, und unsere Fachzeitschriften suchen ihm in sachlicher Weise gerecht zu werden. Unter solchen Beiträgen der Tageszeitungen verdient vielleicht Erwähnung Arnold Callenders Artikel When Einstein Goes Exploring in Space, im Supplement der New York Times vom 23. November 1930. Wenigstens wird dort ein Versuch gemacht einen Teil der Einsteinschen Theorien in einfacher Sprache verständlich zu machen. Callender schreibt: »Einstein hat die Antwort auf das Problem, wie das elektromagne-

tische mit dem metrischen Feld versöhnt werden kann. Oder er hofft wenigstens, daß er sie hat. Aber er kennt noch nicht alle Pfade, die wahrscheinlich dorthin führen und die Bestätigung liefern werden.« Er beruft sich dafür auf Einsteins Assistenten Mayer: »In der ältern Relativitätstheorie wurde das Gravitationsfeld von der metrischen Raumstruktur absorbiert, aber das elektromagnetische Feld wurde nicht darin aufgenommen. Man hofft jetzt eine Raumstruktur zu finden, die sowohl das Gravitations- wie das elektromagnetische Feld umfassen wird.« Und weiter: »Die ältere Theorie konnte nur einen Teil der Wirklichkeit als Einheit beschreiben: die Phänomene der Gravitation. Die neue Feldtheorie, an der jetzt gearbeitet wird, soll sowohl die Erscheinungen der Gravitation wie des Elektromagnetismus als Teile der Raumstruktur beschreiben. Dem Physiker erscheint die Raumstruktur teils als Gravitations-, teils als elektromagnetische Wirklichkeit. Es wird mit reiner Mathematik gearbeitet, und die Methode ist die deduktive. 1. Was ist Raumstruktur? 2. Wenn wir wissen oder denken, daß wir wissen, was Raumstruktur ist, welche Naturgesetze herrschen in ihr? Wir müssen von möglichen Gesetzen ausgehen, dann diese prüfen, um zu sehen, ob sie durch die Erfahrung bestätigt werden. Das ist der schlüssige Beweis. In seiner Feldtheorie nimmt Einstein an, daß er die wirkliche Struktur des Raums gefunden habe. Nun sucht er die Feldgesetze, die sie beschreiben können. Wenn diese Gesetze entdeckt sind, können sie physikalisch geprüft werden. Bisher sind nach allen Richtungen zufriedenstellende Gesetze nicht gefunden worden.« Warum drucken die New York Times so etwas? Nicht weil ihre Leiter das geringste wissenschaftliche Interesse an der Sache haben, auch nicht, weil viele ihrer Leser danach verlangen. Sie drucken es nur, weil der Name Einstein eine Zauberkraft ausübt und daher als Köder beim Verkauf der Zeitung nützlich ist. Denn selbst solche vereinfachten Artikel setzen bei den Lesern eine Vorbildung voraus, die nur bei wenigen Interessierten zu finden ist, auch in anderen Ländern. Man hofft ebensowenig durch solche Artikel Antriebe zu ernstem Studium zu geben, denn man weiß zu gut, daß das große Zeitungspublikum hier mehr Interesse am Sport und an leichten Vergnügungen als an ernster Lektüre hat. Wie der Pathfinder meldet, soll Einstein für McNaughts Syndicate eine Artikelserie liefern, und seine Gattin soll das gleiche für Famous Features Syndicate tun. Auch in diesem Fall handelt es sich nicht um die Absicht dieser Unternehmer durch Einstein einen merklichen Einfluß auf die Köpfe der Leser auszuüben sondern nur um die Ausnutzung der Zugkraft seines Namens für die Verlagsinteressen. Der erzieherische Einfluß solcher Publizität wird sich, wie bisher, auf die Einbürgerung der Worte Einstein und Relativität beschränken, mit denen dann Pausen in der Unterhaltung ausgefüllt werden können.

Soweit Albert Einsteins Name in Amerika einen guten Klang hat, kann er Deutschland nützlich sein. Aber auch andere deutsche Namen hatten in Amerika einen guten Klang vor dem Weltkrieg. Trotzdem gingen die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland. Das mit Einstein in die Zukunft blickende Deutschland wird daher gut tun seine Pläne nicht auf den Sand wilhelminischer Erwartungen zu bauen sondern ohne ängstliche Seitenblicke darauf, was in Amerika "wirken" könnte, sich sein Schicksal selbst zu gestalten. Und das Schicksal Deutschlands liegt in Europa.



THEODOR KAPPSTEIN · SOZIALISMUS IM URCHRISTENTUM

1 · ARBEITSNACHWEIS UND UNTERSTÜTZUNG



ALS der Glaube an die für die Lebenden noch erreichbare nahe Wiederkunft des himmlischen Christus, den seine Gemeinde in den Wolken freudig einholen werde zum Erdengenuß des Tausendjährigen Reiches Gottes, schwärmende Christen der Arbeit entwöhnte, ermahnte Paulus diese Thessalonicher: »Wir haben unter euch keinen unordentlichen Wandel geführt, haben auch nicht unentgeltlich jemandes Brot gegessen, sondern haben Tag und Nacht angestrengt und mühselig gearbeitet, um keinem von euch zur Last zu fallen. Schon während unseres Aufenthalts bei euch haben wir auch dies geboten: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Und nun müssen wir hören, daß manche unter euch einen unordentlichen Lebenswandel führen, indem sie, statt zu arbeiten, sich mit unnützen Dingen zu schaffen machen. Solchen Leuten schärfen wir allen Ernstes im Namen des Herrn Jesus Christus ein in stiller Arbeit sich ihr Brot selbst zu verdienen. Sollte jemand dieser unserer brieflichen Weisung nicht folgen, so merket ihn euch und habt keinen Verkehr mit ihm, damit er in sich gehe. Doch seht in ihm keinen Feind, sondern weist ihn wie einen Bruder zurecht.« Man merkt den Abstand von der morgenländischen Sorglosigkeit der Evangelien, da der himmlische Vater alle seine Kinder ernährt, wie er die Vögel erhält und die Lilien kleidet; deshalb keine Sorge um Nahrung und Wohnung und Gewand. Jetzt gilt es nüchterner, unter anderm Himmelsstrich und bei andersartigen wirtschaftlichen Bedingungen: Ihr sollt eure Ehre darein setzen, daß ihr ein stilles Leben führt, euren eignen Geschäften nachgeht und euch euer Brot mit eurer Hände Arbeit verdient. Ihr sollt im Verkehr mit den Nichtchristen ehrbar wandeln, niemandes Unterstützung bedürftig.

Die hart arbeitende Bevölkerung der Unterschicht wurde zuerst christianisiert, Jesus trat als Anwalt der göttlichen Barmherzigkeit in das Proletariat; man schärfte den kleinen Leuten die Pflicht zur Arbeit ernstlich ein, weil sie enthusiastisch in die Sterne schauten und den Erdentand verachteten. Auch ließen sich, wie Lucian, der scharfäugige Kritiker, beobachtete, die Christen in ihrer Bruderliebe von abgefeimten Schwindlern leicht betrügen, wenn arbeitsscheue Brüder ihre Mildtätigkeit eigensüchtig ausbeuteten. Jedenfalls wurde kein Bettel großgezogen. Der Verteidigungsjurist Tertullian pocht in seiner Apologie des Christentums auf die sozialen Christen: Wie, ruft er, leben wir nicht mit euch in gleicher Lebensweise, Kleidung, Einrichtung und den selben Bedürfnissen? Sind wir Brahmanen oder von der Nacktkultur, Waldsiedler, aus dem Leben schon ausgeschieden? Wir gebrauchen wie ihr das Forum, den Fleischmarkt, die Bäcker, die Kaufläden, Werkstätten, Ställe, Jahrmärkte und den Handelsverkehr. Wir treiben mit euch Schiffahrt, tun Kriegsdienst, pflegen Ackerbau, wir gesellen unsere Kunstfertigkeit zu der der anderen und geben die Erzeugnisse unserer Arbeit zu eurem Gebrauch hin. Es gab, wie Adolf Harnack in seinem Meisterwerk über die Mission und Ausbreitung des Christentums in den ersten 3 Jahrhunderten erwähnt, sogar Kleriker inmitten des Erwerbslebens. An die Gemeinde in Ephesus schrieb Paulus: »Wer gestohlen hat, der stehle nicht

mehr; er arbeite fleißig und erwerbe sich mit seiner Hände Arbeit sein Gut, damit er imstande sei dem Notleidenden etwas zu geben.« Darüber hinaus greift das Recht des Arbeiters auf den ihm gebührenden Lohn. Der an Jesus' knappe und bildstarke Spruchrede gemahnende Jakobusbrief (Luther schalt ihn wegen seiner ethisch-sozialen Werkgerechtigkeit eine »stroherne Epistel«) holt grimmig aus: Noch jetzt in der Endzeit habt ihr Reichen euch Schätze gesammelt. Der Lohn, den ihr den Arbeitern vorenthalten habt, die eure Felder gemäht haben, schreit aus euren Palästen zum Himmel empor; die Klagerufe eurer Schnitter sind zu den Ohren Gottes gedrungen.

Diese Christen, die so gern schwärmten und der Losung lebten, ihr Bürger-tum sei in den Himmeln, erkannten den Anspruch jedes Christen auf das Existenzminimum an. Pflicht der Gemeinden war jedem dieses Minimum zum Leben zu gewähren: durch Arbeitsnachweis oder durch Unterstützung. Der Arbeitsfähige soll Arbeit finden, der Arbeitsunfähige Mitleid. Es soll als selbstverständlich gelten, daß die Gemeinde bei Untersagung der Berufsausübung an einen Lehrer der Schauspielkunst (!) für den Mann sorgt; kann er sonst nichts, so ist er vor Not zu schützen. Die berühmte altchristliche Apostellehre billigt keinem arbeitsfähigen Bruder eine Gemeindeunterstützung zu, die länger als 2 oder 3 Tage dauert; dann wurde er also abgeschoben. Ist der Bruder ein Handwerker, so möge er, heißt es, sein Handwerk ausüben und essen. Kann er kein Handwerk, so trägt Sorge, daß kein Christ müßig mit euch lebe. Leistet er die ihm zugewiesene Arbeit nicht, so haltet euch fern von ihm: er treibt mit Christus Handel, *χριστέμπορος*. Die Urchristenheit bildete mithin nicht nur eine religiöse Genossenschaft, sie wollte auch eine Arbeitsgemeinschaft sein. Diese enthusiastischen Gemeinden zeigen wirtschaftliche Ansätze.

Die Gemeindekasse gewährte Unterstützungen an die Fremden, die zugereist waren, also zunächst an die christlichen Brüder als Gesinnungsfreunde. Die Tugend der Gastfreundschaft wird im Neuen Testament häufig gelobt, auch in den altchristlichen Schriftdenkmälern sonst stets eingeschärft. Der Brief eines korinthischen Bischofs an die Christen in Rom aus der Zeit Marc Aurels bezeugt, diese Gemeinde habe ihre uralte Gewohnheit bewahrt den auswärtigen Brüdern Wohltaten zu spenden. Das junge Christentum war noch Wanderreligion; die reisenden Brüder wurden die Verbindungsleute für die Gemeinden. Gefangene wurden weithin durchs Land verschleppt, Ausgewiesene suchten notleidend Schutz und Trost. Natürlich wurde solche weitgreifende Gastfreundschaft nicht selten mißbraucht: von Irrlehrern, Arbeitsscheuen, Schwindlern. Die Gemeinde prüft darum den Fremdling auf sein lauterer Christentum, sie vergleicht beim Propheten Worte und Wirken, sie teilt Handarbeit aus, sie logiert nur kurzfristig. Später stellte man Kirchenpässe aus. In der Ekstase bestellte sich solch frommer Betrüger, der darauf lief, ein Diner und nahm es, wachend, gründlich wahr, oder er forderte im Traum ungeträumtes Geld.

Auch die Gemeinden unter einander halfen sich in mannigfacher Verlegenheit. So sammelte die junge antiochische Christenschaft für die unter der Teuerung leidenden Brüder in Judäa Gelder, Barnabas und Paulus überbrachten die Spende. Die Verarmung der Urgemeinde in Jerusalem, deren sogenannter christlicher Kommunismus als freiwillige Gütergemeinschaft von Harnack eine vage Vermutung genannt wird, ist selbst eine Tatsache, deren

Gründe wir nicht aufdecken können; sie hat lange bestanden. Paulus übernahm bei der entscheidenden Konferenz der Hauptapostel in Jerusalem die Pflicht der Armen der Muttergemeinde in fernen Landen zu gedenken. Er hat diese Liebesgaben mit Mühe und Sammelkunst zusammengebracht, als Erweis der Geistesverbundenheit der sogenannten Juden- und Heidenchristen, deren Leiter scharf gegen einander standen, jeder auf seine Würde pochend. Die Liebespflicht der Christengemeinden wurde mobil bei materiellen Bedürfnissen, auch in den Christenverfolgungen; und wenn innere Krisen und Gefahren sich einstellten, so galt es ebenso einzugreifen.

Sympathie und Fürsorge: Als um 259 die Pest in Alexandrien wütete, wurden die Kranken furchtlos besucht, und die aufopfernden Pfleger sind in solchem Bruderdienst selber teilweise zugrunde gegangen. Während der großen Pest zur Zeit des Maximinus Daza haben die Christen die Leichen bestattet; zugleich sammelten sie in der ganzen Stadt die Hungernden und teilten ihnen Brot aus. Sie taten das ohne jeden religiösen Unterschied, Menschen zu Menschen.

2 · DIE ARMEN, DIE WITWEN, DIE GEFANGENEN, DIE TOTEN, DIE SKLAVEN



UCIAN, der unsentimentale Kritiker des Christentums, geboren um 125, hat den Christen bestätigt: »Ihr erster Gesetzgeber brachte ihnen die Überzeugung bei, daß sie alle unter einander Brüder sind; sie entwickeln eine unglaubliche Rührigkeit, sobald sich etwas ereignet, was ihre gemeinschaftlichen Interessen berührt, nichts ist ihnen alsdann zu teuer.« An geheimen Merkmalen und Zeichen kennen sie sich und lieben sich fast vorher, ehe sie sich kennen. Individualistisch und sozialistisch zugleich, entwickelte sich das Evangelium, die religiös-soziale Botschaft vom Dritten Reich: Was Juden und Heiden, Barbaren und Griechen, Vornehm und Gering, Reich und Arm? Die neue Menschheit der Gotteskinder bildete als Bruderschaft den mystischen Leib des Christus, dessen einzelne Glieder keine Palastrevolution erregen dürfen; jedes Glied übt hohen oder niedern Tempeldienst. Mit Schwankungen, natürlich; sonst könnte der ethisch-strenge Jakobusbrief nicht das unerbauliche Blatt aus der Versammlung der Christen strafblickend wagen: »In eure Andacht tritt ein Mann mit goldenen Ringen, in Prachtkleidung, zugleich erscheint ein Armer in unsauberem Anzug. Ihr schaut auf den Feingekleideten und verneigt euch: Setze du dich hierher auf den guten Platz. Der Arme wird kühl beschieden: Stelle dich dorthin oder hocke dich unten an den Fußschemel. Seid ihr da nicht mit euch selbst in Widerspruch geraten als Menschen, die nach schlechten Gründen richten? Hat nicht Gott die Armen nach der Welt erwählt zu Reichen im Glauben und Erben seines Reiches? Ihr habt den Armen mißachtet. Wenn ein Bruder oder eine Schwester keine Kleidung hat und an der täglichen Nahrung Mangel leidet, und einer von euch sagt zu ihm: Gehet hin in Frieden, wärmt euch und eßt euch satt, ohne ihnen zu geben, was zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse nötig ist, welchen Nutzen hat das für sie? Der Glaube ohne Werke ist tot für sich selbst, du hohler Mensch, wie der Leib ohne Geist tot ist.«

Solche Zurechtweisungen, an denen die altchristlichen Texte nicht sparen, warnen vor sentimentalem Rosenrot im Gemälde. Doch will man auch dem

Wahn eines urchristlichen Kommunismus fernbleiben, so muß man die Freiwilligkeit der partiellen Entäußerung vom Besitz, den der Meister von Galiläa grundsätzlich als »Mammon« ablehnte, als Beschränkung des Eigentums feststellen. Die Stimmungen der Askese und der Bruderliebe hielten sich etwa das Gleichgewicht. Ohne praktische Begrenzung war solch Verzicht nur etwa bei den Essenern und den Therapeuten.

Nach dem sogenannten 1. Clemensbrief rühmt die römische Gemeinde an den korinthischen Christen ihr unstillbares Verlangen nach Übung der Wohltätigkeit: Tag und Nacht laget ihr in Wettstreit für das Beste der gesamten Bruderschaft ohne persönliche Rücksichten; nach Justins Apologie legten die Wohlhabenden und Willigen ihre freiwilligen Spenden in die Hand des Vorstehers, der diese Gaben verteilte. Tertullian beschreibt die gemeinsame Kasse ohne Aufnahmehonorar: Die Religion ist nicht käuflich, jeder besteuert sich selbst in voller Freiheit. Diese Sparpfennige der Gottseligkeit werden »weder für Trinkgelage noch für nutzlose Freßwirtschaft« ausgegeben. Sie dienen zum Unterhalt und zum Begräbnis von Armen, von elternlosen Knaben und Mädchen ohne Vermögen, auch für hausgebundene Greise, für Schiffbrüchige, für Leute in den Bergwerken, in Gefangenschaft.

Sehen wir im einzelnen zu. Cyprian, der 258 starb, entwickelte das Almosen zum einzigen Gnadenmittel des Christen, nächst der Taufe, ja der Christ biete Gott das Almosen als ein Schauspiel dar. Geld und Naturalien flossen Sonntags in die Gemeindegasse zu Händen des Vorstehers. Vom Tisch des Herrn empfing sie der Bedürftige als gottgeweiht. Die Diakonen kannten die Verhältnisse. Zur regelmäßigen Selbstbesteuerung der Gemeindeglieder kamen außerordentliche Gaben. Neben der kirchlichen Liebestätigkeit waldete private Wohltätigkeit. Die Gemeinde in Carthago brachte in einem Sonderfall rasch 20 000 Mark auf. Die Missionare und Lehrer hatten Anspruch auf einfachen Lebensunterhalt; die späteren ständigen Beamten erhielten nur erstattet, was ihr Amt ihnen am bürgerlichen Einkommen entzog. Die Obmacht der Bischöfe führte auch zu allerlei Mißbrauch (Apostellehre). Um 250 verfügte, nach Harnacks Berechnung, die römische Gemeinde für Unterstützungen jährlich über mehr als 200 000 Mark.

Der Altar Gottes hießen die Witwen. Witwen und Waisen waren im Altertum sonderlich bedroht. Sie in ihrer Trübsal zu besuchen galt als fleckenloser Gottesdienst (Jakobusbrief). Die Kranken und Schwachen, Armen und Arbeitsunfähigen erhielten neben dem Trost der Fürbitte im Kirchengebet Besuche und Gaben, vor allem Naturalien. Ein Diakon Laurentius in Rom soll während der Verfolgungszeit des Decius, auf das Verlangen den Kirchenschatz herauszugeben, die Armen die einzigen Schätze der Kirche genannt haben. Was die Kirche besaß, sah sie in ihrer besten Zeit als Armengut an. Der Apostat Julian wollte dieses Unterstützungssystem der christlichen Kirche in seiner Staatskirche nachahmen. Bei dem Liebesmahl (ἀγάπη) der Gemeinde konnten ihre Armen sich satt essen; doch zeigt der 1. Korintherbrief den frühen Verfall dieser Sitte, die auch dem Luxus der Reichen Vorschub leistete. Zu denken gibt freilich auch ein so scharfes Blitzwort an Familien, die ihre private Pflicht auf die Gemeinde abschoben: »Wer für seine Angehörigen, zumal für seine Familienmitglieder, nicht sorgt, der hat den Glauben verleugnet und ist schlimmer als ein Heide.« Das kam also gar nicht selten vor, als Menschlich-Allzumenschliches.

Den Gefangenen ohne sittliche Verschuldung, also den Märtyrern in den Kerkern, suchte man ihr Los zu erleichtern; zu angesehenen Lehrern drang man auch mit List vor, weil der Segen des Konfessors als heilbringend galt. Nichts blieb unversucht, um die Christen aus den Bergwerken loszukaufen oder ihnen Gutes zu tun. Dabei geschah manches, was der Staat offiziell nicht dulden konnte; doch wer will das tadeln? Wir hören von hohem Lösegeld, das die Gemeinden in schlimmen Fällen aufbrachten, und lesen die rühmende Grabinschrift: Er hat die Gefangenen losgekauft.

Arme Christen bestattete man aus der Gemeindekasse. Das ehrliche Begräbnis wurde sehr geschätzt, man gestattete sich dabei sogar einen gewissen Luxus. Wir dulden nicht, sagt ein altkatholischer Kirchenlehrer des 4. Jahrhunderts, daß Gottes Bild und Geschöpf den wilden Tieren und Vögeln als Beute hingeworfen wird, sondern geben es der Erde zurück, von der es genommen ist, und wollen an einem unbekanntem Menschen das Amt seiner Verwandten erfüllen, an deren Stelle, wenn sie fehlen, die Humanität tritt.

Das Christentum hob die Sklaverei nicht auf; auch christliche Herren hielten sich Sklaven, die zum Teil selber Christen wurden, ohne bürgerlich frei zu kommen. Paulus rüttelte nicht an dem Recht des Staats. Der Stand in der Welt war den Christen der ersten Generationen nebensächlichen Werts, das Weltende war vor der Tür, die christlichen Sklaven waren Vollbrüder. Der 1. Korintherbrief und der reizvolle kleine Philemonbrief werfen auf das Problem Licht und Schatten. Grundsätzlich gilt: Der christliche Sklave ist ein Freigelassener des Herrn, der christliche Herr ist ein Sklave des Christus. Sklaven durften Kleriker, sogar Bischöfe werden. Wir müssen unsere eingefärbten modernen Begriffe vom Sklaventum der Antike erheblich revidieren. Unter den heiligen Märtyrern der Kirche sind nicht wenige Sklaven, wie die verehrte edle Blandina. Als in der Diocletianischen Christenverfolgung, um 303, christliche Herren ihre christlichen Sklaven für sich opfern ließen, um selber dem Tod zu entgehen, nahm die Kirche die Schuldigen in 3jährige Buße. In Ausnahmefällen kaufte die Gemeinde Sklaven aus der Kirchenkasse frei; das Sklaventum galt jedenfalls als natürlicher Stand.

Im Christentum liegen, so darf man sagen, die inneren Bedingungen zur Gleichstellung aller Menschen. Die von ihm berührte Humanität als Moralphilosophie und damit im Bund wirtschaftlicher Zwang zerbrachen im neuzeitlichen Geschichtsverlauf die Sklaverei.

WILHELM CARL · DIE UNTERSCHLAGENEN TEMPELGELDER · AUS DEM CHINESISCHEN ÜBERSETZT UND NACHERZÄHLT



Im Jahr Tingkee der Periode Ganlu (1767) wurde in der Stadt Tschendschiang der Tempel des Stadtgotts neu hergerichtet. Das Einsammeln und Verwalten der Baugelder war 3 Bürgern namens Jen Liu Sung, Kao Örl Tsang und Lü Wan Tschang übertragen worden. Bei diesen 3 Männern erschien eines Tages eine ältere Frau, zog aus ihrem langen Ärmel einen Briefumschlag mit Geld hervor, übergab ihn den Männern und sagte: »Ich möchte gern etwas zur Verschönerung des Tempels des Stadtgotts beitragen und überbringe Ihnen hiermit

50 Liang Silber.« Jen Liu Sung nahm das Geld in Empfang, bedankte sich vielfach und bat die Frau um Nennung ihres Namens, damit er ihn in die Liste der Spender eintragen könne. Die Frau erwiderte, die Summe sei viel zu gering, als daß viel Aufhebens davon zu machen sei, verbeugte sich und verließ das Zimmer. Die 3 Männer rieten hin und her, unter welchem Namen das Geld zu verbuchen sei, bis Lü Wan Tschang vorschlug gar keine Eintragung zu machen sondern das Geld unter einander zu teilen. Kao Örl Tsang widersprach, und er sagte, eine derartige Handlungsweise verstoße gegen seine Grundsätze, ging davon, als seine Kameraden nicht auf ihn hören wollten. Jen Liu Sung und Lü Wan Tschang teilten die 50 Liang Silber unter sich, und der Tempel wurde trotzdem fertig.

8 Jahre später, im Jahr Bingding, verstarb Kao Örl Tsang, bald folgte ihm Lü Wan Tschang im Tod nach. Nur Jen Liu Sung war noch am Leben und war sicher, daß die Toten schweigen würden. Aber 3 Jahre darauf wurde er im Frühling plötzlich krank und mußte das Bett hüten. Da erschienen ihm im Traum 2 Schergen aus der Unterwelt, zeigten ihm ihre Ausweise vor und forderten ihn auf mit zum Tempel des Stadtgotts zu kommen. Eine Frau habe ihn verklagt, er müsse sich jetzt verantworten. Auf seine Frage, wessen man ihn anklage, konnten ihm die Büttel keine Antwort geben. Jen Liu Sung erhob sich mühsam vom Krankenlager und folgte den beiden Amtsdienern zum Tempel. Unterwegs überlief ihn ein Frösteln; fühlte er doch sein Gewissen nicht ganz rein.

Im Tempelhof sah Jen Liu Sung zu seinem Erstaunen eine ganze Anzahl Schergen der Unterwelt, die mit Reinmachearbeiten beschäftigt waren und die kümmerlichen Behausungen niederrissen, die arme Familien sich hier errichtet hatten. Als er die "Geisterbrücke" hinter sich hatte und der innern Tempelmauer zuschritt, sah er plötzlich einen Mann mit einer schweren Holzplatte, dem Kang, um den Hals, der ihn anrief und zu ihm sagte: »Bruder Jen, bist du auch schon hier?« Jen Liu Sung erkannte in dem Sträfling seinen verstorbenen Freund Kao Örl Tsang und erkundigte sich, wie es komme, daß er den Kang tragen müsse. Kao Örl Tsang erwiderte weinend: »Mir geht es schlecht hienieden, Bruder Jen. Seit ich im Jahr Bingding die Oberwelt verließ, es ist jetzt bald 10 Jahre her, trage ich den Kang für meine im Leben begangenen Sünden. Um mein Unglück voll zu machen, hat jetzt jene Frau, die uns damals die 50 Liang Silber überbrachte, noch einen Prozeß gegen uns angestrengt, und meine Strafe wird wohl nun noch verschärft werden.« »Das ist doch schon zehn Jahre her«, erwiderte Jen, »wie kommt es denn, daß jetzt erst etwas durchgesickert sein soll? Klagt etwa jene Frau auch gegen mich?« »So ist es«, antwortete Kao Örl Tsang und fuhr fort: »Die Frau befindet sich schon lange in der Unterwelt. Vor einiger Zeit feierte sie ihren Geburtstag und hatte dazu alle Geister, gute sowohl wie böse, eingeladen. Mit einigen guten Geistern machte sie dem Stadtgott ihre Aufwartung. Der Stadtgott empfing sie sehr freundlich und sagte zu ihr: »Du warst während deines Erdendaseins stets brav und rechtschaffen; hast du nicht auch eine Summe Geldes zur Verschönerung meines Amtssitzes beigesteuert? Ich glaube, mir ist seinerzeit so etwas gemeldet worden.« »Ja, alter Großvater«, erwiderte die alte Plappertasche, »ich unordentliches Frauenzimmer habe in jenem Jahr, am 20. Tag des 6. Monats, einem gewissen Jen Liu Sung, der mit der Verwaltung der Baugelder betraut war, 50 Liang Silber übergeben. Meinen

Namen ließ ich jedoch nicht in das Register eintragen. Ich wundere mich daher, daß der alte Großvater trotzdem Kenntnis davon hat.« Ich weiß nicht, was dem Stadtgott dabei auffallen mochte, jedenfalls ließ er in der Liste der Spender nachsehen und fand den Betrag nicht vermerkt. Da du, Bruder Jen, damals das Geld mit Freund Lü geteilt und unterschlagen hast, so hat der Stadtgott dich holen lassen und wird nun uns allen den Prozeß machen.« Jen Liu Sung fragte noch, wo Freund Lü Wan Tschang sich jetzt befinde, und Kao Örl Tsang antwortete: »Der hat sich im Leben noch mehr zuschulden kommen lassen und sitzt schon lange in der Hölle.«

Die Büttel, die den Jen Liu Sung vor der großen Tempelhalle warten lassen, kamen inzwischen zurück und sagten: »Kommt herein, ihr beiden, der Alte Herr hat die Sitzung bereits eröffnet.« Jen und Kao durchschritten die geräumige Vorhalle und erreichten durch eine Tür, deren Vorhänge durch 2 Knaben zurückgeschlagen wurden, das Amtszimmer des Stadtgotts. Jene Frau kniete bereits vor dem Richtertisch, und Lü Wan Tschang, der gleichfalls den Kang trug, wurde grade hereingeführt. Der Stadtgott wandte sich sogleich an Jen Liu Sung und sagte: »Diese Frau hier hat dir einstmals Geld zur Verschönerung meines Amtssitzes gegeben. Wo ist das Geld geblieben? Ich fand keine Eintragung in der Liste.« Jen antwortete wahrheitsgemäß, und der Stadtgott wandte sich nunmehr an einen der Beisitzer und sagte: »Der Fall liegt durchaus klar. Da es sich um Gelder handelt, die zugunsten meines Amtssitzes verwendet werden sollten, bin ich Partei und mag daher die Übeltäter nicht selbst richten. Schicken Sie diese Leute zusammen mit den Akten zum Großen König des Taischan, er mag bestimmen, welche Strafe sie erleiden sollen.« Hierauf befahl der Stadtgott den beiden Knaben die Frau hinauszuleiten, während die Büttel dem Jen die Hände auf den Rücken banden und ihn zusammen mit seinen beiden Kameraden abführten.

Die Büttel setzten sich alsbald mit ihren Gefangenen auf den Weg zum Taischan (das ist ein heiliger Berg in der Provinz Schantung, eine Tagereise von Tsingtau entfernt) in Marsch. Als sie das Westtor der Stadt hinter sich hatten, gewahrten sie viele Männer und Frauen, die Schilfgras ernteten. Seltsamerweise steckten die Frauen in Männerkleidern, und die Männer in Frauenkleidern, als ob sich die Männer im Leben wie Weiber und die Frauen wie Männer betragen hätten. Manche hatten Schaf- und Hundfelle umgehängt, und Männlein wie Weiblein rannten aufgeregt durcheinander. Die Gefangenen hörten im Vorübergehen, wie eine Frau zu einem Mann sagte: »Im 36. Jahr der Regierungsperiode Ganlu ging unser Salzschiß unter, und wer von uns nicht verbrannte, fand in den Wellen den Tod. Jetzt ist unsere Zeit im Reich der Schatten um, und bald werden wir wieder als Menschen auf der Oberwelt wandeln (wiederverkörperert werden).«

Als die Büttel den Taischan erreicht hatten, sandten sie ihren Anmeldeschein in das Amtsgebäude, und sie hatten Glück, denn die Sache ihrer Gefangenen sollte sogleich verhandelt werden. Im Vorzimmer hörte Jen, wie der die Akten durchstudierende Richter sagte: »Kao Örl Tsang hat lediglich geduldet, daß die beiden anderen das Geld unter sich teilten, hat aber selbst nichts angenommen, sein Vergehen ist nicht allzu schwer. Der Stadtgott mag ihn noch einige Zeit den Kang tragen lassen, und damit ist es genug. Lü Wan Tschang hat sich an den Geldern einer frommen Stiftung vergriffen und damit schwer gefehlt. Er soll nicht nur weiterhin den Kang tragen, sondern sein

Die hebräische Sprache, die seit Jahrhunderten nur noch als Gebetssprache und Gelehrtensprache zu existieren schien, war als solche jedem Juden und namentlich den ostjüdischen Massen vertraut. Sie konnte daher, wie Mathias Acher in seinem Aufsatz über die ostjüdische Literatur in den Sozialistischen Monatsheften 1913 ausführte, zu keinem Zeitpunkt als »tote Sprache« gelten, bildete vielmehr stets einen wesentlichen Bestandteil des jüdischen Daseins. Als Schriftsprache war sie in ständigem Gebrauch. Nun aber wird sie durch einen eigenartigen Willensakt des jüdischen Volkes in Palästina und Osteuropa seit 3 Jahrzehnten auch gesprochen. Und damit ist sie zu einem neuen Leben erwacht, einem blühenden Leben, das ununterbrochen zeugt und alle Ausdrucksmöglichkeiten schafft, die ein in seinem Geistes- und Gemütsleben sehr differenziertes Volk braucht. Gleichzeitig mit dem Wiedererwachen der hebräischen Sprache und ihrer immer feinern Ausbildung ist eine umfangreiche hebräische Literatur entstanden. Ein Verzeichnis der modernen hebräischen Literatur ergibt mehrere Tausende von Bänden, die alle innerhalb der letzten Jahre erschienen sind. Die Produktion hebräischer Bücher ist dauernd im Wachsen. Das Lesebedürfnis ist so außerordentlich stark, daß die Schaffenskraft hebräischer Schriftsteller allein ihm heute nicht genügen kann. Teilweise aus diesem Grund, teilweise aus dem Verlangen nach Verbindung der palästinensischen Siedler mit der europäischen Geisteswelt entsteht eine reiche Übersetzungsliteratur in hebräischer Sprache.

Die übersetzten Werke stammen vorwiegend aus den Gebieten der klassischen Literatur sowie der modernen Belletristik, der Philosophie und der Sozialwissenschaften. Unter den Klassikern finden sich Platon, Marc Aurel, Flavius Josephus; unter den Philosophen Spinoza, Kant, Emerson, Spencer, auch Friedrich Albert Lange, Kuno Fischer und Wilhelm Windelband; unter den Pädagogen, Psychologen und Soziologen Pestalozzi, Freud, Sombart. Selbst der Denker, dessen Sprache an den Übersetzer die höchste Forderung künstlerischer Nachbildungskraft stellt: Nietzsche, ist, zunächst nur mit seinem Zarathustra, vertreten. Von den großen Dichtern der Weltliteratur finden wir da Anakreon und Homer, Shakespeare, Schiller und Heine mit einer ganzen Reihe von Werken. Eine große Rolle in der hebräischen Übersetzungsliteratur spielen der zeitgenössische Roman und das moderne Drama. Die großen Romanciers und Bühnendichter des letzten Jahrhunderts liegen jetzt auch hebräisch vor. Ich nenne in bunter Reihe Balzac, Zola, Ibsen und Lermontow, Dostojewskij, Tolstoj und Gorkij, Gotthelf, Wilde, Jacobsen, Lagerlöf und Maeterlinck, Hamsun, France, Reymont, Shaw, Tagore, Roland, Hauptmann, Schnitzler, Mann, Kellermann, Brod; ebenso Sinclair und Galsworthy und neuerdings auch Remarque.

Eine besondere Stellung in der hebräischen Literatur nimmt die Jugendliteratur ein; vielleicht ist niemals die junge Generation eines Volks mit so sorgfältig ausgewählter Literatur aufgewachsen wie die heute in Palästina heranwachsende Jugend. Von all dem teils banalen und süßlichen teils brutalen Zeug, das man uns (neben echter Jugendliteratur) in unserer Schulzeit vorsetzte, weiß sie nichts. Unter den Hunderten hebräischer Bücher, die ihr zur Lektüre geboten werden, sind nur ganz vereinzelte von geringem Wert. Schon für die Allerkleinsten gibt es Bilderbücher, geschrieben oder übersetzt von den größten hebräischen Schriftstellern und mit vorzüglichen Illustrationen geschmückt. Ein Verlag hat es sich zur besondern Aufgabe gemacht der Jugend das Beste der Jugendliteratur in

guter Ausstattung zu geben. Neben vielen hebräischen Originalerzählungen, die in der jüdischen Geschichte und Überlieferung unbegrenzten Stoff finden, neben Erzählungen aus der Mythologie, Naturgeschichte, Folklore europäischer und orientalischer Völker finden wir die Bücher wieder, die alle Kinder beglücken: Onkel Toms Hütte, Evangeline, Hauffs Kleinen Muck, Grimms, Andersens Märchen, dann Dickens, Jules Verne, Bulwer, Daudet, Hector Malot, de Amicis, auch den Lederstrumpf bis zu den Modernen: Sonnleitners Höhlenkinder, die Dschungelbücher Kiplings, Sven Hedins Reisebücher und vieles, vieles andere, was Kinder verschlingen.

Bei einer Bevölkerung von zirka 100 000 Hebräischsprechenden in Palästina und einigen weiteren Tausenden in Osteuropa und Amerika ist die verhältnismäßig gewaltige Zahl von Büchern nur dadurch zu erklären, daß Kreise, die bei anderen Völkern kaum als Bücherkäufer in Betracht kommen, besonders fast alle jüdischen landwirtschaftlichen und Industriearbeiter, bei den Juden außerordentlich viel lesen. Dieser Leserkreis schafft dem europäischen Geist, der durch die Übersetzung des europäischen Buchs in die orientalische Sprache zu einer merkwürdigen Synthese von Morgen- und Abendland gelangt, in Vorderasien einen Stützpunkt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

Weltwirtschaftskrise Die Weltwirtschaftskrise zeigt als besonderes Merkmal einen außerordentlich scharfen Rückgang des Welthandels, der sich 1930 gegen 1929 um etwa 20% verringert hat. Die gesamte Ausfuhr wird auf 91 Milliarden Mark (vorher 115 Milliarden Mark), die gesamte Einfuhr auf 98 gegen 120 Milliarden beziffert. Das in Deutschland so lange als Vorbild gepriesene Prosperitätsland Amerika steht zurzeit in der Einfuhrverringering mit einem Rückgang von 30% an der Spitze; der Ausfuhrückgang ist jedoch mit 27% fast ebenso groß. Deutschlands Ausfuhrückgang betrug demgegenüber 1930 nur knapp 11%. Vergleichende Betrachtungen des Londoner Economist über den Produktionsrückgang als Gradmesser für die Stärke der Krise in den einzelnen Ländern zeigen ebenfalls, daß Amerika 1930 mit 18,5% Produktionsrückschlag gegen 1929 am schwersten betroffen ist. An 2. Stelle kommt Deutschland mit 15,6%, dann Canada mit 15% Rückgang. In beträchtlichem Abstand folgt England mit 7,6%, während Frankreich 1930 sogar eine gegen 1929 um 1,6% höhere Produktion erzielen konnte. Die Vergleiche lassen aber weiter erkennen, daß die Vereinigten Staaten und England durch die Krise fast den niedrigen Beschäftigungsgrad von 1924 wieder erreicht

haben, während Deutschlands Produktion 25% über dem Stand von 1924 liegt. Eine wesentliche Krisenursache wird allgemein in der völligen Desorganisation des internationalen Kapitalmarkts gesehen, die der Gouverneur der Bank von England Montague Norman durch engere Zusammenarbeit der großen Zentralnotenbanken und die Gründung einer Weltbank beheben will.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf vertritt den Plan der Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse und will mit der Durchführung großer internationaler Arbeiten (Straßen- und Kanalbau) die Arbeitslosigkeit in Europa mildern. Mussolini hat öffentliche Arbeiten projektiert, die 400 000 Arbeitslosen Beschäftigung geben sollen. Da aber Mittel dafür nicht vorhanden sind, und das Haushaltsdefizit Ende 1930 bereits fast 1 Milliarde Lire erreichte, wurde eine 12prozentige Senkung der Gehälter aller Beamten und Angestellten im Staatsdienst verordnet. In der Industrie wird mit Hilfe der Korporationen ein Abbau der Gehälter um 10% und der Löhne um 8% durchgeführt. Also die Beamten stehen in Italien in der Verringerung ihres Einkommens, wie es sich gehört, an der Spitze. Handelspolitisch geht Italien einen ungewöhnlichen Weg, indem es versucht sich durch Quotenabkommen mit seinen Rohstofflieferanten den Absatz bestimmter Kontingente von Fertigwaren Zug um Zug zu sichern.

Der Abschluß des englischen Budgets für 1930-1931 brachte ein Defizit von 560 Millionen Mark, ohne daß das immer noch glückliche England deshalb neue Steuern zu erheben brauchte. Um den Fehlbetrag wird vielmehr die Abtragung der Staatsschuld vermindert, die trotzdem noch verringert werden konnte. Im Staatshaushalt für 1931-1932 sind 45,4 statt 37,2 Millionen Pfund für die Arbeitslosen eingesetzt. Der erhöhte Finanzbedarf (804 statt 776 Millionen Pfund) wird wiederum ohne Steuererhöhungen gedeckt; durch Vorverlegung von Steuerterminen und Minderung eines Anleihehilfsfonds. Erst das Jahr 1933 soll neue Steuern bringen.

Deutschland Verschiedene Industriezweige und Spezialbetriebe Deutschlands weisen eine gewisse Besserung des Beschäftigungsgrads auf, die überwiegend jedoch auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist, daher keineswegs als Konjunktumschwung gedeutet werden kann. Die Textilindustrie hatte davon bisher den größten Nutzen. Ein am Weltmarkt auftauchender größerer Bedarf sorgt wenigstens für die Aufrechterhaltung, teilweise für eine Besserung des bisherigen Auftragsengangs. Kapitalknappheit und die Verkürzung der Hauszinssteuermittel erschweren die Entfaltung des Baugewerbes als wichtigster Schlüsselindustrie, die ihrerseits die Beschäftigung der Eisenwirtschaft heben könnte. Die saisonmäßige Entlastung am Arbeitsmarkt bleibt demzufolge erheblich hinter den gehegten Hoffnungen zurück; Mitte April waren in Deutschland noch 4,6 Millionen Menschen arbeitslos, gegen 2,9 im Vorjahr. Von Februar bis Mitte Mai ist der Arbeitsmarkt zwar um rund 1 Million entlastet worden, nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds waren im April 1931 in der Konjunkturgruppe jedoch noch 25,2% gegen 15,2% im Vorjahr voll arbeitslos. Für die Kurzarbeit stellten sich die Zahlen auf 21,5% gegen 14,3%. In der Konjunkturgruppe ergibt sich gegen den März 1931 im April nur eine Entlastung um 0,6%, so daß von konjunktureller Besserung kaum gesprochen werden kann. Die Gesamtsituation läßt befürchten, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in diesem Jahr über der 4-Millionen-Grenze liegen wird, gegen 3,3 Millionen im Vorjahr. Die Braunkommission weiß angesichts dieser Katastrophe am Arbeitsmarkt keinen andern Ausweg als die von den Gewerkschaften

seit langem geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 Tage oder 40 Stunden; zur Arbeitsbeschaffung empfiehlt sie die Aufnahme langfristiger Auslandskapitalien, ohne allerdings den Weg dazu zu zeigen. Die Auslandshilfe wird um so schwerer zu erlangen sein, als die deutsche Außenpolitik sich angelegen sein ließ durch unverständliche Maßnahmen dem wichtigsten Kapitalgeber, Frankreich, die (an sich vorhandene) Neigung zu einer Kredithilfe zu nehmen. Die Außenhandelsentwicklung, bei der naturgemäß auch die Frühjahrssaison zunächst stärker zum Ausdruck kommt als konjunkturelle Einflüsse, führte im März zu einem Rekordausfuhrüberschuß von über $\frac{1}{4}$ Milliarde Mark, der vornehmlich durch eine beträchtliche Steigerung des Exports bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erzielt wurde. Aus einer zu erhoffenden Belebung der Gesamtwirtschaft müßten jedoch höhere Rohstoffeinfuhrzahlen die Verringerung der Exportüberschüsse ergeben.

Agrarpolitik Kurz bevor sich der Reichstag seine großen Ferien gab, erhielt die Regierung von ihm ein Zollermächtigungsgesetz, das ihr die Befugnis gibt Zollsätze abweichend von den Vorschriften zu regeln. Es handelt sich dabei darum die bisher schon angewandten Gleitzölle für Getreide weiter in Anwendung zu lassen und dieses Zollsystem zugleich auf alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte auszudehnen. Beachtlich ist der Einbau eines Verbraucherschutzes in dieses Zollermächtigungsgesetz. Die Regierung, die grundsätzlich verpflichtet wurde ihre Vollmachten nur »unter sorgfältiger Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen« anzuwenden, darf von ihrer Zollermächtigung nur Gebrauch machen, solange der Brotpreis sich nicht über die durchschnittliche Höhe der letzten 6 Monate vor Inkrafttreten des Gesetzes erhebt. Darüber hinaus ist noch ein ganz allgemeiner Preisschutz für Nahrungsmittel im Zollermächtigungsgesetz vorgesehen. Die Regierung darf nämlich nur Zölle einführen oder erhöhen, solange der Index für Ernährung (ein Bestandteil des Lebenshaltungskostenindex) nicht über 133 steigt. Dieser Ernährungsindex stand im Monatsdurchschnitt Januar 1931 auf 133,5, im Februar auf 131,0, im März auf 129,6, nachdem er vom März 1930 bis März 1931 um rund 11% gesunken war. Steigt dieser Index über 133, und verharrt er

länger als 4 Monate über diesem Stand, so muß ihn die Regierung durch geeignete Maßnahmen und gegebenenfalls durch Zollsenkungen auf oder unter 133 wieder herabdrücken. Die Regierung hat also im Augenblick noch einen Spielraum für Zollerhöhungen, andererseits darf der Konsumentenschutz aber nicht unterschätzt werden: der augenblickliche Indexstand für die Ernährung ist der niedrigste seit der Stabilisierung; abgesehen von einzelnen Monaten des Jahres 1924 ist er stets höher gewesen.

Obwohl dem Kabinett eindeutig zur Pflicht gemacht worden ist die Brotpreise unter dem durchschnittlichen Preisstand der letzten 6 Monate vor Inkrafttreten der Zollermächtigung zu halten, antwortete die Regierung auf die Brotpreiserhöhung der Bäcker nicht sofort mit wirksamen Gegenmaßnahmen; sie ließ sich in Verhandlungen ein, statt sofort gegen die Bäcker und Händler energisch vorzugehen; und von einer Rationalisierung der Getreidewirtschaft, deren Notwendigkeit seit Jahr und Tag hier auseinandergesetzt wurde, ist gar keine Rede (siehe dazu auch den Artikel Cohens, in diesem Band Seite 421 und folgende). Statt ihrer entschloß man sich den Weizen Zoll für gewisse Einfuhrkontingente zunächst bis zum 15. Juni 1931 von 250 auf 200 Mark pro Tonne herabzusetzen, wobei den Vermahlern die moralische Verpflichtung auferlegt wurde die gewährte Zollvergütung den Verbrauchern durch entsprechende Senkung der Mehlpreise zugute kommen zu lassen. Gleichzeitig wurden einige Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht: für Schweine von 27 auf 40 Mark, für Rind-, Schweine- und Hammelfleisch von 45 auf 55, für Speck von 14 auf 20, Schmalz von 6 auf 10 Mark pro Doppelzentner; die Zölle für Linsen, Bohnen, Lupinen, Wicken wurden verdoppelt, der Zoll für Gänse wurde verdreifacht, und der Erbsenzoll wurde von 15 auf 20 Mark pro Doppelzentner erhöht.

Wer gegenüber der Zaghaftheit und Planlosigkeit der deutschen Agrarpolitik sich selber ein Urteil bilden will, sei auf die ausgezeichneten Blätter für Landwirtschaftliche Marktforschung hingewiesen, die von Karl Brandt geleitet werden. Die von den Ministerialräten im Reichsernährungsministerium Alex Walter und Hans Engel bearbeitete Zusammenstellung der wichtigsten landwirtschaftlichen Zölle des Auslands /Berlin, Paul Parey/ ermöglicht den Vergleich der deutschen Agrarzölle mit anderen Ergebnissen des Agrarprotektionismus.

Kreditpolitik Die Geldzentren New York und London haben erneut ihren Diskont gesenkt. In Deutschland hat man die Diskontrate bisher auf ihrer seit 8 Monaten unveränderten Höhe von 5% gehalten; der deutsche Diskontsatz liegt heute 3% über dem Londoner und 3½% über dem New Yorker und hätte diese Höhe schwerlich, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Erregung Europas für das Auslandskapital die Politik des Abwartens ratsam gemacht hätte. Der die österreichische Wirtschaftsnot blitzartig beleuchtende Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, mit deren Schicksal fast ¼ der gesamten österreichischen Industrie steht und fällt, ist symptomatisch für die Gefahren des Krisenherdes Gesamteuropa. Die Diskontsenkungen in New York (am 7. Mai von 2 auf 1½%) und London (am 14. Mai von 3 auf 2½%), denen Amsterdam (2%) folgte, können als wirtschaftsbelebende Momente schwerlich angesprochen werden, sind vielmehr Ausdruck der großen Wirtschaftsnot, der selbst der Kapitalreichtum Amerikas machtlos gegenübersteht.

Während die Kreditbeanspruchung seitens der Wirtschaft keine sonderlichen Merkmale einer saisonmäßigen Belegung zeigt, läßt der Rückgang der Kurse auf 279 im April hoffen, daß die Opfer der Depression geringer werden, obwohl der April allerdings auch ein saisonmäßiges Nachlassen der Insolvenzen regelmäßig mit sich bringt. Die Emissionen zeigen eine, wenn auch noch geringfügige Auflockerung des Kapitalmarkts, insbesondere war das Pfandbriefgeschäft im 1. Quartal 1931 befriedigend. Mit 471 Millionen Pfandbriefabsatz, der fast restlos im Inland erfolgte, wird zwar das außerordentlich günstige Vorjahresergebnis von 574 Millionen nicht wieder erreicht, die Absatzverhältnisse waren aber 1931 trotz der beispiellosen Krise günstiger als 1929 und 1928.

Besondere Bedeutung gewinnt der Versuch auf europäischer Basis günstige Realkreditverhältnisse zu schaffen und die Auslandsmärkte besser nutzbar zu machen. Die am 3. März 1931 errichtete Internationale Bodenkreditbank in Basel, an der 6 europäische Länder durch ihre maßgeblichen Emissionshäuser beteiligt sind, soll bis zum 10fachen ihres 25 Millionen Franken betragenden Aktienkapitals Obligationen ausgeben und den Erlös zum Erwerb von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der beteiligten Banken verwenden. Deutschland erwartet davon

günstigere Absatzmöglichkeiten, was bei dem relativ geringen Kapitalradius der Baseler Bank noch zweifelhaft ist. Daneben läuft noch der Plan von Völkerbunds wegen eine Internationale Agrarbank, insbesondere zur Kreditbeschaffung für die osteuropäischen Agrarstaaten, zu gründen. Eine kontinentaleuropäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist längst notwendig (siehe dazu auch den Artikel Maas, in diesem Band Seite 237 und folgende), und die Initiative Briands ist aufs wärmste zu begrüßen.

Europaarbeit Seit Jahren konzentrieren sich um Völkerbund und Europakomitee die Hoffnungen nach einer Gesundung des durch den Weltkrieg in seinen politischen Grundfesten und seiner Wirtschaftsbasis erschütterten Europas. Seit Jahren sind ebenso regelmäßig alle Verhandlungen gescheitert; sie haben zwar Europas auf die Dauer unhaltbare wirtschaftliche Situation von Tagung zu Tagung eindrucklicher beleuchtet, ohne aber einen einrigen positiven Schritt zur Besserung der Lage gebracht zu haben. Jede Genfer Tagung bestätigte lediglich von neuem die Einsicht, daß das durch den Krieg zerstückelte Europa, insbesondere die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie und die neugeschaffenen Randstaaten der Ostsee, in eine immer hoffnungslosere Lage gerieten, weil die politischen Grenzen keine lebensfähigen Wirtschaftsgebiete umschließen. Immer drohender trat zugleich die Überlegenheit der Großraumwirtschaft Amerikas in Erscheinung, bedrohte ebenso Frankreich und Deutschland wie die anderen Staaten und machte die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik zur Selbstverständlichkeit. Statt geschlossener Aktionen, die Europa zu einer großen tragfähigen Absatzfläche hätten werden lassen können und müssen, besiegte die These vom nationalen Eigenleben der Staaten jede bessere Einsicht. Vor allem aber war es der geflissentlich genährte naturwidrige Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich, der den Zusammenschluß des Kontinents und damit die Rationalisierung seiner Wirtschaft verhinderte. Briands Vorschläge zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, die bestimmt waren den von den Sozialistischen Monatsheften seit Jahrzehnten vertretenen Gedanken des Vereinigten Europäischen Kontinents in das Stadium der politischen Realisierung zu bringen, stießen auf den Widerstand der Mächte, die ein Interesse an der Zersplitterung

Europas haben, und die deutsche Politik ging, trotz manchen guten Anläufen, immer wieder ihre traditionelle, in der Hauptsache von England vorgezeichnete Bahn. So kam es dahin, daß auch der an sich richtige Gedanke regionaler Abkommen sich antieuropäisch auswirkte. Das Projekt einer Realisierung des Zollunionsgedankens zwischen Deutschland und Österreich (zeitlich denkbar ungünstig gewählt und ohne jegliches politische Verständnis und diplomatische Geschick in die Welt gesetzt) zerstörte wichtige Positionen der grundsätzlich notwendigen deutsch-französischen Annäherung und Zusammenarbeit, machte mit der Aufregung Europas und der teilweise erbitterten Abwehr der Gegner dieses Pakts jedoch nicht nur die Verbitterung gegen solche peinliche Überraschungspolitik erkennbar sondern zeigte bei den jüngsten Verhandlungen in Genf zugleich, daß Europa trotz den Auswirkungen der Weltkrise der Verwirklichung europäischer Gesamtwirtschaft noch nicht näher gekommen ist. Es sei in diesem Zusammenhang auf die von Wilhelm Grotkopp herausgegebene Monatsschrift *Europawirtschaft* /Berlin, Walther Rothschild/ aufmerksam gemacht, die im Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus Europas arbeiten will. Sie tut dies freilich nur unvollkommen, und auch in ihrer grundsätzlichen Haltung weicht sie von der Auffassung der Sozialistischen Monatshefte ab. Sie bringt aber neben gut orientierenden Artikeln über alle europäischen Probleme insbesondere authentisches Material über Kongresse, die Völkerbundsverhandlungen usw., die dem Leser meist schwer zugänglich und deshalb hier sehr willkommen sind. In einer Broschüre *Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot* /Berlin, Walther Rothschild/ stellt Grotkopp die deutsch-französische Zollunion als Idealbild für die Gesundung Europas hin; da sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung habe, setzt er sich jedoch für eine südost-mitteleuropäische Zollunion als nächstes Ziel der Verwirklichung ein. Abgesehen davon, daß hier die Schwierigkeiten noch viel größer sind, bedeutet jede Trennung von Frankreich und jede Aktion ohne Frankreich keine Lösung, wohl aber eine Barrikade auf dem Weg zu ihr. Zur Frage der Zollunion Deutschland-Österreich trug Adolf Günther in einer Schrift *Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich* /Berlin, Junker & Dünhaupt/ wertvolles Material zusammen.

Die Zuspitzung der deutsch-französischen Beziehungen macht die Kenntnis der deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnissen der Nachkriegszeit besonders wichtig. Erich Dittrich ging daran sie unter Benutzung amtlichen Materials aus dem Reichswirtschaftsministerium eingehend darzustellen. Sein Buch, das bei Walter de Gruyter & Co. in Berlin herauskam und eine willkommene Bibliographie der einschlägigen Literatur bringt, wird der mit Nutzen lesen, der selber eine klare Orientierung in diesen Dingen hat, daher die offizielle Auffassung durch Kritik korrigieren und durch Vergleichung mit andern Material ergänzen kann.

Informationsmittel Die Bank für Deutsche Industrieobligationen hat in einer Schrift *Zahlen aus Deutschlands Wirtschaft* /Berlin, Reimar Hobbing/ dankenswerterweise das bei ihr gesammelte statistische Material über die Aufbringung der Industriebelastung 1926, 1928 und 1929 veröffentlicht. Sie gewährt dadurch Einblick in strukturelle Zusammenhänge der deutschen Wirtschaft, die bisher nicht zu erreichen waren. Den Volkswirtschaftler interessieren besonders die Angaben über Rechtsformen, Vermögensgruppen und die Gliederung der einzelnen Wirtschaftsgebiete. Das mit rund 400 statistischen Tabellen und 175 Schaubildern ausgestattete Nachschlagewerk bringt das Verständnis erleichternde textliche Erläuterungen.

Kurze Chronik Die im April veröffentlichte französische Zollstatistik bietet interessante Details über die Handelsbeziehungen zwischen *Frankreich und Deutschland*. Seit Beginn dieses Jahres ist Deutschland an die 1. Stelle der französischen Einfuhrländer gerückt; früher hatten sie die Vereinigten Staaten von Amerika inne. Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich fiel nur von 1,28 Milliarden Francs auf 1,07 in den beiden ersten Monaten dieses Jahres, während die der Vereinigten Staaten von 1,29 auf 0,95, die Englands sogar von 1,03 auf 0,71 Milliarden sank. Viel stärker ist freilich die französische Ausfuhr nach Deutschland zurückgegangen, nämlich von 742 Millionen Francs im Vorjahr auf 495 in diesem Jahr, während die französische Ausfuhr nach England nur von 1,2 Milliarden auf 812 Millionen fiel, England somit noch immer der beste Kunde Frankreichs ist. <> Nach einer kürzlich veröffentlichten amtlichen Statistik betrug das nationale Vermögen der *Vereinigten Staaten von Ame-*

rika im Jahr 1929 361,8 und das nationale Einkommen 84 Milliarden Dollars, was einem Vermögen von 2977 Dollars und einem Einkommen von 692 Dollars pro Kopf entspricht. Diese Zahlen sind gegen 1914 um 32% gestiegen. Der Staat Nevada steht mit 6318 Dollars pro Kopf an 1., der Staat Mississippi an letzter Stelle. New York nimmt erst die 21. Stelle ein; mit einem Einkommen von 3276 Dollars pro Kopf hält es sich trotzdem noch erheblich über dem Durchschnitt. <> Das Krisenjahr 1930 ist für das *Versicherungsgewerbe* Deutschlands zum Rekordjahr des schlechtesten Geschäftsgangs seit 1924 geworden. Die Auswirkungen der Einkommensschmälerung haben insbesondere eine Rekordhöhe der rückgängig gemachten Versicherungsabschlüsse gebracht. In 36 privaten Versicherungsgesellschaften betrug der Zugang an Lebensversicherungen 1930 nur rund 2,4 Milliarden, gegen 2,8 im Jahr 1929 und 2,9 im Jahr 1928. Die vorzeitigen Abgänge, die die finanzielle Notlage der Versicherten charakterisieren, und die im Krisenjahr 1926 36,6% der Zugänge ausmachten, erreichten 1930 die Rekordhöhe von 40% des Zugangs oder rund 1 Milliarde. Die verbleibende Bestandszunahme von nur 1,4 Milliarden zeigt die stärkste Verlangsamung des Wachstums seit der Stabilisierung. Daraus erklären sich mit die vielen Zusammenbrüche von Versicherungsgesellschaften in letzter Zeit. <> Die Bewegung der *Spareinlagen*, die im März 1931 die 11-Milliarden-Grenze überschritten haben, zeigt ganz ähnliche Krisenmerkmale. Wenn man Aufwertungs- und Zinsgutschriften (die mit der Höhe der Spareinlagen naturgemäß immer größer werden) unberücksichtigt läßt, zeigt sich, daß in den 7 Monaten von Januar bis Juli 1930 die Spareinlagen um 651 Millionen oder um 93 Millionen monatlich gewachsen sind. In den folgenden 8 Monaten bis zum März 1931 ging der Zuwachs auf 61 Millionen monatlich und 420 Millionen insgesamt zurück. Die Bewegung über Einzahlungen und Rückzahlungen zeigt dabei, daß immer größere Kreise durch die wirtschaftliche Not zur Heranziehung ihrer Sparpfennige genötigt werden. Die Entnahmen aus den Sparkassen sind von 4,2 Milliarden 1928 und 5,3 Milliarden 1929 auf 6 Milliarden im Jahr 1930 angestiegen, so daß der Einzahlungsüberschuß sich von 1,4 Milliarden 1929 auf 879 Millionen 1930 verringert hat. <> Am 21. April wurde *Montague Norman* einstimmig zum Gouverneur der Bank von England wiedergewählt.

Nationale Bewegung / Markus Joffe

Laskhischwili † Am 15. März starb in Tiflis, in seinem 66. Lebensjahr, der Gründer und ständige Vorsitzende der Sozialistisch-Föderalistischen Partei Georgiens Giorgi Laskhischwili, ein verdienstvoller Revolutionär. Schon als Student der Odessaer Universität wurde er durch den Zarismus wegen der Teilnahme an der revolutionären Bewegung nach Sibirien verschickt, wo er mehrere Jahre verbrachte. Er kehrte 1893 nach Georgien zurück und widmete sich der politisch-journalistischen Tätigkeit, in der er demokratische Ideen verfocht. 1903 gründete Laskhischwili nebst seinem hochbegabten jungen Freund Artschil Dschordschadse (der 1913 starb) die oben genannte Partei, an deren Spitze er bis zu seinem Tod stand. Die demokratisch-sozialistisch und zugleich stark national gerichtete Partei der Sozialisten-Föderalisten war im Verhältnis zur georgischen Sozialdemokratie zahlenmäßig klein, erfreute sich aber eines besonders starken Anhangs in den Reihen der georgischen Intellektuellen. Sie teilte im allgemeinen die Grundanschauungen der russischen Sozialrevolutionäre, lehnte den orthodoxen "Marxismus" ab, näherte sich jedoch dem Revisionismus nach Art eines Jaurès und kämpfte vor allem für die Dezentralisierung Rußlands und die territorial-politische Autonomie Georgiens. Sie stand mitunter in scharfem Gegensatz zur georgischen Sozialdemokratie, die in jenen Zeiten die nationale Frage wohl allzu sehr zurückstellte. Als Führer dieser Partei wurde Laskhischwili 1910 wieder nach Rußland verschickt, woher er 1913 zurückkehrte. Als 1918 die Unabhängigkeit Georgiens proklamiert worden war, wurde er dort Kultusminister. Nach der russisch-bolschewistischen Okkupation Georgiens blieb er in Tiflis. Schon alt, krank und fast vollkommen blind, wurde er trotzdem von dem ständigen Haß der Bolschewisten verfolgt, die ihn mehrfach verhaften und einkerkern ließen. Auch 1924, während des Aufstands in Georgien, wurde er verhaftet, und er wäre neben Tausenden anderer sicherlich auch hingerichtet worden, wenn ihn nicht seine Frau durch ihren Selbstmord (sie glaubte, daß er erschossen sei) gerettet hätte. Diese Tragödie, vor allem aber die Tragödie seines Heimatlands und die endlosen Schikanen der Feinde haben das Leben dieses hochverdienten Revolutionärs und nationalen Politikers verkürzt. Er starb in Einsamkeit, fern von seinen Freunden.

Indien

Am 5. September soll die Round-Table-Konferenz, die am 19. Januar ihre fruchtlose Tätigkeit eingestellt hatte, in London wiederzusammentreten, wobei zunächst der Ausschuß für Bundesstaatliche Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Lordkanzlers John Lord Sankey seine Arbeiten wiederaufnehmen wird. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß für Großbritannien die 1. Round-Table-Konferenz schon vor Beginn völlig wertlos gewesen ist: seit dem Tag, an dem die Verhandlungen zwischen Lord Irwin und Gandhi über die Teilnahme der Kongreßpartei an den Londoner Beratungen endgültig gescheitert waren. Die Abwesenheit Gandhis machte aus der geplanten und erhofften Round-Table-Konferenz, an der die gesamte indische Öffentlichkeit vertreten sein sollte, eine Art von Rumpfkonzferenz, deren Beschlüsse (und mochten sie für das Mutterland noch so günstig ausgefallen sein) für die indische Wirklichkeit völlig gleichgültig bleiben mußten. Denn, solange die Verbindlichkeit dieser Beschlüsse nicht auch von der Kongreßpartei anerkannt wird, und der Prozeß des zivilen Ungehorsams weitergeht, die Stellung Englands immer tiefer unterwühlend, bleiben alle Konferenzergebnisse fiktiv. Trotzdem wurden die Konferenztagungen aufgenommen und 2 Monate lang fortgeführt, damit der Schein gewahrt bleibt, England könne auch in Abwesenheit der Kongreßpartei über die Geschicke Indiens bestimmen. Mehr als diesen Schein zu wahren brauchte die Konferenz aber nicht fertig. Hier hatte Gandhi durch sein Fernbleiben, also durch non-cooperation, einen beispiellosen Sieg errungen; eindeutig und aller Welt sichtbar wurde dadurch bewiesen, daß das Wort des großen Führers auch für England durch nichts aufgewogen werden kann, auch nicht durch den Chor der Fürsten. Selbst wenn man annimmt, daß es das Hindu-Moslem-Problem gewesen ist, das zu einem Mißerfolg der 1. Round-Table-Konferenz geführt hat, darf man die Annahme wagen, daß die Anwesenheit Gandhis eine der wichtigsten Voraussetzungen zur friedlichen Lösung des Konflikts der beiden religiösen Gemeinden gewesen wäre, vorausgesetzt, daß religiöser Fanatismus durch Freundschaftsverträge niemals abzuschaffen oder auch nur einzudämmen ist. Auch in den letzten Monaten gab es in Indien neben den politischen Reibereien zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen Moslems und Hindus.

Die Unterhandlungen zwischen dem Vizekönig Edward Frederick Lindley Wood Lord Irwin und Gandhi wurden parallel zu den Tagungen der Round-Table-Konferenz fortgesetzt und führten zu einer Abmachung, die wieder einen bedeutenden politischen Sieg der indischen Führung darstellt. Die Salzgewinnung wurde von der britischen Verwaltung freigegeben, und der Boykott der englischen Waren, wenn er sich »ökonomisch«, nicht »politisch« äußere, gestattet. Der einzige Erfolg, den England zu buchen hat, war die Teilnahme Gandhis an der 2. Round-Table-Konferenz, zu der er von der Kongreßpartei während ihrer Tagung in Karatschi am 25. März ermächtigt wurde. Auf dem Weg nach Karatschi ereignete sich ein Zwischenfall, der für Gandhi günstige Folgen haben sollte: Er wurde von der extrem nationalen Jugend tätlich angegriffen, weil er Bhagat Singh, der wegen Ermordung zweier Polizisten hingerichtet wurde, nicht hatte retten können. Die Kunde von der Beleidigung, die dem Mahatma zugefügt worden ist, erreichte Karatschi und veranlaßte die Kongreßteilnehmer zu einer Sympathiekundgebung, der sich selbst die radikaleren Elemente der Versammlung nicht fernzuhalten vermochten, die mit der Absicht gekommen waren gegen den Gandhi-Irwin-Pakt zu stimmen, für eine Verschärfung der Methoden des nationalen Kampfs einzutreten, ja selbst zu einer Spaltung der Kongreßpartei entschlossen waren. Die günstige Stimmung, die Gandhi bei seinem Eintreffen vorfand, erleichterte ihm bedeutend seinen Stand dem extremen Flügel gegenüber, den er durch sein kluges politisches Verhalten mit seiner Taktik auszusöhnen vermochte und zur Ratifizierung des Pakts mit Lord Irwin zu bewegen verstanden hat.

Ägypten Welche Ergebnisse die von der Wafdpartei und den Liberalen boykottierten Wahlen auch zeitigen mögen, das eine steht fest: ein Parlament, das unter Anwendung von so viel Gewalt zur Welt gekommen ist, und dem die Polizei Pate gestanden hat, kann nicht von Dauer sein. Nicht nur das ägyptische Volk selbst wird von diesen seinen unberufenen Vertretern mit Entrüstung abrücken, sondern auch England kann kaum ein politisches Interesse daran haben eine Körperschaft zu unterstützen, die auch nicht ein Minimum an Sympathie im ägyptischen Volk besitzt. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die britische Kolonialpolitik

neue Wege gehe und die alten Methoden des Zwangs und der starken Hand endgültig verworfen habe. Man wird gut tun die Kunde von dieser Bekehrung zu sanfter und frommer Lebensweise mit etwas Skepsis entgegenzunehmen. Eine gewisse Wandlung in der britischen Imperialpolitik ist freilich nicht zu verkennen, und die taktische Umstellung des Colonial Office tritt in den ägyptischen Angelegenheiten ebenso deutlich hervor wie in den indischen.

Wie sich der indische Vizekönig alle Mühe gegeben hatte, um Gandhi zur Teilnahme an der Round-Table-Konferenz zu bewegen, um die Gültigkeit der Verträge für das gesamte indische Volk erreichen zu können und keine kräftige Opposition bestehen zu lassen, die, in eine Kampfposition gedrängt, zu einem dauernden Anlaß von Unruhen werden würde, so zeigten sich die britischen Politiker bestrebt den Führer der Wafdpartei Mustapha Nahas zu einem Vertrag zu bewegen. Aber die Verhandlungen in London, wohin sich Nahas begeben hatte, scheiterten an der Sudanfrage und wurden bis auf weiteres aufgegeben. In Kairo provoziert der Wafdführer durch den Vorschlag eines Gesetzes zum Schutz der Konstitution von 1923, das der König zurückweist, einen Rücktritt der Regierung. Der König Fuad nutzt die Gelegenheit, um die Prärogativen wiederzuerlangen, um die ihn die Konstitution von 1923 gebracht hatte, und beauftragt Ismail Sidky ein neues Wahlgesetz zu entwerfen, das von den Liberalen und von der Wafdpartei ebenso wie die neue Konstitution abgelehnt wird und beide Parteien zur Erklärung eines Wahlboykotts veranlaßt. Die Führer beider oppositionellen Parteien werden an ihren Propagandareisen gewaltsam verhindert, es kommt zu Zusammenstößen zwischen der wafdfreundlich gesinnten Menge und den Polizisten, und die Wahlen verlaufen im Zeichen des blutigen Bajonetts. Da die Wähler eine gewisse Saumseligkeit an den Tag legten und von ihrem "Recht" keinen Gebrauch machen zu wollen schienen, sah sich die Regierung, Berichten aus Kairo zufolge, veranlaßt eine regelrechte Wählerjagd durchzuführen. Nichts Böses ahnende Bürger wurden von Polizeistreifen wie herrenlose Hunde auf offener Straße eingefangen und zu den Urnen eskortiert, wo sie so lange in Gewahrsam gehalten wurden, bis sie ihrer "Bürgerpflicht" Genüge getan hatten. (Sehr plastisch schilderte Wolfgang von Weisl in der Vossischen Zeitung vom 3. Juni 1931 die Art, »wie Ägypten wählte«.)

Die Situation ist für Großbritannien unhaltbar. Das neue Wahlgesetz konnte keinen neuen Tatbestand schaffen. Die Wahlen von 1923 und 1925 sowie die Volksabstimmung von 1929 hatten zur Genüge bewiesen, daß die Wafdpartei die Mehrheit des Volks hinter sich hat. Hugh Dalton hatte im Namen der Labourregierung die strenge Neutralität Englands in dem ägyptischen Parteienkampf erklärt und so den gleichen Standpunkt eingenommen wie Sir Austen Chamberlain 1924. Die Ereignisse kurz vor und während der Wahlen haben diese neutralen Beteuerungen Lügen gestraft. Um den "Dünkel" der Wafdpartei zu dämpfen, mußten die Wahlen um jeden Preis zustande kommen, und hätten sie selbst den gleichen fiktiven Wert wie die 1. Round-Table-Konferenz. Denn einen Vertrag mit Ägypten abzuschließen, worauf es jetzt Großbritannien vor allem ankommt, wird das neue Parlament nicht geeignet sein; nachdem die Opposition draußen geblieben ist, könnte ein Vertrag keine Garantie für die Zukunft bieten.

Juden und Araber

Ein sehr interessantes Dokument brachte im März die in Jerusalem in arabischer Sprache erscheinende jüdische Zeitung *Al Salaam*, die von Nissim Maloul redigiert wird. 10 hervorragende mohammedanische und christliche Araber veröffentlichten einen Aufruf für eine Ansiedlung jüdischer Kaufleute und jüdischer Familien in der Stadt Nazareth. Nazareth sei durch die ausbeuterischen Methoden der dortigen arabischen Geldverleiher und Kaufleute dem Ruin preisgegeben. Die Kaufmannschaft bilde dort eine Art Trust, häufe Waren an, die sie von jüdischen Kaufleuten kaufe, und verkaufe sie mit enormem Aufschlag weiter an ihre arabische Kundschaft; die Geldverleiher forderten mindestens 100% und ruinierten so ihre Schuldner. Fremde würden ferngehalten, und so die Mieten künstlich gesenkt. Alle diese Ausbeuter gehörten zu den »bekannten Nationalisten«. Da die Behörden niemals Versuche zur Abhilfe gemacht hätten, würden die Unterzeichner nicht eher ruhen, bis sie ihr Ziel: die Ansiedlung von Juden in Nazareth, erreicht hätten und damit die einzige Möglichkeit die Stadt zu retten. Diese Mitteilung bestätigt die Ansicht, daß es sich bei dem Kampf zwischen Arabern und Juden in Palästina nicht um einen elementaren Ausbruch nationaler Gegensätze handelt sondern um Akte einer von interessierter Seite hervorgerufenen und genährten Feindschaft.

Informationsmittel

Vom Handbuch der Schleswigschen Frage, herausgegeben von Karl Alnor in Verbindung mit Volquart Pauls und Carl Petersen /Neumünster, Karl Wachholtz/ begann der 3. Band zu erscheinen, der Die Teilung Schleswigs 1918 bis 1920 betitelt ist. Die vorliegenden ersten Lieferungen schildern die Entwicklung der *Schleswigschen Frage* von der Novemberumwälzung des Jahres 1918 bis zur Einsetzung der Provisorischen Provinzialregierung. Auf das Werk, das eine Deutschland sehr angehende Teilfrage behandelt, sei hier hingewiesen. Ein reichhaltiges, klar gegliedertes und besonders aufschlußreiches Werk über *China* bietet Manabendra Nath Roy in seinem von Paul Frölich übersetzten Buch *Revolution und Konterrevolution in China* /Berlin, Soziologische Verlagsanstalt/. Kein anderes Buch ist in dem Maß geeignet einen tiefen Einblick in das Werden des chinesischen Staats und in den gegenwärtigen Stand des politischen Kraftfelds zu gewähren wie die vorliegende Arbeit, die einem kritischen Leser ein Material von hohem Wert liefert.

Kurze Chronik Auf Antrag Deutschlands wurde in Genf die Debatte über *Oberschlesien* auf die nächste Konferenz des Völkerbundsrats vertagt; der deutsche Außenminister begründete dies damit, daß ihm der polnische Bericht erst im Lauf der Tagung zugestellt worden sei, er ihn daher noch nicht genügend hätte prüfen können. ◊ Bei den Wahlen zur Provisorischen Gesetzgebenden Versammlung *Cataloniens* errangen die vom Präsidenten Macia geführten Linksrepublikaner die absolute Mehrheit. ◊ Der kroatische Abgeordnete Kruewitsch überreichte dem Völkerbund eine Denkschrift, die die Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in *Kroatien* verlangt. ◊ In das lettländische Staatsbudget wurde eine Summe von über 200 000 Mark für das *jüdische Schulwesen in Lettland* eingesetzt. ◊ Am 29. Mai wurde in der Internationalen Kolonialausstellung in Paris der Pavillon *Palästinas* eröffnet (beiläufig der einzige aus dem Gebiet des Britischen Imperiums, das sich im übrigen, angeblich wegen der zu hohen Kosten, an der Ausstellung nicht beteiligt hat). Der Senator Justin Godart wies darauf hin, daß Frankreich es gewesen war, das von allen Mächten zuerst eine offizielle Erklärung für die Errichtung eines Jüdischen Nationalheims in Palästina abgegeben hat. Es spra-

chen ferner dort der Kolonialminister Paul Reynaud und der Organisator des französischen Kolonialreichs, der Marschall Louis Lyautey. Auch andere Vertreter der französischen Öffentlichkeit beteiligten sich an der Eröffnung, und aus dem Ganzen ging die lebhafteste Sympathie Frankreichs für das zionistische Aufbauwerk hervor. Die revisionistische Jugend entfaltete die blau-weiße jüdische Fahne. ◊ Nach der Bevölkerungszählung in *Britisch Indien* im Jahr 1930 ist die Zahl der Inder seit der letzten Zählung im Jahr 1921, also in 9 Jahren, von 319 auf fast 352 Millionen, das heißt um 33 Millionen oder 10,3 %, gestiegen.

Literatur

Einen gründlichen Versuch die Möglichkeit einer Föderalverfassung für Großindien zu untersuchen, die Voraussetzungen zu prüfen und ein umfassendes Schema der Verfassung zu entwerfen, stellt das Buch *K. N. Haksars und K. M. Panikkars Federal India* /London, Martin Hopkinson/ dar. Beide Autoren nehmen an der Round-Table-Konferenz teil und spielen in Indien selbst eine gewisse politische Rolle. ◊ Einen Beitrag zur Psychopathologie des Judentums liefert *Theodor Lessings* Buch *Der jüdische Selbsthaß* /Berlin, Jüdischer Verlag/: 6 Lebensgeschichten, die ebenso viele Rätsel sind, und ihre Deutung. Man wird diese Analyse des Autors, der stets interessiert, auch wo er zum Widerspruch herausfordert, noch gesondert betrachten und in weiterem Zusammenhang behandeln müssen. ◊ In seinen Gedanken über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Juden füllt *Jacob Kaplan* alten Wein in neue Schläuche /Riga, Selbstverlag/. ◊ Das in jedem Betracht irreführende Buch *Henri Barbusses* über Georgien (mit dessen Abfassung der große Autor des ersten, noch während des Weltkriegs veröffentlichten und das europäische Gewissen aufrüttelnden Kriegsbuchs eine schlechte Tat begangen hat) wird von einem angesehenen Mitglied der georgischen Sozialdemokratie, *D. Charachidse*, in einem Buch *H. Barbusse, les Soviets et la Géorgie* /Paris, Editions Pascal/ gründlich widerlegt. Die Bolschewisierung Georgiens wird als ein kriegerischer Gewaltakt, als ein Verbrechen am georgischen Volk nachgewiesen. Man möchte wünschen, daß die europäischen Intellektuellen sich etwas mehr mit der Georgischen Frage beschäftigen wollten, weil die Lage in Georgien auch über das Wesen des bolschewistischen Systems wertvolle Aufschlüsse gibt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Dialektik Eine der wesentlichsten Fragen der gegenwärtigen philosophischen Diskussion ist die nach dem dialektischen Charakter der Philosophie, und ob es verschiedene Arten der Dialektik gebe. Es ist erstaunlich, von wie vielen verschiedenen Ausgangspunkten heute die Philosophen zur Forderung einer dialektischen Philosophie kommen. So zersplittert heute auch die philosophische Gesamthaltung ist, es besteht doch eine merkwürdige Einheitlichkeit in den letzten Tendenzen, die herauszuarbeiten ein Verdienst ist; denn nur so wird sich die Philosophie ihres Sinns, den sie in dieser Zeit hat, ganz bewußt. Daß die Philosophie dialektisch sein müsse, weil die Struktur des Denkens so beschaffen ist: diese Forderung ist sicherlich von der in der Philosophie zum Bewußtsein ihrer selbst gebrachten geistigen Struktur der Gegenwart beeinflusst. Aber es muß doch darüber hinaus im Wesen der Philosophie eine Tendenz zur Dialektik geben, die immer dann deutlich wird, wenn man sich auf die letzten Voraussetzungen alles Philosophierens besinnt. Nun ist es heute nicht leicht anzugeben, was Dialektik eigentlich ist; denn ganz ersichtlich muß man mehrere Arten unterscheiden. Es gibt nicht nur mehrere dialektische Methoden sondern auch eine Mannigfaltigkeit von Motiven, die zum dialektischen Denken führen. Dies hat zuerst, 1924, ganz deutlich *Jonas Cohn* in seiner Theorie der Dialektik /Leipzig, Felix Meiner/ gezeigt. Die Hegelsche Dialektik, an die man immer zuerst denkt, ist nur eine spezielle Form nicht nur der Dialektik überhaupt sondern der spekulativen. In der Zeit des klassischen Idealismus sind verschiedene Formen spekulativer Dialektik von Fichte, Hegel und Schleiermacher ausgebildet worden. In der Gegenwart haben wir neben verschiedenen Formen der spekulativen Dialektik, von denen als die vielleicht bedeutendste die von dem Dresdener Philosophen *Kroner* entwickelte genannt sein soll, die Ausbildung einer kritischen Dialektik, die von dem Breslauer Soziologen *Marck* vorgenommen wird. Das Buch *Richard Kroners* *Die Selbstverwirklichung des Geistes* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ will eine Kulturphilosophie geben, indem es eine Synthese der modernen Sinnphilosophie und des absoluten Idealismus Hegels zu schaffen sucht. Das Bewußtsein ist der Sinn; es

ist der mit dem Sein verbundene Sinn. Daher ist es nicht mit dem individuellen Ich gleichbedeutend, sondern es ist Bewußtsein überhaupt, metaphysisches Subjekt, sinnschaffend und sinnerfassend zugleich. Damit hängt auch zusammen, daß der Verstand zugleich Sinnlichkeit ist. Da das Bewußtsein aber nicht reiner Sinn sondern als dessen Gegensatz auch Sein ist, so besteht in ihm eine Entzweiung, die es überwinden muß. Dies geschieht durch »Be-sinnung«, was zugleich eine Selbstversöhnung und Selbstverwirklichung ist, indem sich die Sinnhaftigkeit aus dem Sein wiederherstellt. Es ist echter absoluter Idealismus, wenn die Verwirklichung des Bewußtseins als ein Sichselbstbegreifen bestimmt wird. Die Stufen der Sinnwirklichkeit stellen sich als Stufen auf dem Weg des Sichselbstbegriffens dar. Das Ziel ist das völlig seiner selbst bewußte Bewußtsein. Der dialektische Entwicklungsprozeß geschieht nun in der Weise, daß der »dem Ganzen innewohnende Sinn« entfaltet werden muß. Ausgang ist der »metaphysische Grundbegriff« des Bewußtseins. Seine Spaltung, die dem Verhältnis Inhalt und Form entspricht, führt zu dem Ich- und dem Gegenstandsbewußtsein, dem praktischen und dem theoretischen Bewußtsein. Hier ist das Bewußtsein in der Form des Ichs, in der es nicht zur absoluten Selbstverwirklichung kommt. Daher tritt die Entwicklung in die Zone des Kulturbewußtseins, wo eine wirkliche Vermittlung der Gegensätze möglich ist. Das Kulturwerk ist eine Objektivierung des Bewußtseins, weshalb hier Gegenstand und Bewußtsein völlig eins geworden sind. Aber auch hier tritt die Spaltung in Ich- und Gegenstandsbewußtsein auf, und so entwickeln sich 2 Reihen von Kulturgebieten, die den einzelnen Stufen des Kulturbewußtseins angehören; dem vitalen oder zwecksetzenden, dem rationalen oder unterwerfenden, dem intuitiven oder verschmelzenden und dem reflektierenden oder vermittelnden. In der 1. Stufe sind Wirtschaft und Technik (jene dem Ich-, diese dem Gegenstandsbewußtsein angehörig), der 2. gehören Staat und Wissenschaft an, der 3. Religion und Kunst, der 4. Philosophie und Historie. Die Entwicklung von einer Stufe zur andern wird überall in ihrer dialektischen Notwendigkeit aufgewiesen. Aber gegenüber der Hegelschen Dialektik bestehen doch trotz weitgehenden Ähnlichkeiten fundamentale Verschiedenheiten. Die Philosophie ist nicht etwa die sich selbst erfassende absolute Idee, weshalb sie bei Kroner auch nicht zur

Geschichte ihrer selbst wird und auch nicht die einzelnen Kulturgebiete zur Vollendung bringen kann. Und während bei Hegel der dialektische Prozeß in der Philosophie zur Ruhe kommt, bleibt bei Kroner innerhalb der Philosophie ein unversöhnter Widerspruch. Die Rechtfertigung dieser unaufgehobenen Widersprüche geschieht durch die Idee der Heutologie, indem sie dem Kriterium der formalen Widerspruchslosigkeit, das ja in sich selbst widerspruchsvoll ist, gegenübergestellt werden. Die Widersprüche dürfen nach Kroner nicht absolut aufgehoben werden, wie es bei Hegel geschieht; denn der Geist ist seiner Totalität nach nicht reflexiv. Dies hat zur Folge, daß die Historie und die geschichtliche Welt 2 verschiedene Größen sind. Und es bleibt ein Rest, der dialektisch nicht bezwingbar ist: das Irrationale. Dieses stellt sich in der Weise dar, daß das subjektive Bewußtsein immer über die objektive Sinnwirklichkeit hinausstrebt; hierdurch wird sich das Bewußtsein seines ewigen Werdens und seiner ewigen Ungewordenheit bewußt. Damit aber hebt sich die Philosophie selbst auf, das »in der Kultur verwirklichte Selbstbewußtsein taucht zurück in den Strom, aus dem es sich ewig erhebt«. Damit stehen am Ende doch wieder die unmittelbaren Kräfte des Lebens.

Die bedeutende Leistung dieser Kulturphilosophie besteht vor allem darin, daß wir hier zwar eine metaphysische Konzeption des dialektischen Prinzips haben, was sich überall beim Ausbau des Systems auswirkt, daß aber andererseits die kritische Grundeinsicht von der Autonomie der einzelnen Kulturgebiete festgehalten wird. Damit wird die Gedankenwelt des spekulativen Idealismus in einer ganz eigenartigen Form dem Denken der Gegenwart neu gewonnen.

Einen andern Weg die Dialektik für die gegenwärtige Philosophie neu zu begründen und vor allem diese Begründung auf die letzten Intentionen des gegenwärtigen Philosophierens, wie sie sich überall zeigen, zu stützen, schlägt *Siegfried Marck* in seinem Buch *Die Dialektik in der Philosophie der Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ein. Er will an die Stelle der spekulativen eine kritische Dialektik setzen. Der spekulativen Dialektik Hegels wirft er die Unvollziehbarkeit des beständig sich Ineinanderschlingens des Vermittelten und des Unmittelbaren, des Anfangs und des Endes und der Glieder des Prozesses vor. Er fordert vor allem eine kritische Lehre von der Dialektik, eine »Dialektologie«. Ihr Hauptergebnis

wird sein, daß eine dialektische Philosophie den für das Hegelsche System charakteristischen Fehler vermeiden müsse, nämlich in einem einzigen gedanklichen Prozeß alle Motive und Tendenzen des dialektischen Denkens zu vereinigen. Damit fällt vieles fort. Es bleiben als wertvolle Errungenschaften des Hegelschen Philosophierens die Dialektik des Selbstbewußtseins und des Erkenntnisprozesses und die bedeutungsvolle Einsicht, daß in allem Ganzheitsdenken ein dialektisches Motiv enthalten ist. Den Wert einer dialektischen Philosophie sieht Marck vor allem darin, daß nur durch sie eine Lehre vom Bewußtsein möglich wird, die alle Gegensätze, die bisher auf diesem Problemgebiet aufgetreten sind, umgreifen kann. Im Mittelpunkt dieser Bewußtseinsphilosophie steht das Problem des Gegebenen, in dem sich kritische Philosophie durch die Fragestellung und Dialektik durch den Aufweis der Gegensätze, die im Gegebenen liegen, vereinigen. Hier wird von besonderer Bedeutung die kritische Denkpsychologie, die erwiesen hat, daß »die Gegebenheit durch die Invarianten des Erlebens« bestimmt wird. Marck folgt hier Anregungen Richard Höningswalds, denen er aber ganz neue Seiten abzugewinnen weiß. Im dialektischen Prozeß des Erkennens entlattet sich die korrelative Einheit des Gegenstands überhaupt und des "Ich denke", aber mit einer zeitlichen Komponente versehen, so daß man sagen kann, daß der dialektische Prozeß zugleich zeitlich wie auch zeitlos ist. Durch die erstgenannte Bestimmung wird dieser Dialektik der metaphysisch-absolute Charakter genommen, und sie wird auf »unser Denken« beschränkt. Damit wird die Dialektik in eine kritische Theorie der Erkenntnis eingebaut. Mit einer bisher nicht gekannten Sicherheit wird in dem kritischen Prinzip der Ansatzpunkt zur Dialektik gezeigt, und dies ist für die Erkenntnis des Kritizismus von Wert.

Weltanschauung Untersuchungen unter dem Titel *Auf Hiobs Wage legt Leo Schestow* vor /Berlin, Lambert Schneider/. Es sind erkenntnistheoretische, metaphysische und ontologische Probleme, die der Verfasser mit jener großen spekulativen Kraft behandelt, die ihm eigen ist. Mit der Vernunft die Vernunft aufzuheben: das ist auch hier sein Vorhaben, und hinter dem Vordergrund, der von ihr eingenommen wird, eine neue leuchtende Welt des Seins aufblühen zu lassen: das ist die Absicht dieser schönen Betrachtungen.

Neukantische Aufgaben umreißt *Kurt Sternberg* in einer kleinen, sehr gehaltvollen Untersuchung /Berlin, Panverlagsgesellschaft/. Man kennt den Verfasser als scharfsinnigen Vertreter des Marburger Neukantianismus, und man ist deshalb besonders interessiert, wie sich ein Vertreter dieser einst so bedeutungsvollen und einflußreichen Schule mit den neuesten Strömungen in der Philosophie auseinandersetzt. Wenn man vielleicht glaubte, der Neukantianismus sei tot, so erlebt man die Überraschung, daß er noch sehr lebendig ist. Sternberg kann in eindrucksvollen Darlegungen den Nachweis führen, daß der Neukantianismus allen Problemen, die in dem Denken unserer Zeit eine Rolle spielen, gewachsen ist, wenn man ihn nur weit genug faßt. Der Kölner Philosophieprofessor *Helmuth Pleßner* ließ eine Studie *Macht und menschliche Natur* erscheinen /Berlin, Junker & Dünhaupt/. Es ist ein Beitrag zur Politischen Anthropologie, die dem Diltheyschen Problem vom Wesen der geschichtlichen Weltansicht von einer neuen Seite beizukommen sucht, indem die Politik in ihrer menschlichen Notwendigkeit aufgewiesen wird. Pleßner geht bei dem Versuch einer Begründung der Politischen Anthropologie einen ganz neuen Weg, indem er die apriorische und die empirische Betrachtung nach dem Prinzip der Unergründlichkeit des Menschen mit einander verbindet. Hieraus wird dann die besondere Bedeutung abgeleitet, die dem Politischen für das Verständnis des Menschen zukommt. Die Gedankenführung der kleinen Schrift, die auf gedrängtem Raum einen weiten Bogen spannt, entstammt einer ungemein freien Geisteshaltung, die sich nirgends in Schemata einzwängen läßt.

Nietzscheausgaben Der 30. Todestag Nietzsches, der 25. Oktober 1930, hat eine Reihe von Verlegern veranlaßt seine nun freien Werke in neuen Ausgaben herauszubringen.

Im Verlag Alfred Kröner in Leipzig erschien die von August Messer ausgewählte und eingeleitete Ausgabe in 2 Bänden. Sie soll nach dem Willen des Herausgebers alles Wichtige umfassen, »alles, was in Weltanschauung und Weltliteratur fortlebt«. Wenn sie auch den strengen Forderungen nach philologischer Genauigkeit nicht genügt, so hat sie doch ihren hohen Wert, der vor allem darin liegt, daß sie als eine der besten Nietzscheausgaben den Text in guter Gestalt bietet. Wer sie für wissenschaftliche Zwecke benutzen will, wird die genaueren

Nachweise am Schluß des 2. Bandes zu schätzen wissen. Dankenswert ist auch das Register, mit dessen Hilfe man die Stellen, die man sucht, leicht findet. Nietzsches Werke in 7 Teilen brachte das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin heraus. Einleitung und Anmerkungen schrieb Walther Linden, der auch eine Biographie Nietzsches voran setzte. Natürlich wird man bei einer Auswahl Ausgabe stets darüber streiten können, ob manches besser hineingekommen, dafür anderes fortgelassen worden wäre. Doch muß man sagen, daß der Herausgeber sich die Aufgabe selber jedenfalls gut gestellt hat. Denn er definiert sie dahin, daß die Ausgabe in die Öffentlichkeit gehen solle, »nicht um der Bildungsneugierde zu dienen (um derentwillen niemand an Nietzsche herangehen soll, da es einen niedrigen Raub an seinem großen Lebensopfer bedeutete), vielmehr als Anregung zur Willensbildung, zum innern Klarwerden und zur schöpferischen Tat des Lebendigen«. Also eine Ausgabe, die vornehmlich zur Verbreitung in der jungen Generation bestimmt ist. Sie wird ihren Zweck gut erfüllen. Im Verlag Philipp Reclam in Leipzig brachten Karl Heckel und Alfred Baeumler eine Auswahl Ausgabe in 4 Bänden, die sehr gut ausgestattet ist. Sie enthält Zarathustra, Geburt der Tragödie, die Philosophie im tragischen Zeitalter der Griechen, Vom Nutzen und Nachteil der Historie, Schopenhauer als Erzieher, Richard Wagner in Bayreuth, Fall Wagner, Nietzsche contra Wagner, Jenseits von Gut und Böse, Genealogie der Moral, Ecce Homo. Dazu kommen 2 große Abhandlungen: von Heckel über Nietzsches Leben und Lehre und von Baeumler über Nietzsche, den Philosophen und Politiker. Daß aus der 2. Periode von Nietzsches Schaffen alles fehlt, ist bedauerlich. Daß der Verlag als 4. Band die Arbeit Baeumlers hinzugefügt hat, die vorher separat erschienen war, ist nicht zu billigen. Ihr Zweck in Nietzsches Schaffen ein System zu konstruieren ist sicher in bemerkenswerter und interessanter Weise erreicht; aber sie hat nichts in einer Textausgabe von Nietzsches Werken zu suchen, in der dem Leser nicht ein bestimmtes Bild Nietzsches aufgezwungen werden soll, aus der er es sich vielmehr selber bilden soll. Übrigens sind die wichtigsten Werke Nietzsches auch in Reclams Universalbibliothek in Einzelausgaben erschienen. Es ist eine große Reihe jener kleinen Bändchen, die vielen willkommen sein, und die sicherlich Nietzsche eine große Zahl neuer Leser zuführen werden.

Veranstaltungen Vom 27. bis zum 29. Mai fand in Halle die Generalversammlung der *Kantgesellschaft* statt. Im Beisein des preussischen Kultusministers Adolf Grimme und von Vertretern der Stadt und der Universität eröffnete der Geschäftsführer Arthur Liebert die Tagung. Zum Thema des Kongresses wurde das Problem der Ontologie gewählt, dessen zentrale Bedeutung in der Philosophie der Gegenwart Nicolai Hartmann darlegte. Er zeigte, wie überall im philosophischen Denken eine Abkehr vom Idealismus und eine Hinwendung zum Realismus zu beobachten ist. Das war der einzige eigentliche Vortrag. An ihn schlossen sich größere Diskussionsreden: von Max Dessoir, Moritz Geiger, Heinz Heimsoeth, Julius Stenzel, Emil Utitz, Theodor Litt, Ernst Cassirer und Hans Freyer. Man kann als Gesamtergebnis der Tagung eine wertvolle Klärung der philosophischen Situation ansehen.

Vom 18. bis zum 20. Juni will man in Paris mit besonderer Feierlichkeit das 400jährige Bestehen des *Collège de France* begehen, dieses Instituts, das eine besondere Rolle in der Entwicklung der französischen Philosophie gespielt hat.

Kurze Chronik Das von Ludwig Stein, zusammen mit Hermann Diels, Wilhelm Dilthey, Johann Erdmann und Eduard Zeller, 1887 begründete *Archiv für Geschichte der Philosophie* wird sein Sohn, der Berner Professor Arthur Stein, weiterführen. Als Herausgeber zeichnen unter anderen Ernst Cassirer /Hamburg/, Alexandre Koyré /Paris/, Heinrich Rickert /Heidelberg/, Eduard Spranger /Berlin/, Dawes Hicks /Cambridge/, Karl Joel /Basel/. \diamond Der 22jährige Helmut Winkowski aus Wuppertal erhielt zum zweitenmal den *Kantpreis* der Universität Königsberg, und zwar mit einer philosophisch-kulturgeschichtlichen Arbeit über einen fragmentarischen Staatsroman Bacons. \diamond Der außerordentliche Professor an der Universität Berlin *Ottomar Wichmann* erhielt den Auftrag dort über Praktische Pädagogik und Didaktik zu lesen. Er gehört seit diesem Jahr dem Lehrkörper der Berliner Universität an, hat über platonische Philosophie, Willens- und Wertphilosophie, Bildungstheorie und Unterrichtslehre gearbeitet. \diamond Der Privatdozent für Philosophie an der Universität Berlin *David Baumgardt* erhielt dort einen Lehrauftrag für Geschichte der Ästhetik. Er lehrt seit 1925 an der Berliner Universität, schrieb über Franz von

Baader und die philosophische Romantik, über Spinoza und den deutschen Spinozismus, über Phänomenologie und Kritizismus und über Methodenfragen der modernen Ethik. ◊ Der Privatdozent an der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg *Karl Löwith* erhielt dort einen Lehrauftrag für Sozialphilosophie. ◊ Als Nachfolger Karl Joels wurde der Kieler Ordinarius für Philosophie *Julius Stenzel* an die Universität Basel berufen. Stenzel ist besonders durch seine Arbeiten über Platon bekannt geworden. Er hatte sich in Breslau mit einer Schrift *Zum Problem der Philosophiegeschichte* habilitiert und kam später als Vertreter der Bedeutungstheorie und der Philosophie der Sprache in die Breslauer Philosophische Fakultät. ◊ Am 4. Mai wurde *Salomo Friedlaender*, bekannt unter dem Namen *Mynona*, 60 Jahre alt. Dieser Dichter vieler Grotesken hat 1902 eine ungewöhnlich feine Darstellung der Nietzscheschen Philosophie verfaßt. 1919 erschien sein philosophisches Hauptwerk *Die schöpferische Indifferenz* /Berlin, Jul. Grethlein/, eine tief sinnige Metaphysik des Gegensatzes, die Gedankenmotive Schellings weiterverarbeitete. Im letzten Jahrzehnt hat er sich, Anregungen seines Freundes Ernst Marcus (der 1928 starb) folgend, Kant zugewandt.

Psychologie / Hugo Ehlers

Körper und Seele Das Buch *Paul Cohns* *Die Seele ist Leib* /Hannover, Morrisverlag/ versucht den Nachweis für die Behauptung zu erbringen, daß alles, was wir Seele nennen, nichts als ein Ausdruck des Leibes, empfundener Leib sei. Damit soll gesagt sein, daß alle seelischen Erscheinungen am Ende körperlichen Ursprungs sind. Man dürfe die Kerze nicht aus ihrer Flamme entstehen lassen. Cohn nennt dies Somatismus. Unser Gefühlsleben, sagt er, ist nur Symbolisierung unserer Körpervorgänge: »Gefühle sind zuletzt unbestimmte Wahrnehmungen körperlicher Vorgänge, die man als solche nicht erkannte, und sind somit auf diese körperlichen Zustände zurückzudeuten.« Das Gefühl seelischer Zufriedenheit resultiert aus der Sättigung der Lunge, beruht einfach auf günstigen Atmungsbedingungen. Auf den Einfluß der Gerüche für Aufmerksamkeit und Spannung wird hingewiesen. Die größere Frische des Kindes erklärt sich wesentlich durch die größere Lebhaftigkeit der Naseneindrücke, und die Spannungslosigkeit und Stumpfheit des Großstädtlers daraus, daß seine Nase

zwischen den engen, toten Steinmassen nichts Auffrischendes mehr zu riechen findet. Das Hungergefühl ist so unlustbetont, daß eine seelische Umsetzung nicht fehlen kann. Der Überdruß an Speisen, der »Magenpessimismus«, dagegen produziert den seelisch-weltanschaulichen Pessimismus. »Die steife Offiziersuniform mit ihrem hochgeschlossenen Kragen zwang zur steifen Haltung nicht nur des Körpers sondern auch des Kopfes und gab damit schon ihrem Träger eine Stimmung der starren Reserviertheit, der Strenge, der Autorität.« Die Leichtigkeit des griechischen Wesens bis in den Stil, die griechische Kunst, vielleicht sogar die griechische Philosophie ist dem griechischen Kostüm zuzuschreiben. Das Selbstbewußtsein geht auf die Wahrnehmung des starken Körpers zurück. Hierhin gehören auch die Haltungsgefühle. So: »Ein zurückgeworfener Kopf allein erzeugt ein Gefühl von Stolz und Selbstbewußtsein, und selbst dann noch, wenn der Kopf, wie etwa im Barbiersessel, nur passiv zurückgelegt ist.« Unzählige andere Stimmungen, die wir nachträglich seelisch motivieren, sind vom Wetter diktiert. Diese körper-seelische Grammatik soll die Rückübersetzung aus der Sprache des Seelischen in die des Leiblichen illustrieren.

Daß alle die genannten Faktoren die "seelische" Stimmung mitschaffen, ist richtig, daß aber die seelische Stimmung selbst gezeugt wird, ist deswegen unhaltbar, weil die "Seele" bei aller Abhängigkeit und Verwobenheit mit körperlichem Geschehen einen relativ bleibenden Bestand an Vorstellungs- und Gefühlsinhalt aufweist, der durch vorübergehende, aus körperlichen Zuständen stammende Stimmungseinflüsse zwar gefärbt, aber nicht ersetzt werden kann. Im übrigen erinnert dieser Somatismus an eine in der Psychologie nicht so unbekannt Theorie, nämlich an die von Carl Lange (Über Gemütsbewegungen /Würzburg, Wilh. Kurt Kabitzsch/), in der es heißt: Die Gemütsbewegung ist nicht die Ursache des physischen Affektzeichens sondern seine Wirkung. »Man nehme bei dem Erschrockenen die körperlichen Symptome fort, lasse seinen Puls ruhig schlagen, seinen Blick fest sein, seine Farbe gesund, seine Bewegungen schnell und sicher, seine Gedanken klar, was bleibt dann noch von seinem Schreck übrig?« Diese Theorie ist auch von William James in seiner Psychologie (übersetzt von Dürr /Leipzig, Quelle & Meyer/) verteidigt worden. James und Lange behaupten, daß die körperlichen

Ausdruckserscheinungen direkt auf die Wahrnehmung der erregenden Tatsache folgen, und daß das Bewußtsein vom Eintritt eben dieser Veränderung die Gemütsbewegung ist. Würden die körperlichen Affektzeichen fehlen, so wäre der Affekt blaß, farblos, rein intellektuell, das heißt nur vorgestellt. Cohn meint: »Ein lustbetontes Körpergefühl setzt sich in eine entsprechende Stimmung um.« Das ist insofern berechtigt, als das ursprünglich rein körperliche Lustgefühl nach dem Gesetz der Assoziation der Gefühle andere, auch seelische Lustgefühle nach sich zieht. Solche Feststellung kann aber nicht zum Ausgangspunkt einer philosophischen Theorie gemacht werden.

Die Arbeit Paul Cohns spricht für den in sich geschlossenen Geist des Verfassers, der einen Weg eignen unbeirrten Denkens geht. Doch es ist nicht der richtige Weg. Freilich dürfen diejenigen ihn nicht ablehnen, die selber im Bann der kausalen Betrachtungsweise stecken. Ihnen ist Cohn durch geistige Konsequenz überlegen. Ganz anders wird die Sache, wenn man, die naturwissenschaftlich gewohnten, in den Determinismus mündenden Bahnen verlassend, zu einer teleologischen Auffassung vorstößt. Da verschwinden die Kategorien, mit denen Cohn als Elementen arbeitet. Gleichwohl (oder grade deshalb) ist die Lektüre seiner interessanten Schrift als aufschlußreich besonders zu empfehlen.

Emotionales Denken In seinem bereits früher in dieser Rundschau (1930 II Seite 607) genannten Werk

Die Psychologie des emotionalen Denkens /Tübingen, J. C. B. Mohr/ eröffnet der Berliner Ordinarius für Philosophie *Heinrich Maier* auch der Psychologie einen neuen Aspekt. Seine grundlegende Entdeckung ist die Zone des emotionalen Denkens. Neben den Urteilsvorstellungen gibt es eine andere Gruppe von Denkfunktionen, die nicht wie das Urteil auf Wahrheit Anspruch erheben sondern auf eine emotionale Geltung. Die Analyse unserer Vorstellungstätigkeit zeigt, daß kognitive Vorstellungen einer bunten Gruppe nichtkognitiver gegenüberstehen. Diese faßt Maier unter dem Sammelnamen emotional zusammen. In den kognitiven Vorstellungen vollzieht sich unser Erkennen, in ihrem Rahmen liegt die Grundform unserer Erkenntnis, das Urteil. Damit ist der Gegensatz zu allen den Theorien gegeben, die Vorstellung und Urteil auseinanderreißen. (An die kognitive Vorstellung schließt sich

als spezifisches urteilsmäßiges Element das Wahrheitsbewußtsein an.) Das einfachste Beispiel einer solchen kognitiven Vorstellung ist die Wahrnehmungsvorstellung, die indes bereits eine äußerst vielgestaltige Größe ist. Aus ihr hebt das Urteil die eine oder die andere Bestimmtheit heraus, ohne mit dem beschränkten Hilfsmittel der Begriffe der anschaulich unübersehbaren Mannigfaltigkeit gerecht werden zu können. Maier widerlegt die traditionelle Lehre von der notwendigen Zweigliedrigkeit des Urteils. Urteile wie Ein Baum, Die Sonne, Es brennt sind nicht nur volle Urteile sondern stellen sogar die Elementarform des Urteils dar, sowohl psychologisch wie logisch. Die Sprachwissenschaft pflegt solche eingliedrigen Urteile als Ellipsen abzutun. Die andere große Gruppe der Vorstellungen sind die emotionalen, die in volitive und affektive eingeteilt sind. Hier finden sich solche, in denen die Zielgegenstände des Wollens, darunter auch des sittlichen Wollens, vorgestellt werden (volitive), ferner ästhetische Phantasievorstellungen, die ihren Objekten eine Art Illusionswirklichkeit zuschreiben, endlich religiöse Vorstellungen, die einer affektiven Kausaldeutung entspringen.

Einen Teil der Schuld daran, daß die bisherige Psychologie so wenig das Wesen der emotionalen Vorstellungen verstand, trägt auch die Tatsache, daß die affektive Gruppe sprachlich nicht einmal über einen eignen Modus verfügt. So blieb die Art ihrer Gegebenheit und die Wirklichkeit der in ihnen vorgestellten Objekte im Unklaren. Während das kognitive Denken von einem Bewußtsein einer transzendenten Gegebenheit begleitet ist, das heißt ein bewußtseinsfremdes Element in unser Bewußtsein hineinragt, handelt es sich bei emotionalen Vorstellungen um ein bewußtseinsintern Gegebenes. Das Geltungsbewußtsein, das sich an diese anschließt, besagt, daß das intendierte Objekt adäquat zum Ausdruck gelangt, ein bewußtseinsintern Gegebenes richtig aufgefaßt ist. Das Material, mit dem das emotionale Denken arbeitet, stammt aus der kognitiven Sphäre.

Totenliste Mitte März starb der Züricher Professor für Philosophie, Pädagogik und Psychologie *Gottlob Friedrich Lipps*, der Bruder Theodor Lipps', im Alter von 66 Jahren. Er habilitierte sich 1904 in Leipzig mit einer Arbeit über die psychischen Maßmethoden. Sein Hauptwerk ist *Mythenbildung und Erkenntnis /1907/*.

Ende März starb in Paris einer der bedeutendsten französischen Psychologen *Frédéric Paulhan*, im Alter von 75 Jahren. Er veröffentlichte eine große Reihe Arbeiten, von denen hier nur genannt seien: *L'activité mentale et les éléments de l'esprit*, *Les mensonges du caractère*, *Les mensonges du monde*, *Les transformations sociales des sentiments*.

Kurze Chronik Als Beitrag zur *Hirnforschung* hatte Hermann Suddermann bestimmt, daß sein Hirn zum Zweck der Feststellung seiner dichterischen Begabung nach seinem Tod untersucht würde, und vermachte es testamentarisch seinem Freund und Arzt Oskar Vogt vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch. Irmgard Leux hat jetzt diese Untersuchung durchgeführt. ◊ Kurt Lewin vom Psychologischen Institut der Berliner Universität hielt in Berlin einen Filmvortrag über *kindliche Konflikte*, der außerordentlich interessante Anschauungen entwickelte. Das Kind bildet danach vom ersten Tag seiner Geburt an ein biologisch-psychologisches Ganzes, das auch schon eine Erlebniswelt mit Konflikten hat. So zeigte Lewin im Film einen "sachlichen" Konflikt eines 6 Monate alten Kindes, das die Wahl zwischen 2 vor ihm liegenden Klappern nicht zur Ruhe kommen ließ. Er leitete die feindliche Haltung mancher Menschen gegenüber den Eltern aus frühen kindlichen Konflikten her, in denen das Kind einem Zwang seitens der Eltern unterlegen sei. ◊ Der außerordentliche Professor der Philosophie und Psychologie an der Universität Frankfurt *Adhémar Gelb* erhielt einen Lehrauftrag für Psychologie an der Universität Halle. ◊ Der Oberarzt der Psychiatrischen und Nervenlinik der Universität Köln *Kurt Schneider* wurde zum Abteilungsleiter der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in München und zugleich zum Chefarzt der Psychiatrischen Abteilung des Krankenhauses München-Schwabing berufen. ◊ Die Privatdozentin *Franziska Baumgarten* erhielt von der Universität Bern einen Lehrauftrag für Psychotechnik. ◊ Am 6. Mai wurde *Sigmund Freud* 75 Jahre alt. Bei dieser Gelegenheit ernannte die Wiener Gesellschaft der Ärzte ihn zu ihrem Ehrenmitglied. Grade vor 45 Jahren sprach Freud zum erstenmal in dieser Gesellschaft über Charcots Beobachtungen zur Hysterie. Damals erntete er mit seinem Vortrag dort nur Hohn. Jetzt huldigt ihm dort die Wissenschaft.

Sozialwissenschaften / Kurt Richter

Schmidt (Conrad) Mit Beginn dieses Jahres hat Conrad Schmidt die Bearbeitung dieser Rundschau aufgegeben, nachdem sie ununterbrochen 23 Jahre lang, von 1908 bis Ende 1930, in seinen Händen gelegen, und nachdem er darüber hinaus in Aufsätzen, die bis in das Jahr 1896 zurückreichen, in den Sozialistischen Monatsheften alle grundlegenden Ergebnisse seiner Forschungen veröffentlicht hat. Seine Leistungen für die Fortentwicklung des Marxismus und der sozialökonomischen Theorie verdanken wir der Klarheit seiner Deduktionen und der Schärfe seiner Kritik. Conrad Schmidt setzte damit bei der wohl am häufigsten angegriffenen Stelle des Marxschen Systems an: bei der Wert- und Mehrwerttheorie, nach der sich am Markt die Waren gegen einander in dem Verhältnis austauschen, in dem die zu ihrer Produktion nötigen Arbeitsmengen zu einander stehen, und nach der der Mehrwert sich als stets in gleichem Verhältnis vorgenommener Abzug vom Arbeitslohn darstellt, so daß für die einzelnen Waren das Verhältnis des Mehrwerts zu der notwendig aufgewendeten Arbeitsmenge gleich bleibt. Diese Theorie ist nichts als eine »als Axiom maschierte Hypothese« (siehe diese Rundschau, 1909 II Seite: 672), die nur dann als Grundlage für weitere Deduktionen beibehalten werden dürfte, wenn am Schluß der Untersuchungen der Nachweis gelungen wäre, daß dieses vorerst nur als möglich angenommene Gesetz des Warenaustausches in der kapitalistischen Wirtschaft tatsächlich verwirklicht wird. Dieser im 3. Band des Kapitals unternommene Nachweis ist nicht gelungen. Im Jahr 1889 versuchte Conrad Schmidt in einer Schrift *Die Durchschnittsprofitrate* eine Beantwortung dieser Fragen auf der Grundlage des Marxschen Wertgesetzes. Diesen Versuch gab er aber später auf. Er entwickelte dann ein eigenes System der theoretischen Nationalökonomie, dessen Grundriß in den Sozialistischen Monatsheften (1909 III Seite 1197, 1317 und folgende) erschien, und in dem er ohne die Marxsche Werthypothese eine Grundlage für die Analyse der kapitalistischen Austauschverhältnisse und der Mehrwertbildung gewinnt. Die Fruchtbarkeit der Gedankengänge Conrad Schmidts liegt in ihrer Methode und in ihrem Ausgangspunkt begründet. Während Marx zunächst eine Hypothese aufstellt, deren Brauchbarkeit sich erst erweisen konnte, wenn die aus ihr ge-

zogenen Schlüsse mit der Wirklichkeit übereinstimmten, verzichtete Schmidt auf diesen Umweg und ging, wie er das als Methode schon früher empfohlen hatte (siehe zum Beispiel hier seinen Artikel Sombarts Buch über den modernen Kapitalismus, 1902 II Seite 678 und folgende), allein von Prämissen aus, die er unmittelbar aus der Eigenart der kapitalistischen Warenproduktion ableitete. Begreift man diese kapitalistische Warenproduktion als einen Prozeß, in dem von den Veranhaltern der Produktion Waren hergestellt werden, also Güter, die nicht von ihnen selbst unmittelbar gebraucht sondern nur dazu verwendet werden solche anderen Waren dagegen einzutauschen, die die Produzenten unmittelbar gebrauchen, so hätte dieser Umweg für die Produzenten keinen Sinn, wenn sie nicht mehr an Werten für die von ihnen hergestellten Waren eintauschen könnten als sie selber an Kosten dafür aufwenden. Aus Gründen, die sich aus der kapitalistischen Produktion als Warenproduktion deduzieren lassen, muß also das Verhältnis aller Preise zu einander von den interessierten Produzenten so gehalten werden, daß die Produktion von Mehrwert möglich ist. Da in den einzelnen Waren das Verhältnis des Aufwands an Arbeit zum Aufwand an Kapital verschieden groß ist, besteht kein festes Verhältnis zwischen der Menge der für die einzelnen Waren verwandten Arbeit und dem Mehrwert, der in sie eingegangen war. »Und es bedarf, um zu diesem negativen Resultat zu kommen, nicht erst des Umwegs über ein sogenanntes Arbeitswertgesetz.«

Damit sind die Grundlagen des Schmidt'schen Systems kurz umrissen. Darüber hinaus ist Conrad Schmidt den Lesern der Sozialistischen Monatshefte bekannt durch seine Auseinandersetzung mit Oppenheimer, seine Gedanken zur materialistischen Geschichtsauffassung und, woran besonders erinnert werden muß, seinen Beitrag zur Theorie der Krisen (siehe hier seinen Artikel Zur Theorie der Handelskrisen und der Überproduktion, 1901 II Seite 669 und folgende). Vielleicht ist aber das Wertvollste von allem, was er uns gegeben hat, überhaupt seine Grundhaltung zur Kritik. Wie Marx nur durch die Kritik an den Klassikern wachsen konnte, so meinte er, könne weiterhin der Marxismus nur »in dem Kontakt mit der Kritik ein fruchtbar treibendes Ferment des Denkens bleiben«. Sein Nachfolger in der Bearbeitung dieser Rundschau wird sich bemühen dieser Grundhaltung treu zu bleiben.

Kapitalistische Konzentration Die Theorie von der Fortentwicklung in den Organisationsformen der kapitalistischen Wirtschaft kann nur fruchtbar bleiben, wenn sie sich ständig an den verwirklichten Formen neu orientiert. Marx sah zu seiner Zeit an Konzentrationsvorgängen in der Wirtschaft, die er Zentralisation nannte, nur die Verdrängung der kleinen Unternehmungen durch größere und den Zusammenschluß des Kapitals in Aktiengesellschaften. Heute sind die Vorgänge sehr viel komplizierter; die einzelnen Unternehmungen schließen sich in Konzerne, Kartelle und Interessengemeinschaften zusammen, einige wenige Kapitalisten gewinnen durch Aktienmehrheiten die Gewalt über eine ganze Reihe von Unternehmungen. Daraus ergeben sich zunächst Schwierigkeiten für die Begriffsbildung: Ist er ein Konzentrationsvorgang, wenn sich mehrere Unternehmungen zu einem Kartell zusammenschließen, oder wenn sie einen wirtschaftspolitischen Verband bilden, ist es einer, wenn ein Kapitalist die Aktienmehrheit einer Reihe von Unternehmungen gewinnt, ist es ein Konzentrationsvorgang, wenn mehrere Unternehmungen eine Interessengemeinschaft eingehen? Mit diesen Fragen befaßt sich Günter Keiser in einer sehr verdienstvollen, freilich rein auf die Begriffsbildung beschränkten Schrift Die kapitalistische Konzentration / Berlin, Struppe & Winckler/. Keiser bildet den Begriff des Gestaltungsbereichs als Oberbegriff, dem sich die Unternehmung, der Konzern, der Trust, die Gruppe, das Kartell, Arbeitsgemeinschaften und sonstige losere Bindungen, aber nicht die »Verbände« unterordnen, und definiert die Konzentration innerhalb des Hochkapitalismus als den »Prozeß der Ballung der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt über das im Bankwesen, Industrie, Handel und Verkehr arbeitende Kapital bei immer weniger Gestaltungsbereichen von ständig wachsender Größe«. Ein Mangel des Keiser'schen Begriffsschemas ist es, daß in ihm die Intensität der Bindung in den einzelnen Gestaltungsbereichen keinen Platz hat, oder besser, daß die Bedeutung der Intensität dieser Bindung für die Konzentration nicht genügend herausgestellt wurde; denn angeschnitten ist diese Frage an mehreren Stellen des Buchs: Keiser zählt die »Gruppen«, die Kartelle und die »Arbeitsgemeinschaften« ebenso zu den Gestaltungsbereichen wie die ungliederten Großbetriebe und die Konzerne, macht aber doch einen Unterschied zwischen jenen »nur verflechtenden« und

diesen »verknötenden« Gebilden. Er sagt: »Konzentration ist für uns Ballung von Verfügungsgewalt über Kapital; der organisatorische Effekt dieser Ballung ist aber ganz verschieden, je nachdem, wie weit die mit dem geballten Kapitalbesitz zusammenhängende Verfügungsgewalt wirklich ausgenutzt wird.« Das befriedigt nicht. Gerade darauf kommt es doch an, ob die Verfügungsgewalt wirklich ausgeübt wird. Im Grunde ist nicht nur der organisatorische Effekt der Ballung in einem Kartell anders als in einem Konzern, sondern der Umfang der Verfügungsgewalt, den die einzelnen Unternehmer im Kartellvertrag dem Kartell zugestehen, ist geringer als der Umfang der Verfügungsgewalt des Konzerns.

Die Intensität der Bindung läßt sich wohl in das Keisersche Schema noch einfügen, wenn man nicht in jedem Gestaltungsbereich den Umfang der Verfügungsgewalt unbeschränkt läßt; sind 10 Unternehmungen zu einem Kartell vereinigt, so kann sehr wohl ein sachlich begrenzter Teil der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt bei dem Kartell oder der Interessengemeinschaft liegen, ein anderer noch bei den einzelnen Unternehmungen. Geschieht das, so kann man auch einen Verband, zum Beispiel einen Arbeitgeberverband, als partiellen Gestaltungsbereich anerkennen. Eine Unterscheidung von Finanzkonzentration und Organkonzentration, die Keiser wohl selber für wünschenswert hält, läßt sich aber nach seinem Schema nicht machen. Denn Organkonzentration ist doch eine Finanzkonzentration, bei der auch betriebsmäßige (technisch-ökonomische) Verkuppelungen eintreten. Die aber läßt Keiser herausfallen. Das ist wieder ein unbefriedigender Punkt in seinem Schema.

Marktforschung In den letzten Jahren hat sich die Marktforschung zu einem besonderen Zweig der Sozialökonomie entwickelt, der uns für die Erkenntnis der Austauschverhältnisse und auch für ihre praktische Rationalisierung neue Möglichkeiten liefern kann. Während die empirischen Untersuchungen aus den Kreisen des Handels und der Industrie im wesentlichen hinter verschlossenen Türen ruhen, kommen landwirtschaftliche Arbeiten von 2 Instituten regelmäßig an die Öffentlichkeit: die Arbeiten der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen und die Blätter für Landwirtschaftliche Marktforschung des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung, beide im Verlag Paul Parey in Berlin.

In den theoretischen Arbeiten handelt es sich vornehmlich um die Entwicklung von Methoden, nach denen aus dem für die einzelnen Jahre vorhandenen statistischen Beobachtungsmaterial dargestellt werden kann, in welchem Grad einerseits bei steigenden Preisen die Angebotsmenge steigt, und in welchem Maß andererseits bei steigenden Preisen die nachgefragte und verbrauchte Menge fällt oder umgekehrt, also um die Feststellung und Darstellung der Elastizität des Angebots und der Nachfrage. An statistisch aufbereitetem Beobachtungsmaterial liegen hierfür regelmäßig für mehrere auf einander folgende Jahre von den zu untersuchenden Waren die Preise und die angebotenen und abgenommenen Warenmengen vor. Steht nun die vom Konsum aufgenommene Menge in einem bestimmten Verhältnis zum Preis, zum Beispiel so, daß die verbrauchten Mengen bei sinkendem Preis steigen, so wird in einem Koordinatensystem, dessen senkrechte Achse die Preise, und dessen wagerechte Achse die Menge darstellt, die Nachfragekurve von links nach rechts sinken. Trägt man in das selbe Koordinatensystem die Angebotsmenge ein (wobei man zum Beispiel annehmen kann, daß die Angebotsmenge bei steigendem Preis steigt), so wird der Schnittpunkt der Angebotslinie mit der Nachfragekurve durch den für das 1. Jahr festgestellten Preis und die angebotene und von dem Konsumenten zu diesem Preis aufgenommene Menge bestimmt sein. Im nächsten Jahr werden ein anderer Preis und eine andere Menge beobachtet. Nun ist es fraglich, ob dieser neue Preis-Mengen-Punkt auf der alten Nachfragekurve und einer anderen Bedingungen als im 1. Jahr folgenden Angebotskurve liegt, oder auf der alten Angebotskurve und einer anderen Bedingungen folgenden Nachfragekurve, oder ob sich beide Kurven: die der Nachfrage wie die des Angebots, verschoben haben. In vielen Fällen kann eine Beobachtung der Marktverhältnisse zu dem Schluß führen, daß nur eine der beiden Kurven sich wesentlich verschoben hat, somit aus den Preis-Mengen-Paaren aus verschiedenen Jahren auf die Lage und Gestalt der andern Kurve geschlossen werden kann. Ein Aufsatz Costantino Bresciani Turronis über die Elastizität des Verbrauchs ägyptischer Baumwolle, im Weltwirtschaftlichen Archiv 1931, ist ein gutes Beispiel dafür, wie der Mangel an unbedingt zuverlässigen mathematischen Methoden durch sinngemäße Deutung der Marktzusammenhänge ausgeglichen werden kann.

Wassilij Leontjew (Ein Versuch zur statistischen Analyse von Angebot und Nachfrage, im Weltwirtschaftlichen Archiv 1929) hat eine mathematische Methode entwickelt, nach der man aus den Preis-Mengen-Paaren verschiedener Jahre sowohl die Angebots- als auch die Nachfragekurve konstruieren kann. Freilich fußt sein Verfahren auf mehreren Voraussetzungen, die seine Anwendbarkeit einschränken: Die »Struktur« von Angebot und Nachfrage wird gegenüber dem Wechsel in den »Bedingungen« als relativ konstant angenommen, die Niveaushiftungen der Angebots- und Nachfragekurven erfolgen, ohne daß diese ihre Form verändern, für Nachfrage und Angebot wird der selbe Preis angenommen. Jakob Marschak (Elastizität der Nachfrage, 2. Heft der Beiträge zur ökonomischen Theorie, herausgegeben von Emil Lederer und Joseph Schumpeter /Tübingen, J. C. B. Mohr/) macht den Vorschlag die Elastizität der Nachfrage nicht aus den Preis-Mengen-Paaren mehrerer Jahre abzuleiten sondern aus dem an einem einzigen Zeitpunkt gewonnenen Material. Er geht von der Tatsache aus, daß »bei proportionaler Steigerung des Einkommens und aller Preise die gekauften Mengen unverändert bleiben, wie bei einer Umnennung des Geldes«. Eine parallele Steigerung aller Preise um 10 % wirkt also auf den mengenmäßigen Verbrauch ebenso wie eine Senkung aller Einkommen um 10 %. Damit gewinnt er die Möglichkeit aus dem Material der Haushaltsrechnungen, die den Verbrauch an den einzelnen Waren in Haushaltungen mit verschiedenem hohem Einkommen nachweisen, auf die Bewegung im Verbrauch zu schließen, die beim parallelen Steigen oder Fallen aller Preise eintritt. Steigt oder fällt nur der Preis einer einzigen näher zu untersuchenden Ware, so verändert sich freilich die Verbrauchsmenge in einem andern Maß, als wenn die Preise aller Waren steigen oder fallen. Jedoch ist der Unterschied in den beiden Bewegungen um so geringer, je kleiner der Anteil der untersuchten Ware am Gesamteinkommen ist. Das erklärt Marschak auf folgende Weise: Da die Gesamtausgabe für alle Waren (einschließlich der Ersparnisse) bei unverändertem Einkommen bei allen Preisveränderungen konstant bleibt, ist die Elastizität »aller Verbrauchswaren« gleich 1. Je geringer nun der Anteil der untersuchten Ware am Gesamteinkommen ist, desto mehr nähert sich auch die Elastizität »aller Waren ohne die untersuchte Ware« dem Wert 1; wir wollen sagen: mit desto mehr

Recht kann man behaupten, sie wäre ungefähr gleich 1. Ist sie ungefähr gleich 1, so heißt das: Wenn zum Beispiel »alle Waren« im Preis um 10 % steigen, wird der Verbrauch an der untersuchten Ware sinken, und zwar um einen Betrag, der sich aus der Haushaltsstatistik ergibt. Wenn nun danach »alle Waren ohne die untersuchte Ware« im Preis wieder um 10 % sinken, wird der Verbrauch an diesen »allen Waren ohne die untersuchte Ware«, da ihre Elastizität etwa gleich 1 ist, der Menge nach ebenfalls um 10 % steigen; für diese übrigen Waren wird also ungefähr ebensoviel Geld ausgegeben wie vor der Preissenkung, es werden fast keine Einkommensteile dem Verbrauch an diesen Waren neu zufließen und die für die untersuchte Ware verfügbaren Einkommensteile entfernen oder vermindern und die für die untersuchte Ware verfügbaren Einkommensteile vermehren. Am Ende der beiden Bewegungen ist also nur die untersuchte Ware im Preis um 10 % gestiegen, alle anderen Preise sind auf ihrem Ausgangspunkt, und der Verbrauch an der untersuchten Ware hat sich ungefähr ebenso verändert, wie er es bei einer Steigerung aller Preise um 10 % getan hätte.

Die praktische Anwendung dieser Methode ist ihrem Wesen nach dadurch begrenzt, daß der Anteil der untersuchten Ware am gesamten Einkommen klein sein muß, und praktisch ferner dadurch, daß Haushaltsrechnungen nur sehr selten statistisch erhoben werden. Die scharfsinnige Abhandlung Marschaks geht über die Entwicklung seiner Methode weit hinaus. Sie gibt einen kritischen Überblick über den ganzen Fragenkreis und ist in der Darstellung pädagogisch so glücklich, daß sie vielleicht auch bei denen Interesse an solchen Untersuchungen wecken kann, die nicht so sehr mathematisch geschult sind.

Nationalsozialismus Während die Sozialdemokratie seit Marx einen einheitlichen Ideengehalt hat, muß die nationalsozialistische "Bewegung", seitdem sie vor 10 Jahren in den Bierstuben von München entstand, jeweils nach kurzer Zeit wieder einen neuen "Arbeiter der Stirn" aufbieten, um ein neues Programm zu entwerfen, weil das alte irgendwelchen Anhängergruppen mißfällt, auf deren Unterstützung man nicht verzichten kann. Diese innere Haltlosigkeit wird offen zugegeben. In der Schrift Hans Reupkes Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft /Berlin, Otto Elsner/ heißt es, das Schwergewicht der

Bewegung habe bisher »im Propagandistischen, nicht im Programmatischen« gelegen. Man hat also Anhänger um seine Fehlen gesammelt, ohne zu wissen, was man will. Wir nennen das Demagogie. Das Ideal, das dem Nationalsozialismus vorschwebt, ist eine Wirtschaft, in der die Produktion planwirtschaftlich geleitet ist, in der die Interessengegensätze aufgehoben und durch einen neuen Gemeinschaftsgeist ersetzt sind. Dieses Ideal ist nicht grade originell. Man muß auch nicht fürchten, wie es Reupke tut, daß es ins Lächerliche gezogen wird. Lächerlich machen sich die Nationalsozialisten erst durch die Kindlichkeit, mit der sie sich die Verwirklichung dieses Ideals vorstellen. Die Interessengegensätze will man dadurch beseitigen, die Harmonie der Interessen dadurch ans Licht bringen, daß man eine ständige Organisation einrichtet, daß man die Unternehmer und die Arbeiter oder ihre Verbände in jedem Beruf zu einer Organisation zusammenfaßt. Als ob das ausreichte die in der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Gegensätze verschwinden zu lassen. Hier wird ein an sich richtiger Grundgedanke, der zu einer organischen Gestaltung der Wirtschaft im Sinn der Forderung der Sozialistischen Monatshefte führen könnte, in naiver Weise als Mittel gegen den Klassenkampf angesehen. Es ist aber nicht ohne weiteres möglich dem Arbeiter »eine Produzentenmoral einzupflanzen«, es genügt nicht ihm zu sagen, daß er von jetzt ab kein »Lohnwerker« ist, sondern »ein aktiver Mitarbeiter der wirtschaftlichen Unternehmung«, wenn man ihm sogar seine Mitwirkung durch die Betriebsräte nimmt. Man kann nicht dadurch, daß man 2 Begriffe »zum Mittelpunkt der Wirtschaftsverfassung« erklärt, die Wirtschaft nach diesen Begriffen umformen. An einer Stelle, wo von der Entstehung des neuen Unternehmertypus die Rede ist, merkt Reupke selber, daß solche Wandlungen ökonomisch bedingt sind, denn von der Entstehung dieses neuen Unternehmertypus heißt es, daß er »nicht etwa ein Produkt rein spekulativer Gedankengänge sein darf sondern den Wandlungen der Wirtschaftsstruktur und -ideologie entspringen muß«. Wenn aber wirklich die Wandlungen noch weniger als es hier von Reupke selber zugegeben ist, wenn sie ganz und gar nicht von den Umformungen der Wirtschaftsorganisation abhängig wären, dann müßte doch das nationalsozialistische Programm seine Durchführbarkeit (oder vielleicht seine automatische Verwirklichung) min-

destens dadurch beweisen, daß in seinen Anhängern die geistigen Voraussetzungen für solche Wandlung mindestens in Ansätzen bereits vorhanden sind. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Das Programm fordert allenthalben die Abkehr vom Materialismus. In der Tat erfordert seine Durchführung, insbesondere der Verzicht der Arbeiter auf die Mitwirkung in der Betriebsleitung, der Verzicht auf den Streik, der weitgehende Verzicht auf sozialpolitische Leistungen, sehr viel "Altruismus"; besonders wird er natürlich von der Arbeiterklasse gefordert. Diese Abkehr vom Materialismus sucht man vergeblich bei den Nationalsozialisten selber. Die Umformung der allgemeinen Programmpunkte, der Verzicht auf die »Brechung der Zinsknechtschaft«, die ausdrückliche Anerkennung des Privateigentums und seines Anspruchs auf Sicherstellung und Nutzen ist nur auf einen Druck derjenigen Anhänger der Partei durchgeführt worden, die recht materielle Interessen daran haben. Somit bleibt als positives Ergebnis der neuen programmatischen Veröffentlichung nur festzustellen, daß jetzt kein Zweifel mehr daran besteht, auf welcher Seite des wirtschaftlichen Interessenkampfes die "Bewegung" steht, in der man die »nachnovemberliche Sozialpolitik« eine »Stabilisierung des Versorgungsstaats zur Heranzüchtung eines Lumpenproletariats« nennen kann.

Veranstaltungen Vom 12. bis zum 16. Oktober 1930 tagte, im Anschluß an die Völkerbundsversammlung, in Genf der 10. Kongreß des *Internationalen Instituts für Soziologie*, dessen ständiger Sitz Paris ist. Der einzige Gegenstand der Tagung war eine eingehende Besprechung der Grundursachen der Kriege und der Bedingungen eines dauerhaften Friedens. Die Erörterung erstreckte sich auf die verschiedensten Gebiete; Wirtschaft, Politik, Bevölkerungslehre, Sozialpsychologie, Ethnologie und anderes wurden behandelt. Mitte März 1931 veranstaltete das *Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen* in Köln eine Tagung über Erziehungswesen und Presse, die einige interessante Vorträge brachte. So sprach Gustav Aschaffenburg /Köln/ über die Zeitung und die Psychologie der Jugendlichen. Er warnte in seinem Vortrag vor der sensationellen Berichterstattung über Sexualverbrechen und Gewalttaten, die erfahrungsgemäß aufreizend auf die Jugendlichen wirke. Die Studiendirektorin Susanne Engelmann /Berlin/ zeigte in

ihrem Referat über die Zeitung und das Höhere Schulwesen, wie man jetzt ganz anders über den Einfluß der Zeitung auf die Schüler denke; in mehreren Berliner Schulen würden den Schülern Zeitungen verschiedener politischer Richtung zugänglich gemacht, um sie zum kritischen Lesen zu erziehen. Der Direktor der Pädagogischen Akademie Bonn Georg Räderscheid wünschte, daß die Zeitung von der Grundschule bis zur Universität im Unterricht verwertet werde.

Die 29. Vertreterversammlung des *Reichsverbands der Deutschen Volkswirte* fand Anfang April in Berlin statt. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß durch das Wirken des Reichsverbands sich eine Art berufsständischer Einheit zwischen den jungen Diplomvolkswirten und den Sachwaltern von Verbänden, Kartellen, Kammern, Genossenschaften usw. gebildet hat. Zum Vorsitzenden des Reichsverbands wurde der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Eugen Leidig gewählt. Der Verlag Duncker & Humblot in München soll die Schriften des Verbands herausbringen.

Am 11. Mai wurde die diesjährige Frühjahrstagung des *Reichsverbands Deutscher Zeitschriftenverleger* in Berlin eröffnet. Das Thema des Abends lautete: Die Zeitschrift im Dienste der Politik, der Kultur und der Wirtschaft. Nach dem Minister Gottfried Treviranus, der meinte, daß die Zeitschrift gleichsam Zeitlupenaufnahmen der Tagesgeschehnisse gebe, sprachen Ludwig Kastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Leo Engel vom Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels und Fritz Neuendorf von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels über die Stellung ihrer Organisationen zu der Aufgabe der Zeitschrift als Förderin der deutschen Wirtschaft in der gegenwärtigen Krise. In einer Resolution warnte der Verband vor einer zu weitgehenden Sparsamkeit auf dem Gebiet der Kultur.

Totenliste

Am 31. Oktober 1930 starb in Berlin *Charlotte Engel-Reimers*, im Alter von 60 Jahren. Sie hatte in Berlin Nationalökonomie studiert und mit einer Arbeit über die Berliner Filzschuhmacherei promoviert. Als eine der ersten Frauen in Preußen erhielt sie den Professortitel. Von ihren Arbeiten sei besonders eine statistische Untersuchung über die deutschen Bühnen und ihre Angehörigen erwähnt. Kurz vor ihrem Tod hatte sie sich habilitiert; zu ihrer Antrittsvorlesung ist es nicht mehr gekommen.

Am 13. Januar 1931 starb in Riga *Karl Ballod*, der früher Professor an der Berliner Universität und seit 1919 Professor an der Universität Riga war (siehe auch die Rundschauen *Staatsozialismus* und *Innenkolonisation*, in diesem Band Seite 280 und 610). Seine Studiengebiete waren Allgemeine und Wirtschaftsstatistik, Verkehrs- und Kolonialpolitik. Er wurde als Statistiker durch die sorgfältigen Methoden bekannt, mit denen er seine Untersuchungen über die Sterblichkeit in den einzelnen Altersstufen auf dem Land und in der Stadt durchführte, daneben auch durch wirtschaftsstatistische Arbeiten, die 1913 in seinem Grundriß der Statistik /Berlin, J. Guttentag/ zusammengefaßt sind. Das Bestreben durch zahlenmäßige Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen macht auch den großen Reiz seiner Schrift *Der Zukunftsstaat* aus, die er 1898 pseudonym und seit 1919 unter seinem Namen veröffentlichte; die neueste Auflage erschien 1927 im Verlag E. Laub in Berlin. Er versucht hier zu berechnen, wieviel in Deutschland an den wichtigsten Gütern verbraucht wird, was ihre Beschaffung in der kapitalistischen Wirtschaft kostet, und wie sich die Kosten bei planmäßig rationeller Organisation verringern würden. Damit hat er eine statistische Methode der Kritik am Kapitalismus entwickelt, die der Verfeinerung durch immer besseres Tatsachenmaterial bedarf.

Kurze Chronik Dem Jenaer Privatdozenten für Wirtschaftswissenschaft *Berthold Josephy* wurde ein Preis von 10 000 Mark für seine Arbeit *Der wirtschaftliche Rationalismus* zuerkannt. Der Preis war von der Höheren Handelslehranstalt Leipzig anlässlich ihres 100jährigen Bestehens gestiftet worden. **◇** Heinrich Herkner, Otto Schreiber, Max Sering und Rudolf Wissell fordern in einem Aufruf zur Subskription auf die *Bibliographie der Sozialwissenschaften* bis zum 31. Dezember 1931 auf, damit die Lücken des großen Sammelwerks geschlossen werden können. **◇** Auf Veranlassung des Gewerkschaftsbunds und der Sozialdemokratie Hollands ist an der Universität Utrecht ein *Lehrstuhl für Sozialismus* eingerichtet worden. **◇** Als Nachfolger *Karl Oldenbergs* übernimmt der Breslauer Professor *Franz Gutmann* den Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Göttingen. Er hat zahlreiche Arbeiten über Volkswirtschaftslehre, Agrargeschichte, Geld- und Kreditwesen usw. veröffentlicht. **◇** Der Privatdozent

für Nationalökonomie und Versicherungslehre an der Universität Leipzig *Walter Grosse* wurde als Ordinarius für Volkswirtschaftspolitik an die Herderhochschule in Riga berufen. ◊ Mit einer Antrittsvorlesung über die Grundprobleme der kapitalistischen Gebildetheorie und ihre praktischen Folgerungen *habilitierte* sich *Oskar Klug* aus Hamburg an der Faculté des Sciences Economiques et Sociales der Universität Genf. Der Assistent am Kölner Betriebswirtschaftlichen Institut für Einzelhandelsforschung *Erich Kosiol* habilitierte sich für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln. *Eugen Sieber* erhielt an der Universität Leipzig die *venia legendi* für Betriebswirtschaftslehre. *Georg Weipper* habilitierte sich für Gesellschaftslehre an der Technischen Hochschule München.

Literatur In einem Buch *Kapitalismus und Sozialismus* / Potsdam, Alfred Protte/ hat *Eduard Heimann* eine Reihe bereits veröffentlichter Arbeiten zusammengefaßt, die um eine neue über die materialistische Geschichtsauffassung ergänzt sind. ◊ Der Austromarxist *Otto Bauer* beginnt mit der Veröffentlichung eines Werks *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg* / Wien, Wiener Volksbuchhandlung/, das eine Orientierung des Sozialismus an den neuen wirtschaftlichen Umwälzungen bringen soll. Der 1. Band gibt unter dem Titel *Rationalisierung-Fehlrationalisierung* eine Darstellung der Rationalisierungsvorgänge, bei der die Ergebnisse des Enqueteausschusses, der amerikanischen Ingenieurenquête und alle anderen erreichbaren Quellen verwendet wurden. An empirischem Beobachtungsmaterial wird gezeigt, wie im letzten deutschen »Rationalisierungszyklus« die privatwirtschaftliche Grenze der rentablen Rationalisierung tatsächlich in vielen Fällen schon erreicht, und damit die Grenze der gesellschaftlichen Rentabilität mit großer Wahrscheinlichkeit überschritten worden ist. ◊ Als 12. Band der *Probleme des Geld- und Finanzwesens*, herausgegeben von *Bruno Moll* / Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/, erschien eine Arbeit *Angelos Angelopoulos* Die Einkommensverteilung im Lichte der Einkommensteuerstatistik, in der eine neue Methode zur Messung der Einkommensverschiebung unter Zugrundelegung der Zahl der Erwerbstätigen entwickelt wird; sie stellt auch im übrigen einen in manchem Betracht beachtenswerten Beitrag in der Literatur der Einkommensstatistik dar.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Kirche und Wirtschaft Vom 12. bis zum 17. Juli 1930 tagte in London eine Internationale Konferenz Kirchlicher Sozialarbeiter. Ein ausführlicher Bericht erschien als 4. Heft der Reihe *Ökumenischer Rat für Praktisches Christentum des Internationalen Sozialwissenschaftlichen Instituts in Genf*. Durch seinen Weitblick und seine Gründlichkeit fällt das Referat *Wilhelm Menns* über Probleme der Rationalisierung auf. Sehr sachlich wird insbesondere die psychologische Seite des Problems sowohl für den Arbeitnehmer wie für den industriellen Organisator erwoogen. Menn schließt mit der prinzipiellen Feststellung, daß die Kirche in ihrer "irrationalen" Glaubensvoraussetzung vor den Problemen, die die Ratio stellt, nicht fliehen dürfe; Gott sei auch ein Herr der Ratio. Diese Zuspitzung des Referats ist eine wohlbe gründete Absage an die vielfältigen Versuche den Irrationalismus der Religion mit dem Irrationalismus reaktionärer Rassen- und Standesutopieen zu vermischen. Eine Art theologische Begründung der von Menn befürworteten Zugewandtheit zu den Wirtschaftsproblemen schien *Oskar Bauhofer*, der Schweizer ständige Mitarbeiter am genannten Genfer Institut, geben zu wollen. Aber die Konferenz hat sehr weise daran getan ihre Skepsis zu dem ihr Dargebotenen eindeutig und unmißverständlich zu bekunden. Bauhofer sucht die radikale Weltabseitigkeit der dialektischen Theologie mit einer thomistisch-katholischen Naturrechtslehre zu vereinen. An diesem Amalgam ist so viel wie alles brüchig. Freilich zeigt sich hier, wie die dialektische Theologie selber in den Hafen eines lauen praktischen Rationalismus einläuft und ihren religiösen Gegenstand zu einer neben dem Leben herlaufenden Privatsache intellektuellen Spiels degradiert. Es ist bedauerlich, daß diese desorientierte Verwirrung als ein Exponent der kirchlichen Sozialethik des deutschen Protestantismus erscheinen kann.

Kirche und Staat Die Generalsynode der Evangelischen Kirche Altpreußens befaßte sich Ende April mit dem zwischen dem Staat und den preußischen Kirchen abzuschließenden Staatsvertrag. 2 Punkte haben bei den vorgängigen Beratungen besondere Schwierigkeit bereitet: die sogenannte Politische Klausel und die Frage der

kirchlichen Mitwirkung bei der Besetzung der theologischen Lehrstühle. Die Politische Klausel betrifft den Anspruch des Staats bei Besetzung der kirchenregimentlichen Spitzenämter aus staatspolitischen Gründen nicht genehme Kandidaten durch ein Veto ablehnen zu können. Von seiten der Kirchenbehörden forderte man für den Streitfall ein Schiedsgericht. Die Staatsregierung stellte sich auf den Standpunkt, daß allein die verantwortliche Regierung entscheiden könne, was sie politisch zu ertragen vermag, und daß über politische Fragen ein juristisches Schiedsgericht unmöglich sei. Sie kam aber jenem Wunsch insofern entgegen, als sie unter Vorbehalt ihres Entscheids die Bildung eines Gremiums zugestand, das die beiderseitigen Einwände und Gründe festzustellen und zu klären hat.

Was die Besetzung theologischer Professuren anlangt, so ist vorgesehen, daß im Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen Fakultät und Kirchenbehörden eine Aussprache zwischen den Vertretern beider Partner stattfindet, und daß im Fall eines nicht zu behebenden Widerspruchs ein kirchliches Gremium, das aus Vertretern sämtlicher preußischen Landeskirchen zusammengesetzt ist, über Bekenntnis und Lehre des Anzustellenden sein Votum abgibt. Die letzte Entscheidung bleibt auch hier dem Minister vorbehalten. Die Generalsynode hat dem Kirchensenat aufgetragen den Vertrag abzuschließen.

Kirche und Proletariat

Das Thema Kirche und Proletariat behandelt mit bemerkenswerter Umsicht

und großer Klarheit die von dem Tübinger Religionshistoriker Wilhelm Kauer herausgegebene Zeitschrift Die Kommende Gemeinde in dem Heft, mit dem sie dieses Jahr eröffnete. Der Leiter des Württembergischen Volkshochschulheims in Comburg Karl Küssner breitet ein umfangreiches, sorgfältig zusammengestelltes Material aus. Dabei befolgt er die bisher nicht erprobte, aber ertragreiche Methode nicht Durchschnittsmeinungen zu sammeln sondern diese von den ausgesprochensten Exponenten der verschiedenen Richtungen her zu interpretieren. Dabei ergibt sich neben der bekannten ausgesprochenen Weltzugewandtheit des Proletariats auf der einen Seite eine zweifelsfreie, wenn auch manchmal nur widerwillig getragene Gebundenheit an die christlichen Gemütswerte; insbesondere zeigt sich das Bruchige des Versuchs das

Weihnachtsfest von der alten religiösen Tradition wirklich zu lösen. Auf der andern Seite ist besonders bemerkenswert die Entschiedenheit, mit der es auch grade junge Kreise ablehnen den Sozialismus selber etwa als Religion zu bezeichnen. Darin dokumentiert sich ein deutliches Bewußtsein, daß Religion und Beziehung auf das Transzendente zusammengehören. Aus der formalen Analogie religiöser Inbrunst und Hingabe kann man eben nicht einfach auf eine vermeinte Annäherung an die religiösen Gehalte schließen. Grade jene formale Analogie verschärft den inhaltlichen Gegensatz. Das sollte auch die Bewegung des Religiösen Sozialismus sich klar machen. Sie hat nur Sinn als gleichzeitiger Angriff gegen die »in sich ruhende Endlichkeit« des bürgerlichen und des »freidenkerischen« Bewußtseins. Unter den übrigen Beiträgen des Hefts ist ein charaktervoller Aufsatz Nikolaus Ehrens Katholische Kirche und Proletariat zu beachten. Besonders der weittragende Satz: »Je weltlicher das Proletariat in seiner Gesinnung ist, und je weniger es sich Theorien und Hypothesen hingibt, und je stärker es kämpft, desto mehr wird es die ganze Macht der Kirche auf seine Seite ziehen.« Die Umschau bringt 2 interessante Berichte über Christenverfolgung in Rußland und anderswo und über Erfolge des Evangeliums in Rußland. Es handelt sich um aufschlußreiche Nachrichten über die von J. S. Prochanow geführte Evangeliumsbeziehung in Rußland. Auf altrussische Sektentradition zurückgreifend sucht diese Bewegung eine Verwirklichung christlichen Gemeinschaftslebens. Um eine solche Erscheinung in ihrer Einheit von Glauben und Leben würdigen zu können, reichen die dem protestantischen Westen geläufigen Kategorien allerdings nicht aus.

Kirchengeschichte

Der Kirchenhistoriker *Walther Köhler* nimmt in dem erweiterten Abdruck seiner Heidelberger Antrittsvorlesung zu den Prinzipienfragen der Historie Stellung (Historie und Metahistorie in der Kirchengeschichte, in der Sammlung Philosophie und Geschichte /Tübingen, J. C. B. Mohr/). Er setzt sich energisch mit der Geschichtsfeindlichkeit der dialektischen Theologie auseinander und will die durch Harnack eröffneten Bahnen fortführen. Es ist charakteristisch, daß er sich dabei vorzüglich auf die Methoden und Ziele der sogenannten profangeschichtlichen Forschung beruft.

In der Tat fordert er die Kirchengeschichte der Gesamtgeschichte einzugliedern: Christentumsgeschichte als Provinz der allgemeinen Weltgeschichte. Dabei nimmt er dankbar die Anregungen von den verschiedensten Seiten auf. Begriffsgeschichtliche Methode, Typenforschung, Motivenforschung, Frage nach dem Rhythmus des Geschehens werden aufgenommen, und der Fortschritts-gedanke fällt. Das ist überaus bemerkenswert. Denn bei diesen Zielen fällt auch das, was Köhler noch als unproblematisch vorangestellt hat: Die allgemeine Weltgeschichte löst sich in Längen- und Querschnitte mannigfaltigster Natur auf, und statt ihrer erscheint die Soziologie (Rhythmus) als legitimer Teil der Historie. Es ist weithin das Programm Ernst Troeltsch', das damit aufgenommen und weitergeführt wird. Dabei liegt Köhler daran die Historie von der "Metahistorie" so weit als möglich zu scheiden. Bei der Polemik gegen die dialektische Theologie ist diese Tendenz wohl verständlich und ein begrüßenswerter Gegenschlag gegen deren Vergewaltigungen. Aber kann Köhler sein Programm einhalten? Es sei nichts darüber gesagt, daß er selber eine streng neutrale Geschichtswissenschaft für unmöglich hält, sondern es sei auf einen andern Konflikt hingewiesen, in den er gerät. »Das geschichtliche Urteil wird immer nur gruppenweise anerkannt werden. Die "gläubige" Gruppe ist eine für sich. Man sollte nach einer möglichst großen Gruppe streben. Die Gruppe des Logos bleibt Idealziel, sie wäre größer als die des "Logos" (Christus), was der "Logos"gläubige freilich nicht zugibt und auch nicht zugeben kann.« Wohin gehört nun Köhler als Theologe? In die Historie will er ja Glaubensaspekte nicht einmischen. Zerspaltet er sich, und kommt er so zu einer doppelten Wahrheit? Das ist die Problematik seiner Position. Was Köhler in seine Erwägungen nicht einbezogen hat, das ist das Phänomen des Historikers selber als eines Geschichte treibenden Menschen. Auf dieses Problem aber hat sich die Geschichtsphilosophie zurückverlegt. Hier wäre der Ort über die angezeigte Zwiespältigkeit hinaus oder vielmehr hinter sie zurückzukommen. Gewiß hat der Glaube nicht historische Resultate zu diktieren. Es gibt keine besondere pneumatische Methode. »Ein Fragezeichen der Historie darf nicht in ein Ausrufungszeichen des Glaubens verwandelt werden.« Sehr richtig. Aber der Glaube

steht auch nicht beziehungslos neben der Geschichtserfassung. Vielmehr bestimmt der Glaube das ganze Sein des Menschen oder nicht, also auch sein geschichtliches Fragen, oder nicht. Gäbe Köhler die These zu, daß für den theologischen Kirchenhistoriker der Glaube auch die zwar »unverfügbare« und methodisch nicht zu handhabende, doch existenzielle Voraussetzung seines geschichtlichen Fragens und Suchens ist? Nur so käme man über den untragbaren Hiatus Köhlers hinaus, so natürlich, daß dabei seine Tendenz, die Unvoreingenommenheit, Sachlichkeit und Problematik der geschichtlichen Forschung, nicht nur bewahrt sondern gar begründet wird. Die an Gedanken außerordentlich reiche und zur fruchtbaren Auseinandersetzung einladende Schrift verdient besondere Beachtung wegen der Eindringlichkeit, mit der hier ein Historiker die Methode und die Ziele seiner Arbeit einmal überdenkt.

Kurze Chronik Die Unione Cattolica per le Scienze Sociali an der Katholischen Herz-Jesu-Universität in Mailand setzt einen internationalen Preis von 30 000 Lire für die beste Arbeit über das folgende Thema aus: »Der soziale Gedanke des Christentums in seiner Entwicklung von der Stiftung der Kirche bis zu den Apostolischen Vätern inklusive.« Den Bewerbern ist die Aufgabe gestellt darzulegen, in welcher Weise die in der Lehre Christi enthaltenen sozialen Leitgedanken von der Kirche aufgenommen und weiterverbreitet, wie sie von den christlichen Autoren entwickelt und fortgebildet und im gesellschaftlichen Leben jener Zeit verwirklicht wurden. Endtermin für die Einlieferung ist der 31. Dezember 1932. ◊ Die tschechische und die polnische Nationalkirche sind eine Union eingegangen. Gemeinsames Haupt soll der Patriarch Prohaska von Prag werden. ◊ Am 30. April sprachen in Berlin der französische Geistliche und Abgeordnete Jean Desgranges und der Bischof von Berlin Christian Schreiber über den *Neukatholizismus in Frankreich und Deutschland*. Es war zugleich eine Kundgebung für deutsch-französische Verständigung, an der auch grade von katholischer Seite gearbeitet wird. Es ist freilich, wie Desgranges unter Hinweis auf die Bemühungen Briands und Stresemanns meinte, »schwerer ein Gebäude des Friedens zu errichten als Haß zwischen den Völkern zu säen«. Doch nannte er den wahren Frieden

zwischen Frankreich und Deutschland ein Gebot der Notwendigkeit, wenn die europäische Zivilisation überhaupt erhalten bleiben soll. Schreiber stimmte dem Friedensappell Desgranges' durchaus zu und führte noch aus, daß es nach den Päpsten eine Aufgabe der Katholischen Kirche sei für den Weltfrieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker zu wirken. ◊ In Hamburg wurde ein *Deutsches Bibelarchiv* begründet. Es soll die Handschriften und Frühdrucke von 1200 bis 1522 inventarisieren und untersuchen sowie Reproduktionen biblischer Motive in der Kunst des gleichen Zeitraums sammeln. ◊ Zum Direktor der Hebräischen Abteilung der *Vatikanischen Bibliothek* wurde der jüdische Gelehrte Naphtali Fried aus Poljane in Karpatorußland berufen. Es wurden ihm rituelle Verköstigung und ein täglicher jüdischer Gottesdienst im Vatikan zugesichert. ◊ In den Verordnungsblättern der 8 bayrischen Diözesen wenden sich die bayrischen Bischöfe gegen die *Irrlehren des Nationalsozialismus* und verbieten den katholischen Geistlichen an der nationalsozialistischen Bewegung in irgendeiner Form mitzuarbeiten. ◊ Der Rostocker Privatdozent *Erich Wolf* wurde Nachfolger des Kirchenhistorikers Erik Petersen in Bonn, der zum Katholizismus übertreten ist. ◊ Dem Berliner Religionswissenschaftler *Alfred Bertholet* verlieh die Pariser Theologische Fakultät die Würde eines Ehrendoktors.

Literatur Die Gathas des *Zarathustra* übersetzte und erläuterte H. Kazemzadeh /Berlin, Orientalischer Zeitschriftenverlag Iranschähr/. Es handelt sich um eine modernisierende Übertragung, die über die religionsgeschichtlichen Zusammenhänge schnell hinweggeht. ◊ In Kiel sprach bei dem Bachfest der emeritierte Theologe *Otto Baumgarten* (siehe über ihn diese Rundschau, 1930 II Seite 501 und folgende). Von nationalsozialistischer Seite wurde ein Flugblatt verbreitet, das ihn des Landesverrats beschuldigt. Der Senat der Universität eröffnete ein Verfahren. Über dieses berichtet eine Broschüre Hermann Mulerts (Baumgarten und die Nationalsozialisten /Neumünster, Karl Wachholtz/). ◊ Die Neue Allgemeine Missionszeitschrift und das Evangelische Missionsmagazin bringen fortan ein *Religionskirchliches Beiblatt*, das vom Marburger Universitätsprofessor Heinrich Frick herausgegeben wird /Gütersloh, C. Bertelsmann/.

Hygiene / Lisbeth Berndt

Sozialneurose Constantin von Monakow nannte einmal die Renten-neurose »jenes bedauerliche Nebenprodukt humaner Gesetzgebung«. Es trat der <jeder Logik eigentlich widersprechende> Fall ein, daß eine Vorbeugungsmaßregel gegen Krankheit und Not Erkrankungen und seelische Not erst hervorrief. Bereits im Jahr 1891 erkannte Albin Hofmann, daß eine mit »Begehrungsvorstellungen« (wie Ludwig Strümpell es später formulierte) verbundene Neurose als unmittelbare Folge nicht des ursprünglichen Traumas sondern der Sozialgesetze als solcher angesehen werden müsse. »Heute«, sagt Wilhelm His (Beurteilung, Begutachtung und Rechtsprechung bei den sogenannten Unfallneurosen, in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 29. Januar 1926), »zweifelt kein Sachverständiger mehr daran. Es ist nicht allein die Form der Rentenabfindung, sondern die Möglichkeit der Berufung an 2 weitere Instanzen, der Wiederaufnahme des Verfahrens von der einen oder andern Seite, die Einsicht in die oft widersprechenden ärztlichen Gutachten, die abweichenden Urteile der Instanzen, die den Versicherten nicht zur Ruhe kommen läßt, in ihm das Gefühl der Rechtsunsicherheit erzeugt, ihn zu beständiger Beschäftigung mit seinem Zustand zwingt und so die Unterlage gibt, auf der sein abnormer psychischer Zustand sich entwickeln und gedeihen kann.« Ob dieser abnorme psychische Zustand bereits, wie es die Ansicht Karl Bonhoeffers ist, zur Voraussetzung eine bestimmte Konstitution hat, die unter normalen Lebensverhältnissen sich am häufigsten als angeborene Psychopathie darstellt, darüber herrscht bei den Fachleuten noch keine einheitliche Meinung. Wie über allen psychischen Vorgängen, die tief in der menschlichen Seele ihren Ursprung haben, liegt auch über den letzten ursächlichen Zusammenhängen jener Komplexe, die sich als Renten-neurose, traumatische Neurose, Unfall-neurose, soziale Neurose, Rechtsneurose äußerlich darstellen, ein Dunkel, in das die medizinisch-psychiatrische Wissenschaft Klarheit zu bringen versucht. In sehr eindrucksvoller und überzeugender Weise beschäftigt sich *Viktor von Weizsäcker* in seinem Buch *Soziale Krankheit und soziale Gesundung* /Berlin, Julius Springer/ mit diesem interessanten Problem. Er rührt an den Kernpunkt der immer wieder gestellten Fragen:

Was ist Rentenneurose? Wie soll sie behandelt werden? Auch Weizsäcker leitet den Begriff der Sozialneurose von dem ursprünglichen Sinn des Sozialgesetzes ab, das dem gesundheitlich Geminderten einen Schutz gegen Not bieten soll, diesem öffentlichen Recht auf Sicherung, das die Selbsterfahrung des Kranken gänzlich umgebildet hat. »Der Kranke erfährt seine Krankheit zugleich als eine Rechtsquelle: als Rechtsgrund auf Sicherung, als Rechtsgrund auf Wiederherstellung. Und er erfährt es sogar als umstrittenes und oft bestrittenes Recht. Damit wird eine tiefste Erfahrung jedes Kranken verschüttet, eine Erfahrung, die für seine Entwicklung grundlegend sein müßte und wahrscheinlich integral für seine Gesundung ist: das Gefühl eines Zustandes, der nicht sein sollte. Diese Urerfahrung im Kranken überkrustet sich ja nun mit der Einstellung: ich habe etwas, was mein Recht ist. Der klassische Fall dafür ist die Neurose des Versicherten und Entschädigungsberechtigten.« (Weizsäcker schließt dann später noch weiter, daß Neurose und Rechthabenwollen hier insoweit das selbe ist, als man sagen kann: Neurose ist hier ein pures Rechthabenwollen ohne die Fähigkeit zur Rechtserkenntnis, die zum Rechtsvollzug gehört.) Bei abklingender Krankheit »kann sich so eine "zweite Krankheit" einstellen. Sie zeigt sich so, daß der Patient den Zustand nicht wieder erreicht, in dem er bei veränderter Situation wieder Arbeit leisten könnte. Er ist beim Wiedereintritt in die Kategorie "arbeitsfähig", wie sie das Urteil des Arztes ausspricht, nicht mehr in der selben Situation wie vor der Erkrankung: er ist jetzt nicht so sehr organkrank als situationsgeschädigt. Diese "zweite Krankheit" kann sehr verschieden zustande kommen. Häufig besteht sie darin, daß noch etwas weh tut, daß man noch rasch müde wird, Kopfweh, Schwindel, Schwäche, Schweiß, Elendigkeit spürt. Ist dann die Arbeitsform im Betrieb eine stark tempomäßige, welche keine Anpassung gestattet (zum Beispiel auch Gruppenakkord), so ist der Leistungsraum für den Rekonvaleszenten bald so verengert, daß er versagt, und zwar in einem Stadium, wo die Erregbarkeitsprüfung der Funktionen keine objektiven Ausfälle mehr zeigt. Umgekehrt, wenn zwar die Arbeitsfähigkeit, aber kein Verdienst erreicht wird, weil keine Arbeit oder nur eine geringere als vorher zu haben ist, dann kann sich ein Einfluß auf das Gemütsleben und ein scharfes Drängen auf Erhaltung der

Krankheit einstellen; weil das Krankengeld höher ist als die Unterstützung durch Arbeitslosenversicherung und Fürsorge, tendiert der Instinkt zum Kranksein. Die "zweite Krankheit" ist also Situationskrankheit, und das pathophysiologische Problem lautet bei ihr nicht: welche Organe und Funktionen haben Defekte, Ausfälle Minderung, sondern es lautet: was kann ein solcher Mensch mit seinen vorhandenen Funktionen leisten — eine völlig andere Frage.«

Wenn die Sozialneurose eine Situationskrankheit ist, muß sie durch eine adäquate Behandlung, eine Situationstherapie, geheilt werden können. Dieser Gedanke, den besonders Weizsäcker vertritt, hat sich noch nicht durchgesetzt. Nicht zum mindesten deshalb, weil in der Sozialpolitik zwar Krankheit und Erwerbsunfähigkeit gleichgestellt werden, bei einer Nichtanerkennung der Erwerbsunfähigkeit und Ablehnung der Rentenansprüche aber das Gesetz eine Krankheitsbehandlung für nicht angebracht hält. Eine Ablehnung der Rentenansprüche bei einer reinen Rentenneurose wird aber nun von weitaus der größten Zahl der sachverständigen Ärzte für richtig und notwendig gehalten (und von manchen sogar als kausale Therapie befürwortet). Bonhoeffer sagt: »Ich würde deshalb keine sachlichen, klinischen und sozialen Bedenken sehen einer gesetzlichen Bestimmung des Inhalts zuzustimmen, daß in Fällen, in denen das dem Arzt sich anbietende Bild sich lediglich in hysterischen Symptomen darstellt, Rentenansprüche abzulehnen sind.« Zu einer solchen gesetzlichen Auslegung wurde dann durch jene grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 24. September 1926 der Grund gelegt, auf die in ärztlichen Gutachten immer wieder zurückgegriffen wird: »Hat die Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten ihren Grund lediglich in seiner Vorstellung krank zu sein oder in mehr oder minder bewußten Wünschen krank zu sein, so ist ein vorangegangener Unfall auch dann nicht eine wesentliche Ursache der Erwerbsunfähigkeit, wenn der Versicherte sich aus Anlaß des Unfalls in den Gedanken krank zu sein hineingelebt hat, oder wenn die sein Vorstellungsleben beherrschenden Wünsche auf eine Unfallentschädigung abzielen, oder die schädigenden Vorstellungen durch ungünstige Einflüsse des Entschädigungsverfahrens verstärkt worden sind.«

Für die Feststellung des innerhalb des Rentenverfahrens so wichtigen Begriffs

Erwerbsunfähigkeit, der für die Frage "Behandlung oder Nichtbehandlung?" mit den Ausschlag gibt, spielt das objektive, aus dem derzeitigen Gesundheitszustand des Patienten abgeleitete ärztliche Urteil eine bedeutende Rolle. 13 Millionen Menschen erhalten zurzeit in Deutschland Renten, Unterstützungen und Krankengeld aus öffentlichen Mitteln. Von diesen 13 Millionen gehen nach der Schätzung Weizsäckers etwa 6 Millionen durch die Hand eines Arztes zwecks Prüfung ihres Anspruchs und der Höherfestsetzung ihrer Rente; 1,0 Million Unfallrentner, 2,4 Millionen Kriegsverletzte, 1,5 Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherte, dazu 0,8 Krankengeldempfänger, eine Zahl, die sich noch um diejenigen Fälle erhöht, bei denen der Arzt die gewünschte Zuwendung ablehnt. Durch diese Begutachtung greift der Arzt tief in das soziale und ökonomische Leben des Volks ein. Wie ungeheuer schwierig es aber ist ein objektives Urteil über die Arbeitsfähigkeit, über die Erwerbsfähigkeit respektive unfähigkeit eines Menschen zu fällen, und wie wichtig eine Änderung des Sozialgesetzes grade in dieser Hinsicht wäre, darauf weist Weizsäcker mit größter Offenheit und Schärfe hin: »Es gibt kein zulängliches Instrument zur Einschätzung der Arbeitsfähigkeit, und diese selbst ist kein zulänglich definierter Begriff ... Es ist nicht wahr, daß ich objektiv feststellen kann, ob ein Mensch Kopfweh hat oder nicht, es ist nicht wahr, daß ich objektiv urteilen kann, ob er deswegen arbeiten kann oder nicht, und es ist nicht wahr, daß ich objektiv wissen kann, ob das Trauma die Ursache dieses Zustandes ist oder nicht. Es ist nicht wahr, daß dies alles aus der Methode der objektiven Medizin zu entscheiden ist, und wir sind es der Laienwelt ebenso schuldig wie dem Geist objektiver Forschung, daß wir es auch bekennen, daß es nicht wahr ist. Ob bessere Methoden in Kürze erfunden sein werden, wissen wir noch nicht. Wohl aber läßt sich zeigen, daß aus bestimmten richtigen Behandlungsmethoden Arbeitsfähigkeit hervorgeht, wo es bei bestimmten falschen Methoden nicht gelang. Daraus folgt: Es gibt eine gute Methode der Feststellung der Arbeitsfähigkeit schon heute; eine richtige Behandlung, die sie herbeiführt.«

Einer solchen Therapie muß die, auch mit aus den Erfahrungen über die Kriegsneurose gewonnene Überzeugung zugrunde gelegt werden, daß das Leben dazu da ist dem Neurotiker das Auf-

geben seiner Neurose abzuwingen. Ziel der Behandlung ist es den Kranken aus seiner geminderten Existenzfähigkeit zu befreien, aus seinem Leiden an den psychologischen, sozialen, ökonomischen Folgen der Insuffizienz, die sich äußerlich durch vermeintliche Faulheit, durch Geldbegehren, durch Sicherungsbestrebungsaktionen dokumentiert, so daß er innerhalb der gegebenen Situation wieder ohne Hilfe leben, wieder arbeiten kann. (Daß in unserer Zeit der unnatürlich schwierigen Wirtschaftslage der Wunsch zu arbeiten häufig an dem Arbeitsmangel scheitert, ist eine Schwierigkeit, an der nicht vorübergegangen werden kann. »Die Schicht der Arbeitslosen ist am Rande der biologischen und inmitten der seelischen Gefahr, darum steigt unter ihnen nicht nur die Tüchtigkeit sondern auch die Neurose.« Aber auch diesem sozialen Mißstand darf nur mit adäquaten Mitteln begegnet werden.)

Als wichtiges Prinzip bei der Behandlung kommt noch hinzu, daß die therapeutische Haltung die Rechtsfrage aus der Situation überhaupt entfernt, daß die Verrechtung des menschlichen Zustands, die immer mit einem Rentenverfahren verbunden ist, aufhört. »Denn diese Verrechtung und Überrechtung ist, auch wo sie nicht deskriptiv psychologisch das Feld beherrscht, wie beim Querulanten, doch potentiell und situationsmäßig der invariable Rahmen der Sozialneurosen und darum formgebend für die objektive Gesamtgeschichte dieser Krankheit im Verbands der Gesellschaft.«

Praktisch führt Weizsäcker die »Situationstherapie« nach 3 Gesichtspunkten hin aus, die hier nur noch kurz gestreift werden können. In einer besonderen Behandlungsstation spielt sich das Leben der Neurotiker als Gemeinschaftsleben, dem es auch an Zerstreuungen und Vergnügungen nicht fehlt, in ganz ungezwungenen Formen ab. Dagegen kommt, wenn man von dem Gedanken ausgeht, daß die Neurose als psychische Reaktion auf Lebensverhältnisse zustande kommt, als 2. wichtiger Punkt die umfassende Ergründung der individuellen Situation hinzu, die mit jedem Patienten einzeln vorgenommen wird. Seine jeweilige Lage, die Konfliktsstoffe innerhalb der Familie, innerhalb des Arbeitsfelds werden genau durchgesprochen; um Zwangsvorstellungen auszurotten, wird zusammen mit dem Arzt eine Reproduktion der das ursprüngliche Trauma auslösenden Gefahr versucht. Das 3. und wichtigste Element ist aber von Anfang an das

»Kräftespiel der Realität«. Für berechnete Ansprüche, seien sie noch so gering, setzt sich der Arzt mit aller Energie ein, führt Verhandlungen mit der Familie, mit den Arbeitgebern zwecks Wiedereinstellung etc. Er verschweigt es dem Patienten aber nicht, wenn nach Lage der Gesetze oder rechtsverbindlichen Entscheidungen keine Aussicht auf Rente besteht, um so mit möglicher Beschleunigung die Rechtsfrage überhaupt aus dem Gesichtsfeld zu entfernen. Dabei kommt es natürlich viel auf die Persönlichkeit des behandelnden Arztes an, dessen Haltung nicht obrigkeitlich, auch nicht wohlwollend distanziert sondern »umfassend«, zugleich koordiniert und autoritär, sein muß.

Bis Mitte Juli 1930 hatte Weizsäcker 33 Fälle von Sozialversicherten auf diese Weise behandelt; davon waren 26, also 78%, nach einer Behandlung von nur wenigen Wochen, symptomfrei und geheilt: eine Tatsache, die gegen die Annahme spricht, eine Behandlung fixiere die Neurose. Doch auch noch Schlüsse anderer Art können aus diesen Behandlungserfolgen gezogen werden. In Deutschland werden jährlich ungeheure Summen durch die Auszahlung von Renten verbraucht. So wurden im Jahr 1928 247,1 Millionen Mark an Unfallrenten gezahlt; der Monatsbetrag der laufenden Renten in der Angestelltenversicherung belief sich am 1. August 1930 auf 12 946 604 Mark; von den im Reichshaushalt 1930 für die Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen des Weltkriegs vorgesehenen 1370 Millionen Mark entfielen 602 Millionen Mark auf die Renten und Zusatzrenten der Kriegsinvaliden. Wie groß die Zahl derjenigen ist, die jährlich wegen traumatischer Neurose durch Renten entschädigt werden, läßt sich wegen der Schwierigkeit der Diagnose nicht mit Sicherheit feststellen. Für das Jahr 1922 schätzte Paul Horn sie auf 13 000 bis 14 000, eine Zahl, die inzwischen wohl kaum abgenommen haben dürfte. In einem der in seiner Klinik geheilten Fälle berechnet Weizsäcker die in den letzten 7 Jahren durch Rentenzuwendung für diesen Patienten »unnötig vergeudeteten Summen« mit 7000 Mark. Vervielfältigt man diese Summe unter Zugrundelegung der oben genannten Zahlen, so kann man sich wohl vorstellen, daß die Kosten einer auch in größerem Maßstab durchgeführten Situationstherapie durch die Einsparung von unnötig gezahlten Renten gedeckt werden können. Eine erfolgreiche Therapie hätte aber einen doppelten Zweck. Für

das einzelne Individuum wären wieder die Grundlagen für eine menschenwürdige Existenz geschaffen; und in den sozialen Wirtschaftsprozess wäre statt eines Rentenempfängers ein aktiv mitarbeitendes produktives Mitglied eingefügt. Die soziale Neurose ist nach Weizsäcker eine Krankheit, die für das Volksganze schwerer wiegt und das Individuum mehr belastet als die von der Hygiene zurückgedrängten bakteriellen Seuchen. Weizsäcker erklärt es daher für eine Pflicht der Gesellschaft dieser Krankheit die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Arzt und Politik

In einer großen Kundgebung, die am 9. Dezember 1930 in Berlin stattfand, einberufen vom Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereinsbundes, vom Gesamtvorstand des Verbandes der Ärzte Deutschlands, den Vertretern sämtlicher Ärztekammern Deutschlands, der Medizinischen Fakultäten der deutschen Hochschulen und der Schutzgemeinschaft Deutscher Ärzte, hat die Ärzteschaft öffentlich Stellung zu den Notverordnungen genommen. In einer einstimmig angenommenen Erklärung hieß es zum Schluß: »Voll Empörung über die Zurückweisung ihrer in den Lebensrechten des Berufsstandes begründeten Lösungsversuche erklärt die deutsche Ärzteschaft die durch die Notverordnung herbeigeführte weitere Einschränkung der ärztlichen Berufs-, Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit für unannehmbar. Bleiben die Verordnungen bestehen, so zwingen sie die deutsche Ärzteschaft zur Opposition gegen das heutige System der Krankenversicherung.« Eine kritische Stellungnahme der Ärzte nicht nur gegenüber den dringenden Fragen der Sozialversicherung sondern auf den vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, in denen Ärzte und Hygieniker ausschlaggebend mitarbeiten können und müssen, ist sicherlich unbedingt erforderlich. Voraussetzung aber für ein erfolgreiches Wirken und für ein Durchsetzen der von den Ärzten als notwendig erkannten Maßnahmen ist eine aktivere, interessiertere Betätigung gerade auch der Ärzte innerhalb der allgemeinen Politik. Daß ein Bedürfnis nach einer verantwortlichen Mitarbeit des praktischen Arztes in der Öffentlichkeit nicht nur in Deutschland sondern auch in anderen Ländern besteht, zeigen Beschlüsse, wie sie als Ergebnis einer Aussprache auf der 5. Internationalen Tagung der Ärzte

zustande kamen, die vom 9. bis zum 12. Oktober 1930 in Paris stattfand. Im 1. Absatz wird betont, daß es Pflicht eines jeden Parlaments sein sollte vor der Herausgabe von Gesetzen die auf täglich neu erworbener Erfahrung beruhende Ansicht der organisierten Ärzteschaft einzuholen und die von ihr gemachten Erfahrungen sorgsam zu beachten. Im 2. Absatz wird auf die Notwendigkeit der Bildung besonderer Gesundheitsministerien oder wenigstens besonderer Ministerialabteilungen hingewiesen. Die wichtigste Forderung enthält der 3. Absatz: »Das Interesse der Volksgesundheit erfordert es, daß die Mitarbeit der praktischen Ärzteschaft in den Ministerien sichergestellt wird. Lediglich als Verwaltungsbeamte tätige Ärzte können sie nicht ersetzen, vielmehr sind beide Gruppen auf Grund der besonderen Formen ihrer Tätigkeit auf einander angewiesen. Alle Sozialgesetze können nur funktionieren, wenn sie die Zustimmung der Ärzteschaft finden und sich ihre Mitarbeit in vollem Umfang zu sichern wissen. Ständigen oder zeitweiligen Kommissionen, die zur Beratung von Fragen der Volksgesundheit eingesetzt werden, müssen auch Vertreter der organisierten Ärzteschaft angehören.«

Veranstaltungen Der 5. *Deutsche Zahnärztertag* wurde am 27. März in Berlin eröffnet. Als Vertreter der Internationalen Zahnärztlichen Union überbrachte Georges Villain /Paris/ Grüße und die Einladung der französischen Regierung und der Stadt Paris zum nächsten Internationalen Zahnärztekongreß. In seiner Eröffnungsansprache wies Hermann Schröder darauf hin, wie wichtig es sei dem Laien einzuprägen, daß die Zähne als Körperorgane nicht unabhängig von den Lebensvorgängen des Gesamtorganismus sind sondern im innersten Zusammenhang mit diesem stehen. Dann sprach er über die allgemeine Prophylaxe der Zahnerkrankungen, die dringend notwendig sei, weil Zahnerkrankungen häufig Allgemeininfektionen veranlassen, er erwähnte dabei auch die Prophylaxe durch geeignete Ernährung und die Rolle, die das hausgebackene, kleiehaltige Roggenbrot dabei spielt. Die Hauptverhandlungen der Tagung gruppierten sich dann um die Gebiß- und Kieferchirurgie. Zu Beginn der 55. Tagung der *Deutschen Gesellschaft für Chirurgie*, die in Berlin vom 8. bis zum 11. April stattfand, konnte der Vorsitzende Victor Schmie-den die erfreuliche Mitteilung machen,

daß es den langjährigen Bemühungen von ausländischer und deutscher Seite endlich gelungen ist den deutschen Chirurgen wieder den Eintritt in die Internationale Chirurgische Gesellschaft zu ebnen. Die Société Internationale de Chirurgie hat in einem, in sehr warmem Ton gehaltenen Schreiben den Wunsch nach einer fruchtbringenden gemeinsamen Arbeit mit der deutschen Chirurgie zum Ausdruck gebracht. In den 4 Verhandlungstagen wurden in zahlreichen Vorträgen die verschiedensten Gebiete der Chirurgie behandelt; die Chirurgie der peripheren Nerven, der Basedowschen Krankheit, des Urogenitalapparats, Serumtherapie, Narkose und Anästhesie, Thoraxchirurgie, allgemeine Knochenpathologie, Thrombose und Embolie.

**Gemeinver-
ständige
Schriften**

Im Berliner Verlag Th. Knaur Nachfolger erschien Knaurs *Gesundheitslexikon*, ein Handbuch der Medizin, Hygiene, Körperkultur und Schönheitspflege nach dem neuesten Stand der Wissenschaft, herausgegeben von Josef Löbel /Franzensbad/, unter Mitarbeit von Fachgelehrten. Dieses Buch bemüht sich nicht nur, wie Löbel in seinem Vorwort sagt, dem Laien Verständnis für die Gründe und Ziele der ärztlichen Anordnungen zu verschaffen, seine Angst vor den Medizinern in Vertrauen zur Medizin umzuwandeln, es erreicht das auch wirklich. In 5150 Stichworten, 650 Aufsätzen und Artikeln werden die Begriffe der Medizin und ihrer weitestgefaßten Grenzgebiete in kurzer, klarer Weise besprochen. Auch die Erklärung schwer zu verstehender Fachausdrücke wird nicht vermieden, aber nur, um diese dem Laien verständlich zu machen. »Denn der Laie hat ein Recht darauf zu wissen, was hinter so geheimnisvollen Worten wie Psychoanalyse, Allergie, Immunität, von denen er beständig hört, eigentlich steckt. Er hat sogar die Pflicht dazu. Jeder Autobesitzer gibt seinen Wagen, wenn er kaputt ist, in die zuständige Reparaturwerkstätte; trotzdem muß er die Zusammensetzung seiner Maschine, ihre Leistungsfähigkeit, ihre Erfordernisse auch selbst kennen, will er sie richtig behandeln. Sollte der Besitzer jener noch wertvollern Maschine, die man den menschlichen Körper nennt, nicht auch einigen Grund haben ihre Erfordernisse, ihre Zusammensetzung, ihre Leistungsfähigkeit kennenzulernen?« Dieser Frage Löbels muß man unbedingt zustimmen und auch seinem Buch, das die Lösung dieser Frage in so anregender Weise versucht.

Kurze Chronik Die Akademie der Wissenschaften in Paris beschloß auf Albert Calmettes Antrag eine Kommission von 14 Sachverständigen einzusetzen, die prüfen soll, ob der Impfstoff BCG sich im Organismus in einen virulenten Tuberkelbazillus umwandeln könne. ◊ Von der Paul-Ehrlich-Stiftung wurden für das Jahr 1931 folgende Preise verliehen: die Goldene Paul-Ehrlich-Medaille an Charles Levaditi vom Pasteurinstitut in Paris in Anerkennung seiner erfolgreichen Arbeiten auf dem Gebiet der Chemotherapie, ein Geldpreis an Hugo Braun in Anerkennung seiner bisherigen und zur Förderung seiner weiteren Arbeiten über den Stoffwechsel der Bakterien, ein Geldpreis an Walther Levinthal in Anerkennung und zur Förderung seiner Arbeiten über das Virus der Papageienkrankheit. Den diesjährigen Preis der Hans-Aronson-Stiftung erhielt der Abteilungsleiter am Institut Robert Koch in Berlin Richard Otto für seine Verdienste auf dem Gebiet der Immunitätsforschung. Den Doktor-Sophie-A.-Nordhoff-Krebspreis für die beste Arbeit der letzten Jahre auf dem Gebiet der Krebsforschung erhielt Alexis Carrel vom Rockefellerinstitut für Medizinische Forschung in New York für seine Verdienste um den Ausbau der Gewebezüchtung und für ihre zielbewußte Anwendung zur Aufklärung von Grundfragen des krankhaften Wachstums, besonders des Wachstums der bösartigen Geschwülste. ◊ An der Budapester Universität wurde ein *Institut für Diätetik* errichtet. Sein Aufgabenkreis umfaßt das Studium der praktischen Diätotherapie, die Organisation von Verpflegungsbetrieben, die Ausbildung diätetisch geschulter Hilfskräfte, den wissenschaftlichen Ausbau der Küchentechnik. Als Leiter wurde Aladar von Soos ernannt, der in ungarischer und deutscher Sprache eine Reihe von Arbeiten über Diätetik und besonders über wissenschaftliche Küchentechnik publiziert hat. ◊ Am 13. Januar wurde *Max Nonne*, der Ordinarius für Nervenheilkunde an der Hamburger Universität, 70 Jahre alt. Er ist einer der bedeutendsten Vertreter seines Fachs, Herausgeber der Zeitschrift für Nervenheilkunde, ein sehr beliebter Lehrer und ausgezeichnete Pädagoge. Von seinen Arbeiten sind mit die bedeutendsten eine Monographie Lues und Zentralnervensystem, die bereits in 5. Auflage erschien, und die Forschungen über die Chemie des Liquors, die später zu der Nonne-Apeltchen Reaktion führten. Während des Kriegs galt sein In-

teresse besonders der Behandlung der Kriegsneurosen mittels Hypnose. ◊ Am 7. März wurde *Franz Bumm*, der frühere langjährige Präsident des Reichsgesundheitsamts, 70 Jahre alt. Er hatte Jura studiert, widmete sich aber mit größtem Interesse allen Bestrebungen der systematischen Gesundheitsfürsorge. Er war lange Jahre Vorsitzender des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und des Vereins für Hygienische Volksbelehrung. Er war einer der Gründer der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, war Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz und des Volksheilstättenvereins vom Roten Kreuz. ◊ Am 28. März wurde *Karl Mense* 70 Jahre alt. Nachdem er mehrere Jahre als Arzt und Forschungsreisender im Kongostaat gelebt hatte, ließ er sich in Kassel als Dermatologe nieder. Er hat das Handbuch der Tropenkrankheiten herausgegeben und das Archiv für Tropenkrankheiten begründet. An der Kolonialschule in Witzenhausen ist er als Lehrer für Tropenhygiene tätig. ◊ Am 14. April wurde ein anderer guter Kenner der Tropenkrankheiten, *Albert Plehn*, der frühere langjährige Direktor der Innern Abteilung am Urkrankenhauses in Berlin, 70 Jahre alt. Schon in den Jahren 1887 und 1888 unternahm er eine Studienreise nach den Sundainseln zur Erforschung der Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Malaria. Von 1895 bis 1902 war er bei der Zentralverwaltung in Kamerun zuerst als Regierungsarzt, dann als Gouvernementsarzt tätig. Außer seinen Arbeiten über die Malaria hat er wertvolle Beiträge über Tropenanämie, über Dysenterie, über die Immunität nach Pocken-vaccination bei den Negern Kameruns geliefert. In Virchows Archiv veröffentlichte er Arbeiten zur vergleichenden Pathologie der schwarzen Rasse, und in Menses Handbuch der Tropenkrankheiten bearbeitete er das Kapitel der tropischen Hautkrankheiten. ◊ Am 29. April wurde *Hermann Tjaden*, der langjährige leitende Medizinalbeamte der Hansestadt Bremen, 70 Jahre alt. Sein Arbeitsgebiet ist die Soziale Hygiene, deren überragende Bedeutung für die Volksgesundheit er schon frühzeitig erkannte. Er hat viele wertvolle Beiträge zu ihren Problemen geliefert; der Bevölkerungspolitik, der Bekämpfung der Tuberkulose, der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auf dem Gebiet der Verunreinigung der Flußläufe durch die Kaliindustrie gilt er als Spezialfachverständiger.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lyrik

Der schlesische Lyriker *Arthur Silbergleit* wurde am 26. Mai 50 Jahre alt. Trotz diesen jungen Jahren könnte man ihn den Überlebenden einer jetzt schon schwindenden Generation nennen. Er hat viele sangbare, bilderreiche, ganz innige Erlebnispoesieen geformt. Obwohl das Leben ihn dazu zwingt sich im Dasein der Großstadt zu bewegen, ist er ein Kind des Träumens geblieben. Das Kartell Lyrischer Dichter ermöglichte ihm die Veröffentlichung des Buchs, das sein Lebenswerk ist; eine Variation über die Gestaltungen und Verwandlungen seines Sängertemperaments. Orpheus heißt das Buch /Berlin, Alfred Richard Meyer/. Die Benennung Sänger trifft auf Silbergleit vorzüglich zu, auf die Geschmeidigkeit und Beherrschung des Reims, auf die innere Regentschaft über Klang und Reim, auf die sorgfältige Vokalisierung, auf den *bel canto*, der jede lyrische Empfindung begleitet. Hier ist nichts Zufälliges und Improvisiertes, auch nicht der Versuch sich aus der Zeit das Recht zu Anklage oder Jubel herzuholen. Allein die Persönlichkeit, die nicht vergeht, spricht sich in Silbergleit aus. Orpheus ist die Symbolisierung dieses Menschlichen, an dem er hängt. Ob Melancholie, ob Freude, ob Unzufriedenheit oder Genügsamkeit seine Stimmungen sind, er findet sich mit einem wissenden, doch nicht dekadenten oder gewaltsam abgeklärten Gleichmut in die Tage und Stunden der innern Existenz hinein. Er heuchelt keine Visionen, er wird wirklich von ihnen verfolgt oder beglückt. Wenige sind, die ihm ebenbürtig wären in dieser bejahenden Erfassung des tiefen Lebenssinns der Liebe, der Verehrung des Ewigen und jener Frömmigkeit, die eben nicht verschwindet, wofern ein Dichter ohne Makel geboren wurde. Das Sinnbildliche, das nur durch Plastik auszudrückende Gefühl ist auch immer noch in *Hermann Hesse* wach. Seine Neuen Gedichte *Trost der Nacht* /Berlin, S. Fischer/ charakterisieren sich am sichersten, wenn man sie auch mit musikalischen Werten zu vergleichen sucht. Das ist keine Zeitlyrik, das ist sogar die weltabgewandte Torheit Parsifals, und trotzdem gehört der Dichter zu einer Welt, die immer wieder erforscht und gefunden werden soll. So gelingen Hesse Sinnsprüche, die ebenso in *Angelus Silesius* oder im jungen *Goethe* stehen könnten wie in einem religiösen An-

dachtsbuch. Vielleicht ist nur die rhetorische Thematik des Lyrikers Hesse ein wenig raffinierter als bei den Gedankenlyrikern der Vergangenheit. Man höre dies:

»Es führen über die Erde
Straßen und Wege viel;
Aber alle haben
Das selbe Ziel.«

Wem kommt das Gedicht entgegen? Den Andächtigen, nicht den beharrlich Zer-rissenen, dem Überwinder, nicht dem in die Sorge Verwickelten. Also wäre schon ein Läuterungsprozeß notwendig, damit der Hörer oder Leser überhaupt imstande wäre seine tastenden Sinne bis zu solcher Schlichtheit heranzuführen. Dem Dichter wird gedankt, da es ihm gelang in die Klasse der Überwinder hinzuzugelangen, die vielleicht keine soziale, doch sicher eine philosophische und poetische Klasse ist. Deutlich wird spürbar, daß Hesse ebenso gern malt wie dichtet. Zum Beispiel ein Regenbild:

»Lauer Regen, Sommerregen
Rauscht von Büschen, rauscht von Bäumen,
O, wie gut und voller Segen:
Einmal wieder satt zu träumen!«

Da ist hinter der subjektiven Stimmung der Dichter so weit verschwunden, daß auch aus dem leidenschaftlichen Verlangen nach der Einsamkeit und der seelischen Erquickung kaum noch das Persönliche wahrzunehmen ist. Verschwistert hat sich das Gefühl des Lyrikers mit dem allgemeinen Gefühl. Und das ist schließlich der Erfolg des Lyrikers, der nicht nur stammelt sondern wahrhaftig zum Grund des Empfindens und des Tönens vordringt.

Neben diesen beiden vernehme man einen kleinern, durchaus begabten Lyriker, einen Nachahmer ohne Schwäche, in Zonen hineinlebend, die schon durchforscht wurden, einen Nachwanderer auf Wegen, die immer noch schöne Genüsse und Blumen versprechen. Solch erfreuliches Talent ist *Ernst Walter Schmidt*, dessen Bescheidenheit gewinnt. Er will, obgleich er sich in der Zeitmode schadet, nichts als ein klarer und treuer Lyriker sein; demgemäß nennt er sein Buch *Neue Gedichte* /Nürnberg, U. E. Sebald/. Was ihm vorzuwerfen ist, wäre höchstens die Lust alles hinzuschreiben, was aus ihm dringt: eine kindliche Verschwendung, noch ohne männliche Enthaltensamkeit. Man höre, wie er sich dem Schicksal naht:

»Hab mir meine Füße wund gelaufen
In der weiten, weiten wilden Welt.
Alles goldne Glück wollt' ich mir kaufen,
Wollt' die Sterne hol'n vom Himmelszelt.«

Leise hört man einen Leierkasten und nicht das Spinett, mit dessen Kunst der Lyriker vertraut sein müßte.

Ganz anders, schon weiter abgerückt von Individuellen, schon (vielleicht auch freiwillig) in eine lyrische Literatur hineingestellt, die sich doch von der lyrischen Dichtung unterscheidet, wie eben der Kunstbetrieb von der Kunst, dichtet *Victor Wittner*. Sein Band *Der Mann zwischen Fenster und Spiegel* /Wien, Paul Zsolnay/ verrät seine Halbheit. Der Mitläufer überspitzt seine Worte viel leichter als der Vorläufer. Man höre:

»Das Zimmer ziert sich vorm Leuchter.
Er lichtet nun auch die Kronkerzen. —
Die neue Malerei blinkt feuchter.«

Einmal war in diesem kleinen Kreis *Alfred Mombert* der Wegweiser. Nun ist er der Reserve treu geblieben. Er denkt nicht daran sich an Gruppen anzuschließen, die das Gebiet des Lyrischen industrialisieren. Wohl kommen die Jahre, doch immer noch rieseln die Quellen. Mombert denkt ein Drama zu schreiben: *Aiglas Tempel* /Leipzig, Inselverlag/. Doch die Rede ist nicht von jenen Schicksalen, durch die sich irdische Geschöpfe zerreiben. Der Sternsucher Mombert läßt Geschöpfe zwischen Diesseits und Jenseits in Monologen schwärmen. Da erreicht er jene orphische Sprache, jenes Geheimnis des Werdens, Bestehens und Vergehens, das unvergängliches Teil der Propheten ist:

»Was da wimmelt und wirbelt.
Was da wächst, wuchert und wandert.
Was da weilt, wacht und wohnt.
Allen das Heil,
Allen die Nacht.«

Nun zu den *Stimmen der Jüngsten*, wie die schmale Gedichtsammlung heißt, für deren Qualität Kurt Virneburg einsteht /Berlin, Der Aufbruch/. Da kommen fast lauter junge Menschen, die erst im 20. Jahrhundert geboren wurden, zu Wort. Der jüngste, Heinz Zucker, zählt erst 21 Jahre. Der älteste ist David Luschkat, 1895 geboren, der Gedankendichter, Sentenzenpräger und Spruchphilosoph, der in den Sozialistischen Monatsheften schon häufig zu Wort kam. Außer ihm wären noch 2 der Aufmerksamkeit wert: Theodor Kramer, der Dichter des Trunkenen Scherenschleifers, und Georg Zemke, der Revolutionär gegen sich selbst. In den Kramerschen Versen hallt noch viel von einer Lyrik nach, die man früher verächtlich Goldschnittlyrik hieß. Und doch hört man einen eignen Klang, eine Seele, die auch vom Sozialen angepackt ist, kurz die wachsende Individualität. Zemke will sich in Nüchternheit üben, in einer Geistes- und Herzenskultur, die auch nicht vor dem Schnöden zurücksohrrickt. Die Apparatur des Da-

seins ist durchaus realistisch. Doch staunt man immer wieder, wie schamhaft die jüngsten Dichter im Greifen nach diesen Realien sind, mit denen sie doch geboren wurden. Man höre die ersten Zeilen des Gedichts *Bureau* um 8:

»Es fällt sehr schwer auf unser Nahen
Und stiehlt uns den Geschmack der Nacht,
Die tausend Wunder, die wir sahen. — —
Das Telephon ist aufgebracht.«

Der Alltag brennt den Dichter nahe genug; doch will er ihn bildlich ausformen, so gerät er beinahe ins Abstrakte, so ist er beinahe traurig darüber, daß er sich nicht der hergebrachten Metaphern, Reime und Rhythmen bedienen darf. Los will er von der alten Form, ohne die neue entdeckt zu haben.

Zwischen diesen Dichtern, französischen ebenso wie deutschen, etwas heimatlosen Genossen einer beträchtlichen Schwermut und irdischen Hilflosigkeit, lebte *André Spire*, Jude, Lyriker, Patriot während des Krieges, doch schon von der Ahnung erfüllt, daß Blutvergießen durch energische Förderung der Seelenzärtlichkeit abgelöst werden muß. Marcel Pobé begann die Spireschen Gedichte zu übersetzen und eine kleine Anthologie zusammenzutragen (*Gedichte* /Straßburg, Heitz & Cie./): eine hochwillkommene Arbeit, auf die man auch in Deutschland nachdrücklich hinweisen sollte.

In das Aufsatzbuch *Bild und Gesetz* /Berlin, Deutsch-Schweizerische Verlagsanstalt/ hat Karl Wolfskehl eine wundervolle Studie unter dem Titel *Von Sinn und Rang des Übersetzens* aufgenommen. Hier beschäftigt sich der Getreue des Georgekreises natürlich nicht mit jenen Sprachverderbern und Sprachignoranten, die Prosa von Romanen und oberflächlichen Handwerksbüchern verdeutschen. Hier versuchte ein Beflissener und auch Eingeweihter das geistige Gesetz des Verdeutschers zu erkennen. Übersetzen, das heißt wirkliches Nachgestalten, Erhören des Klangs, Erlesen des Rhythmus, Erbauen der sprachlichen Architektur. Das alles wird nur möglich sein, wenn der Übersetzer kein Schwachkopf, kein leerer Wortelaller sondern ein ebenbürtiger Mitempfinder und Nebenformer ist. Wenn in einer Darlegung über Lyrik dieses Problem gestreift wird, geschieht das nicht zufällig. Lyrik, selbst die Lyrik eines deutschen Dichters, ist nun immer eine Art Übersetzung, eine Verdolmetzung des originellsten Gefühls, und wird die Schwäche eines Dichters enthüllt, so wird dieses kriminelle Ertappen immer am besten beim Lesen eines lyrischen Gedichts möglich sein.

Roman

Seit 30 Jahren ist *Eça De Queiroz* tot, Portugals noch immer berühmtester Romanschriftsteller. Er war, da er lebte, ein Diplomat eines etwas unruhigen Landes. In Europa und in Südamerika amtierte er steif und kurulisch. Doch sagt man ihm nach, daß er für arme Schlucker stets einige Silberstücke zur Verfügung hatte. Und während er sich um Handelsverträge, Paßangelegenheiten und repräsentatives Protokoll kümmerte, schrieb er Gesellschaftsromane, die in seiner Heimat als etwas ganz Ungeheuerliches verflucht und trotzdem verschlungen wurden. Das berühmteste dieser Bücher ist Das Verbrechen des Paters Amaro. Nach einer ältern, von Thomas Schlichtkrull besorgten Übersetzung gab Gerhart Pohl das Buch heraus /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Es ist noch heute ein sehr aufschlußreiches Kulturdokument, und es ist besonders wichtig in diesen Tagen, da allerhand Umsturz die iberische Halbinsel neugestaltet. De Queiroz, der gelehrigste Schüler iranzösischer Naturalisten, beschreibt die ganze Scheußlichkeit der klerikalen Bigotterie. Im portugiesischen Krähwinkel kriechen die Spießbürger zusammen, um sich von den geistlichen Herren betreuen und für die Seligkeit vorbereiten zu lassen. Aber die Geweihten sind Monstra, wenn sie nicht Dummköpfe sind. Ihre Begierlichkeit nach dem fleischlichen Dasein ist unersättlich. Der Priester Amaro, der einstmals seine Karriere als ein mystisch bewegter Heilssucher begann, verfällt bald jeder Versuchung. Und es beginnt jener Lebenstanz und Totentanz, bei denen die höllischen Messen der Sinne das wichtigste sind. Jedes soziale Eigentum wird geachtet, Rang, Geburt, Vermögen, nur nicht das Kostbarste des menschlichen Lebens. Der Priester wird zum Verbrecher. Er sinkt hinein in die Schliche der ganz Verworfenen, und es wird ihm leichter als dem Niedrigen, da er trotz seiner Sünde immer noch Helfer findet, die ihn dem Arm der Gerechtigkeit und dem Haß der Mitbürger entziehen. De Queiroz, dieser normale Beamte nach außen hin, war ein Revolutionär, angewidert von der Verkommenheit einer Klasse, die ihm Ehrungen verschaffte. Sein Hauptthema ist die Heuchelei.

Die Verbrecherklasse wird noch nicht als Sonderklasse innerhalb der menschlichen Gesellschaft eingeschätzt. Sie gilt als Fremdkörper, der mit medizinischem Interesse und unter den Vorsichtsmaßregeln der moralischen Antisepsis seziert wird. Ganz anders stellt sich der Ge-

sellschaftsschriftsteller unserer Tage, der Franzose *Edouard Peisson*, zu dem Verbrecherproblem. Sein Roman Abenteuer in Marseille, übersetzt von Wolfgang von Einsiedel /Berlin, Bruno Cassirer/ ist ein Sittengemälde, in dem der Verbrecher nicht mehr als besondere ungeheuerliche Zierde sondern als ein beinahe normaler Spießler neben den übrigen Erdbewohnern steht. Und es gelingt dem Verbrecher sogar sich den Schlingen zu entziehen, die um ihn gelegt sind. Sein Fall ist keineswegs hoffnungslos. Es gibt eben die Klasse der anständigen Menschen und die der gesellschaftsfeindlichen Verbrecher. Schauplatz dieser Ereignisse, die eine immerhin noch kühne These erläutern sollen, ist Marseille, also Hafenviertel, Schlupfwinkel, Kaschemme, die besondere Sonne des Südens, in den Nachbars die Mädchen, die zwar dem Vergnügen dienen, doch niesicher sind, wie sie ihr trauriges Vergnügungsdasein beschließen können. Francis Carco und sein geistiger Vorfahr Charles Louis Philippe, aber auch der fanatische Katholik Léon Bloy sind die französischen Urväter dieser modernen Verbrecherbelletristik. Sie sind scharf zu unterscheiden von den oberflächlichen Technikern des Genres, die England und Amerika alljährlich ihr Gros von Kriminalromanen liefern, wie vornehmlich Edgar Wallace (dieser so maßlos überschätzte Vielschreiber, den Menschen ohne Unterscheidungsvermögen in oder gar über den Rang eines Conan Doyle erheben möchten). Solchen Kriminalspezialisten des Romans fehlt das, was bei dem Franzosen niemals entbehrt wird, die Humanität, ein 6. Sinn des Herzens, der viel wichtiger ist als der von Angelsachsen kultivierte Spürhundsinn von Scotland Yard.

Ein sozialer Tierroman, geschrieben von dem Inder *Dhan Gopal Mukerdschi*: Der Herr der Herde /Frankfurt, Rütten & Loening/. Dieser Tierroman ist mit menschlichem Empfinden angefüllt. Und so klärt uns dieser indische Schriftsteller über Elternliebe, Erziehungsaufgaben und Erziehungsexperimente der Elefanten auf. Der Aufklärungsphilosoph Karl Fürst von Ligne verfocht einmal die These, daß auch im schwärzesten Neger noch ein Quant von der Seele des Alkibiades vorhanden sei. Und hier bei dem Inder finden wir bestätigt, daß alle Moral befriedigt wird, wenn die Elefantenherde durch die Wildnis braust.

Der Deutsche *Balder Olden* bildet sich an diesem Humanismus. Sein Knabenbuch *Madumas Vater* /Berlin, Universitas/ wurde deshalb ein kleines entzücken-

des Werkchen. Es wird ein deutscher Junge in die Wildnis verschlagen und in allem Exotischen heimisch. Aber nicht so, wie das früher die Mode war, damit die Tüchtigkeit des Jungen im Umbringen von Mensch und Tier bewiesen wurde. Der kleine deutsche Pionier soll ein Kolonisator sein, doch einer, der die Welt sozial und aufbauend erobern möchte. Der ewige Spießier wird von *Ödön Horvath* ironisiert. Er schrieb über diesen Typus, der unsterblich ist, das, was er im Untertitel «einen erbaulichen Roman in 3 Teilen» nennt /Berlin, Propyläenverlag/. Horvath packt schon zu. Doch er kommt nicht an den Kern. Schade, daß er die Originalität, die er vor 3 oder 4 Jahren zu uns brachte, so schnell verwässert. Seine Satiren wurzeln nicht fest genug in seiner Weltanschauung. Er macht sich auch das Schreiben schon etwas zu bequem. Der Spießier, dem er gewachsen ist, ist eigentlich schon ein aussterbendes Menschenexemplar. Viel wichtiger, viel gefährlicher ist der pathetische Spießier, den Horvath eigentlich auch treffen möchte, an den er sich aber nicht recht herantraut. Es ist möglich, daß der junge Schriftsteller eines Tages vom Katzenjammer befallen wird und herausfindet, daß ein Mann von seinem Talent nicht nur die winzigen Chancen der Witzmacher ausnutzen soll.

Ein junger russischer Jude, *Matwej Roesmann*, schrieb den Roman des jüdischen Kaufmanns Fischbein, der es sich herrlich ausgerechnet hatte zwischen Zarentum und Revolution hindurchzuschlüpfen und aus Reaktion und Rebellion nichts als seinen Rubelsack zu retten. Roesmann schildert nun den Zusammenbruch dieses Glücksspielersystems: Fischbein streckt die Waffen heißt sein Buch, das von Josef Kalmer und Boris Krotkow ins Deutsche übertragen wurde /Berlin, Bruno Cassirer/. Da die Kosaken des Zarenreichs Krieg führen, hat dieser Fischbein nichts Besseres zu tun als seinen Banksafe mit Juwelen und Aktien anzufüllen, Frau und Kind zu verhätscheln. Auch in der ersten Zeit nach dem Krieg hört er noch nicht auf der Egoist zu sein; er rafft und rafft. Wie dann seine Schliche erkannt werden, räumt man ihm nach und nach die Luxuswohnung und das Bankfach und die Brieftasche aus. Er wird ganz klein und häßlich und zerrädert von einem System, das kommunistisch sein soll (vom Kommunismus sich aber nicht mehr als den Namen angeeignet hat). Jeder Schriftsteller, der in Rußland Unterkunft und Nahrung finden will, bekommt heute diese

Tendenz ins geistige Orderbuch geschrieben, und diese Intellektuellen denken gar nicht daran in das Rezept etwas anderes einzumischen als ihnen geboten wird. Schwarz-Weiß-Malerei: die Vertreter des bestehenden Regimes (und auch da nur der zurzeit behördlich approbierten Richtung) nur Genies oder Helden, die anderen nur Schufte, das ist ihre literarische Technik. Sie beteiligen sich an einer großartigen Fälschung. Doch sie verstehen ihr Kunsthandwerk glänzend. Auch Roesmanns Buch zeigt ein großes Erzählertalent. Wie geschickt, wie saftig ist es doch aufgefüllt! Und wenn seine gute Laune heute nur Krampf ist: in einer freien Gesellschaft könnte sie sich entfalten, und dann könnte dieser Schriftsteller auch etwas Richtiges schaffen.

Kurze Chronik Die Nichte und Testamentsvollstreckerin *Gustave Flauberts*, die Anfang Februar im Alter von 86 Jahren in Antibes starb, hatte alle Neuauflagen Flauberts überwacht, das Archiv von Manuskripten, Briefen und Skizzen verwaltet, das nun zu einem *Flaubertmuseum* vereinigt werden soll. ◊ Man erfährt jetzt durch *Henrik Ibsens* Schwiegertochter *Bergliot*, die Gattin *Sigurd Ibsens* und Tochter *Björnsons*, daß Ibsen mehrere umfangreiche Briefsammlungen und Tagebücher hinterlassen hat, Briefwechsel mit seiner Gattin und vor allem mit seinem Sohn *Sigurd*. Das *Tagebuch Ibsens*, das vielleicht zuerst veröffentlicht werden dürfte, enthält viele Mitteilungen über das Werden seiner Werke und Urteile über sie. ◊ Den von der Turiner Stampa gestifteten großen Literaturpreis von 50 000 Lire erhielt *Corrado Alvaro*. Unter *Alvaros* Dichtungen ragen die Erzählung *Gente di Aspromonte* und das Kriegsbuch *Vent' anni* hervor. ◊ Als *Vicente Blasco Ibanez* vor einigen Jahren im Exil starb, hatte er testamentarisch verfügt, daß man ihn in Mentone an der Riviera begraben solle; er wolle Spanien nicht wiedersehen, solange dort ein König herrsche. Jetzt, nach der Ausrufung der Spanischen Republik, will man den großen Dichter in sein Heimatland zurückholen und ihn dort beisetzen, wahrscheinlich in Valencia, seiner Geburtsstadt, der Stadt, wo er die erste revolutionäre Zeitung gründete, wo er für seine Ideen wirkte, seine ersten Bücher schrieb, wo er auch wegen seiner revolutionären Propaganda im Gefängnis saß. Das Vermögen, das *Ibanez* mit seinen Büchern erwarb, gab er der revolutionären Bewegung, für die er sein Leben lang gekämpft hat.

Bühnenkunst / Walther Petry

Lessingdrama Lessings *Minna von Barnhelm*, in Berlin, im Deutschen Künstlertheater, mit

Käthe Dorsch als Minna, mit Matthias Wiemann als Tellheim gespielt, das klassische deutsche Lustspiel, dessen Vorbildlichkeit das Andenken dieses Schriftstellers großen Formats zu ehren wirksam imstande ist. So sehr Dorsch immer aus eigenem wunderbaren Vermögen die Figur des Fräuleins mit einem mimischen Reichtum belebt, der den klaren Umriss mit einem strahlenden Medium menschlicher Wärme, weiblicher Anmut umgibt, wie sehr auch Wiemann, der Rolle entgegen, dem Major eine knabenhafte, vergrübelte Eigenwilligkeit leihen mag, die der spröden Nüchternheit dieser Figur neue, nicht unpassende Akzente setzt, den Erfolg verbürgt doch das unzerstörbare Leben des Spiels, das in seinen Charakteren liegt. Die elegante und prägnante Entwicklung der Handlung, die in genauer Erfindung kunstvoll ans Ziel kommt, die helle und schnelle Sprache, ein Deutsch, das so unnachahmlich das Wesen des Mannes, der es schrieb, ausprägt; sie stellen diese Charaktere dar (und in ihnen einen wahren und volkstümlichen Gehalt) und können, so taktvoll und lebendig geführt, dieses deutsche Lustspiel vor Vergessenheit bewahren.

Nicht so kann das von *Emilia Galotti* gelten. Das Berliner Staatstheater brachte dieses Stück in einer sorgfältigen Aufführung, geleitet von Leopold Jessner, heraus, und so sicherlich es imponierte, es konnte nicht mehr. Die Emilia ist kunstvoll bis zum Künstlichen. Sie hält mit den 3 Figuren des Prinzen, des Marinelli und der Orsina (ihre Szene in der Darstellung von Maria Koppenhöfer der Höhepunkt der Aufführung) das Interesse wach, kann es aber zur menschlichen Anteilnahme nirgends beleben. Die Sprache ist starr. Das gibt dem antithetischen Dialog Festigkeit, macht ihn aber seelenlos. Gleichwohl ist alles: Figur, Intrige, Dialog, so theatermäßig kalkuliert, so spielgerecht abgewogen, so scharf belichtet, daß die Wirkung dieses Trauerspiels sicher ist. Es erzieht zu kunstmäßigem Verständnis des Theaters: eine Aufgabe, deren Wichtigkeit in einer Zeit steigt, deren Stückemacher sich in schlechtem Handwerk gefallen.

Konversationsstück Sollte die Berliner Aufführung von Jean Giraudoux' *Amphitryon XXXVIII* im Theater in der Stresemannstraße die Be-

reitwilligkeit erkennen lassen, mit der man im theatralischen Bezirk die kulturellen Beziehungen mit Frankreich pflegen will? Das wäre eine Fehlannahme. Im angloamerikanisierten Berlin wäre solche Bereitwilligkeit allenfalls ein Notprodukt. Und dieses Stück ist sicher nicht der französischen Kunst sondern einer Schauspielerin wegen gegeben worden. Über den Dichter Giraudoux ist hier schon das Wesentliche gesagt worden (siehe den Artikel Vielhabers, 1928 II Seite 872 und folgende). Aber dieser hervorragende Prosaist ist kein Dramatiker. Sein 38. Amphitryon ist Konversationsstück in loser mythologischer Verkleidung. Die Figuren reden das pointenreiche witzige Pariserisch dieser Zeit vor dem Hintergrund eines hübsch kontrastierten Griechentums und bewegen sich durch die Verschlingung der Fabel, die sich bei Kleist zum tragischen Knoten schlang, mit der traditionellen Leichtigkeit, die aus der gefälligen Verwandlung des Stücks zum Gesellschaftslustspiel erwuchs. Das literarische Niveau hielt das Stück nur durch einen Dialog, der bewundernswert die Mitte zwischen Heiterkeit und Haltung, zwischen Witz und Sprachanstand einnahm. Besser als Amphitryon hieße dieses Lustspiel Alkmene. In der Figur dieser mit aller psychologischen Feinheit gezeichneten gräko-französischen Ehefrau hat es seinen Mittelpunkt. Die Unbeirrbarkeit, mit der sie sich aus der Verwirrung von Eifersucht und Schuld herausfindet, ist zu einem so verständigen, liebenswürdigen und anziehenden Charakter gebildet, daß allein aus ihm in die olympischen Verführungsszenen jene Bewegtheit und Frische kommt, die den Erfolg des Stücks entscheiden. Umfang und Durchbildung der Rolle entsprechen genau dem Umfang und der Durchbildung des Talents Elisabeth Bergners. Sie umgibt ihre Repliken mit einem mimischen Reichtum, beladet sie mit so viel überraschenden stimmlichen Akzenten, daß ihr zuzuhören, ihren Bewegungen zu folgen für die Dauer des Abends ausreichenden Genuß gibt. (Die deutsche Buchausgabe des Dramas, die, von Hans Feist bearbeitet, im Berliner Dreimaskenverlag erschien, ist daher mit einigen photographischen Aufnahmen geschmückt, die diese Darstellerin in ihren, dem Theaterpublikum vertrauten charakteristischen Szenen zeigen.)

Gesinnungstheater Den 3 Szenen Alfred Döblins, die er *Die Ehe* betitelte, geht ein Vorspiel voraus, in dem eine inhaltlose Figur, der

Dichter genannt, auftritt und in seinem Geschäft; der Erfindung mondäner Liebesgeschichten, lächerlich gemacht wird. Es steht zu befürchten, daß Döblin mit dieser Figur den Dichter überhaupt treffen wollte. Er würde damit an seinem Ziel genau so vorübergehen wie bei seinem Angriff auf die Malerei unserer Tage (siehe die Rundschau Bildende Kunst, in diesem Band Seite 498). Hier stehen nicht die gesellschaftskritischen Absichten Döblins, steht auch nicht sein soziales Programm zur Besprechung (man wird sich mit ihnen auseinandersetzen müssen, wie es eine geistige Persönlichkeit wie Döblin beanspruchen kann, auch dann, wenn sie im Einzelfall versagt). In dieser Rundschau ist nicht von der Substanz des Werks (das jetzt im Druck vorliegt /Berlin, S. Fischer/) die Rede sondern nur von dem Theaterstück, das in der Berliner Volksbühne aufgeführt wurde. Diese Aufführung mußte mit einer Vermengung schwer vereinbarer Elemente fertig werden. Nur ein Beispiel: Es tritt eine »arme 8köpfige Gärtnersfamilie« auf und versucht mit rhythmischer Begleitmusik und stellenweiser Erhebung ihrer Aussage zum Sprechgesang eine Wohnung zu bekommen; ein junges Arbeiterehepaar, arbeitslos und ohne Wohnung, geht an § 218 zugrunde; eine Kapitalistenehe offenbart ihre Unmoral. Diese Szenen, im berlinischen Dialekt zahllosen Ereignissen des Tages nachgeschrieben, bleiben hinter dem Ernst einfach mitgeteilter nackter Tatsachen zurück. Sie wollen mit dem Gewicht der Faktizität wirken, bedienen sich aber opernhafter Mittel. Da wird der gesprochene Text melodramatisch untermalte; es werden "Songs" eingeflochten; pantomimische Chöre ziehen im Halbdunkel über die Bühne; die von jeder realistischen Kulisse befreite Szene wird von dem schaurigen Requisit eines Sargs balladisch belebt, und die Prosa steigt zum chorischen Gesang auf. Die Gesamtauführung konnte über eine Aneinanderreihung von Einzelteilen nicht herauskommen. Ein Ganzes fügte sich nicht. Die Szene blieb leer, ein hohlgelegtes Podest für die hervorgehobenen Auftritte ging über den mittlern Bühnenraum, darunter, auf beweglicher Bahn, die Kapelle. Auf der Projektionswand des Hintergrunds erschienen die gezeichneten Schwarz-Weiß-Bilder. Dadurch war ein beliebig schneller Szenenwechsel möglich, und es wurde zugleich von der Naturalistik der Dialoge abstrahiert. Die Illusionswirkung war stark. Sie wurde freilich in diesem Fall nicht genutzt; den-

noch scheint der Weg der vollständigen Ersetzung schwerfälliger und kostspieliger Sachkulissen durch gezeichnete, lautlos wechselnde Lichtbilder grundsätzlich richtig. Das naturalistische Bühnenbild: mehrstöckige Bauten, richtige Meublements, muß ebenso wie das moderne Meinigertum der komplizierten Maschinenkonstruktionen mit Aufzügen, Rolltreppen, Laufbändern, einem einfachen, klar gegliederten, phototechnisch belebten Raumbild weichen. Die Projektionen zeichnete Caspar Neher; die Musik, als Untermalung des Textes und rhythmischer Übergangsbefehl in unklarer Stellung, stammte von Karol Rathaus, dessen Stellung in der modernen Musik unlängst hier charakterisiert wurde (siehe die Rundschau Musik, in diesem Band Seite 502 und folgende).

Totenliste In Pau starb Ende März, an den Folgen einer Operation, der Dramatiker *Fernand Nozière*, der Verfasser zahlreicher Unterhaltungsstücke, im Alter von 57 Jahren. Verschiedene seiner Stücke sind auch in Berlin gespielt worden, so 1927 *Die gefesselte Welt* und vor kurzem *Die alte Kanaille* in den Kammerspielen. Mitte April starb der aus den Passionspielen bekannte *Sebastian Lang* aus Oberammergau, im Alter von 78 Jahren. Er spielte verschiedene Rollen, so den Nathanael und den Kaiphas. Am 26. April starb nach schwerer Krankheit, die ihn schon einmal zu einer Operation genötigt hatte, *Desider Zador* in Berlin. Zador, als Bühnengestalter ebenso ausgezeichnet wie als Vortragskünstler (siehe die Rundschau Vortragskunst, in diesem Band Seite 509), hatte als Schullehrer in seiner Heimat Ungarn seinen Lebensweg begonnen. Bald aber bildete er seine Baritonstimme aus und debütierte an der Budapester Oper als Figaro. Seine große Zeit verlebte er in Berlin. Er wurde zunächst an die Komische Oper engagiert und, nach einem Engagement in Dresden, nach einem Gastspiel ebenfalls als Figaro, an das Königliche Opernhaus in Berlin berufen; zuletzt wirkte er dort an der Städtischen Oper. Seine größten Erfolge waren der berühmte Alberich, den er in den Münchener Festspielen sang, der Alfonso in *Così fan tutte* und endlich Don Pasquale. Seine Eigenart war die bedeutende Charakterisierungskunst, die ihn alle Rollenganz persönlich gestalten ließ, und seine außerordentlich klare Sprache. Wenn er auf die Bühne kam, war gleich Leben da; selbst wenn er nur ein paar Takte

lang zu spielen hatte, wie etwa vor 11 Jahren als Kämmerer in Sekles' Schahrazade (die allzu schnell wieder verschwand). Er war eines der vielseitigsten Mitglieder der Städtischen Oper, die ihn nicht so leicht wird ersetzen können.

Mitte Mai starb in Wuppertal *Matthias Claudius*, im Alter von 66 Jahren. Dieser Nachkomme des Dichters Claudius war am Dresdener Hoftheater, am Berliner Deutschen Theater, in Düsseldorf und zuletzt in Barmen (jetzt Wuppertal) als Schauspieler tätig gewesen.

Mitte Mai starb in New York einer der erfolgreichsten amerikanischen Theaterdichter und Regisseure *David Belasco*, im Alter von fast 78 Jahren. Er hatte als Laufbursche am Theater begonnen, nachdem er von der Schule entlaufen war, und wurde sehr bald Direktor zweier Theater. Belasco hat eine große Zahl Theaterstücke geschrieben. Sein Erfolg beruhte darauf, daß er zugleich Regisseur, Dichter, Dramaturg und mit Leib und Seele beim Theater war.

Kurze Chronik Unter der Leitung Mosche Halewys besteht in Palästina seit einigen Jahren ein *hebräisches Arbeitertheater* Ohel, das in diesem Herbst in Berlin gastieren wird. Halewy verwendet nicht allein das gesprochene Wort, vielmehr sind Rhythmus, Farben und Musik Elemente seiner Darstellungen, die aus den Überlieferungen des palästinensischen Volkstums neue Kräfte für sein Theater schöpfen wollen. ◊ In Semarang auf Java wird ein Theater erbaut, das erste *javanische Theater* überhaupt. Die Initiative geht von der Volkskunstvereinigung Sobo Kartti aus; die neue Bühne soll die alten javanischen Theaterüberlieferungen pflegen. ◊ Im Germanistischen Institut der Sorbonne, das Henri Lichtenberger leitet, sprach Hermann Kesser über das *politische Theater* in Deutschland. Er betonte im wesentlichen, daß es nach der Zeit des Expressionismus, der als »Aufschrei der Fassungslosen«, als »flammender Kurzschluß« notwendig gewesen sei, der durchdachten Arbeit, der Darstellung dessen, was da ist, auf der Bühne bedürfe. ◊ Zum Intendanten der *Berliner Städtischen Oper* wurde Carl Ebert gewählt. Ebert hat sich in seinem letzten Wirkungskreis, in Darmstadt, um die Operngestaltung Verdienste erworben. Wenn er jetzt zum musikalischen Leiter des Instituts Fritz Stiedry berufen wollte (der nach seiner besondern Art die Opernkunst zu durchdringen und nach seiner geistigen Gesamthaltung unter den

Dirigenten unserer Tage einzig dazu qualifiziert scheint), könnte die Städtische Oper jene Stellung erlangen, die man der Hauptstadt der Deutschen Republik wünschte. ◊ Der Präsident der Französischen Republik Gaston Doumergue verlieh der deutschen Sängerin *Lotte Lehmann* das Band der Ehrenlegion. ◊ In Andernos-les-Bains, dem Ruhesitz *Sarah Bernhards*, wird der großen Künstlerin ein Denkmal gesetzt. ◊ Am 9. April wurde *Arthur Kraußneck* 75 Jahre alt. Er ist einer unserer vielseitigsten und wirkungsvollsten Schauspieler, einer von denen, die uns die Tage des alten Deutschen Theaters ins Gedächtnis rufen. Er spielte, oft neben Kainz, den Karl Moor, den Tell, dann den Wallenstein, Götz, Nathan, auch den Pastor Manders und den alten Hilse. Noch jetzt wirken die wenigen Sätze, die er auf der Bühne des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin spricht, wie eine Offenbarung echter Menschlichkeit: so als Schauspieler im Hamlet, als Medina-Sidonia im Don Carlos. Er stammt übrigens aus Ostpreußen, wie Else Lehmann und andere der ganz Großen.

Literatur Die Corona, eine in Zürich erscheinende Zweimonatschrift, verlegt von der Bremer Presse in München, von Martin Bodmer und Herbert Steiner ausgezeichnet redigiert, bringt im 4. Heft des 1. Jahrgangs einen Aufsatz *Karl Voßlers* über Zeit- und Raumordnungen der Bühnendichtung. Vorbildlich in der Art ein interessantes Thema in vielfältiger Verknüpfung und historischen Verwandlungen in einem lose verknüpfenden, plaudernden, Beispiele und Anekdoten einmischenden Stil abzuhandeln. Voßler lehrt, ohne zu dozieren, und sagt in einer anmutigen Manier beherzigenswerte Dinge. Es sei ein Satz wiedergegeben: »Die natürlichen Vermittlungen herzustellen von der Dichtung zu der Bühne, vom Drama zum Theater und von der beschaulichen zu der tätigen Anschauung, das ist die eigentliche Rolle des Schauspielers. Er treibt und unterhält, wie ein pulsierendes Herz, den Kreislauf vom geistigen in das zeiträumliche und vom seelischen in das leibhaftige Leben. Kein noch so sinnreicher Mechanismus, keine Drehbühne, keine laufenden Bänder können seine Bewegung ersetzen. Von allen Bühnenbildern der Welt ist und bleibt das edelste und einzig unentbehrliche das sprechende Menschen Angesicht des Schauspielers. Keine Maske, auch noch so gespenstisch und wechselnd

beleuchtet, kommt ihm gleich.« \diamond Aus dem Nachlaß *Hugo von Hofmannsthal* erschien ein Buch vermischter Prosa, betitelt *Die Berührung der Sphären* /Berlin, S. Fischer/. Der starke Band umfaßt Aufsätze aus dem Zeitraum von 1896 bis 1929 zu einem kaum abgrenzbaren Themenkomplex des gesamten geistigen Lebens, Rezensionen, Anzeigen, Gedenkrede, Vorreden, Einleitungen, Unauswägbar an Gehalt, spontan in den Hinwendungen zu poetischen wie politischen Gegenständen, reich an erhellenden und verbindenden Zügen, schön in seinem sprachlichen Gleichgewicht. Dies vor allem sei herausgegriffen: die Gemäßheit, mit der ein Gegenstand berührt, ergriffen und durchleuchtet wird. Immer wird mit einem zarten, doch genauen Sprachmittel die Bedeutung der Dinge in der Stufenfolge der geistigen Ordnung festgehalten. Diese richtige maßvolle Behandlung fließt ästhetisch aus einem immer lebendigen Formgefühl, moralisch aus dem Sinn für Gerechtigkeit. In unserm Zusammenhang sei auf Stücke wie Schiller, Über die Pantomime, Die Bühne als Traumbild, Worte zum Gedächtnis Molières, Goethes Opern und Singspiele, Komödie, Festspiele in Salzburg, Das Reinhardtsche Theater, Ferdinand Raimund, Ein rumänischer Dramatiker, Lessing hingewiesen: schon in dieser Aufzählung eine Welt, die in angedeuteten oder durchgezeichneten Gestalten vortritt. Unvergesslich faßt die ganze Summe an geistiger Erkenntnis und zukünftigem Ausblick der an den Schluß gestellte große Essay *Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation* zusammen. \diamond *Vox humana* nennt *Therese Rie-Andro* eine Erzählung, in der »das Leben einer Sängerin« dargestellt wird /Ebenhausen, Wilhelm Langewiesche-Brandt/. Es ist das Leben der *Wilhelmine Schröder-Devrient*. Sie besaß als Künstlerin eine gestaltende Kraft, die auch auf die Generationen nach ihr wirkte. Was sie schuf, war neu, und es war immer das Größte ihrer Zeit (und manchmal auch der Folge). Ihr eignes Leben aber gestaltete sich von selber, nur von der Leidenschaft her, nie vom Verstand reguliert. Sie ist in jedem Betracht das genaue Gegenteil jener *Branzilla*, die *Heinrich Mann* als den Typus der großen Bühnensängerin gezeichnet hat, und bei der Leben und Gestalten durch die unbeugsame Energie des Kopfes gehen. So verschieden wie das Leben der beiden ist auch ihr Tod. Wer das Buch liest, das ganz aus dem Gefühl geschrieben ist, wird von diesem Schicksal ergriffen werden.

KULTUR

Innenkolonisation / Otto Karutz

Bauausstellung Am 9. Mai wurde die diesjährige Sommerschau des Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamts, die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931, feierlich eröffnet. Wenn sich auch der ursprüngliche Plan einer 10 Jahre dauernden Bau-schau sehr gewandelt hat, so bietet doch diese Berliner Ausstellung (die größte seit der Berliner Gewerbeausstellung 1896) außerordentlich wertvolle Anregungen, die sicherlich in der Baupraxis nachhaltig wirken werden. Rund 60 000 Quadratmeter gedeckte Hallenfläche, das sind alle bereits bestehenden Hallen des Ausstellungsgeländes am Funkturm, sowie rund 70 000 Quadratmeter Freigelände innerhalb der Wagner-Poelzig-schen Pergola gegenüber dem Haus des Rundfunks sind bis auf den letzten Quadratmeter ausgenutzt. Angefangen von der Internationalen Städtebauausstellung über die Abteilung Das Neue Bauen, über die Ausstellungen der Baustoffe, der neuzeitlichen Wohnung, der Kunst im Bauwerk, der technischen Hilfsmittel des Hoch- und Tiefbaus und des ländlichen Siedlungsbaus, ist alles vertreten, was irgendwie im Zusammenhang mit dem technischen und konstruktiven Fortschritt der heutigen Bauwirtschaft steht. Besondere Bedeutung kommt der Sonderausstellung *Der ländliche Siedlungsbau* zu, die unter Führung des preußischen Landwirtschaftsministeriums mit Bruno Ahrends als technischem Sachbearbeiter auf dem Freigelände errichtet ist. In 15 Siedlergehöften: Bauernstellen, Landarbeiterstellen, Gärtnerstellen, Hühnerfarmen, Kohlscheune usw., ist der Versuch gemacht worden anschauliche Anregungen für Fachmann und Laien über den Stand der ländlichen Bautechnik und über die Wege zu geben, die im Interesse sowohl der Verbilligung des ländlichen Bauens wie auch der zweckmäßigsten arbeits- und betriebswirtschaftlichen Gestaltung des Grundrisses beschritten werden müssen. Allerdings ist das auf der Ausstellung Gezeigte, wie bereits der Ehreuvorsitzende dieser Sonderausstellung, der Preußische Landwirtschaftsminister *Heinrich Steiger*, in seiner Eröffnungsansprache betonte, nichts absolut Fertiges, das in der Praxis ohne jedes Nachdenken bloß zu kopieren wäre. Die die Ausstellung veranstalteten, haben nichts anderes gewollt als mit den Bauten Anregungen zur geistigen Durchdringung der heutigen Probleme des länd-

lichen Siedlungsbaus zu geben. Sie erwarten also von den Siedlungsträgern, von der Preußischen Landeskulturverwaltung, von den im Siedlungsbau tätigen Architekten eigne Vertiefung und Ausgestaltung des Gezeigten. Diese weitere Arbeit, der die Ausstellung Grundlage ist, wird allerdings wesentlich dadurch erleichtert werden, daß die Sonderausstellung Der Ländliche Siedlungsbau als einziger Teil der gesamten Bauausstellung stehen bleiben und während der nächsten 5 Jahre eingehenden technischen und konstruktiven Versuchen unterzogen werden soll.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß den Mittelpunkt dieser Sonderausstellung eine große Siedlungswanderausstellung des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bildet; sie ist in Gemeinschaft mit den Siedlungsträgern errichtet. Hier ist versucht worden in konzentriertester Form einen anschaulichen Überblick über Idee, Zielsetzung und Leistung der ländlichen Siedlung Deutschlands und anderer Länder zu geben. Eine riesige Ehrenhalle des Deutschen Reichs, seiner Länder und 16 anderer Staaten zwingt den Besucher in den Bann der den Menschen der ganzen Welt gestellten Aufgabe: durch Siedlung Arbeit, Heimat, Brot zu gewinnen. Siedlung und Wirtschaft mit ihrer innern Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit sind dargestellt. Die Verpflichtungen, die die Siedlungsleistung der Vergangenheit der Siedlungsarbeit für Gegenwart und Zukunft auferlegt, hat man anschaulich zu machen gesucht. Und dann folgt im großen Überblick eine Darstellung des Heute der ländlichen Siedlung, der Probleme des Bauens, der Bedeutung des Landmessers für die Siedlung, der Verbindung von Heimatschutzinteresse und Siedlung, der Melioration und der Moorkultur. Das Ganze ein überzeugendes, durch die Größe fast überwältigendes Bild der Aufgabe, die dem deutschen Volk auf dem Land gestellt ist.

Bautätigkeit Infolge der günstigen Witterung im 1. Halbjahr 1930 war die Bautätigkeit in Deutschland stärker als 1929. Allerdings wurden im wesentlichen nur bereits begonnene Bauten vollendet. Die Bauprognose, die aus den erteilten Bauerlaubnissen für 1930-1931 zu stellen war, war ungünstig gewesen; sie sind im 1. Halbjahr 1930 in 92 erfaßten Städten um 34 % gegen 1929, um 9 % gegen 1928 zurückgegangen. Diese Zahlen beziehen sich auf Wohnungen. Bei den gewerblichen und

industriellen Bauten beträgt der Rückgang der Baugesuche 18 %. Offen bleibt bei der Beurteilung dieser Zahlen jedoch, wie weit ein Ausgleich des Rückgangs durch stärkere Konzentration der Bauvorhaben erzielt wird. Einen gewissen Rückschluß in dieser Richtung läßt die Tatsache zu, daß bei den fertiggestellten Bauten die Mehrfamilienhäuser überwiegen. Der Anteil der Einfamilienhäuser am Wohnungsbau ging auf 27 % gegen noch 41 % im Jahr 1927 zurück.

Das Gesamtergebnis des Baujahrs 1930 ist nicht ungünstig. In den Großstädten über 50000 Einwohner zeigt es die größte Bauleistung seit 1924; mit 162 000 Wohnungen liegt das Bauergebnis um 13 % höher als 1929, um 27 % höher als 1928. Der Anteil der Neuwohnungen am Gesamtwohnungsbestand ist auf 15,4 gegen 13,2 % gestiegen. Es verstärkt sich die Tendenz größere Wohnhäuser mit mehr Wohnungen zu errichten, wobei der Anteil der Kleinwohnungen ständig zunimmt. 88,2 % sämtlicher Wohnungen in Wohngebäuden wurden mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet. In Berlin war 1930 ein Reinzugang von 43 900 Wohnungen zu verzeichnen; das ist fast das Doppelte des Vorjahrs.

Wohnungspolitik

In der Wohnungspolitik des Reichs machen sich 2 Bestrebungen vor allem bemerkbar: einmal den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fortzusetzen und zu beschleunigen, weiter im Interesse sparsamster Verwendung der öffentlichen Mittel in der Bauwirtschaft und zur Entlastung des Wohnungsmarkts Klein- und Kleinstwohnungen vor allem zu fördern. In der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 findet sich im 7. Teil die Bestimmung, daß das Wohnungsmangelgesetz mit dem 1. April 1934 außer Kraft tritt, sowie daß das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz am 1. April 1936 ablaufen, sofern bis dahin die mietsrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet sind. Für die Dauer ihrer weitern Geltung sind sie hinsichtlich neuabgeschlossener Mietverträge, hinsichtlich des Anspruchs des Vermieters auf Wohnung im eignen Haus, hinsichtlich der Portierswohnungen eingeschränkt. Außerdem sind in diesem Abschnitt die Berechtigung des Gemeinnützigkeitszusatzes bei Wohnungsbau-gesellschaften und das Recht zum Erlaß von Richtlinien über Förderung und Verbilligung des Kleinwohnungsbaus durch das Reich grundsätzlich geregelt.

Auf Grund dieser Notverordnung sind am 10. Januar 1931 vom Reichsarbeitsminister die im Einvernehmen mit den Ländern aufgestellten Reichsgrundsätze veröffentlicht worden, in denen die Verwendung der zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens bestimmten Mittel geregelt wird. Es ist ein Kleinstwohnungsprogramm, an dem sofort lebhaft Kritik aus sozialen, finanziellen und bauwirtschaftlichen Erwägungen geübt wurde. Namens der Gemeinnützigen Heimstätten-, Spar- und Bauaktiengesellschaft wendet sich Bruno Taut in einer von der Deutschen Wohnungsfürsorgegesellschaft herausgegebenen Schrift Gegen den Strom gegen das neue Wohnungsbauprogramm. Er stellt fest, daß in den vorgesehenen Kleinstwohnungen für kinderreiche Arbeiterfamilien zu wenig Platz sei. Der wirtschaftliche Fortschritt der neuen Bautypen sei noch nicht erwiesen. Es sei falsch die Lösung des Wohnungsproblems auf der Grundlage der nach Rentabilität und Zins berechneten Miete zu lösen, insbesondere dann, wenn, wie im vorliegenden Fall, vorauszusehen sei, daß bei Konjunkturaufschwung das in den Kleinstwohnungen festgelegte Kapital wegen des verstärkten Strebens nach größeren Wohnungen unrentabel werde. Nicht minder bestimmt wandte sich in einem Diskussionsabend des Deutschen Vereins für Wohnungsreform der Ministerialrat Otto Lehmann vom preußischen Wohlfahrtsministerium gegen den Optimismus über die Lage des Wohnungsmarkts, der aus der Wohnungsbaupolitik des Reichs spreche. Die generelle Annahme, die Wohnungsnot sei überwunden, weil eine große Zahl von Neubauwohnungen leer ständen, gehe durchaus fehl. Dies sei kein Symptom einer allgemeinen Befriedigung des Wohnungsbedarfs sondern eines Mangels an Kaufkraft. Die Preise der Neubauwohnungen seien mindestens in einer Reihe von Gemeinden zu hoch. Wohl treffe es zu, daß hier und da von einer Deckung des Wohnungsbedarfs gesprochen werden könne; in der Mehrzahl der deutschen Gemeinden aber bestehe noch ein erheblicher Fehlbedarf. Er sei in Preußen jetzt noch auf 300 000 zu schätzen, zu denen in den nächsten 10 Jahren infolge Gründung neuer Haushaltungen allein in Preußen ein jährlicher Zuwachsbedarf von 175 000 Wohnungen trete. Dieser Bedarf könne nur unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel gedeckt werden. Die öffentliche Hilfe dürfe daher nicht zu früh abgebaut werden. Recht zweifelhaft sei allerdings die

durch die Notverordnung eingeführte Finanzierungsmethode des Zinszuschusses. Der Bau von Kleinstwohnungen sei auf der Grundlage guter Grundrißgestaltung vertretbar. Das Entscheidende jedoch sei scharfe Mietbegrenzung nach oben. Eine endgültige Beurteilung der neuen Wohnungspolitik des Reichs wird erst dann möglich sein, wenn die ersten Großblocks neuer Klein- und Kleinstwohnungen erstellt sein werden und die Möglichkeit bieten die Zweckmäßigkeit der Anlage und die Verwendungsmöglichkeit für die Wohnbedürftigen zu prüfen.

Veranstaltungen Am 27. und 28. Oktober 1930 tagte in Berlin der 7. *Deutsche Bauhüttenstag*. Mit ihm wurde zugleich das 10jährige Wirken der deutschen Bauhütten festlich begangen. In der Begrüßung des Bauhüttenstags hob der Vertreter des Reichsarbeitsministers die wertvolle und nützliche Arbeit der Deutschen Bauhütten für die Allgemeinheit rühmend hervor. Die Hauptvorträge hielten Rudolf Wissell und Otto Rode; der eine sprach über die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften und Konsumenten, der andere über die technische Entwicklung der Sozialen Baubetriebe. Es wurden 2 Resolutionen zur Arbeitsbeschaffung und zur Behebung der Wirtschaftskrise einstimmig angenommen. In der einen werden namentlich die Gewerkschaften gebeten »die Sozialen Baubetriebe bei der Beschaffung von Arbeit tatkräftig zu unterstützen und insbesondere zur Durchführung ihrer eigenen Bauaufträge die Sozialen Baubetriebe heranzuziehen«. In der andern heißt es: Der Bauhüttenstag hält »die Beschaffung produktiver Arbeit für die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften in der nächsten Zeit. Bei Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft würde der Wohnungsbau um mehr als die Hälfte gedrosselt und die Massenarbeitslosigkeit weiter verstärkt. Durch eine normale Beschäftigung des Baugewerbes würde auch den Baustoffindustriellen sowie den Nebengewerben und der Urproduktion von Holz, Kohle und Eisen Arbeit zugeführt. Ohne ein normal beschäftigtes Baugewerbe gibt es keine blühende Volkswirtschaft.«

Die Arbeitsgemeinschaft der *Landeskulturverbände Deutschlands* veranstaltete am 4. Februar 1931 in Berlin eine Kundgebung über den freiwilligen Arbeitsdienst für Landeskultur. Eine Reihe von Organisationen erklärte durch ihre Vertre-

ter ihre Zustimmung zur Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes für Landeskultur. In einer von der Versammlung angenommenen Resolution heißt es, die zu der Kundgebung vereinigten Vertreter und Freunde des landwirtschaftlichen Meliorationswesens seien überzeugt, daß die Hebung der Produktionskraft des deutschen Bodens das wichtigste Betätigungsgebiet eines öffentlichen Arbeitsdienstes sei und den Vorrang vor jeder sonstigen Betätigung der Öffentlichen Hand haben solle, insbesondere auch vor manchem gar nicht oder wenig produktiven Kanal- und Straßenbau; angesichts des Ernstes der Lage des Arbeitsmarkts, der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Landwirtschaft im besondern sei es die Pflicht aller verantwortlichen Stellen das Werk umfassender Bodenverbesserungen auf dem Weg des freiwilligen Arbeitsdienstes entschlossen und tatkräftig in Angriff zu nehmen.

Gelegentlich der Leipziger Messe führte der Deutsche Ausschuß für Wirtschaftliches Bauen am 7. März in Leipzig eine Kundgebung *Bauen tut not!* durch. Der Präsident des Ausschusses, Rudolf Stegmann, betonte in seiner Eröffnungsansprache, man erhebe in letzter Stunde seine Stimme; die Notverordnung des Reichspräsidenten habe Klarheit gebracht, bedeute aber materiell für die deutsche Bauwirtschaft eine furchtbare Katastrophe. Richard Schubert /Berlin/ beleuchtete dann des näheren die Auswirkungen der bauwirtschaftlichen Depression auf die gesamte deutsche Wirtschaft. Der Niedergang des Baugewerbes lasse die deutsche Arbeitslosigkeit in ihrer vollen Grauenhaftigkeit spürbar werden. Der Generaldirektor der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten (Gagfah) Arnold Knoblauch befaßte sich mit den Problemen der Baufinanzierung. Der begründeten Forderung eines Preisabbaus beim Baugewerbe sei das Verlangen entgegenzusetzen diesen Wirtschaftszweig von der Sonderbelastung mit Gebühren für bürokratische Verwaltung zu befreien. Auch müsse man ihm Kontinuität für eine längere Zeitspanne verbürgen. Wie die Verhältnisse jedoch lägen, drohe die deutsche Wohnbautätigkeit gegen 1930 heute auf $\frac{1}{3}$, bei Berücksichtigung der Raumbeschränkung sogar auf $\frac{1}{4}$ zusammenzuschrumpfen. Bei dieser trüben Perspektive müsse schleunigst folgendes Programm gesetzlich verankert werden: Für jede Neubauwohnung ein kleines Darlehn aus öffentlichen Mitteln; daneben Heranziehung öffentlichen Leihkapitals in Form

von 2. Hypotheken, für die Bürgschaft und Zinszuschüsse zu leisten seien. Im Hinblick hierauf sollte man vor einem 10% erfassenden Vorgriff auf das Steueraufkommen des Jahres 1932 nicht zurückschrecken. Auch wären noch die Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der Wohlfahrtsetats dem Wohnungsbau dienstbar zu machen. Auf dieser Basis wäre nach seiner Überzeugung ein Wohnungsbauprogramm von 80- bis 100 000 Wohnungen zu verwirklichen.

Wie in früheren Jahren veranstaltete die Vereinigung *Deutsches Archiv für Siedlungswesen* in der Zeit vom 25. bis zum 28. März in Berlin einen wissenschaftlichen Lehrgang, der im wesentlichen dem Problem der Arbeitslosigkeit und Siedlung gewidmet war. Es wurden auf ihm die Grundzüge der Arbeitslosenfrage behandelt und dann dargestellt, wie landwirtschaftliche Siedlung, Gärtnersiedlung und nebenberufliche Siedlung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und Linderung ihrer Folgen beitragen können. Besonders instruktiv waren die Vorträge über die praktische Wirkung nebenberuflicher Siedlung in Ostpreußen und über Erfahrungen im Landkreis Bitterfeld. Der letzte Tag der Tagung war der Frage gewidmet, ob Arbeitsdienst in Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Siedlung ein der Linderung der Arbeitslosigkeit dienendes Mittel sei. Hierbei berichtete der Landrat Theodor Steltzer /Rendsburg/ über den Arbeitsdienst Jugendlicher mit Hilfe von Siedlungsgütern.

In der Zeit vom 27. bis zum 29. Mai wurden sämtliche leitenden Beamten der *Preußischen Landeskulturverwaltung* zu einer Tagung nach Berlin berufen. An den auf der Bauausstellung errichteten Siedlungsbauten führten Bruno Ahrends und Rudolf Homann in die Probleme und Mittel neuzeitlicher Grundrißgestaltung und Verwendung moderner Leichtbauweisen im ländlichen Siedlungsbau ein. Mit den Beamten der östlichen Bezirke wurden die aus der Osthilfe sich für die Siedlungspraxis ergebenden Fragen erörtert. Der Ministerialdirektor Erich Bolpert gab schließlich in einem Vortrag Die dringlichsten Siedlungsprobleme die großen Richtlinien für die Arbeit der nächsten Jahre, die das in diesem Jahr erstmalig erreichte Siedlungsergebnis von 10 000 Stellen allein in Preußen ein Jahrzehnt hindurch durchzuhalten bestimmt ist.

Informationsmittel Das wertvolle Informationsmittel über die *ländliche Siedlung*: die vom Preußischen Landwirtschaftsministerium heraus-

gegebene Schrift *Die deutsche ländliche Siedlung: Formen, Aufgaben, Ziele*, erschien in 2. Auflage /Berlin, Paul Parey/. Welchem Bedürfnis sie entspricht, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die Mitte 1930 veröffentlichte 1. Auflage (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1065) binnen 6 Wochen vergriffen war. Die 2. Auflage ist um eine Anzahl von Beiträgen über den ländlichen Siedlungsbau, die Siedlerwirtschaftsberatung und Ansiedlerfürsorge sowie die Umlegung erweitert worden. Sie ist die umfassendste Darstellung der Bedingungen und Leistungen der deutschen Nachkriegssiedlung. Sie wird wie die 1. Auflage schnell ihren Weg zum Leser finden.

Die neue Veröffentlichung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse über die Lage und Entwicklung der *landwirtschaftlichen Großbetriebe* in den östlichen Landesteilen nach dem Stand vom 30. Juni 1929 /Berlin, Paul Parey/ setzt die Arbeit Karl Brandts fort, die vor 2 Jahren erschien (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1140). Sie ist ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der ostdeutschen Landwirtschaft, und jeder, der sich eine Meinung über die Osthilfemaßnahmen der Regierung bilden will, wird sie lesen und ihren Inhalt sorgfältig prüfen müssen. Gelegentlich der Bauausstellung hat die Deutsche Tageszeitung im Einvernehmen mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium eine mit Bildern reich versehene Tiefdrucksonderausgabe *Der Ländliche Siedlungsbau* herausgebracht. Nach einem Geleitwort des Ministers Heinrich Steiger führt der Staatssekretär Hans Krüger in das Werden der ländlichen Siedlung ein. Nach ihm behandelt Bruno Ahrends die Probleme des ländlichen Bauens, während der Bearbeiter dieser Rundschau als Kommissar des Landwirtschaftsministeriums für die Ausstellung Aufbau und Zielsetzung der Siedlungswanderausstellung erläutert. Danach folgen eingehende Typen- und Baubeschreibungen sämtlicher in der Sonderausstellung errichteten Bauten, abgeschlossen durch eine kritische Würdigung Rudolf Homanns, und eine Stellungnahme der Siedlungsträger zu den auf der Ausstellung gegebenen baulichen Anregungen, erörtert von Arthur Witt, dem Generaldirektor der Schlesischen Landgesellschaft. Zum Schluß schreibt Erich Bollert über Ziel und Weg der deutschen ländlichen Siedlung. Diese Sondernummer ist das billigste und dabei zugleich umfassendste Informationsmittel über die Einzelheiten und Aufgaben des Siedlungsdorfs am Funkturm.

Aus Anlaß ihrer Ausstellung *Die Gehagwohnung 1931* brachte die Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bauaktiengesellschaft ein kleines Heft gleichen Namens heraus, das einen ausgezeichneten Überblick über die bau- und wohnungswirtschaftliche Zielsetzung der Arbeiten der Gehag gibt. Die sehr instruktiven Pläne ihrer 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen zeigen, wie bei zweckmäßiger Raumgestaltung auch auf kleinster Wohnfläche differenziertem Wohnbedürfnis Genüge getan werden kann. Sie sind allerdings allzu ausschließlich auf das Wohnbedürfnis von Berufsschichten abgestellt, die zu Hause nicht zu intensiver Arbeit gezwungen sind. Es wäre verdienstvoll, wenn die Gehag auch dem Bedürfnis nach einem kleinen abgeschlossenen Arbeitsraum des geistigen Arbeiters entsprechen wollte.

Totenliste Auch in dieser Rundschau muß der Tod *Eduard Davids* erwähnt werden. Sein grundlegendes Werk *Sozialismus und Landwirtschaft*, das aus dem Dogmenstreit um die Entwicklung der Betriebsverfassung der deutschen Landwirtschaft entstand, ist die umfassendste und gründlichste Darstellung der Wirtschaft der deutschen Bauern; es hat weit hinein in die Kreise bürgerlicher Nationalökonomien und Betriebslehrer Anerkennung gefunden. Ebenso muß man hier *Karl Ballods* gedenken, der Mitte Januar starb. Ballods' grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiet der Agrarstatistik sind bekannt. Sein Buch über den Zukunftsstaat zeigte ihn als einen überzeugten Vertreter der Übertragung der Konzentrationstheorie auch auf die Landwirtschaft. Mit den Problemen der Siedlung hat er sich lebhaft beschäftigt. Er hat übrigens während des Krieges auf zionistische Aufforderung ein Gutachten über die Siedlungsmöglichkeiten in Palästina abgegeben; sein Projekt, fern der üblichen Meinung von der angeblich so sehr begrenzten Fassungskraft des Landes, sah dessen Besiedlung in ganz großem Maßstab vor.

Kurze Chronik Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat eine eigne Siedlungsgesellschaft *Bauernsiedlung* ins Leben gerufen. Die Gesellschaft hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. ◊ Das Siedlungsunternehmen der Deutschen Bauernschaft, die Hauptgenossenschaft Landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, wurde in die mit einem Aktienkapital von 1 000 000 Mark ausgestattete Siedlungsgesellschaft *Bauernland* umgewandelt. ◊ Der Staats-

sekretär des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt **Adolf Scheidt** übernimmt eine Professur in der Fakultät für Bauwesen an der Technischen Hochschule Berlin; er liest dort über Bau- und Wohnungswirtschaft. ◊ Am 18. September 1930 wurde **Gustav Leufvén**, schwedischer Landwirtschaftsattaché in Berlin, 60 Jahre alt. Als hervorragender Führer der schwedischen Landwirtschaft, Gründer und Direktor der Schwedischen Landwirtschaftsgesellschaft, hat er für die technische und organisatorische Weiterentwicklung des schwedischen Landvolks Bedeutendes geleistet. In Berlin wandte er sein besonderes Interesse den Fragen der ländlichen Siedlung zu. Seiner intensiven Mitarbeit verdankt Schweden seine auffallend gute Vertretung im Auslandsraum der Siedlungswanderausstellung des preußischen Landwirtschaftsministeriums. ◊ Der frühere Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium **Eberhard Ramm** vollendete am 14. April 1931 sein 70. Lebensjahr. Alle Zweige der Landwirtschaft, Bildung, Forschung, Kultivierung, Siedlung, nicht zuletzt die ganze Praxis, ebenso die deutsche Düngewirtschaft sind von ihm weitestgehend und warmherzig gefördert worden. Er wurde der "Vater" der Diplomlandwirte in der Verwaltung, er war selbst der Bahnbrecher seines Berufsstands. Er hat die neuzeitliche Moor- und Ödlandkultur geschaffen und weitestgehend gefördert. Ein Mann, dessen Werk ständig weiter wächst.

Literatur Von **Axel Staehly** wurden Untersuchungen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodenbesitz- und Betriebsverhältnisse Ostholsteins unter besonderer Berücksichtigung der Zeitpachtdörfer veröffentlicht /Quakenbrück, Selbstverlag/. Von einer historischen und wirtschaftlichen Betriebsanalyse der ostholsteinischen Landwirtschaft, insbesondere der Zeitpachtdörfer aus sucht Staehly einen Überblick über die Ursachen der Schwierigkeiten und Nöte der bäuerlichen Wirtschaft Ostholsteins im letzten Jahrzehnt zu geben. Er geht dabei auch auf die eigenartige rechtliche Seite des Zeitpachtdörfersystems ein. Zum Schluß streift er die betriebswirtschaftlichen Folgen der erstrebten Überführung der Zeitpachtdörfer in Eigentum. Die Arbeit bildet eine interessante Ergänzung der schon recht umfassenden Literatur zur Zeitpachtdörferfrage, insbesondere zu den Arbeiten Albert Dietrichs und Artur Samters (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 556).

Außenkolonisation / Herman Kranold

Canarische Inseln; Bananenkultur Der Canarische Archipel ist der heute vielleicht wertvollste Teil des Spanien noch gehörenden Kolonialkomplexes. Er besteht aus 7 größeren und 2 ganz kleinen Inseln; ungefähr mitten zwischen ihnen schneiden sich der 16. Grad westlicher Länge und der 28. Grad nördlicher Breite. Die letzte Volkszählung fand 1910 statt; sie ergab eine Bevölkerung von etwas weniger als 1/2 Million, die sich auf 8656 Quadratkilometer verteilt, das heißt etwas weniger als 60 pro Quadratkilometer; von der Gesamtfläche ist aber ein erheblicher Teil unproduktives Gebirgsland, das bis gegen 4000 Meter hoch ist. Die Kindersterblichkeit ist hoch, es besteht beträchtliche Auswanderung nach Cuba und Südamerika. Gelernte Arbeiter und Handwerker sind knapp. Das Leben ist teuer, allerdings sind auch die Löhne für gelernte Arbeiter hoch (täglich bis 7 Mark für Handwerker, bis 10 Mark für Hafenarbeiter), die Wohnungen sind schlecht, teuer und überfüllt. Die hohen Preise der Nahrungsmittel sind eine Folge der Preise, die für sie bei der Ausfuhr erzielt werden. Die Hauptezeugnisse der Bodenbestellung sind Obst und Gemüse, von denen hauptsächlich Bananen, Tomaten und Kartoffeln ausgeführt werden, sowie Saatzwiebeln. Von Gewerben spielen besonders Fabrikationen von Zigarren, Zigaretten, Büchsenfisch und Spitzen eine Rolle. Die Häfen Santa Cruz /Teneriffa/ und Las Palmas /Gran Canaria/ sind Stationen zur Versorgung der Überseeschifffahrt mit Kohle und Heizöl. Die Ausfuhr von Saatzwiebeln geht zu 9/10 nach den Vereinigten Staaten von Amerika (Texas), zu 1/10 nach Westindien. Die Produktion von Zigarren und Zigaretten wird zum weitaus größten Teil von der Compania Arrendataria de Tabacos de España aufgekauft, der Rohtabak kommt überwiegend aus den Vereinigten Staaten und Niederländisch Ostindien. Die Versorgung der beiden Haupthäfen mit elektrischem Strom liegt in belgischen, diejenige mit Gas in deutschen Händen. Nach dem von P. Helyar im Auftrag des (britischen) Department of Overseas Trade 1927 erstatteten Report on the Trade and Economic Conditions in the Canary Islands wurden ausgeführt:

Produkt	Einheit	Anzahl der Einheiten	
		1924	1925
Bananen	Kiste	2 250 000	2 080 000
Tomaten	Bündel	1 230 000	1 350 000
Kartoffeln	Kiste	233 000	347 000
Saatzwiebeln	Tonne	33	54

Der Anbau von Bananen ist deshalb besonders interessant, weil, wie in einem ausgezeichneten Aufsatz E. Holmes' 'The Canary Banana, in Tropical Agriculture', dargetan wird, es sich hier um den einzigen Fall in der Weltwirtschaft handelt, in dem Bananen in intensiver Kultur und unter Anwendung von großen Mengen von Dünger angebaut werden.

Der Anbau geschieht auf künstlich geschaffenen Terrassen an den Hängen der hohen Bergkegel vulkanischer Beschaffenheit. Der Mutterboden besteht aus zersetzter Lava, war ursprünglich sehr fruchtbar, aber dünn; jetzt ist er längst ausgeraubt, soweit er bisher bewässert wurde oder ohne künstliche Bewässerung in Kultur genommen werden konnte. Das Klima ist warm und während des ganzen Jahres sehr gleichmäßig; Regen fällt in der Hauptsache im Winter. Die starken Höhenunterschiede bringen es mit sich, daß auf einem kleinen Anbaugelände an das Klima so verschiedene Anforderungen stellende Früchte wie Bananen und Kartoffeln kultiviert werden können. Der Bananenanbau findet sich auf 4 Inseln (Teneriffa, Gran Canaria, Palma und Gomera), die eine Gesamtfläche von 600 000 Hektar haben; davon stehen aber bisher nur 5600 Hektar unter Bananen, eben ausschließlich Terrassen mit einem eigentlich gänzlich ein Kunstprodukt darstellenden Boden, der etwa 45 bis 120 Zentimeter tief ist; oft ist der Boden meilenweit hergetragen worden, da die Berghänge keine genügenden Mengen verwitterter vulkanischer Masse boten. Die Böden sind, ihrem vulkanischen Ursprung entsprechend, alle kalkarm und sauer. Wie Holmes sehr anschaulich sagt: »Der Anbau von Bananen gleicht mehr einer Topfkultur als gewöhnlichem landwirtschaftlichen Verfahren.« Große Kunstbauten dienen der Bewässerung; das Wasser wird sorgsam von Terrasse zu Terrasse geleitet. Wie intensiv diese Kultur ist, sieht man daraus, daß in Kultur befindliches Bananenland mit ausreichenden Wasserrechten bis zu 120 000 Mark für den Hektar kostet. Wo Wasser für Bewässerungszwecke gekauft werden muß, kostet es etwa 30 Pfennig pro Kubikmeter, das heißt ungefähr so viel wie in vielen deutschen Städten; für landwirtschaftliche Zwecke sind das ganz enorme Wasser- und Bodenpreise. Das verwendete Wasser stammt meist aus dem Gebirge; es kommen auch tiefgebohrte Brunnen vor, deren Wasser durch Wind-, Dampf- oder Elektromotoren hochgepumpt wird. Dieses Wasser ist aber meist "brakisch", das heißt reich an Salzen und

deshalb zwar für Tomatenanbau brauchbar, für Bananen aber nicht zu verwenden. Auch das Gebirgswasser muß häufig mit Hand- oder Maschinenkraft zu Bewässerungszwecken gehoben werden. Entsprechend ihrem vulkanischen Ursprung sind die Böden auch an organischen Stoffen arm. Stallung steht nur in geringen Mengen zur Verfügung; so knapp ist er, daß manchmal Rindvieh in kleiner Zahl nur dazu gehalten wird, daß es, mit den Stengeln der Bananenbüschel und Stroh gefüttert, wenigstens etwas Stallung liefert. Im ganzen werden pro Hektar etwa 20 Tonnen tierischen Düngers verwendet, aber er ist wenig wertvoll und besteht zum großen Teil aus Koniferennadeln, die als Streu dienen. Dagegen wird reichlich künstlich (anorganisch) gedüngt. In 4 bis 5 Portionen werden im Jahr 5 Kilogramm Kunstdünger pro Bananenpflanze gegeben; die Mischung setzt sich aus etwa 50 % Ammoniumsulfat, 20 % Superphosphat und 30 % Kaliumsulfat zusammen. Dazu wird häufig noch ein gewisser Zuschlag von Eisensulfat und Gips mitgegeben. Früher wurden auch getrocknetes Blut, Fischmehl, Kalisalpeter und Superphosphat aus Knochen gegeben; sie sind aber jetzt zu teuer. Unter diesen Umständen sind die Gesteungskosten für das exportfertige Bündel Bananen hoch. Holmes berechnet sie auf 2,25 Mark ohne Verpackung und Fracht. Das Packen und Verfrachten besorgen Handelsgesellschaften, die die Frucht kaufen; neuerdings sind indessen hierfür auch 2 genossenschaftliche Unternehmungen der Bananenpflanzer begründet worden, die mit gutem Erfolg arbeiten. Die Bananenkultur ist also eine wirtschaftlich und technisch hochentwickelte Arbeit; ihr Erfolg in den letzten Jahren war bemerkenswert. Die Ausfuhrmenge hat sich (in Kisten zu 4 bis 5 Bündeln) in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt: im Jahr 1926 4,6 Millionen Kisten, im Jahr 1927 3,9, im Jahr 1928 4,1 und im Jahr 1929 3,8 Millionen Kisten. Seit 1927 machten sich offenbar das Nachgeben der Bananenpreise im Welthandel, das Absinken der Kaufkraft in Westeuropa und der zunehmende Wettbewerb anderer Produktionsgebiete wachsend fühlbar. Beispielsweise sank die Ausfuhr nach Deutschland, die von 101 000 Kisten im Jahr 1924 auf 705 000 Kisten im Jahr 1926 gestiegen war, bis zum Jahr 1929 allmählich wieder auf 549 000 Kisten; hauptsächlich wohl, weil die den Handel mit westindischen Bananen beherrschenden Amerikaner der Vereinigten Staaten den deutschen Markt an sich rissen.

Die Bananenkultur auf den Canarischen Inseln ist ein Beispiel tropischer Intensivwirtschaft, gibt einen Vorgeschmack dessen, was man bei längerer Entwicklung der kolonialen Landwirtschaft viel allgemeiner zwischen den Wendekreisen noch alles wird leisten können.

Kolonialcant Aus einem Artikel Cotton in Tanganyika, der neulich in Tropical Agriculture erschien und über die Baumwollkultur im frühern deutschen Ostafrika auf Grund eines Artikels des Empire Cotton Growing Review berichtet, sei dies zitiert: »Die unter deutscher Herrschaft angewendeten Methoden [zur Förderung des Baumwollbaus] scheinen etwas nach Zwang geschmeckt zu haben. Es ist eine allgemeine Praxis der britischen Verwaltung den Anbau gewisser Pflanzen zu verhindern, insbesondere gefährlicher Drogen, oder sie nur unter Konzession zu gestatten, aber wir zwingen *jetzt* (we do not at present compel) den Bauern nicht irgendeine bestimmte Pflanze anzubauen, obwohl dies ein Teil der deutschen Politik der Baumwollerzeugung war.« Dieser Cant des Cotton Review geht aber dem Berichtersteller der Tropical Agriculture offenbar selbst auf die Nerven; denn er fügt (unter gleichzeitiger Berufung auf das Bulletin d'Agriculture du Congo Belge) hinzu: »Es mag im Vorbeigehen bemerkt werden, daß eine solche Praxis von anderen tropischen Verwaltungen als berechtigt betrachtet wird und zweifellos in der Vergangenheit von uns selbst angewendet worden ist.« Zu dieser Gegenüberstellung der gegenwärtigen paradiesischen Engelsreinheit des British Empire mit der deutsch-ostafrikanischen Zeit vor 20 Jahren ist ergänzend nur zu sagen, daß es in Kenya nicht nötig ist Bauern zum Baumwollbau zu zwingen, da dort 1. durch Steuerdruck usw. die Neger gezwungen werden als Lohnarbeiter auf den Plantagen englischer Lords zu arbeiten, und 2. den in den Reservaten bleibenden selbstwirtschaftenden Kavirondos, Kikuyus, Masais usw. der Baumwollanbau *verboten* ist: offenbar, weil er eine den Interessen dieser Lords "gefährliche Droge" darstellt.

Neger und Weiße

Bekanntlich amtiert in der französischen Regierung als Unterstaatssekretär für die

Kolonien der Abgeordnete Diagne, ein Neger aus Französisch Westafrika, der schon seit vielen Jahren seine Heimatkolonie in der französischen Deputiertenkammer vertritt (siehe die Rundschau

Lebensgestaltung, in diesem Band Seite 414). Seine Ernennung war offenbar eine glückliche Wahl, die in Frankreich und Belgien von der gesamten Presse gebilligt wird. Wie aber wird in derjenigen deutschen Presse, die ganz besonders lebhaft (und in einer ganz besonders unpolitischen Weise) Deutschlands Ansprüche auf Mitarbeit am Werk der Kolonisation als "ihre" Forderung zu vertreten pflegt, dieses Ereignis gewürdigt? Als Probe seien aus einem Aufsatz Verneuerung, in der Schlesischen Zeitung vom 1. Februar 1931, folgende Sätze angeführt: »Der nächste, bitte! Doch halt, den möchte man sich in der Tat etwas genauer ansehen. Ein Negerkopf, kein grauer Mischling sondern kohlschwarz, unverfälschte Marke Senegal. Hinter den wulsigen Lippen ahnt man das Raubtiergebiß. Im Felde pflügen sie in diesen Zähnen ihre Messer zu tragen, wenn sie, die Arme voll Handgranaten, uns ansprangen. Die Nase scheint einen anständigen Schwergewichtshieb bekommen zu haben, so platt ist sie oben und so auseinandergegangen unten; die Nüstern, ungeheuer groß und schwarz, schnupfern, als hätten sie Witterung von Blut und weißem Frauenfleisch. Die Augen lauern wie Hyänen, und schon glimmt in ihnen der Triumph. Sie sehen die lockende Beute vor sich, sie haben die Sprungweite abgeschätzt und schmecken schon die Wollust, wenn der schwarze Mann seine Krallen und Zähne in Europas weißhäutige Gurgel schlagen wird. Wir kennen diese Augen aus dem Kriege, wenn sie, in toll gewordener Wildheit funkelnd, uns vor die Kimme kamen. Wir kennen sie auch vom Rhein her, wenn sie um die Bonner Universität lungerten und nach den Töchtern unseres Landes schielten. Dieser Neger also gehört dem neugebildeten französischen Kabinett Laval an.« Das Ausland braucht, wenn es deutsche Kolonialansprüche bekämpfen will, nur mit einem halben Dutzend solcher Zitate aus nationalistischen Blättern von 1931 aufzuwarten, da kann es sich alles Geflunker über die angebliche deutsche Mißwirtschaft in den Kolonien vor 1914 sparen, da hat es genug Agitationsstoff.

Wie ein sehr deutschfeindliches Kolonialblatt derartige Äußerungen benutzt, geht aus einer Bemerkung des in Brüssel erscheinenden Essor Colonial et Maritime vom 19. Februar 1931 hervor, in der es heißt: »Die nationalistische deutsche Presse scheint der Ansicht zu sein, daß die Bestimmung Herrn Diagnes zum Unterstaatssekretär der Kolonien einen

Schimpf für Europa und die ganze Welt darstellt. Und diese selbe nationalistische deutsche Presse führt durch dick und dünn den Feldzug für die Zuteilung der Verwaltung schwarzer Kolonien an Deutschland. Wenigstens wird Frankreich wissen, was es von der Heuchelei Deutschlands in Genf zu halten hat, wenn es mit Tränen in der Stimme das Schicksal der armen Eingeborenen bejammert. Sollte Deutschland vergessen haben, daß seine Sarkasmen und seine Empörung gegen die schwarzen Truppen der Rheinlandbesatzung es nicht instand setzen ein menschenfreundliches Programm in den schwarzen Kolonien durchzuführen, die es etwa zu leiten bekommt?« Deshalb muß gegen derartige geschmacklose Hetzschreibereien im Interesse Deutschlands und im speziellen deutscher Kolonialbetätigung (die wieder kommen muß, und auf die das deutsche Volk nicht verzichten darf) entschieden protestiert werden.

Kurze Chronik Deutschlands Sachlieferungen aus den Reparationen nach französischen Kolonialgebieten haben einen erheblichen Umfang erreicht. Ihr Wert betrug im Jahr 1925 100 000 Mark, im Jahr 1926 1 000 000, im Jahr 1927 9 500 000, im Jahr 1928 17 200 000 und im Jahr 1929 27 500 000 Mark. Davon entfielen auf Französisch Westafrika 3,9 Millionen, auf Madagascar 2,6 Millionen Mark. ◊ Die Erzeugung von *Sisalhanf*, einem in zunehmendem Maß wichtigen Textilrohstoff, steigt in den unter britischer Herrschaft stehenden ostafrikanischen Gebieten beständig. 1929 betrug die Ausfuhr schon 60 000 Tonnen, davon 40 000 aus Tanganyika. Die Anbaufläche dehnt sich ebenfalls dauernd aus; gleichzeitig wird eifrig daran gearbeitet auch aus Abfallblättern eine industriell noch verwertbare Faser und aus den Stämmen der Pflanzen Brennspritus für den Betrieb von Motoren in den Tropen zu gewinnen. ◊ Die französische Regierung verhandelt mit den algerischen Behörden über ein großartiges Siedlungsprogramm. Man will in *Algerien* 4000 Musterdörfer für die Eingeborenen errichten. Jedes Dorf zu 100 Häusern aus Eisenbeton, mit Schulen, Krankenhäusern usw. Durch Beschränkung der militärischen Ausgaben will man für diesen Plan eine Summe von 5 Milliarden Francs freimachen. ◊ Welche Bedeutung *Niederländisch Indien* für die Weltwirtschaft hat, geht daraus hervor, daß es im Jahr 1928 von wichtigen Welthandelswaren

folgende prozentualen Anteile der Weltausfuhr lieferte: Kautschuk 35, Zucker 11, Tee 17, Chinarinde 93, Kapok 79, Pfeffer 70. Im ganzen führten die Inseln im Jahr 1928 für mehr als 2½ Milliarden Mark landwirtschaftliche Erzeugnisse solcher Art aus. ◊ Zum Unterstaatssekretär für British Indien wurde an Stelle des verstorbenen Earl John Francis Stanley Russell, des ältern Bruders des bekannten sozialistischen Gelehrten Bertrand Russell, der Labourabgeordnete *Henry Snell* ernannt, der sich als Mitglied der Shawkommission über Palästina der judenfeindlichen Tendenz dieser Kommission entgegengestemmt hatte und einer der entschiedensten Befürworter einer Verständigung der Juden und Araber in Palästina ist. ◊ Zum Gouverneur des Commonwealth of Australia wurde *Sir Isaac Isaacs* ernannt; er ist der erste Australier, der dieses Amt bekleidet, und der erste Gouverneur, der vom Ministerpräsidenten von Australien und nicht vom Staatssekretär für die Dominions vorgeschlagen wurde.

Literatur Einen Beitrag zur Kenntnis der »britischen Empirepolitik« will *Joseph Cohn* in seinem Buch *England und Palästina* /Berlin, Kurt Vowinkel/ liefern. Die Arbeit ist auf ausführliche Materialkenntnis gestützt, und der Verfasser versteht es den Gegenstand lebhaft darzustellen. Viele Einzelheiten sind recht interessant und lehrreich. So das Zitat aus Wedgwood: »Beim Lesen dieses Buches wird man sagen, daß ich ein Imperialist bin. Dies ist kein Vorwurf, der ernsthaft ein Parlamentsmitglied der Arbeiterpartei erschüttert.« Richtig ist die das Buch beherrschende Auffassung, daß die Palästinalpolitik Englands nur als Teil der britischen Weltpolitik von jeher verstanden werden durfte und auch heute nur so verstanden werden kann. Über die Einzelauffassungen des Verfassers kann hier nicht mit ihm diskutiert werden. Einige Fehler, die zum Teil auf Fehlern der Übersetzung aus englischen Texten beruhen, sind zu bedauern. Die puritanische Ethik fordert zum Beispiel nicht restlose Berufsarbeit »als Mittel, um des Gnadenstandes durch Bewährung teilhaftig zu werden«, sondern sieht ihr Vorhandensein als Zeichen dafür an, daß der Mensch (durch Prädestination) des Gnadenstandes teilhaftig geworden ist. Solche Fehler hindern aber nicht, daß das Buch ein ungewöhnlich interessanter Beitrag zur Literatur über Kolonisation und deshalb besonders zu empfehlen ist.

Verkehr / Otto Schmidt

Eisenbahn und Automobil Das verfllossene Jahr hat allen Verkehrsunternehmungen schwere Rückschläge gebracht. Auch das größte deutsche Verkehrsunternehmen, die Deutsche Reichsbahngesellschaft, ist von dieser allgemeinen Krise in starkem Maß betroffen worden. Wie die Reichsbahn in ihrem jetzt vorliegenden, wieder äußerst eingehenden Geschäftsbericht über ihr 6. Geschäftsjahr mitteilt, haben im Güterverkehr die beförderten Mengen im Jahr 1930 gegen das Vorjahr um 17,8% abgenommen. Gegen 485,9 Millionen beförderter Tonnen im Jahr 1929 wurden nur 399,5 Millionen Tonnen befördert. Die arbeitstägliche Wagenstellung ging von 152 253 auf 131 469 Wagen zurück. Besonders stark ist an dem Rückgang der Kohlenverkehr beteiligt, dessen Tonnenkilometer um 24% abgenommen haben. 59% der Tonnenkilometer des gesamten Güterverkehrs wurden zudem zu Ausnahmetarifen gefahren. Nicht ganz so stark war der Rückgang im Personenverkehr, immerhin hat er auch um 7,62% gegen das Vorjahr abgenommen. Es wurden 1829,3 Millionen Personen, gegen 1980,3 im Jahr 1929 und 2009,4 im Jahr 1928 befördert. Nur im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr in Berlin und Hamburg war ein geringer Verkehrszuwachs (1,99%) zu verzeichnen. Infolge des starken Rückgangs im Güter- und Personenverkehr waren die Einnahmen der Reichsbahn trotz den im Jahr 1930 durchgeführten Tarifierhöhungen um 783,5 Millionen Mark oder 14,63% geringer als im Jahr vorher. Diesen sehr beträchtlichen Einnahmeausfall hat die Reichsbahn versucht durch außerordentliche Einschränkung der Betriebsausgaben auf allen Gebieten aufzufangen. Auf diese Weise konnte sie 403,2 Millionen Mark unmittelbar einsparen. Da ferner für das letzte Jahr die Ausgleichsrücklage die vorgeschriebene Höhe von 500 Millionen Mark erreicht hat, also nicht weiter aufgefüllt zu werden brauchte, konnten insgesamt sogar 493,8 Millionen Mark an Ausgaben gespart werden. Zur völligen Bilanzierung der Ausgaben und Einnahmen mußte jedoch das Reich ferner noch auf Forderungen aus langfristigen Krediten in Höhe von 133,6 Millionen Mark verzichten und weiterhin auf den Vortrag aus dem Jahr 1929 in Höhe von 178,9 Millionen Mark zurückgreifen. Nur auf diese Weise war es der Reichsbahn überhaupt möglich die Reparationssteuer (660 Millionen

Mark) sowie die sonstigen politischen Lasten, mit denen sie für das Reich belastet ist (35 Millionen Mark Dividende auf Vorzugsaktien, 289 Millionen Mark Beförderungssteuer, 226 Millionen Mark vermehrte Pensionslast und 18 Millionen Mark Mehrkosten aus neuer Grenzziehung), aufzubringen. Der Betriebsüberschuß ohne Berücksichtigung der Reparationssteuer war mit 479,96 Millionen Mark um rund 380 Millionen Mark geringer als im Jahr 1929, hätte also noch nicht einmal ausgereicht, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Der nach Abzug der Reparationssteuer, der Aufwendungen für Anleihedienst und Abschreibungen verbleibende Reingewinn betrug 104,04 Millionen Mark gegen 254,61 Millionen im Vorjahr. Während 1929 noch rund 978,94 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgetragen wurden, wird in diesem Jahr nichts vorgetragen, es werden nur 28,37 Millionen Mark der Dividendenrücklage zugewiesen, die damit einen Betrag von rund 78 Millionen Mark erreicht, so daß die Dividende für die ausgegebenen Vorzugsaktien auch im Jahr 1931 bereits gesichert ist.

Es ist erforderlich diese wenig erfreuliche Finanzlage der Reichsbahn klarzulegen, wenn man die zukünftige Verkehrsentwicklung und alle damit zusammenhängenden Probleme richtig beurteilen will. Wenn es auch der Reichsbahn für das verfllossene Geschäftsjahr noch gelungen ist den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben vor allem durch Inanspruchnahme des Gewinnvortrags und die Niederschlagung von Reichskrediten zu schaffen, so stehen solche Mittel für das Jahr 1931 zum Ausgleich der Rechnung nicht zur Verfügung, ganz abgesehen davon, daß eine derartig starke Drosselung der Betriebsausgaben wie im letzten Jahr im Hinblick auf die Betriebssicherheit und eine geordnete Wirtschaftsführung auf die Dauer kaum möglich sein wird. Da auf der Ausgabenseite vorerst also Erleichterungen kaum zu erwarten sind, und weitere Tarifierhöhungen nicht zu tragen wären, muß die Reichsbahn versuchen ihre Einnahmen unter allen Umständen zu erhöhen, zumindest aber nicht weiter absinken zu lassen. Der durch den Verkehrsrückgang bedingte Einnahmeausfall ist nun nur zu einem Teil auf die wirtschaftliche Depression zurückzuführen. Einen sehr erheblichen Verkehrsschwund hat die Reichsbahn in den letzten Jahren durch den Wettbewerb des Automobils sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr erlitten. Den

dadurch hervorgerufenen Einnahmeausfall schätzt die Reichsbahn zum Beispiel für das Jahr 1928 auf 340 bis 360 Millionen Mark, eine Summe, die, selbst wenn sie zu hoch veranschlagt sein sollte, ernsthaft zu denken gibt. Auch im letzten Jahr hat der Wettbewerb des Automobils bei den Fernverbindungen wie bei den hochtarifierten Gütern weiter zugenommen. Alle Gegenmaßnahmen der Reichsbahn wie die Verbesserung der Verkehrsbedienung, Beschleunigung der Rückgutbeförderung durch sogenannte Leichte-Güter-Züge, Einführung von Kraftwagenkampftarifen (K-Tarife) usw. haben den bedrohlichen Einbruch des Automobils in das Verkehrsgebiet der Reichsbahn nicht zurückdrängen können. Für die Reichsbahn wird der Wettbewerb des Automobils, der sich am nachteiligsten und stärksten im Güterverkehr auswirkt, dadurch so gefährlich, daß er durch die Fortziehung der hochtarifierten Güter das gesamte Tarifsystern der Reichsbahn ins Wanken zu bringen droht. Dieses Tarifsystern ist nämlich so aufgebaut, daß die Überschüsse aus den über Selbstkosten tarifierten hochwertigen Gütern die niedrige Tarifierung der Massengüter ermöglichen. Gehen nun die hochwertigen Güter immer mehr zum Automobil über, das seine Tarife ohne Rücksichtnahme auf Massengütertransporte festsetzen kann, so wird es der Reichsbahn durch diesen beträchtlichen Einnahmeausfall allmählich unmöglich gemacht die Massengüter, deren Transport sie im Gegensatz zum Automobil nicht ablehnen kann, billig, zum Teil unter Selbstkosten zu befördern. Der Kampf der Eisenbahn gegen das Automobil wird also mit völlig ungleichen Waffen geführt. Auf der einen Seite steht die Eisenbahn, die die Beförderungspflicht, Tarif- und Betriebspflicht hat, das heißt sich die Transporte nicht aussuchen kann, allen Verfrachtern gleiche Tarife zubilligen und den Betrieb nach einem bestimmten und regelmäßigen Fahrplan durchführen muß. Das Automobil auf der andern Seite, durch ähnliche Pflichten bisher in keiner Weise gebunden, kann sich seine Transporte auswählen, kann geheime Frachtabkommen treffen, Rabatte nach seinem Ermessen gewähren und die Güter dann befördern, wenn es ihm beliebt. Daß die Reichsbahn ferner noch die politischen Lasten trägt, ihre Anlagen selbst unterhalten und ausbauen muß, während dem Automobilverkehr die Straßen zum größten Teil aus allgemeinen Mitteln hergestellt und unterhalten werden, sei nur erwähnt.

Daß dieser Zustand im Interesse des Gesamtverkehrs und der Allgemeinheit auf die Dauer unmöglich ist, wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Der Reichsbahn kann man allerdings den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dem ständig wachsenden Wettbewerb des Automobils jahrelang ziemlich untätig gegenüberstand, im Gegensatz zu einer Reihe ausländischer Eisenbahnen, besonders der englischen und nordamerikanischen, die das Automobil rechtzeitig ihren Interessen dienstbar gemacht und seine Entwicklung dann in engster Verbindung und Zusammenarbeit mit dem Eisenbahnbetrieb geleitet haben. Als erste grundsätzliche Maßnahme auf diesem Gebiet hat sich die Reichsbahn nunmehr zu einer völligen Neuorganisation des Rollfuhrdienstes entschlossen. Sie hat zu diesem Zweck mit der Deutschen Bahnspedition Schenker & Co. einen Vertrag geschlossen, der die Grundlage für eine Neugestaltung des An- und Abfuhrgeschäfts unter engster Zusammenarbeit mit den Speditionsbetrieben schaffen soll. Die Rollgelder sollen künftig, soweit das Stückgut und die hochwertigen Wagenladungsklassen in Frage kommen, für den ganzen Reichsbahnbetrieb einheitlich festgesetzt und gleichzeitig erheblich (zum Teil bis zu 60%) ermäßigt werden, um die Gesamtkosten der Eisenbahnbeförderung auf diese Weise zu verbilligen. Ferner soll eine Frei-Haus- und Haus-Haus-Beförderung zu Sätzen eingeführt werden, die neben der Eisenbahnfracht lediglich die bahnamtlich kontrollierten Hauslieferungskosten in sich schließen. Schließlich soll der Sammelladungsverkehr verbessert und verbilligt sowie eine Zusammenarbeit mit den Kraftfahrunternehmen und Spediteuren im Lastautomobilzubringerdienst zur Eisenbahn in weitestem Maß eingerichtet werden. Diese Neuordnung des Rollfuhrwesens, bei der die Reichsbahn keineswegs das freie Speditions-gewerbe ausschalten will, wird ohne Zweifel der Reichsbahn einen beträchtlichen Teil des Verkehrs wiederzuerobern. Die gesetzlichen Maßnahmen zur Organisation des Automobilverkehrs in engster Zusammenarbeit mit den Eisenbahnen werden dadurch jedoch keineswegs überflüssig, sie sind im Gegenteil nur eine logische Weiterentwicklung zur endgültigen Lösung des Problems. Durch scharfe Konzessionsbestimmungen für den gewerbsmäßigen Automobilpersonen- und -güterverkehr (der sogenannte Werksverkehr wird hiervon auszunehmen sein), durch stärkere Heranziehung des Automobils zur Straßenunterhaltung, Anglei-

chung der Automobiltarife an die Tarife der Eisenbahnen und ähnliche Maßnahmen ist es durchaus möglich das Automobil ohne jegliche Beschränkung seiner Entwicklungsfreiheit in den Gesamtverkehr produktiv einzuordnen, ohne daß die Reichsbahn, an der die Allgemeinheit als einem öffentlichen Unternehmen besonders stark interessiert sein sollte, in ihrer Leistungsfähigkeit und Rentabilität auf die Dauer gefährdet zu sein braucht. Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels ist allerdings eine bewußte und planmäßige Verkehrspolitik, die in den letzten 10 Jahren in Deutschland, trotz der Errichtung eines Reichsverkehrsministeriums, bisher auf keinem Gebiet wirklich in Angriff genommen war. Über das grundsätzliche Problem Eisenbahn und Automobil erscheinen fortlaufend neue Veröffentlichungen. So liegen jetzt die Verhandlungen auf der im Mai 1930 vom Langnamverein und dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Köln in Düsseldorf veranstalteten Verkehrstagung im Druck vor /Köln, Oskar Müller/. Die Ausführungen der Vertreter der verschiedenen Verkehrszweige (Reichsbahn, Reichspost, nicht-reichseigene Verkehrsunternehmungen, Spedition) hat A. F. Napp-Zinn abschließend einer verkehrswissenschaftlichen Kritik unterzogen, die vor allem die volkswirtschaftliche Bedeutung des Problems unterstreicht. Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen hat eine Schrift Bundesbahnen und Automobil herausgegeben /Bern, A. Francke/, die in sachlicher Weise den auch in der Schweiz brennenden Wettbewerb Schiene-Landstraße behandelt. Die Internationale Transportarbeiterföderation Amsterdam hat das Referat Robert Bratschis über Eisenbahn und Automobil auf der Madrider Internationalen Konferenz der Eisenbahnersektion der Internationalen Transportarbeiterföderation als 7. Band der Dokumentenserie der Internationalen Transportarbeiterföderation herausgegeben. Bratschi fordert die Verstaatlichung auch des öffentlichen Personen- und Güterautomobilverkehrs und weist besonders auch darauf hin, daß die durch den Wettbewerb des Automobils hervorgerufenen Verkehrs- und Kapitalverluste die Allgemeinheit um so schwerer treffen, als sich die Eisenbahnen in den meisten Ländern direkt oder indirekt als Staatsbahnen im Besitz der Allgemeinheit befinden, während der öffentliche Automobilverkehr überwiegend privatkapitalistisch organisiert ist und darum auch den Kampf mit den Eisenbahnen führt.

Arbeitsbeschaffung durch Verkehrsbauten - In letzter Zeit ist von den verschiedensten Seiten vorgeschlagen worden zur produktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in größerem Umfang den Bau neuer Verkehrsanlagen durchzuführen, auf diese Weise gleichzeitig die Transportmöglichkeiten zu verbessern und damit den Nutzeffekt der Volkswirtschaft wesentlich zu erhöhen. Mit dieser zunächst bestechend erscheinenden Begründung sind vor allem weitere Kanalbauten, die Anlage von Automobilstraßen gigantischen Ausmaßes, neue Eisenbahnlinien usw. propagiert worden. Mit erfreulicher Deutlichkeit hat die von der Reichsregierung eingesetzte Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage in dem 2. Teil ihres Gutachtens, der sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung befaßt, zu einem solchen Ausbau der Verkehrsanlagen Stellung genommen. Neue Investitionen auf dem Gebiet des Verkehrswesens müssen nach Ansicht der Braunkommission sorgfältig darauf geprüft werden, ob sie einem wirklichen Bedürfnis der Volkswirtschaft entsprechen. »Es wäre verfehlt vorhandene Einrichtungen mit großem Kapitalaufwand durch neue Anlagen zu entwerten, solange das Bestehende den Anforderungen der Wirtschaft genügt und die weitere Entwicklung der Produktion nicht zu übersehen ist.« Die Kommission lehnt daher mit Recht weitere Kanalbauten ab, sofern sie nicht für andere Zwecke, zum Beispiel für die Landeskultur, notwendig oder mit großem Kapitalaufwand bereits begonnen (Mittellandkanal) und bei Einstellung der Arbeiten dem Verfall ausgesetzt sind. Gleichfalls warnt die Kommission auch davor die Anlage von großen innerdeutschen Durchgangsstraßen für den Fernverkehr, die nur mit den Eisenbahnen in Wettbewerb treten würden, mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Auch ein weiterer Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie der Reichspostanlagen sei zurzeit nur unter besonderen Voraussetzungen zu rechtfertigen. Bei der Reichsbahn biete vor allem die Elektrifizierung die Möglichkeit wirtschaftlich zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Besonders empfiehlt die Kommission jedoch die Verbesserung und den Ausbau des bestehenden Straßennetzes. Neben der Verbreiterung, Begradigung und Neubefestigung der Straßen sowie der Anlage von Umgehungsstraßen braucht man den Ausbau der ländlichen Straßen und damit die Schaffung guter Verkehrsanschlüsse für die landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete zur Erleichterung des Absatzes ihrer Er-

zeugnisse dringlich. Die für diese umfangreichen Straßenbauten erforderlichen Mittel sollen durch Aufnahme einer Anleihe unter Heranziehung eines Teils der Kraftfahrzeugsteuer gewonnen werden. Die Beschaffung von Anleihekaptal würde nach Ansicht der Kommission erleichtert, wenn sich die Träger des Straßenbaus jeweils über die Ausführung größerer Baupläne verständigen könnten. Nach dem Vorbild anderer Länder sei auch zu prüfen, ob die Finanzierung von Straßenbauten nicht mit Hilfe von Anleihen der an der Lieferung von Deckungsmaterialien interessierten in- und ausländischen Industrien gefördert werden könne; eine Methode der Finanzierung, gegen die allerdings im Hinblick auf daraus erwachsende etwaige Monopolbestrebungen erhebliche Bedenken bestehen.

Schifffahrt Die deutsche Seehandelsflotte bestand am 1. Januar 1930 aus 3939 Schiffen mit 4,2 Millionen Tonnen Raumgehalt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Schiffe geringfügig zurückgegangen (um 0,4 %), während die Tonnage um 6,6 % gestiegen ist. Die Vorkriegstonnage von 5,45 Millionen Tonnen ist allerdings noch nicht wieder erreicht. Die Zusammensetzung der Handelsflotte zeigt, entsprechend der Entwicklung in allen Schifffahrtsländern, in den letzten Jahrzehnten einen weitem Rückgang der Segelschiffe und Seeleichter und demgegenüber eine Zunahme der Dampf- und Motorschiffe. Der Anteil der Segelschiffe und Seeleichter an der Gesamttonnage betrug 1926 noch 9,7 %; 1930 ist er auf 5,8 % zurückgegangen. Der Anteil der Dampfschiffe ist im gleichen Zeitraum von 83 auf 81,1 % gesunken, der der Motorschiffe hingegen von 7,3 auf 13,1 % gestiegen. Während der Rauminhalt der Dampfschiffe Anfang 1930 nur knapp $\frac{1}{4}$ so groß wie 1914 war, ist die Tonnage der Motorschiffe auf das 20fache des Standes von 1914 angewachsen. Mit dem Vordringen der Dampf- und Motorschiffe hat sich auch die Durchschnittsgröße der Schiffe weiter auf 1077 Tonnen erhöht und damit im letzten Jahr zum erstenmal den Vorkriegsstand (1062 Tonnen) überschritten. Im einzelnen überwiegen bei den Segelschiffen und Seelechtern die Schiffe bis zu 1000 Tonnen, während bei den Dampf- und Motorschiffen 55,7 % mehr als 5000 Tonnen Raumgehalt haben. Bei der gegenwärtigen Altersgliederung der deutschen Seehandelsflotte wirkt sich die umfangreiche Neubautätigkeit der letzten Jahre aus. So hat $\frac{1}{3}$ der gesam-

ten Dampfschiffstonnage ein Schiffsalter von unter 10 Jahren, und fast die halbe Gesamttonnage der Motorschiffe hat ein Alter von unter 3 Jahren. Demgegenüber liegt das durchschnittliche Alter der Segelschiffe und Seeleichter bedeutend höher; bei ihnen sind als Folge ihrer ständigen Abnahme, ein sehr geringer Zugang an neuen Schiffen und eine beträchtliche Überalterung festzustellen (von 246 Segelschiffen und Seelechtern hatten im Berichtsjahr 133 Schiffe oder mehr als die Hälfte ein Alter von über 20 Jahren). 86 % aller eigentlichen Handelsschiffe waren Anfang 1930 mit Funkspracheinrichtungen ausgerüstet. Die Welthandelsflottebestand nach Lloyds Register am 1. Juli 1930 aus rund 30 000 Dampf- und Motorschiffen mit 68,02 Millionen Tonnen, gegen 66,4 Millionen im Vorjahr und 49 Millionen im Jahr 1914. Trotz dem starken Rückgang des Überseeverkehrs nach dem Krieg ist die Handelsschiffstonnage der Welt von 1929 auf 1930 also weiter um 2,4 % gestiegen. Von der Gesamttonnage entfielen 19,8 Millionen auf Schiffe mit Ölfeuerung (im Vorjahr 19,4) und 7,5 Millionen auf Tankschiffe (6,9). Der Raumgehalt der Motorschiffe hat gegenüber dem Vorjahr um 22,1 %, der der Tankschiffe um 7,8 % zugenommen. Der Anteil Deutschlands an der Welthandelsflotte betrug 1930 rund 6,2 %. Die Handelsflotten der einzelnen Länder zeigten Mitte 1930 ihrer Tonnage nach folgende Reihenfolge: Großbritannien (einschließlich Kolonien) 23 Millionen Tonnen, Vereinigte Staaten von Amerika 13,2, Japan 4,3, Deutschland 4,2, Norwegen 3,6, Frankreich 3,47, Italien 3,26, Niederlande 3,07 Millionen. Im Jahr 1929 gingen von der Welthandelsflotte 679 Schiffe mit 610 596 Tonnen verloren; etwa 87 % der Tonnage nach entfielen davon auf die Dampfschiffe. Der Anteil der deutschen Flagge am Schiffsraum der Gesamtverluste betrug 4,5 %. Insgesamt erlitten im Jahr 1929 326 deutsche Seeschiffe Unfälle; hierbei gingen 40 Schiffe mit 20 258 Tonnen gänzlich verloren, gegenüber 50 Schiffen mit 9930 Tonnen im Jahr 1928. Während die Schiffsunfälle im Jahr 1929 der Zahl nach nicht die der letzten Jahre übersteigen, ist der Raumgehalt der verlorenen Schiffe mit Ausnahme des Jahres 1923 nach dem Krieg bisher der höchste. Die meisten Unfälle (27 %) ereigneten sich bei den mit bloßem Ballast oder ganz leer fahrenden Schiffen. Die im vorigen Jahr zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd geschlossene Interessenge-

meinschaft, die sich in dem 1. Jahr ihres Bestehens gut bewährt hat, wurde nunmehr nach langen Kämpfen durch die Einbeziehung der 3. deutschen Großreederei, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, erweitert. Damit ist die Bahn für einen planmäßigen Ausbau des deutschen Überseedienstes frei geworden. Die Entwicklung der letzten Jahre auf dem Weltfrachtenmarkt hat zwangsläufig zu dieser Union der 3 größten deutschen Linienreedereien geführt, die nunmehr auch den gesamten Passage- und Frachtenverkehr nach Südamerika einheitlich bedienen wird. Über die Hälfte der gesamten deutschen Handelsflotte und mehr als 95 % der gesamten deutschen Linienschiffahrt sind damit in dem neuen Schiffskonzern, der einschließlich aller von ihm kontrollierten Reedereien etwa 450 Millionen Mark Kapital repräsentiert, zusammengefaßt. Nach den Angaben der britischen Schiffahrtskammer waren Anfang 1931 als Folge der Krise am Weltfrachtenmarkt und des ständig zurückgehenden Frachtens volumens im Überseeverkehr annähernd 8,5 Millionen Tonnen Schiffsraum in der Welt aufgelegt. Von dieser aus dem Verkehr gezogenen Tonnage entfallen 1,6 Millionen Tonnen auf die englische Handelsflotte und 1,4 Millionen auf die von dem nordamerikanischen Shipping Board kontrollierte Flotte. Die in England aufgelegte Schiffstonnage hat sich im Jahr 1930 mehr als verdreifacht. Wie ungünstig die Lage der englischen Schiffahrtsgesellschaften trotz den sehr beträchtlichen Staatssubventionen ist, geht daraus hervor, daß die Cunardlinie, die in den letzten 3 Jahren $7\frac{1}{2}$ % Dividende ausschüttete, für das Jahr 1930 wegen ungenügenden Gewinns keine Dividende verteilen wird. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, die keinerlei Subventionen genießen, erzielten für das Jahr 1930 6% Dividende. Auch in Italien erfreuen sich die Schiffahrtsgesellschaften nach wie vor einer sehr erheblichen finanziellen Unterstützung durch den Staat. So hat die Navigazione Generale Italiana, die erst vor einigen Jahren die vom Staat subventionierten Schnelldampfer Roma und Augustus in Dienst gestellt hat, jetzt für den Bau ihres neuen Riesendampfers Rex durch Vermittlung der italienischen Regierung eine Anleihe von 150 Millionen Lire erhalten; $2\frac{1}{2}$ % des Zinsendienstes dieser $6\frac{1}{2}$ prozentigen Anleihe übernimmt der italienische Staat. Der neue Schnell-dampfer soll gleichfalls in den Nordamerikadienst eingestellt werden.

Propaganda Eine Reihe von Ländern hat in letzter Zeit ihre *Fremdenwerbung* planmäßig organisiert. Frankreich hat im vorigen Jahr einen Unterstaatssekretär für den Fremdenverkehr geschaffen. Italien hat jetzt ein gleiches Unterstaatssekretariat errichtet, in Österreich, Spanien, Jugoslawien, Polen, Rußland bestehen bereits ähnliche staatliche Einrichtungen, und in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Schaffung einer Abteilung für den Fremdenverkehr beim Handelsministerium geplant. In Deutschland arbeiten auf dem Gebiet der Verkehrswerbung vor allem die von der Reichsbahn ins Leben gerufene Zentrale für den Deutschen Reiseverkehr, der Bund Deutscher Verkehrsvereine, endlich auch der Allgemeine Deutsche Bäderverband.

Der internationale *Luftverkehr* ist, wie dies Ferdinand von Zeppelin schon vor mehr als 20 Jahren ausgesprochen hat, vor allem dazu berufen ein Bindeglied zwischen den Völkern zu werden. Der Propagierung dieses Ziels in den breitesten Schichten will die Chronik des Fluggedankens bis zum Luftverkehr im Dienste der Völkerverbindung dienen (Berlin, Verlag Licht und Schatten). Sie schildert unter Beigabe zahlreicher Bilder und zeitgenössischer Dokumente, die Entwicklung der Luftfahrt von der ersten Idee bis zu den Leistungen unserer Gegenwart. August von Parseval, der Konstrukteur des unstarren Luftschiffs, hat einen Abschnitt über Luftfahrt und Wissenschaft beigezeichnet, während der verstorbene Inspekteur der einstigen deutschen Fliegertruppen, Wilhelm Siegert, in einem sehr beachtenswerten Nachwort nochmals die hohe Aufgabe der Luftfahrt umreißt nicht nur räumliche Trennungen zu überbrücken sondern vor allem die Völker einander näherzubringen.

Totenliste Am 15. Dezember 1930 starb in Dresden *Otto Köpcke*, Ministerialdirektor im Sächsischen Finanzministerium, im Alter von 59 Jahren. Neben dem Ausbau der Elektrizitätsversorgung Sachsens hat er die Entwicklung des Luft- und Kraftfahr-linienverkehrs in Sachsen und im ganzen Reich gefördert. So war er unter anderem lange Jahre der Vorsitzende des Verbands der Kraftverkehrsgesellschaften (später Kraftverkehr Deutschland) und der Aufsichtsratsvorsitzende der größten deutschen Kraftverkehrsgesellschaft, der Aktiengesellschaft Kraftverkehr Freistaat Sachsen, deren Ausbau in der Hauptsache sein Werk war.

Kurze Chronik Der französische Fliegerkapitän Paris eroberte, und zwar in einem einzigen Flug, 3 neue *Flugweltrekorde* und ist damit zum 11fachen Weltrekordmann geworden. Er durchflog eine Strecke von 2000 Kilometer mit 1000 Kilogramm Last, mit 500 Kilogramm und ohne Last mit 228 Stundenkilometer durchschnittlicher Geschwindigkeit. Die beiden ersten Rekorde gehörten bisher Spanien, der letzte Deutschland. Frankreich hat jetzt 21 der 38 Flugweltrekorde inne.

◇ Der Bau der *Schwarzwaldhochstraße* von Karlsruhe nach Konstanz über die Höhen des Schwarzwalds hinweg ist beendet. ◇ Anfang Mai wurde in Paris eine neue, 8 Kilometer lange Schnellbahnlinie in Betrieb genommen, die die Innenstadt mit der Anfang Mai eröffneten Kolonialausstellung verbindet. ◇ Der Berliner Verkehrsdezernent und Aufsichtsratsvorsitzende der Berliner Verkehrsgesellschaft *Ernst Reuter*, der die Vereinheitlichung der Berliner Verkehrsunternehmungen durchgeführt hat, wurde zum Oberbürgermeister von Magdeburg gewählt. Für die Reichshauptstadt bedeutet das Ausscheiden Reuters, der, wie die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus seinen hier veröffentlichten Aufsätzen wissen, das Verkehrswesen immer vom Standpunkt der Produktivitätsförderung und der damit zusammenhängenden europäischen Politik betrachtet hat, einen großen Verlust.

Literatur Eine gute Übersicht über das amerikanische Straßenwesen und die damit zusammenhängenden Verkehrs- und Wirtschaftsprobleme bietet die Schrift *Hermann Loenings* die Landstraße in den Vereinigten Staaten /Berlin, Reimar Hobbing/. Als Ergebnis einer Studienreise behandelt sie in gedrängter Form die Arten der Besteuerung der Kraftfahrzeuge und Betriebsstoffe in Nordamerika sowie die Finanzierungsmethoden und die Straßenbauverwaltung. ◇ Aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens legte der *Deutsche Postverband* in Berlin in einem stattlichen Jubiläumsbuch seine Geschichte vor: 40 Jahre Deutscher Postverband 1890 bis 1930. Es gibt ein Bild von dem Werden und den Arbeiten dieser Berufsorganisation, die sich nur unter schweren Kämpfen vor allem Heinrich von Stephan gegenüber durchzusetzen vermochte und ihre behördliche Anerkennung erst Viktor von Podbielski verdankte, der auch hier den Blick für die Anforderungen einer neuen Zeit bewies.

Lebensgestaltung / Lisbeth Stern

Junge Generation Wo steht die junge Generation? So fragt Leopold Dingrève in einer sehr beachtenswerten Schrift, die bei Eugen Diederichs in Jena erschien. Er unterscheidet zwischen der Generation, die den Krieg mitgemacht hat, und der jetzt jungen Generation. Die Kriegsteilnehmer haben aus dem Erlebnis der Front nicht die Kraft zum Aufbau eines neuen Staats schöpfen können. Sie stehen zwischen den Alten und den Jungen mit geringem Kontakt hierhin und dorthin. Sie fügen sich in die Welt des Alten ein, mit etwas Resignation, doch ohne sehr wesentliche Reibungen. In den Jungen sind nach Dingrève aber neue vereinfachende Kräfte lebendig geworden. In dem Parlamentarismus mit seinen Redefeldzügen sehen sie nur noch eine Schwächung der eigentlichen Volkskraft, während sie neue Kraftquellen aus einer allgemeinen Disziplin und freiwilligen Unterordnung erwarten, die sie sich aber vom alten militärischen Drill prinzipiell unterschieden denken. Ebenso lehnen sie den Liberalismus ab, in dem sie nur ein Bildungsprivileg des Bürgers sehen. Dafür sind sie, nach Dingrève, wirklich demokratisch geworden. Es heiße nicht mehr dem Arbeiter helfen, sondern sie und die Arbeiterschaft stünden auf der selben Ebene. Die gemeinsame wirtschaftliche Not habe diese Demokratisierung zur Folge gehabt. Die hier und da wieder erwachenden religiösen Energien seien einigermaßen indifferent gegen Überkommenes, aber positiv auf Diesseitiges gerichtet. Dies alles ist in den Augen Dingrèves nicht Programm sondern durchaus gewachsen.

Dingrève wird darin recht haben, daß die bürgerliche Jugend (und nur um diese handelt es sich bei ihm) oder mindestens ein Teil von ihr solche Wandlung durchgemacht hat. Es hat auch keinen Sinn sie einfach als reaktionäre Radaulust im Dienst irgendwelcher demagogischer Interessen abzutun. Aber was Dingrève weiter als Positives gibt, verschwimmt und ist ohne überzeugende Kraft. Nach ihm hätte die bürgerliche Jugend mit der proletarischen sich nicht zusammentun können, weil für die Arbeiter die kommunistische Staatsform richtunggebend sei; für die bürgerliche Jugend sei es aber das Volkhafte, aus dem heraus sich die soziale Form erst finden soll. Diesen kindlichen Glauben, daß sich das alles finden werde, wenn nur der Wille da sei, kann man natürlich nicht teilen, auch wenn er auf jener Seite durchaus ehrlich

sein mag. Solch ein Glaube der bürgerlichen Jugend kann doch wohl nicht mehr zu bedeuten haben als einen lebendigen Impuls mehr in dem großen Kampf der Kräfte. Nicht daß man überhaupt etwas will, kann entscheiden, sondern was man will. Auch hier handelt es sich nicht um den formalen Akt sondern um die Substanz des zu Schaffenden.

Neben dem Buch Dingraves, der im Bürgertum wurzelt, lese man ein Heft Paul Frankens, das ausschließlich zur Arbeiterjugend spricht (Vom Werden einer neuen Kultur: Aufgaben der Arbeiterkultur- und -sportorganisationen /Berlin, E. Laub/). Franken wirbt für den Kampf, den die Arbeiterklasse führen soll, um als Arbeiterklasse in unserer Gesellschaft eine Stimme zu haben. In der ersten Zeit des Sozialismus handelte es sich für sie vorwiegend um Wirtschaftliches. Dann aber wird immer wieder versucht auch auf anderen Gebieten der bürgerlichen eine ausgesprochen proletarische Kultur entgegenzusetzen. Teilweise mit Erfolg. Bei dem fanatischen Fleiß, mit dem die Arbeiter auch grade diese allgemeinkulturellen Dinge anfassen, ist ihnen sehr viel gelungen. Von einer Aufführung des Arbeitersängerbunds hat Siegfried Ochs gesagt: »Es gibt keinen Chor, der mit der gleichen Besessenheit sich in den Dienst der Musik stellt wie die Chöre der Arbeitersänger. Sie sind wirkliche Kulturträger, und die Zukunft des Gemischten-Chor-Singens in Deutschland hängt heute ab.« Auch in den Sprech- und Bewegungschören haben sich die Arbeiter ein Feld erobert, auch in der Festveranstaltung.

Neues Kultur- werden Ist das nun eine andersartige und eigne Kultur? Es scheint, als ob die Vorstellungen der Partei da falsche Wege gehen. Frankens Aufruf zur Solidarität im Kampf um die proletarische Kunst und Kultur haut etwas daneben. Gewiß wird das Aufkommen einer neuen Klasse auch das Aufkommen einer neuen Kunst mit sich bringen; aber vermutlich wird sie nicht da aufsprießen, wo man sie erwartet. Man mag mit noch so verschärften Augen ausschauen, und man wird nichts entdecken, und dreht man sich um, dann ist sie hinter dem Rücken vielleicht schon aufgeschossen, so heimlich wie das junge Gras im Frühling. Auch muß man es sich nicht so denken: Hier bürgerliche Kunst, da proletarische. Das wächst im Garten der Kunst sicher alles kraus durcheinander, Altes und Neues, eines schön und das andere schön.

Wie sehr die Stile sich überschneiden (in allen Übergangszeiten haben sie es getan), kann man zum Beispiel an folgender Äußerlichkeit sehen: Die Modejournale zeichnen Figuren mit etwa 10 oder noch mehr Kopflängen, was man doch immer als ein Zeichen für eine Spätkultur nahm. Daneben sehen wir aber heute in der Kunst grade wieder die Betonung des Kopfs mit kleinem und ungelenktem Körper (etwa 3 bis 4 Kopflängen) so wie in primitiver Anfangskunst. Auch kann man zweifeln, ob der Ausdruck Proletarische Kunst überhaupt glücklich gewählt ist. Vielleicht ist das schon zu spezialisiert gefaßt. Vielleicht handelt es sich mehr um eine allgemeine Vereinfachung, um einen Neuanfang, ein primitives Sehen, das gar nicht so unbedingt mit Proletarischem verknüpft zu sein braucht. Es ist wohl meist so, daß die neuen Ideen zuerst von einer revolutionären Gruppe von Intellektuellen propagiert werden. Aber von da bis zu ihrer Wirklichkeitsreife ist noch ein sehr weiter Weg, und oft hat sich auf diesem Weg manches von ihren Inhalten verwandelt. Es ist tiefer gegangen und hat allerhand abgestreift, so wie, wenn die Gewitterregen ins Grundwasser durchgesickert wären und von da aus wieder in die Höhe in einer ganz neuen Form heraufsteigen: als der Saft der Gewächse.

Da ist zum Beispiel Georg Finks Roman Hast du dich verlaufen? /Berlin, Bruno Cassirer/, ein Buch mit sehr vielen künstlerischen Mängeln. Das Vermögen des Verfassers Menschen zu gestalten ist gering, überall spukt es von Sentimentalität und Romantik. Und doch ist da vieles drin, was neue Säfte zeigt. Das Buch erinnert sehr an Alfred Döblins Alexanderplatz (siehe darüber die Rundschauen Dichtkunst und Bewegungskunst, 1929 II Seite 1070 und folgende, 1930 I Seite 97), es ist wohl weniger groß, aber dafür vielleicht naiver. Vor allem ist da der starke moralische Einschlag, der in der Kunst früherer Jahrzehnte so gut wie ganz gemieden wurde. So wie im Döblin sind alle Augenblick Apostrophen an den Leser oder auch von ihm selbst an einige seiner Figuren: »Junge, Junge, das geht doch nicht, was tust du denn da?« Und so fort. Grade dies hat eine ungeheure Kraft, und man wundert sich, wie man diese moralische Inanspruchnahme, die man doch auf Schritt und Tritt fühlt, bisher so ganz hat unterbinden können, und alles derart unausgesprochen blieb. Und dabei: Jeder Gang auf die Straße, jedes Zeitunglesen, alles überhaupt ließ einen doch solche Apostrophen fühlen und den-

ken. Jetzt erst, nach solchen Büchern, sieht man, was darin für Unnatur lag. Und das ist ganz deutlich eine Vereinfachung der ganzen Stellung zum Leben, das sieht man als das Aufgehen der Aussaat, die das Aufkommen des Vierten Standes mit sich brachte. Das bedeutet natürlich auch einen Umbau des Stils. Er springt aus der Ebenenhaftigkeit des geschriebenen Worts heraus mehr zum Gesprochenen hin und wird körperlicher. Aber auch der Inhalt der Worte wird reicher, zumal er nicht mehr begrifflich klar begrenzt dasteht, sondern noch allerhand andere Werte mitklingen.

Und noch ein anderes aus dem Buch: wie sehr Fink Berlin liebt, und auch das in einer neuen Form. Nicht als Stadt, die schön und interessant und anregend ist, sondern als die Stadt, die sein Boden ist, und wo er hingehört. Er kennt seine Berliner Straßen bei Regen und Sonnenschein und bei Tag und Nacht, und es sind eben seine Straßen.

Übrigens, wie anders daneben ein Büchlein Franz Lederers *Schönes altes Berlin*, mit 50 Illustrationen /Berlin, Buchverlag Germania/. Das gibt das alte Berlin mit seinen stillen Ecken, seinen Anekdoten und Schnurren, liebenswürdig eingesponnen in Vergangenes. Es ist sehr reizend sich einmal bewußt zu werden, wie man fortgesetzt auf Vergangenen herumtapst und dabei doch immer das Gesicht nach vorwärts gerichtet behält.

Arbeitersport. Über Arbeitersport gibt es ein sehr schönes Buch von Fritz Wildung, mit einer Einleitung von Paul Franken /Berlin, Der Bücherkreis/. Wildung stammt aus dem Hannoverschen und hat eine sehr harte Jugend gehabt. Er ist immer ein reges Mitglied im Arbeiterturnverein gewesen. Später in Leipzig vertrat er durch Jahre die Partei im dortigen Stadtrat, und seinem Wirken ist es vornehmlich zu danken, daß das Reich und die Gemeinde viel zur Förderung des Arbeitersports taten. Sein Buch hat das Gute, daß man überall durchfühlt: Da spricht ein Mann, der sein ganzes Leben hindurch in enger praktischer Verbindung mit der Sache gestanden hat. Es ist nichts von Doktrin dabei und nichts von den ideologischen Überspannungen. Aber grade in dieser einfachen Schilderung ist die spontane Kraft, die sich in der Entwicklung des Arbeitersports zeigt, imposant, und sie sollte einen mit Bewunderung erfüllen, zumal der Arbeitersport ohne alles Managerium und ohne geschäftliche Anreize arbeitet. Das Buch zeigt, welch große Be-

deutung der Sport grade für die Arbeiterklasse hat, und wie sehr er ihr allgemeines kulturelles Selbstgefühl heben muß. Was ist doch allein schon das Bewußtsein auch einen Anspruch auf Schönheit zu haben für ein starker Faktor im Aufstieg einer neuen Klasse!

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat vor kurzem in Berlin eine große Tennisanlage eingeweiht, die über 15 000 Quadratmeter Fläche faßt. Freiflächen, die um die Tennisplätze liegen, sollen für die Leichtathletik verwandt werden.

Typenbildung Die Bearbeiterin dieser Rundschau hatte vor kurzem Gelegenheit wieder in ein Eckchen von *Frankreich* hineinzusehen, und obschon es eine Ecke war, die von allerhand anderen Nationen überschritten wird, ist ja doch der Unterschied Deutschland gegenüber recht stark. Es wurde darüber aber schon so viel erzählt und berichtet, daß sich das meiste erübrigt. Nur eins sei erwähnt: die Art, wie die alten Leute unter den anderen stehen, etwas, was in Deutschland, wenigstens in der Großstadt, entschieden ein dunkler Punkt ist. Hier kommen die Alten als Arbeiter nicht mehr recht in Betracht, und als Verzeher sieht man sie wohl ein wenig mißgünstig an, und nicht nur die Greise, auch die von 60 bis 65 Jahren spielen durchschnittlich keine schöne Rolle. Natürlich werden sie unsicher, und so lange wie möglich leugnen sie ihr Alter ab. Das scheint nun in der französischen Provinz so ganz anders zu sein (wie es allerdings auch in der deutschen Provinz anders sein mag als in den Zentren). Dort hatten die Alten ihre eigne Welt, nicht die Welt der Jungen. Sie saßen und sahen fröhlich zu, wie die Jungen arbeiteten. Dadurch, daß sie über ein gut Teil der Erotik herausgewachsen sind, haben sie dort eine ganz göttliche Sicherheit und Freiheit zum andern Geschlecht. Und so stehen sie gar nicht nebenbei im Leben sondern vielleicht gar noch direkter drin als die Jungen. Jedenfalls haben sie ihren Posten, und sie erfüllen ihn glänzend. Die Frau, die in Menton den Verleih der Stühle an der Kurkapelle unter sich hatte, vergesse ich nicht: breit wie eine Kuh, lustig und gesund stand sie mit der Welt und dem lieben Gott auf du und du. Allerdings darf man nicht vergessen: Frankreich ist in seinem Massiv ein Bauernland. Da ist es auch kein Wunder, wenn die alten Leute dort gesund, blutrein und saftig sind. Etwas

anderes scheint damit in Widerspruch zu stehen: Die Kinder sahen dort aus wie kleine Große, nie in radaulustigem Glücksgefühl, auch die Erwachsenen nie ganz auf sie eingestellt. Das wirkte anfangs verstimmend, aber schließlich sagte man sich: Vielleicht könnte es auch ein ganz Gutes bedeuten; vielleicht ist die Kluft, die die Kinderwelt von der der Großen trennt, dadurch ein wenig überbrückt, denn auf diese Kluft kann man es wohl nur schieben, daß es so viele wundervolle Kinder gibt und so wenig wundervolle Große. Wenn es stimmen sollte, daß die Erotik bei den Franzosen viel mehr im Zentrum sitzt als bei den Deutschen, daß sie als ein Hauptfaktor den ganzen Organismus tränkt und befruchtet (doch solche allgemeinen Feststellungen soll man immer mit hohem Mißtrauen aufnehmen, namentlich wenn sie antithetisch sind und Werturteile einschließen), dann wäre es ja wohl möglich, daß erst mit der Pubertät der Körper seine Vollgültigkeit und seine Vollkraft bekäme. Diese Geschlechtskraft, die gar nicht so unbedingt mit dem Funktionieren der sexuellen Organe zusammenhängen mag, hat vielleicht sehr teil an der großen Elastizität der Franzosen. Marcel Proust spricht einmal von dem »sozialen Charme« einer Frau. Das mag ungefähr das Guckloch sein, durch das uns die französische Welt so neu ansieht, und womit sie immer wieder unsere Bewunderung reizt. Proust meint damit wohl dieses leichte Angeben auf jeden Reiz, der vom Menschen zum Menschen geht, daß er nie einen leeren Raum um sich habe. Stimme, Bewegung: alles ist Träger und Antwort zugleich, alles wird ebenso ausgegeben wie schnell aufgefüllt. (Aber nun nehme man sich vor der Vorstellung in acht, als ob die Franzosen eine "weibliche Nation" wären. Der Weltkrieg sollte uns eines bessern belehrt haben. Und ebenso die zielklare Festigkeit der französischen Nachkriegspolitik.) Für das Wissen um *England* ist das von der University of Illinois herausgegebene Buch *The Doctrine of the English Gentleman in the Sixteenth Century* recht aufschlußreich. Die Verfasserin, Ruth Kelso, gibt da eine sehr interessante und eingehende Studie über den Begriff des Gentleman, wie er sich im 16. Jahrhundert herausgebildet hat, mit vielen wichtigen Zitaten. Man sieht da den englischen Gentleman im Gegensatz zu dem europäischen Edelmannsbegriff, und man versteht, was der Gentlemanbegriff für unsere spätere europäische

Kultur bedeuten mußte. Man denke zum Beispiel an die Stelle aus Goethe-Eckermann, wo Goethe die Art des Auftretens der jungen Engländer damals in Weimar so ganz besonders lobt, als einfach, bescheiden, dabei so sicher und frei, als wenn sie in der Welt überall zu Hause wären. Alles das, was für einen bei diesem Gentlemantypus mit-schwingt: die großen Geldmittel, die lose Körperhaltung, der man die sportliche Disziplin (die mit militärischem Drill nicht das geringste zu tun hat) wohl anmerkt, das ruhige Tempo, Zuverlässigkeit, auch Kirchlichkeit, aber ohne Religiosität, lebt als eine Art Ideal auch im Amerikaner weiter. Und dadurch dokumentiert sich die angelsächsische Kulturgemeinschaft.

Auch der Girltypus *Amerikas*, wie er in den Büchern *American Girls* von Arnaldo Fraccaroli /Wien, Amonestaverlag/ und *College Girls* von Warner Fabian /Berlin, Ullstein/ geschildert ist, hat verwandte Merkmale, ohne doch im letzten gleichen Wesens zu sein. Es ist aber der selbe äußere Habitus: die leichte Haltung, die selbe Art von Freiheitsgefühl, das aber überall an die stärkste gesellschaftliche Konvention gebunden ist, deren Schranken offiziell nie überschritten werden dürfen. (Hier liegen die Wurzeln des Cant.) Alles wird immer von einem Lächeln begleitet. Diese Freundlichkeit, die alle unter einander verbindet, bedeutet aber nicht mehr, als daß keiner den andern irritieren und stören darf, läßt im übrigen der Ellenbogentaktik durchaus freien Lauf. Diese Art hat in der amerikanischen Ober- und auch Bürgerschicht den einzelnen wie mit einem leeren Raum umgeben. Der Typus geht mit dem zusammen, was man sich zum Kapitalismus zugehörig denkt. Das Verhältnis zu den anderen Menschen und eigentlich überhaupt zu den Dingen wird entfernt und leer; es hat kein eigentliches körperliches Gewicht, und man könnte es eventuell auch in Zahlen ausdrücken.

Diese selbe Art trifft man heute auch auf Schritt und Tritt im neuen Westen *Berlins*. Nicht in Deutschland überhaupt, und in Frankreich wohl noch weniger, auch nicht im eigentlichen Berlin, wohl aber in diesem Westen, den man, von außen gesehen, für eine Art Paradies der Bourgeoisie halten könnte. Alle sehen leidlich schön aus, sie haben gute Mäntel, auf den Gesichtern kaum anderes als die Sorge ums Shopping, allenfalls auch etwas Liebe und etwas Kunst; der "untere Stand", nur soweit diese Glück-

lichen ihn brauchen, diskret und taktvoll eingefügt. Aber das Resumee dieser Art Kultur ist doch herzlich langweilig. Es ist eben diese selbe Glätte wie auch im amerikanischen Bürgertum. Woher sie kommt? Vielleicht, daß die Menschen so wie auch die Bäume und Pflanzen doch etwas von Bindungen und Widerständen brauchen, um ein wirklich festes Gebilde werden zu können, und vielleicht, daß die Franzosen und ebenso die West- und Süddeutschen durch ihre sehr ausgebildete Bodenkultur eine solche Bindung haben, die uns in Berlin ja fast vollständig abgeht, wenigstens den Intellektuellen. Wie groß in der Arbeiterklasse der Trieb dahin geht, zeigt die wunderbare Laubenkultur fast rings um Berlin, mit Ausnahme eben wieder vom Westen. Die Engländer kennen auch freies Land und Natur, jedoch nur unter dem Gesichtspunkt der Erholung und des Sports. Dagegen verkörpert, wie André Siegfried in seinem neuen Buch *Das heutige Frankreich /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/* ausführt, »der französische Bauer den eigentlichen Typus des Landbesitzers, der selbst seinen Boden bearbeitet«, und, »selbst losgelöst von der Scholle, ja oft im Herzen der großen Städte, empfinden und reagieren eine ganze Anzahl von Menschen weiter als Bauern«. Es ist da vor allem ein direktes Verhältnis des einzelnen Menschen zur Arbeit, dessen Ergebnis für ihn nicht nur im Erlös sondern in dem Werk selbst besteht. Und darum ist auch, nach Siegfried, in dieser Art des arbeitenden Franzosen »das Wesentliche seiner Persönlichkeit gelegen«. Diese Persönlichkeit eben fehlt dem Berliner Westen. Aber im Berliner Osten ist sie zu finden.

Indessen sei auch in diesem Zusammenhang vor der grassierenden Neigung gewarnt allzu leicht einen "Typ" aufzustellen. In Arthur Sanders Buch vom *Antlitz der Zeit /Berlin, Kurt Wolff/* sind 60 große Kopfaufnahmen aus den verschiedenen Berufen und Ständen gesammelt. Alfred Döblin versucht in einer Einleitung zu zeigen, wie der Beruf das Individuelle des Gesichts abschleift und es stereotyp macht. Der Nachweis ist aber nicht geglückt. Typisch sind die Köpfe, wo der Beruf seit Generationen der selbe geblieben ist, aber hier in unserer Nähe, in der großen Stadt, sitzt das berufliche Gepräge ziemlich lose darauf. Tausenderlei Einflüsse spielen da sonst gegen einander, und wenn man da ein Typisches herauslösen will, wird es viel weiter zu fassen sein.

Kurze Chronik Eine eigenartige Einrichtung wurde in Berlin von der Heilsarmee geschaffen: eine *Beratungsstelle für Lebensmüde*, die der Oberst Rothstein leitet. Zahllose Verzweifelte suchen dort Tag für Tag Rat: nicht nur Menschen, die in äußerster wirtschaftliche Not gerieten, auch solche, die unter zerrütteten Ehen und ähnlichem leiden. ◊ Die Anziehungskraft, die das Militär auf unser Publikum ausübt, scheint ungebrochen zu sein, wenn nicht gar neu beschwingt. Die Späße aus den *Militärfilmen* 3 Tage Mittelarrest und Der Schrecken der Garnison werden offenbar als die Klänge aus der "guten, alten Zeit" empfunden, und diese scheinen eine Art Verbrüderung auszulösen. In Paris hat dagegen die Uraufführung eines solchen Militärfilms (Ein Abend an der Front) mit dem denkbar größten Krach geendet. Das Publikum empörte sich über solche Tendenz, und der Hersteller wurde verprügelt, so daß der Film nach 2 Tagen abgesetzt wurde. ◊ Ob wohl die Zurückhaltung im *Sexuellen*, die seit Jahren in den Variétés geübt wurde, jetzt ins Wanken kommt? Fast sieht es so aus. Es wäre schade, wenn diese Ruhe den sexuellen Dingen gegenüber jetzt langweilig geworden sein, und man es wieder mit dem versuchen sollte, was man in unserer konventionell angelsächsischen Ausdrucksweise den sex appeal nennt. ◊ Das Braunschweiger Landestheater verlangte vor der Aufführung von Alban Bergs *Wozzek* den Nachweis, daß Berg *deutschstämmig* und deutscher Staatsangehöriger sei. Berg ließ sich auch dazu herbei ein solches Attest zu bringen. ◊ Bei dem *Rugbyländerkampf* zwischen Frankreich und England, der im April stattfand, siegte Frankreich mit 14:13. ◊ Einige *Kalender* zeigen, freilich schematisiert, den Geist der Kreise, für die sie bestimmt sind. Der neue *Alpenkalender*, von Karl Blodig herausgegeben /München, Paul Müller/, enthält Photographieen, auch einzelne Farbdrucke von wunderbarer Schönheit. Man ist immer wieder überrascht, in wie hohem Grad die Photographieen die Impression der Wirklichkeit geben können. Schneelicht, Sommerwolken, Schwüle: alles ist da. Weniger glücklich ist Fritz Müller /Partenkirchen/ mit seinem *Kalender 1931 /München, Paul Müller/*. Er ist mit 53 Kurzgeschichten versehen und will zu der „Seele“ des Kaufmanns sprechen; aber es ist die Seele mit Anführungsstrichen. Der *Kalender Kunst und Leben /Berlin, Fritz Heyder/* zeigt beides, Kunst wie Leben, in kleinbürgerlichem Spiegel.